

RheinlandPfalz



NACHRICHTEN aus der Landeskulturverwaltung



	Seite
B. Porz, H.-J. Rüttgers:	Ladung zur Wahl des Vorstandes zeitgleich mit dem Anordnungsbeschuß 64
J. Pfeiffer:	Ladung zur Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft gem. § 21 Abs. 2 FlurbG zeitgleich mit der Bekanntgabe der Anordnung gemäß § 6 FlurbG 64
W. Nick:	Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin zur Wertermittlung 65
M. Heinzen:	Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin in einfach gelagerten Fällen 66
H. Adam:	Probleme bei der Reduzierung der Beteiligung anderer Stellen am Beispiel des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens Seiwerath 68
M. Loser:	Terminbündelung in Abstimmungsverfahren mit Verbänden und Behörden 69
J. Pick:	Bündelung aller landespflegerischen Erörterungen in einem grünen Termin - am Beispiel des BZV Bettenfeld 69
B. Elfert, J. Buff, D. Hadlock:	Kombination von Feldvergleich und Landespflegerischer Bestandsaufnahme 70
Gr. 4 des KA Worms:	Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin zur Wertermittlung in einfach gelagerten Fällen, Übernahme der amtlichen Bodenschätzungsergebnisse, Reduzierung der Wertermittlungsklassen 72
H. Längin:	Reduzierung der Wertermittlungsklassen 74
O. Heck:	Reduzierung der Wertermittlungsklassen 75
G. Schüller, A.-R. Windscheif:	Kombination von Feldvergleich und landespflegerischer Bestandserfassung unter Einziehung des Landschaftsplanes 77
E. Henkes, M. Schuler:	Herstellung der Karte zum Plan nach § 41 FlurbG am Beispiel Birresborn 77
M. Kien:	Erörterung des Planentwurfes mit den Beteiligten in Verfahren nach §86 und §91 FlurbG 79
N. Schmitt:	Regelmäßige Anwendung von Planvereinbarungen gemäß § 99 FlurbG 80
M. Kien:	Regelmäßige Anwendung von Planvereinbarungen gemäß § 99 FlurbG 84
K.-W. Staubus:	Berücksichtigung von Förderprogrammen bei der Gestaltung der Landabfindung 86
G. Kohlhaas:	Berücksichtigung sämtlicher Förderprogramme bei der Gestaltung der Landabfindung 88
R. Greib:	Bruchteilsbelastungen (§ 68 FlurbG) 91
R. Sonne:	Eintragung von Bruchteilsbelastungen 92

	Seite
N. Jost: Eintragung von neuen Leitungsrechten in Verfahren nach § 86 und § 91 FlurbG nur noch dort, wo dies mit der Bodenordnung zu vereinbaren ist	92
Gr. 4 des KA Worms: Verzicht auf die Erstellung einer Zuteilungskarte für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren	93
E. Weck: Verzicht auf die Erstellung von Zuteilungskarten für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren	94
B. Theis: Verzicht auf die Erstellung einer Zuteilungskarte für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren	95
B. Plum: Verzicht auf die Erstellung einer Zuteilungskarte für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren	98
K. Wagner: Planfeststellung unter Verzicht auf die fachaufsichtliche Prüfung nach 2.6.2 PlafeFlurb am Beispiel der Projekte Zell I und II	99
G. Hausmann: Nur noch eine Prüfung durch die Bezirksregierung zum Plan nach § 41 FlurbG?	100
E. Eszterle: "Nur noch eine Prüfung durch die obere Flurbereinigungsbehörde zum Plan nach § 41 FlurbG"	101
Gr. 4 des KA Worms: Ausarbeitung und Prüfung der Rahmenrisse für Ortslagen in der Arbeitsgruppe im Anschluß an die Aufmessung	103
M. Sahler: Verwendungsprüfung des Kulturamtes unmittelbar nach Herstellung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen und Prüfung von Änderungen durch Einzelverwendungsnachweise	104
R. Greib: Organisatorische Maßnahmen zur Verringerung der Kosten für Vermessung und Vermarkung	105
K.-P. Fink: Technische Bearbeitung des Plantextes mit Nachträgen unter Ausnutzung moderner Programme und Drucktechniken	106
M. Schumann: Automationsgestützte Terminplanung	106
H. Monzel: Verstärkte Anwendung der Vertreterbestellung gem. § 119 FlurbG	108
P. Wagner: Optimierte Zeitabläufe kostengünstiger Zusammenlegungsverfahren	109
Literaturübersicht:	110
Buchbesprechungen:	112
Personalveränderungen:	115
Fachprüfungen:	116
Informationen aus der LKV:	117
Impressum:	128

IM BLICKPUNKT

Die Renaissance des Terrassenweinbaus*)

Staatsminister Rainer Brüderle, Mainz



Abb. 1: Staatsminister Rainer Brüderle

Die letzten Kilometer meiner Wegstrecke heute Morgen von Mainz zu Ihnen nach Koblenz waren eine ganz hervorragende Einstimmung auf unsere Veranstaltung am heutigen Vormittag.

Der Anblick der steilen, mit Mauern terrassierten Steilhänge, die dem Moseltal in diesem Abschnitt des Flußlaufs ihren Stempel aufdrücken, gehört sicherlich zu den beeindruckendsten Landschaftserlebnissen, die unser Land bieten kann.

Stefan Andres, ein Sohn dieser Region, und ein weit über die Grenzen dieser Region geachteter Schriftsteller unseres Jahrhunderts, hat dieses Landschaftserlebnis einmal in wenigen Sätzen ganz treffend eingefangen, als er schrieb:

„Nirgendwo im deutschen und wahrscheinlich in keinem Weinbaugebiet der Welt gibt es noch einmal Weinberge in solch geradezu ekstatischen Lagen.

Und nirgendwo rückt das harte Werk des Winzers deutlicher vor Augen als hier, wo in einer wahrhaft titanischen Gebärde der Mensch sich seinen Rauschacker zwischen Himmel und Erde trotz.

Dem Blick, der zu diesen „hängenden Gärten“ hinaufsieht, schwindelt...”

In dieser poetischen Sprache spiegelt sich die Begeisterung für eine von Menschenhänden geschaffene Landschaft nieder, wie ich sie eben in den Beiträgen von Frau Fries, von Herrn Barth, Herrn Löwenstein, Herrn Schausten und Herrn Dötsch spüren konnte.

Es ist die Begeisterung für ein einzigartiges Kulturdenkmal unseres Landes, geschaffen und bewahrt durch den Fleiß und die Energie von Generationen, es ist die Begeisterung für Weinlagen mit dem Potential, große Weine hervorzubringen.

*) Vortrag des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rainer Brüderle am 20. September 1996 in Koblenz-Gondorf

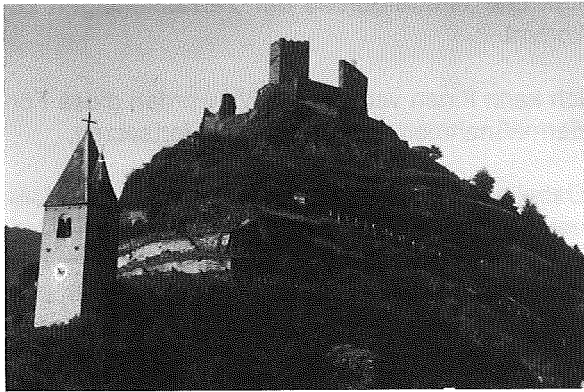


Abb. 2: Kulturdenkmal "Terrassenmosel" mit der Burgruine in Koblenz

Es ist diese Begeisterung, der wir es zu verdanken haben, daß nicht eingetreten ist, was anderen Orts geschehen ist und auch hier schon vorprogrammiert schien:

Das Ende des Terrassenweinbaus an der Mosel, so wie wir es leider in weiten Teilen des Mittelrheins erleben mußten.

Statt dessen erleben wir hier an der Mosel eine Renaissance des Terrassenweinbaus.

Junge Menschen - aus Familien mit einer langen Winzertradition oder aber auch solchen ohne traditionelle Vorbestimmung - lassen sich auf das Abenteuer Terrassenweinbau ein.

Sicherlich bedeutet diese Renaissance nun nicht, daß wieder alle Terrassenlagen in Bewirtschaftung genommen oder um jeden Preis in allen noch bewirtschafteten Lagen der Weinbau erhalten werden soll und kann.

Es muß vielmehr darum gehen - Herr Bürgermeister Dötsch hat dieses Ziel bereits angesprochen, möglichst weitgehend die aus weinbaulicher, landschafts-ästhetischer und ökologischer Sicht wertvollen Lagen zu erhalten oder wieder in Bewirtschaftung zu nehmen.

Gerade letzteres erschien mir bisher eher als ein gewiß ehrenwertes aber zugleich eher unrealistisches Ziel.

Um so mehr bin ich - positiv - überrascht, welche hoffnungsvollen Ansätze zum Erhalt der wertvollen Terrassenlagen es gibt; denken wir etwa an die Beispiele, die uns eingangs Frau Fries und Herr Barth schilderten.

Meine Damen und Herren!

Meine Vorrednerin und meine Vorredner haben in Ihren Beiträgen die Voraussetzungen für die Renaissance des Terrassenweinbaus deutlich gemacht und zugleich auf deren Bedeutung für die Region hingewiesen.

Eines ist dabei besonders deutlich geworden: Eine ganz wesentliche Grundlage für diese Renaissance liegt in den Köpfen und Herzen solcher Menschen, wie sie heute morgen - beispielhaft für viele andere - zu uns gesprochen haben.

Ohne Mut und Unternehmensgeist, ohne ein bißchen Verrücktheit und viel Offenheit für neue Ideen und neue Wege hätten sie ihre jeweiligen Vorhaben sicher nicht verwirklichen können.

Denn so sehr sich auch in ihrer Entscheidung für den Terrassenweinbau ein Bekenntnis zu der großen Tradition des Weinbaus in diesen Lagen ausdrückt, ohne Bereitschaft zur Innovation wäre die Renaissance des Terrassenweinbaus von vorneherein eine Fehlgeburt geworden.

Hierbei spielten die Übernahme technischer Innovationen und der Abschied von traditionellen - unter heutigen Rahmenbedingungen - nicht mehr rentablen Bewirtschaftungsformen im Weinberg eine wesentliche Rolle.

Denn zweifellos sind der hohe Arbeitszeitbedarf des traditionellen Weinbaus und die extremen Arbeitsbedingungen in den Terrassenlagen Hauptgründe für die Aufgabe dieser Flächen.

Deshalb hat die Anwendung neuer, arbeitssparender Erziehungsformen beim Wiederaufbau von Rebflächen so große Bedeutung.

Deshalb war und ist der Bau von Transportbahnen so wichtig.

Das Land hat diese Anstrengungen zur Rationalisierung des Weinbaus in den Terrassenlagen seit 1987 unterstützt:

Mit der Förderung des Wiederaufbaus von Rebflächen, mit Investitionshilfen zum Kauf von Transportbahnen, mit Zuschüssen zur Sanierung von Terrassenmauern in Trockenbauweise.

Seit Beginn der Förderung haben wir fast 10 Mio. DM an Landesmitteln bereitgestellt, um die Sanierung von Trockenmauern und den Bau von Transportbahnen mit einem Kostenvolumen von insgesamt 13,6 Mio. DM zu unterstützen.

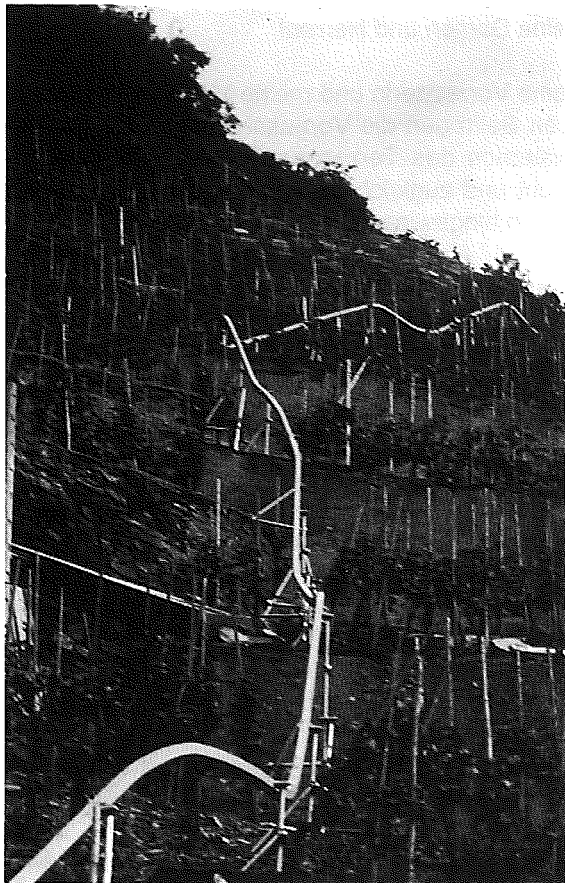


Abb. 3: Geländeangepaßter Verlauf der Schienenanlage einer Monorackeinschienezahnradbahn

Mit diesen Investitionshilfen wurden an der Mosel insgesamt 141 Transportbahnen mit einer Gesamtlänge von 17,3 km gebaut, davon 47 Bahnen im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren und 94 Bahnen außerhalb solcher Verfahren.

In den Beiträgen meiner Vorrednerin und meiner Vorredner wurde bereits herausgestellt, welche Schlüsselrolle der Förderung von Transportbahnen und der Sanierung von Weinbergsmauern beim Er-



Abb. 4: Beladen einer Monorackbahn im "Bahnhof" des Steillagenweinbergs

halt und Wiederaufbau der Terrassenlagen zukommt.

Ich kann Ihnen versichern: Wir werden diese Fördermaßnahmen uneingeschränkt fortsetzen.

Dabei werden wir - und das heißt, die mit der Umsetzung dieser Maßnahme betrauten Kulturämter - auch weiterhin eine enge Verzahnung dieser Förderung mit Verfahren der Bodenordnung anstreben.

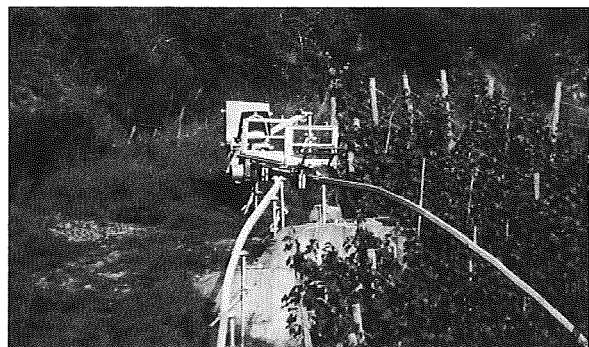


Abb. 5: "Bergstation" einer Monorackbahn in Koblenz-Gondorf

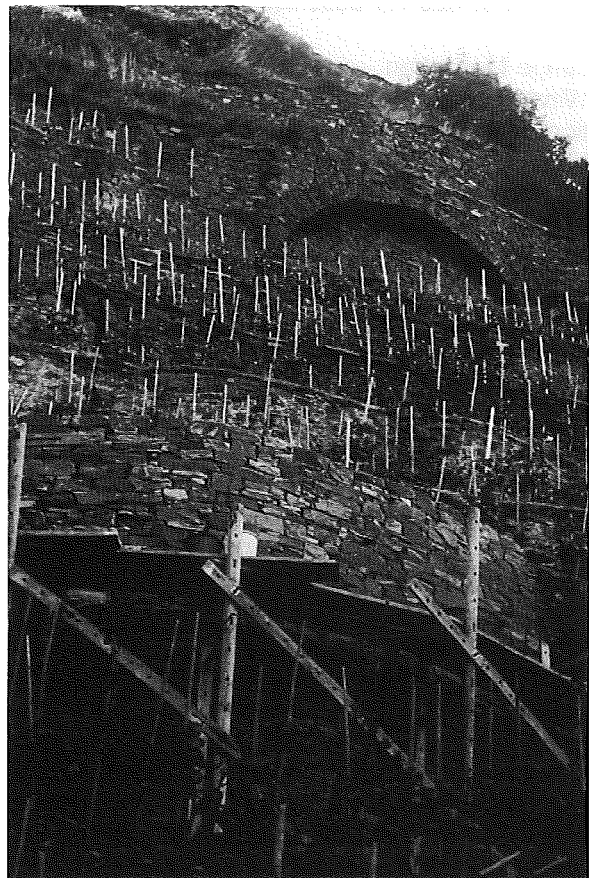


Abb. 6: Mauersanierung mit Bruchsteinen in Trockenbauweise nach traditioneller Bautechnik

Denn nach wie vor erreichen die Grundstücke in Steillagen ohne Flurbereinigung im Durchschnitt nur 400 bis 500 m².

Um eine wirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen, müssen wir auch in den Steillagen eine deutliche Vergrößerung der Grundstücke erreichen, selbst wenn sich die aus arbeitswirtschaftlichen Überlegungen heraus sinnvolle Größe von 5.000 m² und mehr nicht in jedem Fall erreichen läßt.

Einige Beispiele in dieser Region zeigen, daß einfache Bodenordnungsmaßnahmen wie der freiwillige Landtausch oder die beschleunigten Zusammenlegungsverfahren verbunden mit dem Bau von Transportbahnen einen gewichtigen Beitrag zur Rationalisierung und damit zu mehr Wirtschaftlichkeit im Terrassenweinbau leisten können.

Dabei eröffnet diese Rationalisierung in vielen Betrieben erst die Möglichkeit zu notwendigen Entwicklungsschritten: zur Ausweitung der Rebflächen und zu einer intensiven Arbeit in der Vermarktung.

Nur wenn beides zusammenfällt, eine rationelle Bewirtschaftung der Terrassenlagen durch entwicklungsfähige Betriebe und eine erfolgreiche Vermarktung der Weine, kann die wirtschaftliche Zukunft des Terrassenweinbaus gesichert werden.

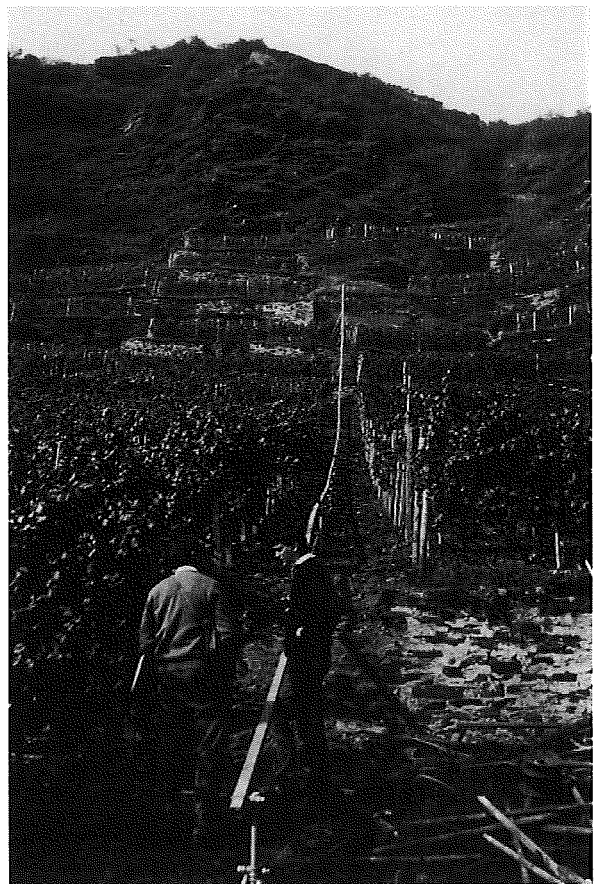


Abb. 7: Erschließung einer Steilhanglage durch einen Schienenstrang in der "Fallinie"

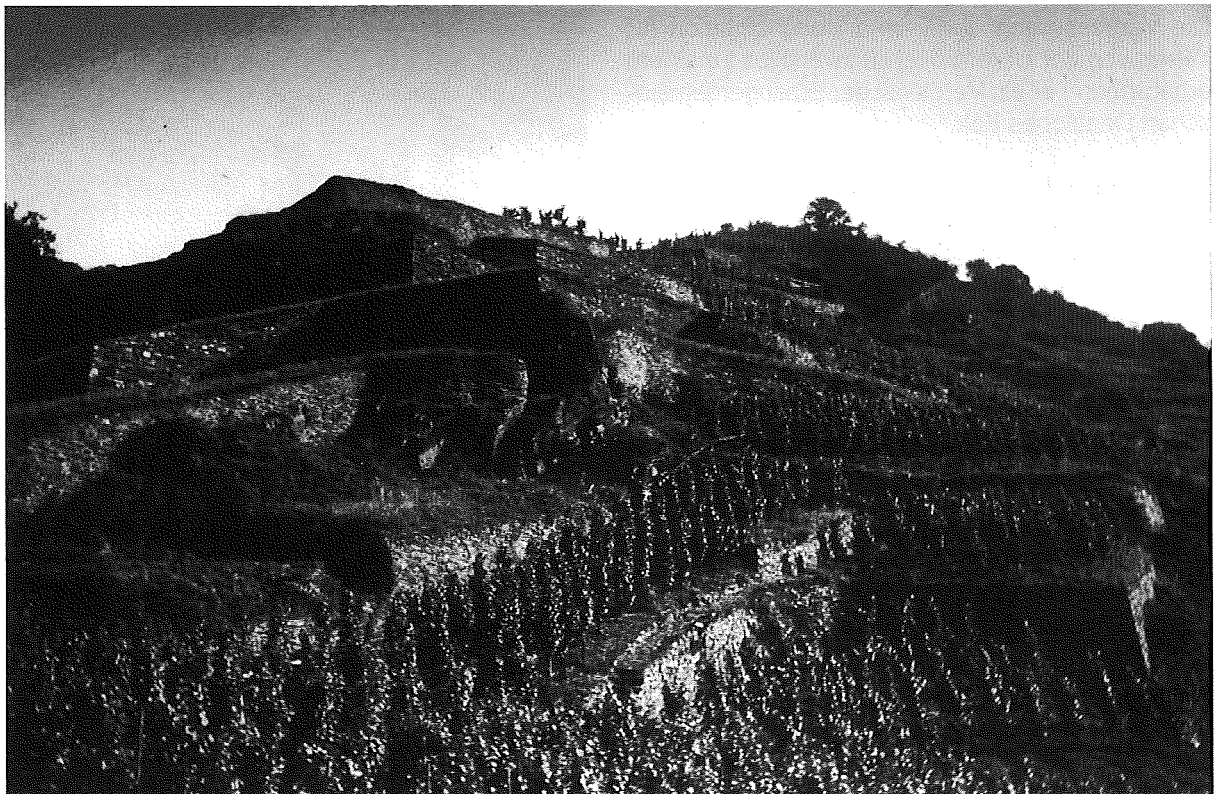


Abb. 8: Beeindruckende Hangterrassen in den Weinbergslagen bei Hatzenport an der "Terrassenmosel"

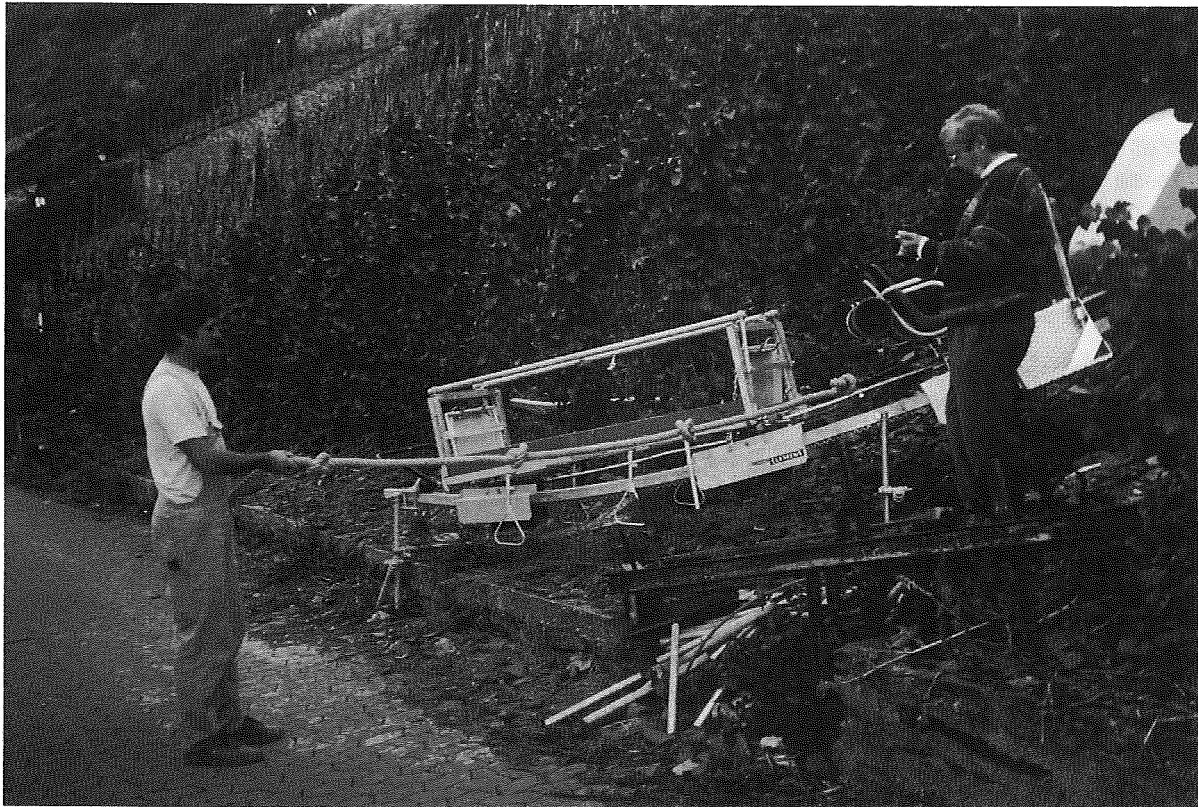


Abb. 9: Monorackeinschienezahnradbahn in Koblenz, Vorführung der Funktion des "Rettungsseils"

Meine Damen und Herren!

Die Verbesserung der Vermarktungssituation für Weine von der Untermosel ist zweifellos zu einem erheblichen Teil ein Verdienst der Erzeugergemeinschaft Deutsches Eck.

Dieser Erfolg fiel freilich nicht vom Himmel.

Gerade in den Anfangsjahren hat die kompromißlose Qualitätsorientierung der Mitgliedsbetriebe dieser Erzeugergemeinschaft alles andere als ungeteilten Beifall bekommen.

An den "Wein-Revolutzern" um den "Oberrevolutzer" Dötsch und an ihrer selbstverordneten Qualitätsstrategie schieden sich oft die Geister, sowohl hier an der Untermosel als auch im gesamten Anbaugebiet.

Inzwischen aber gewinnt diese Qualitätsstrategie immer mehr an Boden.

Dahinter steckt die klare Erkenntnis, und sie wurde ja bereits vorhin zum Ausdruck gebracht:

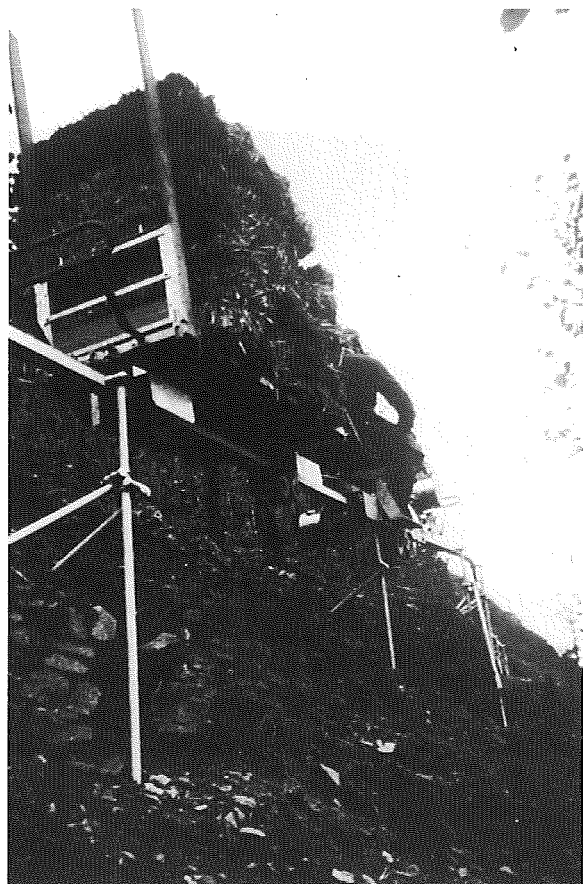


Abb. 10: Transport von Strohballen in einen Steillagenweinberg mit einer Monorackbahn

Der Weinbau in den Terrassenlagen und in den übrigen Steillagen kann sich auf Dauer nur dann wirtschaftlich behaupten, wenn seine Produkte sich qualitativ deutlich von anderen Weinen abheben, und wenn es gelingt, diese herausgehobene Qualität durch entsprechende Vermarktungsstrategien in einem hochpreisigen Marktsegment abzusetzen.

Wir haben diesen Überlegungen auch in unserer Weinbaupolitik verstärkt Rechnung getragen.

Marketingaktivitäten spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle, denn nur wenn wir die Besonderheiten unserer Weine auch in einem entsprechenden Image herausstellen, werden wir die Marktposition für Weine aus unserem Land entscheidend verbessern.

Deshalb haben wir die Förderung von Marketingaktivitäten deutlich hochgefahren.

Meine Damen und Herren!

Mit dieser Aussage möchte ich keinesfalls die Illusion nähren, der Terrassenweinbau ließe sich in

dem von uns gewünschten Umfang alleine durch Rationalisierungsmaßnahmen und durch verbesserte Vermarktungsstrategien und -strukturen sichern.

Wir müssen vielmehr auch in Zukunft und auf längere Sicht insbesondere den Weinbau in diesen Lagen mit erheblichen Fördermitteln unterstützen.

Dabei hat die Steillagenförderung insgesamt einen beachtlichen Umfang erreicht.

Im vergangenen Jahr flossen insgesamt knapp 7 Mio. DM an Landesmitteln in die Steillagenförderung, d.h. die Bewirtschaftungszuschüsse und die Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen und Mauersanierungen.

In diesem Jahr stehen 9,5 Mio. DM zur Verfügung.

Für das kommende Jahr sind 11 Mio. DM vorgesehen.

Dieser deutliche Anstieg der Steillagenförderung ist auf die Anhebung der Bewirtschaftungszuschüsse für Steilst- und Terrassenlagen zurückzuführen.

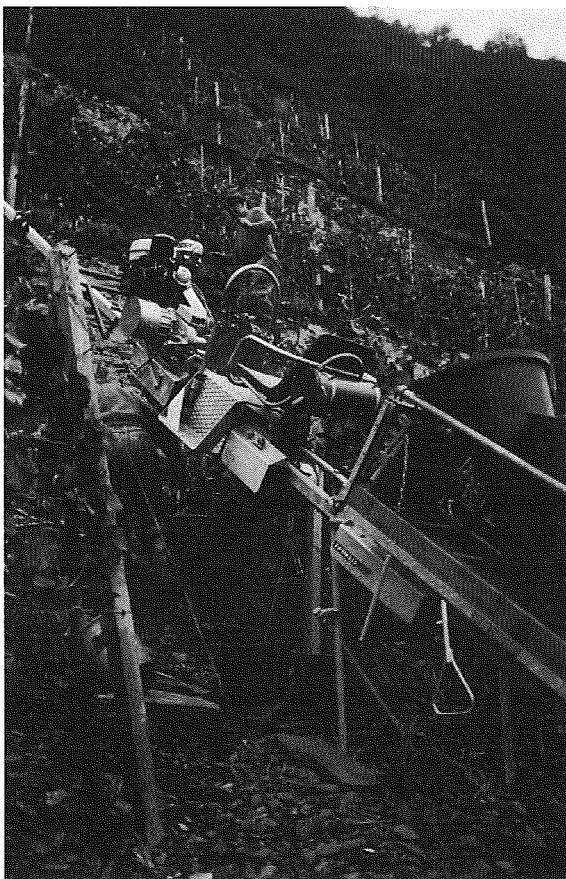


Abb. 11: Transport von Lesegut mit einer Monorackbahn in steilem Hanggefälle

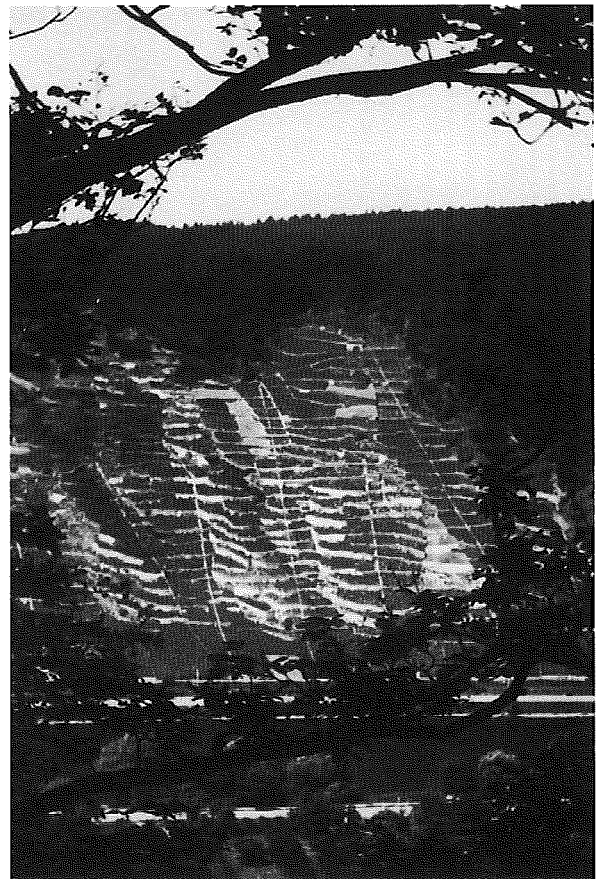


Abb. 12: Blick in die weltberühmte Weinbergslage "Winner Uhlen"

In diesen Lagen werden wir künftig statt 1.500 DM je Hektar 5.000 DM je Hektar und Jahr als Bewirtschaftungszuschuß zahlen.

Diese Anhebung ist mit keinen zusätzlichen Auflagen verbunden.

Wie Sie wissen, hat die EU-Kommission dieses Landesprogramm - es wird ausschließlich aus Landesmitteln finanziert! - erfreulich zügig geprüft und Ende Juli diesen Jahres genehmigt.

Um diese Genehmigung zu erreichen, mußten wir in Brüssel einige Überzeugungsarbeit leisten, denn in der Regel steht die EU-Kommission Fördermaßnahmen wie den Bewirtschaftungszuschüssen sehr kritisch gegenüber, befürchtet sie doch, daß sich hinter solchen Maßnahmen unerlaubte Subventionen verbergen.

Entscheidend für die Zustimmung der EU-Kommission war dabei, daß wir glaubhaft vermitteln konnten, welche Bedeutung der Erhalt der Steilst- und Terrassenlagen für die betroffenen Regionen hat. Diese Bedeutung - auch dies fand die Beachtung der EU-Kommission - geht über ihren besonderen Wert als Weinlagen hinaus.



Abb. 13: Verbindung des kulturellen Erbes von Bauwerken und gestalteter Landschaft

Der prägende Einfluß auf das Landschaftsbild und die damit verbundene Anziehungskraft für den Tourismus wurden ebenso gewürdigt wie der einmalige ökologische Wert dieser erst durch die Bewirtschaftung entstandenen Biotope.

Meine Damen und Herren!

So wichtig es auch im konkreten Fall der geplanten Erhöhung der Bewirtschaftungszuschüsse gewesen sein mag, daß die EU-Kommission die herausragende Bedeutung der Steilst- und Terrassenlagen insbesondere für die Moselregion anerkannt hat, viel wichtiger scheint mir auf Dauer aber der Stellenwert, den die Bevölkerung dieser Region dem Erhalt der Steilst- und Terrassenlagen beimißt.

In der Bevölkerung gilt es das Bewußtsein wach zu halten und - wo nötig - wieder zu wecken, daß die Terrassenlagen ein unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Erbes und eine wichtige Grundlage der wirtschaftlichen Prosperität der Region sind, und zwar nicht nur des Weinbaus, sondern insbesondere auch des Tourismus.

Nur so sichern wir auf Dauer eine breite Akzeptanz für unsere umfangreichen Fördermaßnahmen zugunsten des Terrassenweinbaus.

Eine gute Grundlage für diese Akzeptanz ist dabei sicherlich die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich in dieser Region zwischen Naturschutz und Winzern entwickelt hat.

Leider können wir dies bisher nicht als Regelfall im Umgang zwischen Weinbau und Landwirtschaft auf der einen und Naturschutz auf der anderen Seite bezeichnen.

Um so mehr möchte ich Ihre Aussagen, Herr Schausten, unterstreichen.

Ein wirksamer und dauerhafter Naturschutz, und das bedeutet hier: der Erhalt der einzigartigen Biotope in den Terrassenlagen, kann nur gelingen, wenn diese Flächen weiterhin von Winzern bewirtschaftet werden.

Naturschutz kann und darf nicht gegen die Winzer betrieben werden; er muß vielmehr gemeinsam mit ihnen betrieben werden und er darf die wirtschaftlichen Grundlagen des Weinbaus nicht gefährden.

Wie wichtig dies ist, zeigen gerade die Entwicklungen am Mittelrhein.

Nachdem dort die Terrassenlagen weitgehend aufgegeben wurden, versuchen nun die Naturschutzbehörden, diese Biotope durch aufwendige Pflegemaßnahmen zu retten.

Dies ist nicht nur außerordentlich teuer, es stellt sich vor allem auch die Frage, was soll aus diesen Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung werden.

Auf Dauer wird es schwerlich zu rechtfertigen sein, wenn dort Jahr für Jahr enorme Mittel eingesetzt werden, um eine Verbuschung zu verhindern.

Deshalb kann die Lösung dieses Problems nur in einer Partnerschaft von Naturschutz und Winzern bestehen.

Die Art und Weise, wie Sie hier gemeinsam an einem Strang ziehen, ist vorbildlich und wird hoffentlich vermehrt Nachahmer finden.

Meine Damen und Herren!

Eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Situation des Terrassenweinbaus an der Mosel könnte man in den Worten zusammenfassen:

Hier an der Untermosel gibt es eine Aufbruchstimmung, eine Renaissance des Terrassenweinbaus, dank unternehmerischer Initiativen, dank des konsequenten Einsatzes technischer Innovation, dank der Entwicklung anspruchsvoller Qualitäts- und Vermarktungsstrategien.

Mit dieser Aufbruchstimmung hat die Untermosel Signale für die Entwicklung an der gesamten Mosel gesetzt.

Wir sollten den heutigen Tag nutzen, um in die Zukunft zu blicken, um darüber zu diskutieren:

Was muß geschehen, wo müssen wir anpacken, um die Entwicklungsperspektiven des Terrassenweinbaus und ganz allgemein die wirtschaftlichen Entwicklungschancen dieser Region zu verbessern?

Ein wichtiger Ansatzpunkt bei diesen Überlegungen liegt nach meiner Überzeugung in einer vertieften Zusammenarbeit zwischen dem Weinbau, der Tourismusbranche und hier insbesondere der Gastronomie sowie kulturellen Einrichtungen.

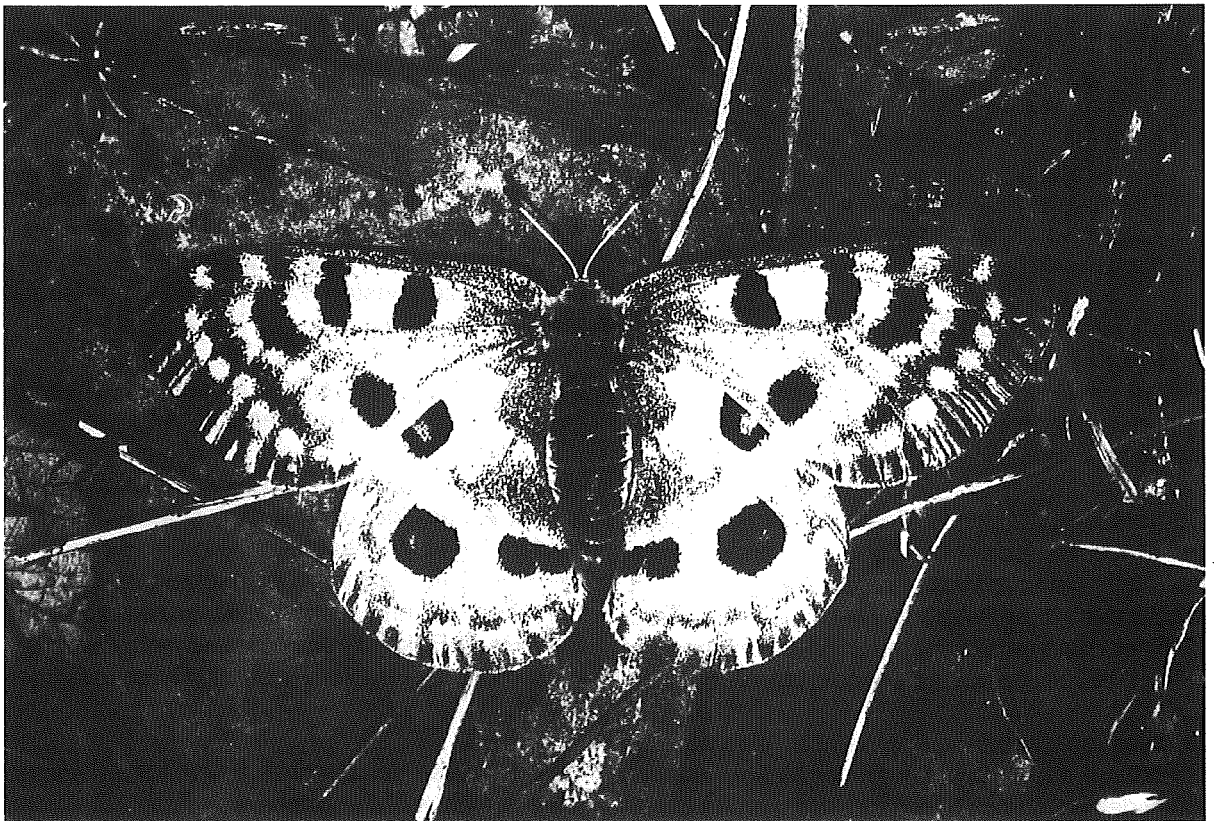


Abb. 14: Weiblicher Mosel - Apollofalter (*Parnassius apollo* ssp. *vinningensis* STICH) - am 30.06.1996 bei Kattenes a. d. Mosel aufgenommen durch Kinkler - Leverkusen



Abb. 15: Typisches Weingut an der Mosel in Hatzenport

Eine ideale Symbiose, möchte man meinen, und gewiß gibt es viele gute Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Frau Fries, Herrn Hannes und Herr Löwenstein hatten uns Beispiele für die schon bestehenden, facettenreichen Verbindungen zwischen Weinbau, Gastronomie und Hotellerie gezeigt.

Herr Hannes wies auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus gerade für den Bereich der Untermosel hin.

Seit 1970 hat sich die Zahl der Übernachtungen im gesamten Moselgebiet nahezu verfünffacht, eine dynamische Entwicklung, die in gleicher Weise kein anderes Fremdenverkehrsgebiet in Rheinland-Pfalz aufweist.

Ein ganz entscheidender Faktor für die Attraktivität der Mosel als Reiseziel war und ist ohne Zweifel der Wein: die vom Weinbau geprägte Landschaft, die Winzerorte entlang der Mosel, die Lebensfreude einer vom Weinbau geprägten Region und nicht zuletzt die Freude auf unbeschwerten Weingenuß.

So gesehen war und ist der Weinbau eine wichtige Grundlage des Tourismus an der Mosel, zugleich bietet der Tourismus den Winzern die große Chance, neue Liebhaber und damit Kunden für ihre Weine zu gewinnen.

Dennoch: eine ehrliche Analyse darf nicht verdrängen, daß es auf dem Erscheinungsbild der Mosel Kratzer gibt.

Das von Kegelclubs und Kaffeefahrten geprägte Bild des typischen Moselbesuchers kann nicht einfach als Fatamorgana böswilliger Kritiker abgetan werden, auch wenn mit diesem Bild nicht mehr als eine allerdings zahlenstarke Minderheit eingefangen wird.

Sicherlich kann man an der Mosel gut essen gehen, ob deftig oder in gepflegtem Ambiente.

Und dennoch wird das Erscheinungsbild der moselländischen Gastronomie dank eines real existierenden Angebots dieser Art weitgehend durch die Trendgerichte vergangener Jahrzehnte geprägt, Schnitzel, Pommes und Salat, sozusagen eine SchniPoSa-Eßkultur, die mehr und mehr durch den internationalen Flair von Pizza und Gyros bereichert wurde.

Ich bitte diese gewiß etwas polemischen Anmerkungen nicht mißzuverstehen.

Es soll keiner Busgesellschaft, die zur Kaffeefahrt an die Mosel aufbricht, verwehrt werden, diese schöne Landschaft zu genießen, auch will ich niemanden sein Schnitzel oder seine Pizza vermiesen.

Wir sollten uns aber fragen, ob die quantitative Bedeutung, die diese Formen des Tourismus und der Gastronomie an der Mosel haben, auf Dauer die tragende Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sein können.

Etwas provozierend möchte ich eine weitere Frage anschließen:

Verkauft sich die Mosel, das heißt ihr touristisches und kulturelles Potential auf diese Weise nicht unter ihrem Wert?

Sollten wir uns nicht verstärkt um Konzepte bemühen, mit denen wir die ansprechen, die diese Werte zu schätzen und zu honorieren wissen?

Wir sollten die Chancen nicht verpassen, die sich mit einer verstärkten Orientierung zu einem qualitativ anspruchsvolleren Angebot im Tourismus, in der Gastronomie und in der Kultur bieten.

Dabei ist Qualität keinesfalls gleichbedeutend mit Luxus; aus der Mosel soll kein Schickimicki-Paradies werden.

Wie im Weinbau geht es vielmehr darum, ein eigenständiges und durchaus bodenständiges Profil zu gewinnen, einen Charakter, den man nicht beliebig austauschen kann.

Ein wichtiges Aushängeschild dieses eigenständigen Charakters kann und sollte eine Gastronomie sein, die mehr als bisher ihren regionalen Bezug herausstellt.

Dazu zählt die enge Verbindung mit dem Weinbau, wie sie z. T. bereits beispielhaft praktiziert wird, dazu zählt die Verbindung zur Landwirtschaft, indem Produkte aus der Region verwendet werden.

Als ein Ergebnis unserer Veranstaltungsreihe "Wein und Tourismus - Partner im Erfolg" hat sich am Mittelrhein eine solche Initiative gebildet, die Landwirtschaft, Weinbau, Gastronomie und Hotellerie einbezieht.

Wir unterstützen diese Initiative durch die Finanzierung eines Beraters.

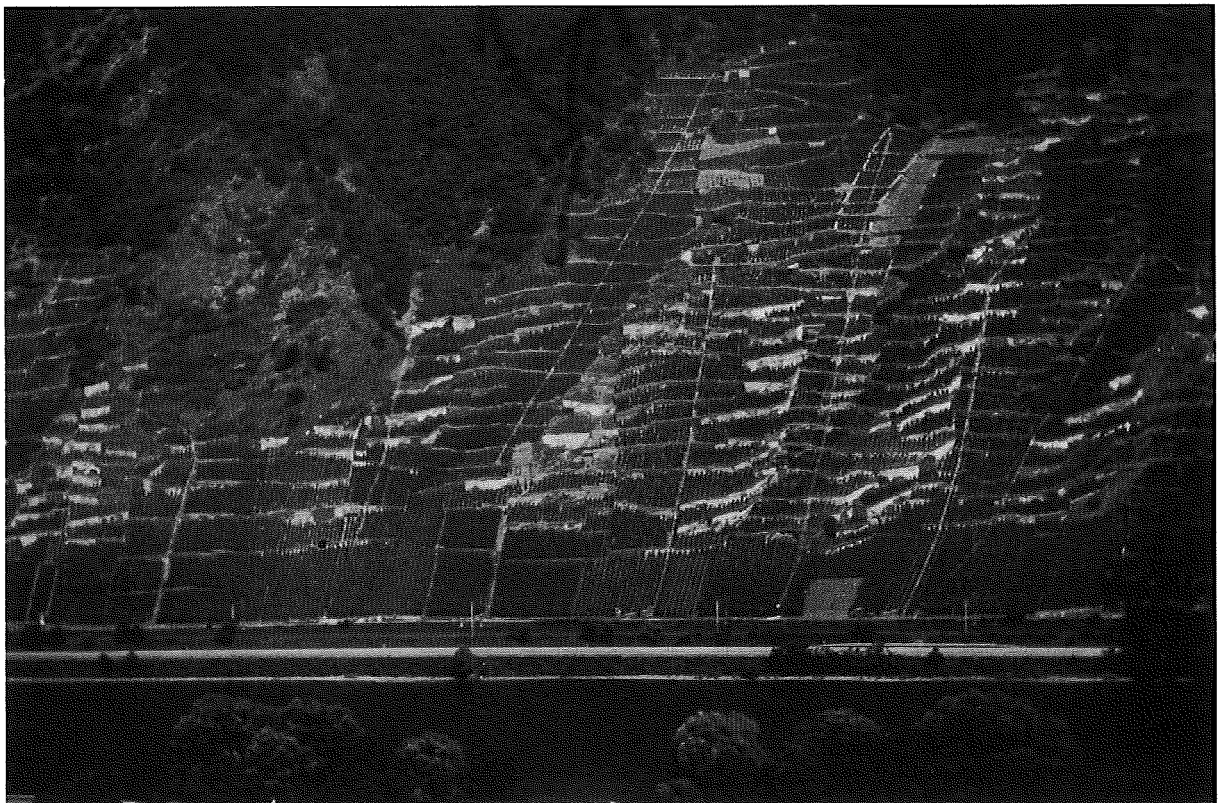


Abb. 16: Steillagenweinberge "Winninger Uhlen"

Selbstverständlich werden wir vergleichbare Aktivitäten auch hier an der Mosel unterstützen.

Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Tourismus Institut in Trier 1994 ein Tourismuskonzept für die Mosel erstellt.

Es liefert wertvolle Anregungen, um die Entwicklungsperspektiven des Tourismus an der Mosel zu verbessern.

Das Europäische Tourismus Institut hat den Auftrag, Vorschläge aus diesem Tourismuskonzept, wie z.B. die Idee eines grenzübergreifenden Radweges unter dem Namen "Velo Tour Moselle" zu touristischen Produkten weiterzuentwickeln.

Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit Vertretern des Tourismus aus den verschiedenen Bereichen des Moseltales.

Die genannten Aktivitäten werden zusammen mit Überlegungen zur Weiterentwicklung des Steilagenweinbaus in ein regionales Entwicklungskonzept für die Mosel einfließen, an dem zur Zeit in meinem Haus gearbeitet wird.

Meine Damen und Herren!

Diese Arbeit an einem regionalen Entwicklungskonzept erhält zahlreiche und wertvolle Anregungen durch die vielfältigen Ideen und Initiativen im Weinbau, in der Gastronomie, im kulturellen Leben, die hier an der Untermosel entstanden sind.

Ich freue mich, heute Gelegenheit zu haben, diese Ideen und Initiativen aus Ihrer Region heraus kennenzulernen, mit denen die wirtschaftliche und soziale Situation der Bewohner dieser mit so vielen Reizen ausgestatteten Landschaft verbessert werden können.

Der bisherige Verlauf unserer Veranstaltung hat meine Einschätzung bestätigt, daß an der Untermosel ein besonderes fruchtbarer Boden für solche Ideen und Initiativen und für unternehmerisches Engagement ist.

Dies sind gute Grundlagen für eine erfolgreiche Gestaltung unserer Zukunft.

Lassen Sie uns gemeinsam vorangehen, zum Nutzen dieser Region und ihrer Menschen.



Abb. 17: Typische Ausprägung der Hangterrassen in der verschneiten -vegetationslosen- Winterlandschaft

FACHBEITRÄGE

Neue Monorackbahn in Erden*)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Mittlerweile hat man sich in den Steillagen an der Mosel schon an den Anblick der Schienenstränge gewöhnt.

Seit den ersten Versuchen mit der Einschienenbahn, ab 1980 im Rahmen eines Pilotprojektes in Enkirch hat sich diese Technik, wenn auch nur langsam, ihren Platz in der Steilhangmechanisierung erobert und gefestigt.

Überall dort, wo die Flurbereinigung keine realistischen Chancen für eine Verbesserung der Weinbergs- und Wegestruktur im Steilhang erbringen kann, bietet die Einschienenbahn, auch hier weit besser unter der Markenbezeichnung "Monorack" bekannt, gute Ansätze, zumindest einen Teil der unstreitig schwierigen Bewirtschaftung zu erleichtern.

Auch heute noch stehen in der Hauptsache die mühsamen Transportarbeiten im Vordergrund der Wünsche.

Dabei denke ich neben dem Personentransport hauptsächlich an Düngemittel- und Traubenbeförderung.

Selbstverständlich bietet die Monorackbahn bedeutende Erleichterungen bei der Erstellung einer Neuanlage.

Aber es lassen sich darüber hinaus eine Vielzahl von weiteren Arbeitsgängen mit diesem System erleichtern.

Ich erinnere an Einsatzmöglichkeiten im Pflanzenschutz und in der Bodenbearbeitung, wie sie von der Forschungsanstalt Geisenheim in dem oben bereits angesprochenen Pilotprojekt Enkirch dargestellt wurden.

Mittlerweile ist wohl eindeutig festzustellen, daß der Einsatz der Monorackbahn einen bedeutenden Beitrag zur Erhaltung wertvoller sonst nicht erschließbarer Steillagen nicht nur an der Mosel-Saar-Ruwer leistet.

Nur aus diesem Grund hat sich das Land Rheinland-Pfalz entschlossen, eine sehr großzügige Förderung für die Installation einer solchen Erschließungstechnik, wie die der Monorackbahn, mit 80 % der Nettoinvestitionssumme zu gewähren.

Die meisten der bisher an Mosel-Saar-Ruwer installierten Bahnen liegen in den sehr schwierig zu erschließenden Terrassenlagen der Untermosel.

Um so mehr freue ich mich daher, daß ich heute auch hier an der Mittelmosel einen weinbaulich bedeutenden Standort mit dieser Technik einweihen kann.

Mehr als 1.200 Meter Schienen wurden hier verlegt und 1.650 Stunden waren hierzu allein von den Technikern der Lieferfirma notwendig.

Die zahlreichen Helferstunden der Winzer vor Ort sind mir gar nicht bekannt.

Von fünf Talstationen aus können über insgesamt neun installierte Weichen sieben Bergstationen angefahren werden.

Drei Traktoren mit Anhängern bieten die Gewähr, daß die Anlage ausreichend flexibel von den Teilnehmern genutzt und trotzdem kostengünstig betrieben werden kann.

Mit der Investitionssumme von rund 370.000,— DM konnte nun die Arbeit von Winzern in einem sonst kaum zu erschließbaren Steilhang mit ca. 2,5 ha Rebfläche deutlich erleichtert werden.

Dies ist sicher ein bedeutender Beitrag zur Erhaltung dieser wertvollen Steillagen hier in Erden.

*) Rede von Herrn Staatssekretär Günter Eymael anlässlich der feierlichen Übergabe der Monorackbahnen an die Teilnehmergemeinschaft Erden in der Römischen Kelteranlage am 06. September 1996

Die Förderung von Einschienenbahnen ist jedoch nicht die einzige Maßnahme zur Erhaltung unserer Steillagen.

Denn gerade in diesem Jahr 1996 haben wir weitere bedeutende Schritte getan zur Erhaltung des Steillagenweinbaus insgesamt.

Ich darf hier erwähnen, daß die Förderung von Investitionen in nicht flurbereinigten Lagen wie bisher fortgesetzt wird.

Neben der Förderung von Einschienenbahnen wird auch der Wiederaufbau in solch extremen Steillagen und die Mauersanierung entsprechend gefördert.

Ich kann Sie nur aufrufen, diese Fördermöglichkeiten in absehbarer Zeit in Anspruch zu nehmen, denn über diesem Förderprogramm schwebt das Damoglesschwert der EU-Kommission.

Ich weiß also nicht, ob wir dies noch zwei oder fünf oder sechs Jahre fortsetzen können.

Ich kann daher alle Interessierten nur aufrufen, die Gunst der Stunde zu nutzen.

Neben der Förderung dieser extremen Steillagen wird, wie Sie in der Presse ja lesen konnten, in diesem Jahr noch ein weiterer Mosaikstein hinzugefügt.

Wir werden die Bewirtschaftungszuschüsse für diese Steilstlagen und Terrassenlagen von 1.500 DM auf 5.000 DM insgesamt, d. h. um 3.500 DM/ha erhöhen.

Dieser Betrag stellt eine echte Einkommensübertragung dar, weil damit keine weiteren Auflagen verbunden sind.

Die Winzer, die diesen Zuschuß erhalten, müssen lediglich die Auflagen erfüllen, die für die bisherigen Bewirtschaftungszuschüsse von 1.500 DM/ha gefordert werden.

In der nächsten Woche werden die einberufenen Kommissionen zur Abgrenzung dieser extremen Steillagen ihre Arbeit aufnehmen.

Ich gehe davon aus, daß wir bis Ende Oktober die Abgrenzung abgeschlossen haben und daß wir dabei unsere Zielvorstellung von 1.000 bis 1.200 ha nicht überschreiten werden.

Nach der Abgrenzung kann dann unmittelbar an die parzellenscharfe Abgrenzung und an die Kennzeichnung der Steilstlagenparzellen herangegangen

werden, damit Ende dieses Jahres die zusätzliche Förderung ausgezahlt werden kann.

Aber nicht nur die extremen Steillagen liegen uns am Herzen, auch die Steillagen, die mit dem Seilzug zu bewirtschaften sind, machen uns Sorgen.

Denn auch in diesem Bereich der Steillagen beginnen die Auflassungen.

Zur Erhaltung des Landschaftsbildes an unseren Flußtälern müssen wir damit auch diese Entwicklung im Auge haben.

Wir haben daher im Frühjahr dieses Jahres eine weitere Verwaltungsvorschrift auf den Weg gebracht, mit der die Investition von Mechanisierungssystemen mit einem Zuschuß bis zu 35 % gefördert werden soll.

Ich halte diese Maßnahme für zwingend notwendig, um die erforderlichen innerbetrieblichen Flächenaufstockungen auch mit entsprechenden finanziellen Anreizen begleiten zu können.

Derzeit sind wir dabei, diese Verwaltungsvorschrift verwaltungsmäßig in Kraft zu setzen. Es hat noch einige Wochen gedauert, da der Weinbauverband einige Nachbesserungen wünschte, deren Umsetzung noch nicht abgeschlossen ist.

Aber ich bin sicher, daß in Kürze die ersten Anträge und damit auch Bescheide herausgehen werden.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, daß uns diese Kulturlandschaft "Steillage" sehr am Herzen liegt und wir für deren Erhaltung auch alle Möglichkeiten, auch alle finanziellen Möglichkeiten, die wir besitzen, ergreifen.

Ich wünsche allen beteiligten Winzern mit dieser Anlage viel Glück und hoffe mit Ihnen, daß all Ihre Erwartungen in diese neu installierte Technik in Erfüllung gehen werden.

Wiedereinstieg in den Weinbau*)

- Berufung oder Zwang? -

Frau Fries, Hatzenport

Mein Name ist Sabine Fries vom Weingut Moritz - Floeck in Hatzenport und ich möchte Ihnen kurz erläutern, warum mein Mann und ich uns für den Weinbau entschieden haben; ob es Berufung oder Zwang war.

Als wir 1991 das Weingut Moritz in Hatzenport gepachtet haben, wurden wir am Anfang als Seiteneinsteiger, vielleicht teilweise auch als Verrückte bezeichnet. Denn mein Mann und ich gaben beide unsere "ordentlichen" Berufe auf, um uns ganz dem Weinbau zu widmen. Mein Mann, Bernd Fries, hatte Maschinenschlosser gelernt und als Reparaturschlosser in einem großen Industriebetrieb in Koblenz gearbeitet. Ich erlernte nach dem Abitur den Beruf der Bankkauffrau und arbeitete im Anschluß in der Kreditabteilung einer Bank in Mayen.

Weinbau wird in unserer Familie schon seit dem 17. Jahrhundert betrieben und ich bin selbst damit großgeworden. So vertreibt meine Großmutter mit heute 84 Jahren noch ihren eigenen Wein, wenn auch mittlerweile etwas ältere Jahrgänge.

Meine Eltern pachteten 1974 in Lehmen ein Weingut mit ca. 3 ha Rebfläche und bauten dieses in wenigen Jahren wieder zu einem florierenden Betrieb aus. Diese Entwicklung wurde jedoch 1979 durch den Tod meines Vaters jäh unterbrochen. Meine Mutter kündigte den Pachtvertrag und bewirtschaftete ab 1980 nur noch die eigenen Weinberge. Da diese damals fast alle jung gepflanzt waren, war der erste Herbst enttäuschend: 1 Fuder Wein.

Zu dieser Zeit lernte ich meinen Mann kennen. Da er damals im Schichtbetrieb arbeitete, hatte er relativ viel Freizeit. Diese nutzte er, indem er meiner Mutter in den Weinbergen und im Keller half.

Da mein heutiger Mann immer Spaß an der Arbeit in einem Weinberg hatte und das Zusammenspiel mit meiner Mutter sehr gut funktionierte, vergrößerten wir den Betrieb wieder nach und nach. Wir kauften: Neue Weinberge, Traktor, neue Maschinen.

Doch wenn man mehr Wein erzeugt, so muß man sich auch mehr Gedanken über den Absatz seiner Weine machen. Man muß ständig neue Kunden gewinnen, da die alten, wenn auch überaus treue Kunden, leider "aussterben".

Mein Mann und ich stellen uns dann die Frage: Ob wir in Zukunft den Weinbau hauptberufsmäßig oder hobbymäßig betreiben wollen?

Die Antwort ergab sich wie von selbst. Zu dieser Zeit kam uns irgendwie zu Ohren, daß ein Weingut mit einer 200jährigen Tradition zu verpachten sei. Das Weingut Moritz vermittelt augenscheinlich dem Touristen das Bild des typischen Weingutes an der Mosel. Wir führen im Jahr etwa 200 Weinproben, hauptsächlich Busgesellschaften, durch und vermarkten über diesen Weg einen großen Teil unseres Weines.

Durch diese Busreisen haben wir ebenfalls ein Großteil unserer heutigen Kundschaft, die sich im Großraum von Berlin befindet, gewonnen. Diese Kunden werden durch regelmäßige Auslieferungsfahrten durch meinen Mann beliefert.

Zur gleichen Zeit etwa wurde auch etwas für den Steillagenweinbau getan: Förderung der Bahnen, Mauersanierungen, Steillagenzuschuß.

Wir haben gleich im ersten Jahr in Hatzenport unsere erste Monorackbahn gebaut, was damals mit viel Widerspruch verbunden war. Denn die betreffende Weinlage in Hatzenport befand sich in der Flurbereinigung und die Gemeinde hatte schon einen Weg zur Erschließung des Berges geplant. Dieser Weg hätte den ganzen Weinberg zerstückt und wäre ein ungeheurer Kostenaufwand gewesen. Die Weinlage Stolzenberg, ein komplexer Terrassenweinberg mit ca. 5.000 m², konnte damals nur mit Hilfe der Monorackbahn so wieder aufgebaut werden, da der Weinberg schon seit Jahren eine Brache war. Ebenfalls wurden in dem Weinberg alle Mauern über das Kulturstamt saniert. Dieses hätten wir alleine nie aufbringen können. Die Weinlage Stolzenberg stellt sich heute als eine der besten Lagen der Untermosel dar, denn im letzten Herbst konnten wir das Spitzenmostgewicht von 165° Öchsle dort ernten.

Doch leider, wie das mit gepachteten Dingen so geht. Erst wird gesagt, wir verkaufen, und wenn es darauf ankommt, wird nichts hergegeben.

*) Vortrag bei der Tagung "Terrassenmosel" am 02.09.1996 in Koblenz-Gondorf

Aus dieser Konsequenz heraus, und da wir noch neue Kundenkreise ansprechen wollen, haben wir nun in Kattenes das ehemalige Weinhaus Gries erworben, um dort einen Gutsausschank mit Fremdenzimmern zu betreiben. Um auch in Zukunft dort Wein machen zu können, werden wir im nächsten Jahr dort noch ein Kellergebäude errichten.

Mein Mann hat im September dieses Jahres ebenfalls mit Erfolg die Winzermeisterprüfung in Trier abgelegt, so daß wir langsam den Makel des Seiteneinsteigers und Spinners ablegen können.

Den Beruf des Winzers kann man nur aus einer gewissen Berufung heraus betreiben. Das heißt:

Lust am Arbeiten in den Weinbergen und mit dem Wein. Der Unterschied zu meinen früheren Kollegen ist: Die warten ständig auf das Wochenende, sie sind alle gefrustet. Wir dagegen sagen montags: Wie schlimm, es ist schon bald wieder Wochenende. Wir haben mit Sicherheit weniger Freizeit wie unsere früheren Kollegen, aber viel mehr Freude am Beruf. Und diese Freude gibt sich an die Kunden weiter.

In den letzten Jahren wurde viel für die Rahmenbedingungen der Steillagenwinzer getan, dieses sind für uns entscheidende Hilfen, auch weiterhin unsere Terrassenweinberge zu bewirtschaften. Dafür möchte ich Ihnen, Herr Minister Brüderle, da Sie daran nicht ganz unbeteiligt waren, danken.

Neueinstieg in den Weinbau*)

Andreas Barth, Niederfell

Diese Veranstaltung und die an mich herangetragene Bitte, hier über meine Motivation zum Quereinstieg in den Weinbau zu sprechen hat mich veranlaßt, genauer über eben diese Entscheidung nachzudenken und sie zu präzisieren.

Als - zugegebenermaßen - mit wachsender Unlust die Juristerei Studierender, habe ich mich, ohne familienseits Weinbaulich vorbelastet zu sein, in einer vorlesungsfreien Zeit entschlossen, einen Weinberg dort wieder einzurichten, wo vor dreißig Jahren die letzten Trauben gelesen wurden.

Daß dies überhaupt möglich war, verdanke ich dem Flurbereinigungsverfahren in meiner Heimatgemeinde Niederfell und der damit verbundenen Neuordnung der Weinbergsflächen. Folgerichtig gemündet hat diese Arbeit in die Übernahme eines Weingutes in Gondorf, dessen Pächter ich seit 1994 bin.

Einen über diese Zeit eingewachsenen Wingert wieder zu roden und neu zu bepflanzen, verwurzelt einen auf merkwürdige Art mit dem Boden und der Landschaft dieses Tales. Schnell bekommt man den Blick für die Schönheit der steilen Terrassen. Es wächst aber auch das Bedauern über zunehmende Brachen und für den Weinbau für immer verlorene Flächen. Einige dieser Flächen sind vielleicht zurecht aufgelassen worden, andere sind aufgrund ihrer unbestrittenen Qualität ein herber Verlust für diese Kulturlandschaft und damit für den Weinbau dieser Region.

Beispiele hierfür gibt es viele, stellvertretend möchte ich nur den Hatzenporter Stolzenberg erwähnen.

Den Verlust wird aber nur derjenige spüren, der sensibel ist für die Verantwortung, die uns diese Lagen auferlegen. Ich spreche hier von der Verantwortung, die sich in unserem Produkt, dem Wein, niederschlägt und wiederfindet. Die Einzigartigkeit dieser steilen Rebberge muß sich widerspiegeln in der Einzigartigkeit des darin wachsenden Weines. Ist dies nicht der Fall und sinnenscheinlich gelingt das einer wachsenden Zahl von Winzern, sollten wir über die Erleichterung des Anbaus dieser Weine weiter nachdenken. Unterscheiden sich unsere Weine nicht von in arbeitstechnisch günstigeren Weingärten produzierten, sollten wir uns eine Träne aus dem Auge wischen und die Terrassen der Brache und Überwucherung überlassen, von der sie dann in ABM-Maßnahmen als Biotopschutz wieder befreit werden.

Mehr Sinn macht es jedoch, dem eigentlichen Landschaftsschützer, dem Winzer, seine Arbeit zu erleichtern. Viel ist hier auch schon geschehen: Ich denke insbesondere an die Erleichterung der Monorack als Transportmittel, die nur durch beträchtliche Zuschüsse von Seiten des Staates für den Winzer überhaupt realisierbar wurde. Ich denke an die Beihilfe bei der Sanierung unserer Trockenmauern, an den Wegebau.

*) Vortrag bei der Tagung "Terrassenmosel" am 02.09.1996 in Koblenz-Gondorf

Daß die staatlichen Gunsten nicht immer ins rechte Ziel gelangten, was einige Flurbereinigungsunterfangen dokumentieren, liegt in der Natur der Sache, danach läßt sich leicht schlauer sein.

Es geht hier aber nicht um die Besserwisserei, sondern um eine realitätsorientierte Bestandsaufnahme der Förderungsmöglichkeiten zum Erhalt dieser Weinberge und damit der Landschaft. Bei den nicht unerschöpflichen Möglichkeiten des Staates, den Winzern durch Bezuschussung unter die Arme zu greifen, sollte die Aufmerksamkeit den optimal eingesetzten Mitteln gelten. Im übrigen wachsen die Widerstände anderer Regionen, auch zurecht, denn woanders ist auch Wein und Kultur und Landschaft und Tradition. Das bedeutet Optimierung der Subventionen, Förderung gemeinschaftlich genutzter Zahnradbahnen, Hilfestellung bei der Errichtung von Maschinengemeinschaften.

Uns Winzern bleibt allerdings die größere Verantwortung bei der Gestaltung unserer Zukunft, so es sie dauerhaft geben soll. Berührungsängste zu den Kollegen müssen abgebaut werden, fremde Auffassung im An- und Ausbau der Weine darf nicht su-

spekt erscheinen, sondern Neugierde wecken, Erfolg keinen Neid zur Folge haben.

Das Wichtigste aber wird sein, die Einzigartigkeit und das Profil unserer Weine herauszustellen. Was nutzen uns die schöne Landschaft, die staatlichen Bemühungen, der gute Wille, wenn wir immer noch die überwiegende Anzahl unserer Weine unter Wert losschlagen, aus Angst, das gute Geschäft mache sonst der Nachbar, der Rheinhesse, der Kalifornier. Ist es wirklich ein gutes Geschäft? Auf Dauer und für die Zukunft auch der nächsten Generation Weinbaubetreibender sicher nicht. Gönnen wir uns also diese Portion Wahnsinn, die uns in die Steillagen treibt und auch dort hält und bitten und fordern wir den Staat, das Seine dazuzutun, aber verschieben wir nicht die Verantwortung.

Ich befürchte, ich habe mit meinen Ausführungen den Rahmen dessen gesprengt, was von mir erwartet wurde, aber genau diese Gedanken und Vorstellungen sind verantwortlich für meinen Quereinstieg in den Weinbau, sicherlich eine leidenschaftliche und spannende Aufgabe.

Nur wer die Wege verläßt, bleibt nicht auf der Strecke

Kurzvortrag aus der Sicht der "Terrassenmosel"

Reinhard Löwenstein, Winningen

"Wie hätte ich geglaubt, daß in einem Dorf mit derart primitivem Bustourismus ein so guter Wein wachsen könnte." Diese Bemerkung während einer Weinprobe vor einigen Jahren traf den Nagel auf den Kopf. Leider ist die Meinung des Koblenzer Arztes kein Einzelfall. Die Mosel wird "draußen" mehrheitlich als "schöne Landschaft mit Billigtourismus" empfunden, die Gastronomie wird als "Friteuseküche mit Schnitzel und Pommes" wahrgenommen und die Weine rangieren als "liebliches Schöppchen" oder "saurer Rambas" unter ferner liefen ... Alle Ausnahmen bestätigen die Regel - und waren bislang leider nicht in der Lage, am Bild der Untermosel etwas zu ändern.

Wie sollten sie auch? Schließlich resultiert die Einschätzung unserer Region nicht aus einer Wahrnehmungstrübung, sondern entspricht weitgehend der Realität. Eine Realität, mit der die meisten Bewohner unserer Region ja auch prima zurechtkommen.

Zumindest bis zu Beginn der 70er Jahre kannten die Winzer kaum Absatzprobleme und die Wirte hatten noch in den 80er Jahren alle Hände voll zu tun. Schließlich brachten Sonderzüge und Busse Millionen trinkfreudiger Kegelbrüder und -schwestern an die Mosel, die sich begeistert nach dem Motto unseres Geheimrats "Trunken müssen wir alle sein ..." ihrer Alltagssorgen entledigten.

Und heute? Auch das kleine "Zwischenhoch" nach der Wiedervereinigung konnte nichts daran ändern: Die Zeiten haben sich geändert. Umsätze gehen rapide zurück. Kegelclubs fahren lieber nach Mallorca oder in die Dominikanische Republik und Individualtouristen rekrutieren sich schwerpunktmäßig aus den einkommensschwächsten Gruppen unserer Gesellschaft resp. dem nahen Ausland, trinken KöPi statt Riesling, essen Pommes statt Gratin und bleiben höchstens übers Wochenende.

*) Vortrag bei der Tagung "Terrassenmosel" am 02.09.1996 in Koblenz-Gondorf

Mit einer durchschnittlichen Auslastung von unter 30 % leben die meisten aller Hotels heute von der Substanz - und haben erst recht kein Geld, ihren Zimmerkomfort auf den aktuellen Standard zu bringen. Große Gastronomiebetriebe können weder Fixkosten noch Personalkosten tragen und melden Konkurs an. Und die Winzer sitzen auf ihrem Wein, ihre Weinberge sind für ein paar Mark zu kaufen und kaum einer findet einen Betriebsnachfolger ...

Was tun?

Während verantwortliche Politiker und Mitbürger - innen schon seit Jahren beschwörend darauf hinweisen, daß es nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten gelingen kann, wieder zu wirtschaftlicher Prosperität zurückzufinden, ergehen sich die meisten der Betroffenen immer noch in Kirchturmpolitik, gegenseitigen Schuldzuweisungen und Hilferufen an die Obrigkeit. Zum Glück aber nicht alle. In vielen Kommunen raufen sich die Kollegen zusammen, suchen nach Alternativen und überraschen mit attraktiven Angeboten.

Eine dieser Initiativen ist die Arbeitsgemeinschaft der "Köche und Winzer an der Terrassenmosel". Die mittlerweile 16 Köche, Winzer, Sekthersteller und Schnapsbrenner haben es sich seit 1994 zum Ziel gesetzt, durch hochwertige kulinarische Aktionen einen wichtigen Beitrag zum Relaunch der Mosel zu leisten.

Marketing kann a la longue nur erfolgreich sein, wenn sich das Produkt nicht nur an kurzfristigen Kundenwünschen orientiert, sondern darüber hinaus einzigartig, transparent und echt ist. Gerade an der Mosel zwischen Koblenz und Zell klafft leider im Moment eine riesige Lücke zwischen den wirklichen Ressourcen und dem, was als "Wein, Weib und Gesang" touristisch vermarktet wird. (Und was mit dem "Unten" in dem Begriff Untermosel unbewußt treffend zum Ausdruck gebracht wird.)

Erste Aufgabe bei der Arbeit an einem erfolgreichen Konzept ist es, die touristisch relevanten Ressourcen zu sammeln. Es gibt unglaublich viele: Einmal die einzigartige Flußlandschaft, die dem Betrachter durch die mäandrierende Mosel und die Abwechslung von bewaldeten Hängen, Büschen und steilen Weinbergen ein Kilometer für Kilometer wechselndes, faszinierendes Bild darbietet. Im Gegensatz zur übrigen Mosel liegen hier die Niederschläge weit niedriger und die Temperaturen deutlich höher.

Kein Wunder, daß in dieser Region viele seltene, vom Aussterben bedrohte Pflanzen und Tiere Le-

bensraum finden: Goldaster, Diptam, Felsengoldstern, Buchsbaum, Felsenahorn, Felsenkirsche, weiße Fetthenne, Küchenschelle, um nur einige der Pflanzen zu nennen, und der Apollo- und Segelfalter, die Mauereidechse und Smaragdeidechse, die Reben-Sattelschrecke und rotflügelige Ödlandschrecke, die seltene Zippammer ...

Kein Wunder auch, daß die steilen und terrassierten Weinberge als ökologische Nischen mit zu den Besten der ganzen Mosel gehören. In der napoleonisch-preußischen Lagenklassifikation aus dem letzten Jahrhundert werden an der Terrassenmosel prozentual gleich viele Lagen als "I-Kategorie" klassifiziert, wie an der übrigen Mosel. Weinberge im Winninger Röttgen, im Winninger und Koberner Uhlen, im Valwiger Herrenberg, dem Bremmer Calmont, im Neefer Frauenberg und in den Merler Königslay-Terrassen gehören zu den "großen Lagen" der Mosel und zu den besten Rieslingweinbergen der Welt!

Eine Fülle Kulturdenkmäler keltischen und römischen Ursprungs, romantische Kirchen, mittelalterliche Zehnthöfe und Burgen ... Und ebenfalls eine Vielzahl kleiner Dörfer, die trotz Plastikfenster und Neubaugebiete nur wenig von ihrem mittelalterlichen Charme eingebüßt haben. Und Menschen, liebenswerte, lustige, mit Ecken und Kanten, Originale ...

Aber wer kennt den Apollofalter, wer weiß wo der Goloring liegt, der Kardener Dom? Wer kennt die vielen Wanderwege, die Sauerbrunnen, alten Bergwerke ... Wer weiß, daß auf Burg Koraidelstein einer der berühmtesten deutschen Töpfer wohnt, daß Köche und Winzer unserer Region von Feinschmekkern und Gault-Millau zu den Besten in Deutschland gerechnet werden?

Marketing heißt daher auch "Marketing nach innen", heißt allen Bewohnern die Schätze der Region näherzubringen, heißt Arbeit an der Lebensqualität einer der schönsten Flußlandschaften der Welt. Nur wer sich hier wohlfühlt, kann glaubhaft und mit Stolz die Begeisterung auch nach außen tragen, kann "neue" Touristen an die Mosel locken.

Dies mit zu initiieren ist die Aufgabe der "Köche und Winzer an der Terrassenmosel". Schon der Name steht für einen ersten Schritt: Der psychologisch schlecht gewählte Begriff Untermosel (unten = schlecht) wurde durch den Begriff "Terrassenmosel" ersetzt, indem das signifikante Erscheinungsbild der Region, die terrassierten Weinberge, unverwechselbar zum Ausdruck kommt.

Die "Köche und Winzer" verstehen sich als "Verführer zum Genuß", als Verführer zu gutem Essen und Trinken und zum Erleben der einzigartigen Reize und Besonderheiten der Mosel zwischen Koblenz und Zell. Angesprochen werden die Bürgerinnen und Bürger der Region genauso wie die Gäste: Alle sollen der Faszination "Terrassenmosel" erliegen und aus der Begeisterung heraus zu aktiven Werbeträgern werden. Die Gäste der über das ganze Jahr verteilten kulinarischen Veranstaltungen erleben Weinbergsarbeit in den steilen Terrassenlagen und werden in die Geheimnisse der Vinifikation von Spitzenrieslingen genauso eingeführt wie in die Mysterien des traditionellen Champagnerverfahrens und die Kunst des Destillierens. Kulturgeschichte und Heimatkunde stehen auf dem Programm, genauso wie Wandern im Naturschutzgebiet mit fachlichen Erläuterungen, wie Jazz, Swing und mosel-fränkische Lieder, wie Kinoabende, Sportveranstaltungen, Kunstausstellungen, Theater, Konzerte ...

Und bei jeder Veranstaltung: Das gute Essen und der gute Riesling - vom einfachen, ehrlichen Wintgertseintopf bis zum prachtvollen Gala-Dinner, vom sauberen Schoppen bis zum raren Schatzkammerwein.

So werden die "Köche und Winzer an der Terrassenmosel" heute als "kulinarische Elite und Flaggschiff der Region" bezeichnet. Sind sie das? Wenn wir ELITE so buchstabieren, daß das "E" für Eigensinn und Eigenverantwortung steht, das "L" für Lust an der Arbeit, das "I" für Individualisten, das letzte "E" für Erfolg, dann macht dieser Begriff einen Sinn. Und wenn das Flaggschiff "Köche und Winzer an der Terrassenmosel" die anderen Winzer, Gastronomie und Hoteliers dazu animiert, im kulinarischen Kielwasser mitzuschwimmen, hat die Mosel alle Chancen, sich als eine der schönsten Flußlandschaften Europas zu einer ökonomisch gesunden Tourismusregion mit authentischer Lebensqualität zu entwickeln.

Gastronomie und Tourismus an der Terrassenmosel*)

Hotelier Heinz Hannes, Brodenbach

Ich darf mich eben vorstellen: Mein Name ist Heinz Hannes, Inhaber des Hotels Anker in Brodenbach. Nach der Lehre als Koch und Metzger besuchte ich die staatlich anerkannte Hotelfachschule Bad Reichenhall mit dem Diplom-Abschluß.

1965 übernahm ich den elterlichen Betrieb mit 40 Betten und 200 Sitzplätzen. Im Laufe der Jahre baute ich das Hotel für 350 Betten und 700 Sitzplätze aus. Unser Hotel ist schwerpunktmäßig auf Gesellschaften und Tagungen ausgerichtet. Die starke Bettenbelegung erzielen wir durch Busgesellschaften und Reisebüros, wie die meisten großen Hotels an der Untermosel.

Unsere Stärke ist unser persönlicher Einsatz: Jeder Gast wird bei uns mit einem Glas Moselwein am ersten Tag begrüßt. Im Laufe der Woche bieten wir eine Schifffahrt, eine Burg-Besichtigung und eine Weinprobe, in einem Weingut an der Untermosel, an.

Der Wein hat touristisch gesehen eine große Bedeutung für uns Moselaner, aber auch für unsere Gäste.

Den Ausbau der Terrassenlandschaft haben wir sehr begrüßt. Aber als Gastronom liegt mir noch mehr die Erzeugergemeinschaft Deutsches Eck am Herzen, die hervorragende Rieslingweine anbaut.

Ihnen, Herr Minister, darf ich folgende Zahlen nennen: Wir verbrauchen in unserem Betrieb ca. 11.000 l Moselwein aus dem Bereich Untermosel, überwiegend Rieslingweine. In der Verbandsgemeinde Untermosel haben wir im Schnitt jährlich ca. 300.000 Übernachtungen. Wir haben eine gut strukturierte Gastronomie von kleinen, mittleren und 10 großen Hotels mit je über 100 Betten, wie auch gehobene Gastronomie (Terrassenmosel), aber auch viele Weinstuben und Straußwirtschaften.

Aus meiner Erfahrung ist es von entscheidender Bedeutung, daß das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt. Ein zufriedener Gast, der fachlich und freundlich bedient wird, bedankt sich mit einem Wiederkommen und einer Mund-zu-Mund-Werbung in seiner Heimat.

Nicht unerwähnt bleiben muß, daß innerhalb der Gastronomie, bei allem Konkurrenzdenken, eine fruchtbare Zusammenarbeit, Abstimmung und gegenseitige Unterstützung, zumindest bei den großen Häusern, gepflegt wird.

Ich bedanke mich, daß Sie mir zugehört haben.

*) Vortrag bei der Tagung "Terrassenmosel" am 02.09.1996 in Koblenz-Gondorf

Naturschutz und Landschaftspflege an der Terrassenmosel*)

Hermann Schausten, Briedern

Naturschutz und Landschaftspflege sind zwei Themen und Begriffe mit denen ich mich auseinandersetze.

Auf diesen Gebieten habe ich reiche Erfahrungen sammeln können und freue mich, daß ich viele interessierte Privatleute, Verbände, Gemeinden und Betriebe beraten darf.

Mein besonderes Interesse gilt dem Steillagenweinbau an der Mosel.

Vom Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz, hat mich Herr Bosselmann, der heute leider verhindert ist, gebeten, die Erfahrungen weiterzugeben, die wir aus der Sicht des Naturschutzes gemacht haben.

Wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeitvorgabe ist es mir nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen. Das trifft für Pflanzengesellschaften ebenso zu, wie für Insekten und Tiere.

Aus Gründen des Naturschutzes ist die Erhaltung und Pflege der Terrassenlagen unverzichtbar. Diese Kulturlandschaft wurde von Winzerhand geschaffen und muß auch von Winzern erhalten werden. Ich denke, das muß auch der Winzerstand zur Kenntnis nehmen.

Der beste Naturschützer in den Steillagen ist der Winzer. Der Naturschutz stellt an die Bewirtschaftung der Terrassenlagen hohe Anforderungen.

Das immer wieder, auch von Naturkundlern falsch beurteilte Thema der Hubschrauberspritzung, möchte ich aus meinen Erfahrungen ansprechen und versuchen klarzustellen.

Wir Naturschützer dürfen heute davon ausgehen, daß über diese Form der Weinbergsbewirtschaftung, nämlich Teilbereich Pflanzenschutz, keine Insektizide ausgebracht werden dürfen. Ein Riesenschritt!

Der Hubschraubereinsatz im Pflanzenschutz in den Terrassenweinbergen ist, wenn Sie so wollen, ein Segen und zwar auch deshalb, weil weniger als die Hälfte der Mittel über den Hubschrauber ausge-

bracht werden im Verhältnis oder im Vergleich zu den üblichen Spritzverfahren.

Neben dem Hubschraubereinsatz gilt in der Regel, daß die Winzer die erste Austriebsspritzung durchführen und auch die Abschlußspritzung. Auf die Gründe brauche ich nicht einzugehen. Hier werden meiner Meinung nach zu oft Insektizide eingesetzt, die nicht notwendig wären. Daß es in den sensiblen Terrassenlagen ohne Insektizide geht, zeigen uns ein großer Teil der Winzer hier an der Untermosel.

Die Weinbergsgemeinden der Verbandsgemeinde Untermosel sind in diesen Fragen beispielgebend für andere Regionen:

Der Apollofalter ist für viele Laien und auch für viele Besucher ein gutes Beispiel. Die starken Populationen, die im Rebareal der Terrassenweinberge seit über 5 Jahren festzustellen sind, zeugen von einer guten Leistung die hier im Naturschutz erbracht wird. Diese guten Apollofalterpopulationen sind ein Indikator für eine weitgehend intakte Natur. Dieser schöne Schmetterling, der so eindrucksvoll das Rebareal befliegt, weist nach, daß damit auch alle anderen Insekten und Tiere einen intakten Lebensraum vorfinden.

Die hiesigen Winzer der Terrassenlagen haben Maßstäbe gesetzt, die eine gute Grundlage für die Zukunft bedeuten. Naturschutz muß und darf nicht bedeuten, daß damit wirtschaftliche Grundlagen in Frage gestellt werden. Was auf diesem Gebiet von den Winzern hier geleistet worden ist, sind nachahmenswerte Beispiele mit guten Erfahrungen.

Lassen Sie mich auch als Außenstehender, ich komme ja von Briedern, zum Naturschutz allgemein etwas sagen, der hier in den Gemeinden der Verbandsgemeinde Untermosel gepflegt wird.

*) Vortrag bei der Tagung "Terrassenmosel" am 02.09.1996 in Koblenz-Gondorf

Ich glaube, all das, was wir heute über den Terrassenweinbau hinaus an Naturschutz in diesen Gemeinden jährlich erleben, geht zurück auf ein Miteinander der Wissenschaft, vieler engagierter Naturfreunde, überzeugter Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt auf die Hilfe, die von den Gemeinden ausgeht. Man darf zuversichtlich sein, daß die guten Ansätze, die über den Terrassenweinbau hinaus, was Naturschutz und Landschaftspflege angehen, erbracht werden, sich positiv weiterentwickeln lassen.

Ich wünsche, daß die guten Erfahrungen hier an der Untermosel in allen Regionen zur Kenntnis genommen werden, und daß man sich zusammensetzt und gemeinsam auslotet, was möglich ist.

Alle müssen auf dem Gebiete des Naturschutzes zusammenarbeiten.

Die Moselsteillagen können nur erhalten werden, wenn diese Weine ein besseres Image bekommen. Nach dem Motto, jeder kann etwas für die Natur und den Winzer tun. Trinkt mehr Steillagenwein, denn er ist der beste Rieslingwein, das hilft dem Winzer, der Kultur und der Natur.

Nur wenn die Steillagen erhalten werden, bleibt die Mosel attraktiv für die Touristen.

Weinbau und Kommunalpolitik an der Terrassenmosel*)

Bürgermeister Franz Dötsch, Koblenz-Gondorf

Die Anstrengungen für die Erhaltung und Pflege der Steillagen und Terrassenweinberge an der Untermosel müssen fortgesetzt werden.

Wenn wir uns heute morgen mit dem Thema "Renaissance des Terrassenweinbaues" beschäftigen, dann müssen wir uns kurz an die Jahre 1980, 1990 und 1995 erinnern lassen. Nur dann wird uns bewußt, daß wir und zwar die Politik und die Winzer, wichtige und gute Grundlagen geschaffen haben, den Terrassenweinbau bei uns nicht aufzugeben.

Eine ganze Reihe von Gründen müßte man anführen, die zu einer guten Grundstimmung bei den Winzern, bei der Bürgerschaft und in den Kommunalparlamenten geführt haben. Lassen Sie mich ein paar darlegen!

Eine entscheidende Aufbruchstimmung im Terrassenweinbau ist mit der Förderung des Transportbahnenbaues und des Mauerbaues gelungen - ohne Zweifel ist die Transportbahnförderung die entscheidende Weichenstellung.

Die zögerlichen Inanspruchnahmen der Fördermittel 1988 - 1990 weisen darauf hin, welche Orientierungsschwierigkeiten bestanden, mit den Transportbahnen zu bedeutsamen Änderungen in der Betriebsführung zu gelangen.

Hier gilt es, dem Kulturrat Mayen und der Weinbauberatung Cochem zu danken, die überzeugende Beratungen durchsetzten.

Die Förderung des Transportbahnenbaues durch das Land Rheinland-Pfalz brachte vor allem einen großen Rationalisierungseffekt und meine Damen, meine Herren, bedeutsame Arbeitserleichterungen in der Bewirtschaftung der Weinberge und die Möglichkeit, die vielen eingestürzten und renovierungsbedürftigen Weinbergsmauern zu reparieren. Zumindest sind hier beachtenswerte Ansätze gelungen.

Seit 1990 erhalten viele Rebflächen in den Terrassenlagen eine gute direkte Pflege, dank der Transportbahnen. Aufgegebene Weinberge werden wieder bewirtschaftet. Das ist eine Entwicklung die hoffen läßt. Sie wird dadurch bestätigt, daß junge Menschen sich für den Winzerberuf und die Übernahme von Betrieben entscheiden.

Der Transportbahneinsatz hat schon heute historische Bedeutung.

Wie war das denn 1986 - vor 10 Jahren -?

*) Vortrag bei der Tagung "Terrassenmosel" am 02.09.1996 in Koblenz-Gondorf

Wir hatten Vorläufer der 'de Leuw-Bahnen'. Einzelne Exemplare kann man heute noch in der Örtlichkeit sehen, die auf 2 dicken Drahtseilen in einer entsprechenden Höhe geführt wurden. Über eine Umlenkrolle konnte der aufgesetzte Karren gezogen bzw. herabgelassen werden. Eine Personenbeförderung war nicht möglich.

Ganz primitive Transporteinrichtungen waren damals weit verbreitet. Ein dickes Drahtseil, das oberhalb der Weinberge im Fels verankert war, auf dem ein Laufwerk mit Pritsche ebenfalls durch ein zweites Zugseil über eine Umlenkrolle hochgezogen bzw. herabgelassen wurde. Viele Unfälle waren zu beklagen.

Vor 10 Jahren wurden, wenn eingestürzte Mauern repariert werden mußten, diese oft mit Bimssteinen vorgenommen. Exemplarisch können Sie das nachher, wenn wir zur Monorackbahn gehen, in Augenschein nehmen. Die letzte Terrasse ist trotz schöner Laubwand einzusehen. In dieser Weinbergsmauer sind Bimssteine verarbeitet. Dies deshalb, weil es kostengünstiger war und zum anderen der Transport mit diesen leichten Steinen einfacher war, während Bruchsteintransporte sich sehr schwierig gestalteten.

Heute, 1996, sind es die Monorack- und de Leuw-Bahnen, die uns ganz entscheidende Verbesserungen bringen und zwar neben den bedeutsamen Arbeitserleichterungen eine erhebliche Reduzierung des Arbeitsaufwandes. Wo es eben möglich ist, das ist unsere Erfahrung im eigenen Weingut, sollte der Querbau und der Drahtrahmen eingeführt werden. Die Austriebs- und Abschlußspritzungen, die wir sinnvollerweise nicht mit dem Hubschrauber durchführen sollen, sind mit den Transportbahnen erheblich erleichtert und rationeller möglich.

Wir stehen vor weiteren Rationalisierungseffekten, die durch technische Geräte praxiserprobt sind.

Der Arbeitsaufwand, auch das sind unsere Erfahrungen, läßt sich mit den Transportbahnen um 1/3 senken. Wir kommen heute in unserem Weingut etwa mit 800 Arbeitsstunden je ha aus.

1987 hatten wir in der Erzeugergemeinschaft Deutsches Eck noch 98 Mitgliedsbetriebe, heute sind es noch 46. Diese 46 Betriebe bewirtschaften heute einen größeren Anteil Terrassenflächen, als dies 1987 bei den 98 Betrieben der Fall war. Der Nebenerwerb geht zurück, vor allem im Terrassenweinbau. Die Gründe liegen auf der Hand.

Die Gründung der Erzeugergemeinschaft Deutsches Eck hat 1981 Qualitätskriterien festgelegt, die heute dem Terrassenwein gute Vermarktungschancen sichern. Sie sind hinreichend bekannt. Bedeutsam ist die Festlegung auf eine maximale Ertragshöhe von 8.000 Litern je Hektar und nicht unbedeutend war jene Entscheidung 1985, in allen Betrieben täglich die Mostgewichtserfassung einzuführen. Letztere hat eine nicht zu unterschätzende Innenwirkung gehabt. Sie gilt auch heute noch.

Nachdem die Universität Köln unter dem Biologen Herrn Prof. Neumann in 1986 und 1987 umfangreiche Forschungsarbeiten über das Leben des Apollofalter bei uns durchführte, kamen die Entomologen auf uns zu mit der Bitte, rettet den Apollofalter. Dies war für uns der Einstieg, den Naturraum Mosel als Ganzes zu betrachten. Rasch entwickelte sich das Bewußtsein, welche bedeutsamen Refugien die Terrassenlagen bei uns haben, auch im Hinblick auf die besonderen Klimawerte am Unterlauf der Mosel.

Seit 1987 werden in 80 % dieser sensiblen Rebterrassen keine Insektizide eingesetzt. Eine Tatsache, die heute auch in Fachkreisen über unsere Region hinaus, kaum vermittelbar ist. Umfangreiche Forschungsarbeiten wurden von uns initiiert und finanziert. Ich erinnere an unseren Forschungsauftrag, die Käferpopulationen in unserem Weinbergsareal zu untersuchen. Die Arbeit ist übrigens vom Naturschutzbund Deutschland übernommen worden und in Heft 6 veröffentlicht. Forschungsarbeiten über den Zikadenbesatz und den Apollofalter hat die Biologische Bundesanstalt über 2 Jahre bei uns durchgeführt. Das Bodeninstitut Trier hat zahlreiche Bodenuntersuchungen in unseren Weinbergen vorgenommen. Sie waren Teil zweier Diplomarbeiten. Diese Diplomarbeiten weisen im übrigen auch aus, welche Bedeutung das Weinbergsareal für den Fremdenverkehr hat.

Das Leittier Apollofalter drückt seit 1990 jährlich aus, daß wir gute ökologische Qualität im Naturraum Untermosel geschaffen haben.

Die Hinwendung zum naturnahen Weinbau, also zur Normalität in der Bewirtschaftung und Pflege des Reblandes unserer Terrassenlagen gelang deshalb so erfolgreich, weil wir den wissenschaftliche Sachverstand, den der staatlichen Beratung, wie auch von begnadeten Naturkundlern zusammengeführt haben und erfolgreich nutzen konnten.

Damit keine Mißverständnisse zurückbleiben. Im Terrassenweinbau mit den vielen Felspartien und

Trockenmauern finden wir nicht zuletzt, auch klimatisch bedingt, wie schon ausgeführt, ein riesiges Refugium für Insekten und Tiere, auch Pflanzenfamilien, die im geschlossenen Rebareal nicht zu finden sind. Deshalb auch unsere Forderungen, keinen Insektizideinsatz in den sensiblen Terrassenlagen. Daß dies seit 1987 von vielen Betrieben ohne gesetzliche Reglementierung eingehalten wird, etwa 80 % der Rebflächen sind unbehandelt, mag ein Grund dafür sein, welch großer Fortschritt uns gelungen ist, die Fremdheit allen Kreaturen gegenüber abzubauen.

Die Fraßschäden liegen zwischen 4 % und 6 % und können durch den Anschnitt einer einzigen Knospe pro Quadratmeter restlos ausgeglichen werden.

Das Apollofalterprogramm, die vielen Forschungsarbeiten und die Hinzuziehung der Naturschützer, hat uns weit über den Terrassenweinbau hinaus die Augen für den ganzen Naturraum Untermosel geöffnet. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß wir Ortsgemeinden und Verbandsgemeinden jährlich zwischen 300.000 DM und 500.000 DM barer Mittel aufwenden, um aufgelassene Weinberge und auch verbuschte Obstanlagen zu pflegen. Es ist ein riesiger Kostenaufwand pro Fläche der jährlich entsteht, wenn diese Flächen von uns behandelt werden müssen. Überall dort, wo Winzer und Obstbauern aktiv tätig sind, werden unschätzbare Leistungen im Ökosystem erbracht.

In unserem Flächennutzungsplan, der in diesem Jahr endgültig beschlossen worden ist, haben wir in allen unseren Gemeinden, in jeder Gemeinde gleich, das Rebland in drei Gruppen eingeteilt. In der ersten Gruppe befinden sich das Rebland der Terrassenlagen und Steillagen, in der Gruppe zwei die Hanglagen und im wesentlichen die Seitentäler und in der Gruppe drei die Flachlagen. In jeder Gemeinde hat diese Einteilung eine große Bedeutung. Das hat nichts mit Lagenklassifikation zu tun, die wir auf der kommunalen Ebene auch nicht anstreben. Sondern jede Terrassenlage, jede Steillage, hat für die einzelnen Gemeinden eine außerordentliche Bedeutung, auch eine kulturelle, nicht zuletzt für den Fremdenverkehr und das Ökosystem.

Uns allen bleibt die Aufgabe gestellt, naturnahen Weinbau zu pflegen, eine schöne Landschaft zu gestalten, gute Weinqualität und zwar Untermoselspezialitäten in den Markt zu bringen und so wirtschaftlichen Wohlstand mit dem Fremdenverkehr zu sichern, wie auch ökologischen Reichtum in unserer schönen Landschaft zu mehren.

Der heutige Tag gibt uns die Gelegenheit, bei den vorhandenen Rahmenbedingungen den Terrassenweinbau nicht nur zu erhalten, sondern in besonderer Weise zu pflegen. Die Transportbahnen haben entscheidende und bedeutsame Grundlagen geschaffen dieses wichtige Ziel zu erreichen.

Wir sollten aber über den heutigen Tag hinaus darüber nachdenken, welche Möglichkeiten nutzbar zu machen sind, mit dieser technischen Einrichtung weitere Rationalisierungen im Terrassenweinbau zu erreichen. Es führt in diesem Rahmen zu weit, solche Fragen zu vertiefen. Aber auch hier ist der Weg nicht zu Ende, sondern Kreativität ist gefordert. Ziel muß es sein, alle Terrassenlagen, die über eine gute Exposition verfügen, wieder in Bewirtschaftung zu nehmen.

Dafür lohnen sich alle Anstrengungen.

Das alles soll geschehen mit dem Respekt vor dem Rebland, das nicht im Steilhang liegt.

Wege zur Erhaltung des Steillagenweinbaues

Vermessungsdirektor Lothar Helfgen, Mayen

Aus dem Wortlaut des Themas ist bereits zu entnehmen, daß es sich um eine sehr komplexe und vielfältige Materie handelt, denn es sind viele Wege, die beschritten werden können oder beschritten werden müssen, um den Steillagenweinbau auf Dauer zu erhalten, je nachdem, von welchem Standpunkt aus man die Erhaltung des Weinbaues in den Steil- und Steilstlagen als notwendig ansieht:

☐ Landespflege und Ökologie:

Aus Sicht der Landespflege und des Umweltschutzes ist der Weinbau in den Steilhängen, insbesondere in Terrassenlagen zu sichern, um die in Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft zu erhalten. Die in dieser Landschaft entstandenen Lebensformen (ich nenne hier als Stichworte nur: Mauerechsen, Apollofalter, Schlingnatter, Mauerpfeffer) sind aufgrund der einzigartigen klimatischen Verhältnisse in hohem Maße schützenswert. Dieser Schutz ist aber nur gewährleistet, wenn die Bewirtschaftung in diesen Hängen gesichert werden kann. Der Rückgang des Weinbaues hat die Verbuschung der Flächen und damit die Zerstörung dieser Lebensräume zur Folge.

☐ Denkmalschutz und Denkmalpflege:

Durch Menschenhand ist diese Kulturlandschaft entstanden. Unsere Vorfahren haben hier Bauwerke, die Terrassenmauern, errichtet, um die wirtschaftliche Nutzung der Talhänge zu ermöglichen oder zu erleichtern. Die Weinbergsterrassen sind also ein Zeugnis menschlichen Geistes und Handelns, das der Nachwelt erhalten werden muß.

☐ Tourismus, Fremdenverkehr:

Die weinbauliche Bewirtschaftung der Steilhänge, die die Kulturlandschaft prägt, und die Vermarktung des Produktes Mosel-Wein sind Grundlage für die sekundären, d. h. davon abhängigen Wirtschaftszweig Tourismus und Fremdenverkehr. Die einzigartige Landschaft im Moseltal und das qualitätsorientierte Produkt Moselwein sorgen dafür, daß viele Menschen hier-

her kommen, hier ihren Urlaub verbringen, um zu sehen, wo der Wein wächst und wodurch er seine unvergleichliche Reife und seinen unverwechselbaren Geschmack erhält.

☐ Freizeit, Erholung:

Der Wert der Kulturlandschaft im Moseltal für Freizeit und Erholung in unserer Gesellschaft, in der die Freizeitgestaltung einen immer größer werdenden Stellenwert einnimmt, nimmt ständig zu. Die Erhaltung und dauerhafte Sicherung des Weinbaues in den Steilhängen der Mosel ist also ein sehr wichtiger Aspekt für die erholungsuchenden Mitmenschen.

☐ Wohnen und Arbeiten:

Durch den Steillagenweinbau sind Wohn- und Arbeitsplätze entstanden, deren Erhalt und Sicherung nur dann gewährleistet ist, wenn die weinbauliche Bewirtschaftung der Steillagen nachhaltig gesichert bleibt. Mit dem Rückgang des Steillagenweinbaues ist - zeitlich versetzt - der Verlust von Arbeitsplätzen in den verschiedensten Wirtschaftszweigen zwangsläufig verbunden.

☐ Qualitäts-Weinanbau:

In vielen Regionen unserer Erde wird Wein angebaut und verkauft. Die Einzigartigkeit und unverwechselbare Qualität des Weines aus den Steillagen des Moseltales ist einmalig und an keiner anderen Stelle der Erde wiederholbar. Ich will an dieser Stelle unseren Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle zitieren: "Die Mosel ist eine der kulturträchtigsten Weinregionen in Deutschland. Der romantische Flußlauf hat zu allen Zeiten Menschen zur Kreativität angeregt. So gibt es wohl kein Gewächs und kein Getränk, mit dem sich Philosophen, Dichter und Künstler so intensiv beschäftigt haben wie mit der Rebe, ihrer Kultivierung und dem Wein." (Zitat aus dem Grußwort des Ministers zu dem Textband zur Reproduktion der 'Mosel Weinbau-Karte für den Regierungsbezirk Koblenz von 1897', herausgegeben von Reinhard Löwenstein, Winnigen).

Aus dieser - sicherlich unvollständigen - Aufzählung der Zusammenhänge, Abhängigkeiten und gegenseitigen Beeinflussung zwischen dem Steillagenweinbau und der Moselregion ergibt sich zwangsläufig, daß es viele Wege geben muß, den Steillagenweinbau gerade an der Untermosel zu erhalten und zu fördern. In dem Textteil der bereits eben erwähnten "Mosel Weinbaukarte für den Regierungsbezirk Koblenz von 1897" sagt der bekannte Weinjournalist Stuart M. Pigott: "Die Weine von diesen steil abfallenden terrassierten Hängen sind seit Jahrhunderten bekannt, doch erst während der letzten zehn Jahre hat die breitere Öffentlichkeit begonnen, Interesse zu zeigen und zu entdecken, zu welcher Größe die hier wachsenden Rieslingweine fähig sind." Ist diese Aussage nicht Ansporn und Motivation für uns alle, über die Erhaltung und Förderung des Terrassenweinbaues an der Untermosel intensiv nachzudenken?

Hier kann nicht auf alle Aspekte der Erhaltung und Förderung des Steillagenweinbaues eingegangen werden.

Ich beschränke mich deshalb darauf, was das Kulturamt als Bodenordnungsbehörde bisher getan hat und künftig tun kann, den Steillagenweinbau in dieser Region zu erhalten und zu fördern.

Ausgangsüberlegung jeder Förderung muß sein, wie kann der Zeit- und Arbeitsaufwand in den Terrassenweinbergen reduziert werden.

Zwei entscheidende Fragen sind bei dieser Überlegung wohl für jeden Winzer von Bedeutung:

1. Wie löse ich die Transportprobleme von Menschen und Material in den Weinberg und wieder hinaus?
2. Wie vermeide ich, daß ich mehrmals an einem Arbeitstag meinen Arbeitsplatz, sprich den Winzer, wechseln muß?

Auf beide Fragen sind die Antworten relativ einfach, jedoch die Umsetzung dieser Antworten in die Praxis ist nicht so ganz einfach:

Der häufige Wechsel des Arbeitsplatzes während eines Arbeitsvorganges, also das Einpacken aller Gerätschaften und ein Wechseln in den nächsten Weinberg ist nur zu vermeiden, wenn das jeweilige Wirtschaftsgrundstück so groß ist, daß die in einem Weinberg zu erledigenden Arbeiten mindestens einen ganzen Arbeitstag dauern. Diese Forderung ist nach mehreren arbeitswirtschaftlichen Untersuchungen nur dann erfüllt, wenn das zu bewirtschaftende Grundstück eine Mindestgröße von 0,5 ha,

also 5.000 m² hat. Um solche durchschnittlichen Grundstücksgrößen im Steillagenweinbau zu erreichen, ist eine Neueinteilung der Grundstücke, also eine Bodenordnung unbedingt notwendig. Wir alle wissen, daß in Regionen, in denen noch keine Flurbereinigung durchgeführt wurde, die durchschnittliche Grundstücksgröße bei etwa 400 bis 500 m² liegt. In bereits flurbereinigten Weinbergslagen beträgt die durchschnittliche Grundstücksgröße rund 1.200 m². In beiden Fällen ist die Größe der weinbaulichen Grundstücke für eine wirtschaftliche Nutzung also vollkommen unzureichend. Auf die verschiedenen Möglichkeiten einer Bodenordnung wird im weiteren Verlauf noch näher eingegangen.

Die Lösung des Transportproblems ist auf zwei Arten möglich:

1. Die beste Erschließung eines Weinberges ist der Wegeanschluß oben und unten. Dieses Ziel ist jedoch aus den verschiedensten Gründen nicht in allen Fällen erreichbar.
2. In den Extrem-Steillagen bietet die Einrichtung von stationären Transporteinrichtungen (Weinbergsbahnen) eine hinreichende Möglichkeit, den Transport in den Weinberg und wieder hinaus zeit- und kräftemäßig einigermaßen rentabel zu realisieren.

Für die Existenzsicherung der Winzerbetriebe ist die Senkung des Arbeitsaufwandes ebenso wichtig wie die Durchsetzung eines höheren Preisniveaus.

Die Durchführung klassischer Flurbereinigungsverfahren, wie zum Beispiel in Alken, Hatzenport oder Niederfell, in den noch nicht bereinigten, zu meist extremen Steillagen würde Kosten verursachen, die in der Regel weit über 300.000 DM / ha liegen. Die einschneidende Kürzung der öffentlichen Mittel läßt die Einleitung solcher Verfahren auf absehbare Zeit nicht mehr zu. Deshalb müssen andere, kostengünstigere Wege gesucht werden, die Bewirtschaftung dieser Lagen zu erleichtern.

Die Bodenordnungsinstrumente, die das Flurbereinigungsgesetz anbietet, sind

- ☐ der freiwillige Landtausch und
- ☐ das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren.

Beim freiwilligen Landtausch geht es darum, daß mehrere Grundstückseigentümer sich zusammen tun und ihre Grundstücke auf freiwilliger Basis so untereinander tauschen, daß für jeden größere Teilstücke zustande kommen. Bei diesem Landtausch-

verfahren werden sie vom Kulturamt beraten und unterstützt. Das Kulturamt faßt die Tauschabsichten der beteiligten Grundstückseigentümer in einem sogenannten Tauschplan zusammen und übernimmt anschließend die Berichtigung der öffentlichen Bücher, d. h. die erforderlichen Eigentumsumschreibungen im Grundbuch und im Liegenschaftskataster. Alle mit diesem Landtausch verbundenen Kosten werden mit bis zu 90 % bezuschußt.

Die beschleunigte Zusammenlegung ist - wie die klassische Flurbereinigung - ein vom Kulturamt geleitetes Bodenordnungsverfahren, in dem es allerdings keinerlei Ausbaumaßnahmen gibt. Es geht lediglich darum, die Grundstücke zusammenzufassen und neu einzuteilen.

In den bereits einmal mit Hilfe der klassischen Flurbereinigung erschlossenen Weinbaulagen ist die Fortsetzung der Bodenordnung zur Vergrößerung der Teilstücke von existentieller Bedeutung für die Winzer und für die Erhaltung der das Landschaftsbild prägenden Rebflächen. Die beschleunigte Zusammenlegung kann hier mit den folgenden Zielen eingesetzt werden:

- ☐ Vergrößerung der Teilstücke in den direktzugfähigen Lagen möglichst auf 1 Hektar und in den Seilzuglagen möglichst auf 0,5 Hektar
- ☐ Umstellung der noch weithin vorhandenen Pfahlerziehung auf den arbeitswirtschaftlich günstigeren Drahtrahmen
- ☐ Anlegung größerer Gassenbreiten
- ☐ Ausweisung von potentiellen Rodungsflächen

In noch nicht durch klassische Flurbereinigung erschlossenen Steillagen soll durch die beschleunigte Zusammenlegung ebenfalls eine Vergrößerung der Teilstücke erreicht werden und zusätzlich die Förderung einzelbetrieblicher Erschließung der Weinbergsgrundstücke angeboten werden, zum Beispiel durch den Bau von Weinbergsbahnen.

Die in einer beschleunigten Zusammenlegung entstehenden Kosten werden mit 75 % bezuschußt.

Seit 1987 werden unabhängig von Flurbereinigung Investitionen zur Rationalisierung des Steillagenweinbaues vom Land Rheinland-Pfalz gefördert.

Diese Förderung umfaßt:

- ☐ den Wiederaufbau von Rebflächen
- ☐ die Sanierung von Terrassenmauern in Trockenbauweise
- ☐ den Bau stationärer Transporteinrichtungen
- ☐ in Ausnahmefällen auch den Bau von Wirtschaftswegen

Die Höhe der Förderung beträgt 80 % der Nettokosten.

Die Weinbergsflurbereinigung an der Ahr im Wandel der Zeit*)

Martin Schumann, Westerburg

1. Einleitung

Meine Damen und Herren, ich möchte heute mit Ihnen einen Ausflug in das Ahrtal unternehmen. Das Weinanbaugebiet "Ahr" ist eines der kleinsten deutschen Anbaugebiete und gleichzeitig auch das nördlichste Anbaugebiet in den alten Bundesländern. Einen hervorragenden Ruf genießen insbesondere die Rotweine dieses Anbaugebietes, aber auch die Weißweine, an der Spitze der Riesling, werden von den Weinkennern geschätzt. Die bekanntesten Weinbergslagen wie die "Landskrone" in Heimersheim, die Walporzheimer Lagen "Kräuterberg", "Gärkammer" und "Alte Lay" (Abbildung 1) mit der "Bunten Kuh", der Marienthaler "Trotzenberg", der Mayschoss "Mönchberg" (Abbildung 2), und auch der Ahrweiler "Silberberg" (Abbildung 3), der in dem heutigen Ausflug eine besondere Rolle spielen wird, zergehen dem Weinkenner auf der Zunge.



Abb. 1: Walporzheim

Der Tourismus spielt in diesem, von den landschaftlich reizvollen Steillagen geprägten Gebiet eine wesentliche Rolle. Durch diesen Tourismus ist es den selbstvermarktenden Winzern und Genossenschaften auch möglich, einen nicht unerheblichen Teil des Weines direkt an der Ahr zu vermarkten.

Von den ca. 500 ha Rebfläche an der Ahr wurden bisher ca. 300 ha auf die klassische Art flurbereinigt. Die Weinbergsflurbereinigung an der Ahr hat 1957 ihren Anfang genommen in Ehlingen, einem Teil des Stadtteiles Heimersheim der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler. Symptomatisch für die ersten Flurbereinigungen an der Ahr war, daß sie in "schwächeren" Weinbergslagen durchgeführt wurden, in Lagen wo ein nicht unerheblicher Teil der Rebfläche brachgefallen war oder drohte, brach zu fallen. Eine Flurbereinigung in den Spitzenlagen, die zu 100% bestockt

waren, wurde damals seitens der Winzer noch nicht für notwendig gehalten.

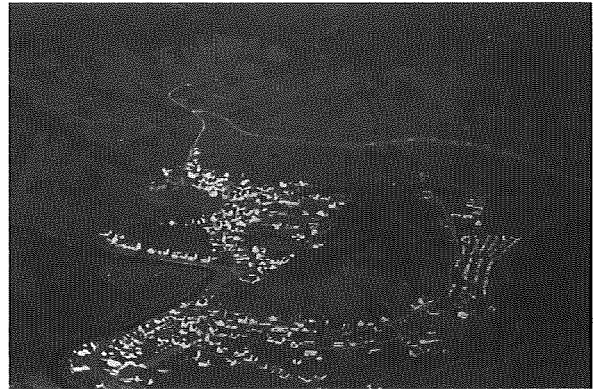


Abb. 2: Mayschoß - Mönchberg

Aufgrund des starken Kostendrucks sahen sich die Winzer jedoch immer mehr gezwungen, auch die Herstellungskosten in diesen Spitzenlagen, den klassischen und bekannten Steil- und Steilstlagen zu reduzieren. Im Zusammenwirken mit den zunehmend verstärkten ökologischen Zielsetzungen sah sich die Flurbereinigungsbehörde vor eine große Herausforderung gestellt. Die Frage, wie sieht die Weinbaulandschaft an der Ahr in der Zukunft aus (Abbildungen 4 und 5), spielte bei allen Überlegungen auch eine Rolle. Das Ergebnis waren viele Neuerungen für die Weinbergssteillagenflurbereinigung. Diese Neuerungen werden im folgenden schwerpunktmäßig an dem Verfahren Ahrweiler vorgestellt, wobei zum besseren Verständnis immer wieder auch ein Vergleich zu älteren Verfahren herangezogen wird.

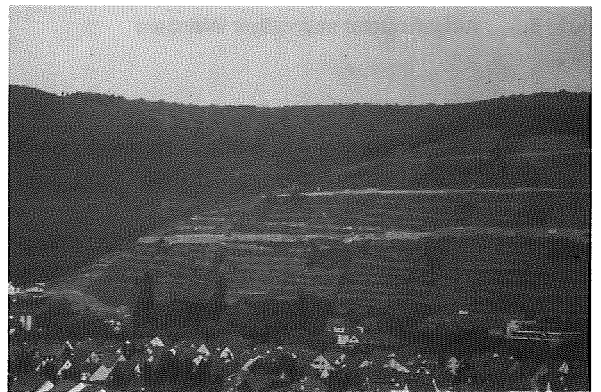


Abb. 3: Ahrweiler Silberberg

*) Vortrag am 10.05.1996 bei der Jahrestagung des Deutschen Vereins für Vermessungswesen in Neuwied



Abb. 4: Planierte Weinbergsfläche



Abb. 5: Aufgeforsteter ehemaliger Weinberg

2. Flurbereinigung Ahrweiler - neue Wege in der Weinbergsflurbereinigung

Das Flurbereinigungsverfahren Ahrweiler umfaßt insgesamt 188 ha, davon ca. 45 ha Rebfläche (Abbildungen 6 und 7). Das Flurbereinigungsgebiet liegt in unmittelbarer Nähe der historischen Altstadt von Ahrweiler, die noch fast komplett mit der alten Stadtmauer umgeben ist. Dieses Flurbereinigungsverfahren wurde 1985 eingeleitet, die Planfeststellung erfolgte 1990.

2.1 Planungsgrundsätze

Vorrangiges Ziel bei der Planung des Wege- und Gewässerplanes mit landschaftspflegerischem Begleitplan war es, einen sinnvollen Ausgleich zwischen den ökonomischen Zielen der Winzer sowie den ökologischen Zielen der Landespflege unter Berücksichtigung aller Rahmenbedingungen wie z.B. der Erhaltung des Landschaftsbildes wegen des starken Tourismus zu erzielen. Daraus wurden folgende Grundsätze erarbeitet:

- ❑ Erhaltung bestehender Biotope und Einbindung in ein System von horizontalen und vertikalen Vernetzungselementen,
- ❑ Erhaltung der landschaftscharakteristischen Trockenmauern in den steilsten Lagen mit dem dichtesten Trockenmauerbesatz auf einer Fläche von ca. 5 ha,
- ❑ Durchführung ökologisch freundlicher Ausbauförmungen im Wegebau und der Wasserwirtschaft.
- ❑ Entwicklung von alternativen Erschließungsmöglichkeiten für die nach der Flurbereinigung verbleibenden Terrassenlagen.



Abb. 6: Flurbereinigungsverfahren Ahrweiler



Abb. 7: Flurbereinigungsverfahren Ahrweiler

2.2. Vernetzung

Neben dem Erhalt der bestehenden Biotope wie den vorhandenen Lösslehmkanten, Gehölz- und Gebüschbeständen wurde aus ökologischen Gründen eine Vernetzung dieser Elemente durch neue Biotoptflächen angestrebt. Während die vertikale Vernetzung durch neue Biotope wie Kraut- und Gebüschstreifen oder Steinriegel den Planern relativ wenig Probleme bereitete, denn diese Elemente verlaufen parallel zur späteren Bewirtschaftungsrichtung der Weinbergsflächen, mußten für die horizontale Vernetzung neue Ideen entwickelt werden. Ein horizontal ausgerichtetes Ländespflgeelement würde automatisch parallel zum Weg verlaufen und damit eine maschinelle Bewirtschaftung der Weinberge im Direktzug oder im Seilzug nicht ermöglichen. Unter Einbeziehung dieser Rahmenbedingungen wurde in dem Verfahren Ahrweiler die horizontale Vernetzung durch zwei Elemente ermöglicht:

a) Der notwendig Bau von Mauern entlang der Wirtschaftswege in den Steillagen wurde in einer Trockenbauweise in Verbindung mit ökologischen Elementen durchgeführt (siehe Nr. 2.3.).

b) In den Gebieten, die eine Hangneigung von ca. 40% bis max 50 % haben und für die nach der Flurbereinigung eine Direktzugbewirtschaftung ermöglicht werden sollte, wurde die horizontale Bewirtschaftung durch die Anlage einer Bewirtschaftungsspur (oder eines Wendeweges) oberhalb einer Böschung erreicht (Abbildung 18). Diese Lösung bringt jedoch nicht nur den ökologischen Effekt der horizontalen Vernetzung, sondern durch die ca. 2-3m hohen Böschungen ist die Geländeneigung der oberhalb gelegenen Weinbergsflächen nicht so stark, so daß dort, insbesondere in Grenzbereichen, dann noch eine Bewirtschaftung im Direktzug ermöglicht wird.

2.3. Gabionenmauerbau und Begrünung

Entlang der neuen Wirtschaftswege mußten in den Steillagen tlw. bergseitige Stützmauern errichtet werden. Aus ökologischen Gründen wurden diese Mauern nicht als Beton- bzw. Mörtelmauern gebaut, sondern in einer Trockenbauweise als sogenannte Gabionenmauern errichtet (Abbildung 8). Gabionen sind Drahtschotterkörbe, die als Stütze dieser Mauern dienen. Diese Gabionen sind je nach Höhe der Mauer zwischen ein und zwei Meter tief.

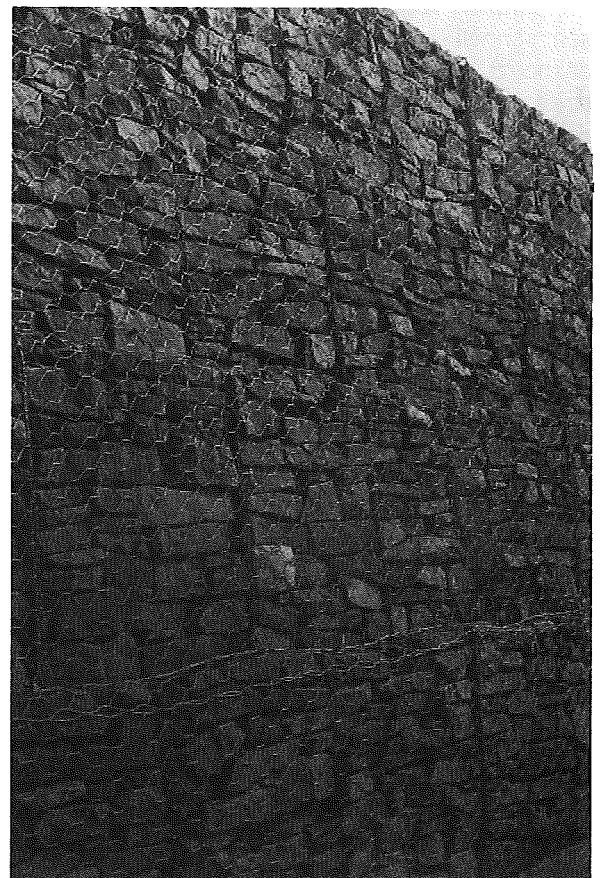


Abb. 8: Gabionenmauer

Der vordere Teil dieser Gabionen wird, ähnlich wie bei einer konventionellen Trockenmauer, mit größerem Gesteinsmaterial gesetzt. Der hintere Teil der Gabionen wird mit einem etwas kleineren Gesteinsmaterial (ca. 10-20 cm Ø) hinterfüllt. Lediglich für die Fundamente sowie im Bereich der Treppenaufgänge wurde Zement als Bindemittel verwendet. Diese Bauart hat den ökologischen Vorteil, daß die Spalten einer Reihe von Tierarten (z.B. Weinbergsechsen) einen Lebensraum geben. Aus statischen Gründen werden diese Mauern ca. 10-15 % geneigt. Die ca. 10-15 cm tiefen Versprünge bei jeder Gabione haben keine statische, sondern nur eine ökologische Funktion. Diese Versprünge sollten insbesondere den Pflanzen bessere Standortbedingung für die Pioniervegetation bieten, da Samen und Sporen darauf einen besseren Halt finden.

Bei konventionellen, mit Mörtel errichteten Mauern war der Mauerfuß gleichzeitig die Wasserführung der Wege, da in Weinbergsflurbereinigungen die Wege i.d.R. bergseitig geneigt werden. Dies ist jedoch bei den Gabionenmauern in dieser Art nicht möglich. Aus diesem Grund wurde das Wegeprofil derart abgeändert, daß die letzten 50 cm des Weges talseitig geneigt werden und evtl. anfallendes Wasser dann in der Mulde abfließt (Abbildung 19). Da der so entstandene Streifen nur bei Begegnungsverkehr bzw. bei stehenden Fahrzeugen als Fahrstreifen verwendet wird, bildet sich hier auch sehr schnell eine Krautvegetation, die ebenfalls Teil der horizontalen Vernetzung ist. Eine weitere Krautstreifen bildet sich auf der Oberkante der Mauer, da zwischen der Innenkante der Mauer, die i.d.R. auch die Grundstücksgrenze ist und dem Anfang der Rebanlagen aufgrund der Bestimmungen des Nachbarrechts und ein Streifen freizuhalten ist.

Die Besiedlung der neuen Gabionenmauern mit Tieren z.B. Weinbergsechsen oder Spinnen ist wegen der Mobilität dieser Lebewesen relativ unproblematisch. Trotz der o.a. geschaffenen Voraussetzungen für eine floristische Besiedlung der Weinbergmauern geht dieser Prozeß wegen der relativen Unbeweglichkeit der Pflanzen sehr langsam von statten. Deshalb wurden punktuell in einem Pilotprojekt als nächster Schritt eine Pilotvegetation geschaffen. Dieses Projekt wurde mit verschiedenen Schulklassen aus Adenau und Ahrweiler sowie der BUND Kreisgruppe Ahrweiler durchgeführt. In theoretischen Unterrichtsstunden wurden die Schüler zunächst in das Thema eingeführt. Anschließend wurden in der Praxis verschiedene Mauerpfefferarten, wie z.B. der Scharfe Mauerpfeffer (*Sedum acre*) und die Weiße Fetthenne (*Sedum album*), die sich besonders für eine Pilotvegetation eignen, von Trockenmauern, die der Planierung zum Opfer fielen, umgesetzt (Abbildung 9). Um auch

einen Genaustausch zu ermöglichen, wurde punktuell auch Mauerpfeffer aus dem 10 km entfernten Mayschoß verwendet. Wissenschaftlich wurde dieses Projekt im Rahmen einer Diplomarbeit der Uni Bonn betreut. Dieses Projekt hatte einen sehr guten Erfolg. Schon im ersten Jahr wuchsen die verschiedenen Mauerpfefferarten sehr gut an und zeigten auch in der Blüte ihre ganze Schönheit.

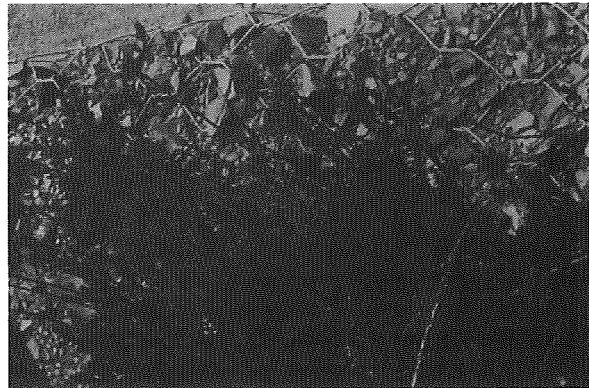


Abb. 9: Bepflanzung einer Gabionenmauer mit Mauerpfeffer

2.4. Ökologische Bauweisen beim Wegebau und in der Wasserwirtschaft

Damit die durch die oben beschriebenen Maßnahmen erzielten ökologischen Effekte nicht durch andere Baumaßnahmen wieder zerstört werden, wurde auch beim Wegebau sowie bei den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen versucht, einen Kompromiß zwischen den ökonomischen und ökologischen Anforderungen zu erzielen. Während in älteren Weinbergsflurbereinigungsverfahren bei einem nicht unerheblichen Teil des Wegenetzes eine Befestigung mit einer Schwarzdecke erfolgte, wurde in dem Verfahren Ahrweiler die schwere Befestigung auf das unbedingt notwendige Maß (z.B. für Steilstücke) reduziert. In aller Regel erhielten die Wirtschaftswege nur eine Schotterbefestigung. Durch eine Zusammenarbeit mit der Straßenbauverwaltung konnte sämtliches für die Befestigung notwendiges Material von einer Baustelle der Straßenbauverwaltung, einem Tunnelbau für die Ortsumgehung Altenahr gewonnen werden.

Die Vorfluter in den Steillagen bildeten früher eine unüberwindbare Barriere für Kleinlebewesen. Aus diesem Grund wurde auf die klassischen Betonhalbschalen verzichtet. Statt dessen wurden die Vorfluter mit einer Steinstickung gebaut, wobei darauf geachtet wurde, daß die Neigung der Randsteine nicht zu steil ist, um keine Barrieren aufzubauen.

Die integrale Zweckbestimmung der Flurbereinigung Ahrweiler zeigt sich an einer anderen wasser-

wirtschaftlichen Maßnahme. Um die Altstadt Ahrweiler vor Überflutungen zu schützen und die unterdimensionierte Kanalisation der Stadt zu entlasten, wurden unter Kostenbeteiligung der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler an zwei Vorflutern insgesamt 4 Regenrückhaltebecken errichtet. Wegen der beengten topographischen Verhältnisse konnte der benötigte Stauraum für die Vorfluter nicht mit einem Becken erzielt werden, so daß an jedem Vorfluter gestaffelt zwei Becken errichtet werden mußten. Die Abdichtung dieser Becken erfolgte mit Ton, einem natürlichen Baustoff. Aus ökologischen Gründen wurde tlw. ein niedriger Dauerstau errichtet, so daß sich ein Feuchtbiotop entwickeln konnte.



Abb. 10: Eingefallene Trockenmauer

2.5. Flächenhafte Sanierung von Trockenmauern und alternative Erschließungsformen

Die sicherlich einzigartige Landschaft an der Ahr spielt für den Tourismus und damit auch für die Direktvermarktung des Weins eine große Rolle. Dieser Hintergrund und die große ökologische Bedeutung der Trockenmauern als Lebensraum waren bei der Planung in dem Verfahren Ahrweiler von Bedeutung für neue Überlegungen bei den sogenannten flächenhaften Maßnahmen.

Überlicherweise wurden in den früheren Weinbergsflurbereinigungen alle Weinbergsflächen mittels Planierungen für eine maschinengerechte Bearbeitung möglichst optimal hergerichtet. Diese Planierungen wurden auch in Ahrweiler in den weniger steilen Flächen, die auch einen niedrigeren Trockenmauerbesatz hatten, durchgeführt. In den steilsten, mit den meisten und höchsten Trockenmauern versehenen Flächen wurde aus den o.a. Gründen auf eine Planierung verzichtet. Statt dessen wurden auf einer Fläche von insgesamt 4,5 ha die vorhandenen Trockenmauern saniert. Eine solche Sanierung geschieht in einer unterschiedlichen Intensität. Mauern, die in Ordnung sind, bleiben unverändert oder es wird, falls erforderlich, die Abdeckung der Mauer erneuert. Darauf ist aus Sicherheitsgründen stets zu achten. Falls eine Mauer einzelne schadhafte Stellen hat (Abbildung 10), werden sie punktuell erneuert, in dem die schadhafte Stelle abgetragen wird und diese Stelle mit neuem Mauerwerk geflickt wird. Größere schadhafte oder einsturzgefährdete Bereiche werden insgesamt erneuert (Abbildungen 11 und 12). Vor Beginn einer solchen Maßnahme wird zusammen mit den Eigentümern ein Sanierungskonzept erstellt, das die einzelnen Maßnahmen genau beschreibt (Abbildung 20). Bei der Sanierung muß auch darauf geachtet werden, daß die Terrassen wenigstens teilweise maschinell mit den nachfolgend beschriebenen Möglichkeiten zu bearbeiten sind. Daher müssen in aller Regel die Flügelmauern, das sind die kleinen Weinbergsmauern in Hangrichtung entlang der Grundstücksgrenzen entfernt werden. Die Kosten der Mauer-sanierung auf diesen 4,5 ha bemessen sich auf ca. 2,5 Mio. DM.

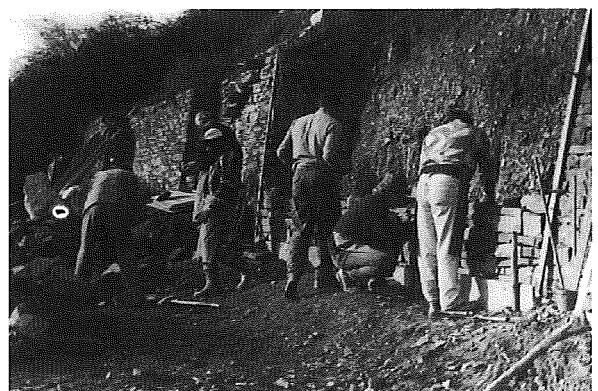


Abb. 11: Durchführung einer Mauersanierung

Für ein teilweise maschinelle Bewirtschaftung dieser Flächen kommen zwei Möglichkeiten in Frage: der Einsatz einer Monorackbahn und die Herrichtung für eine Bewirtschaftung mit Kleinraupen.



Abb. 12: Sanierte Trockenmauer

Eine Monorackbahn (Abbildung 13) ist eine Einschienenbahn zum Transport von Materialien und Menschen. Da eine Monorackbahn durch ihre variable Konstruktion sich optimal an das Gelände anpassen kann und Steigungen von bis zu 100% überwindet, eignet sie sich sehr gut für den Einsatz in den Weinbergssteillagen. Durch den Einsatz einer Monorackbahn kann der Arbeitsaufwand um bis zu 20% reduziert werden. Damit weitere Reduzierungen der Arbeitsstunden möglich sind, müssen die Terrassen wie schon oben beschrieben, so hergerichtet sein, daß eine Drahtanlage als Erziehungshilfe quer zu Hang errichtet werden kann. In dem Flurbereinigungsverfahren Ahrweiler werden insgesamt drei Stränge mit einer Schienenlänge von fast 300m errichtet, wobei zwei Stränge durch eine Weiche miteinander verbunden sind. Die Zugmaschinen, die mit einem Zweitaktmotor, der 8 PS leistet, ausgerüstet ist, kann mit einem Einachsanhänger von Strang zu Strang transportiert werden.



Abb. 13: Monorackbahn

Die andere Alternative ist die Herrichtung der Flächen für eine Bewirtschaftung mit Kleinraupen (Abbildung 14). Mit diesen Kleinraupen können einerseits die Transportprobleme gelöst, andererseits auch einige Arbeiten im Weinberg maschinell durchgeführt werden.

Die Kleinraupen können im wesentlichen in zwei Kategorien unterteilt werden: Raupen, auf den der Winzer während der Arbeit sitzt und etwas kleinere, handgeführte Raupen. Voraussetzung dafür, daß solche Raupen bei der Bewirtschaftung der Weinberge eingesetzt werden können, ist, daß alle Weinbergsflächen ohne die Überwindung einer Mauer mit den Raupen erreichbar sind. Ein Einsatz in den steilsten Flächen fällt in der Regel schon aus diesem Grund, wie auch aus den nachfolgend aufgeführten Bewirtschaftungsformen, aus. Bei der Bewirtschaftung mit Kleinraupen werden die Drahtanlagen ebenfalls hangparallel errichtet. Auf den einzelnen Weinbergsstühlen werden dabei kleine Miniterrassen errichtet. Über kleine Serpentinchen am Ende einer Rebzeile kommt der Winzer dann von einer Terrasse zur nächsten.



Abb. 14: Handgeführte Kleinraupe

Aus diesen Erläuterungen folgt, daß sich diesbezüglich dann auch ganz neue Überlegungen bei der Neuzuteilung der Flächen in diesen Lagen ergeben. Eine parallele Zuteilung von Weg zu Weg, wie sie bei planierten Flächen durchgeführt wird, entspricht hier nicht der Bewirtschaftungsform. Daher wurden hier die neuen Flurstücke über ein oder mehrere Weinbergsstühle entlang der Mauern hangparallel gebildet (Abbildung 21). Die Zuwegung der Grundstücke, die nicht direkt an einen der beiden Wirtschaftswege oder den seitlich verlaufenden Fußweg angrenzen, wurde rechtlich über eine Grunddienstbarkeit gesichert. Die Neuzuteilung in diesen Bereichen erfordert einen großen Aufwand von dem zuständigen Sachgebietsleiter Planung und Vermessung, wie überhaupt die Durchführung einer solchen Weinbergsflurbereinigung ein hohes Maß an Zusammenarbeit und Abstimmung von dem Sachgebietsleitern Planung und Vermessung, Kulturbau und Landespflege, dem vermessungstechnischen Sachbearbeiter und dem Schachtmeister unter Leitung des Planenden technischen Beamten erfordert.

2.6. Denkmalschutz von Weinbergsmauern

Zu Beginn der Planungen wurde seitens des Kulturamtes die Frage gestellt, ob die alten Weinbergstrockenmauern nicht nur eine hohe landespflegerische Bedeutung haben, sondern auch aus denkmalpflegerischer Sicht zu erhalten sind. Das Landesamt für Denkmalpflege stellte daraufhin diesbezüglich einige Untersuchungen an. In einem Expertengespräch am 24.03.93 in Ahrweiler wurde die gesamte Problematik ausführlich erörtert. Die Ergebnisse dieses Forums sind in dem Sonderheft Nr. 11 der NLKV-Schriftenreihe festgehalten. Das Ergebnis der Untersuchung war, daß der Denkmalschutz von Weinbergstrockenmauern dann zu bejahen ist, wenn eine Verbindung zu historischen Ortskernen oder anderen baulichen Anlagen vorhanden ist. Eine Denkmalschutzwürdigkeit wurde für folgende Bereiche bejaht:

- ☐ Burg Are - Historische Weinbergslagen Reimershoven (Abbildung 15)
- ☐ Saffenburg (Abbildung 16)
- ☐ Historische Weinbergslagen östlich von Mayschoß (Abbildung 17)
- ☐ Historische Weinbergslagen Walporzheim (Abbildung 1)

- ☐ Historische Weinbergslagen Ahrweiler-Silberberg (Abbildung 3).

In einem ersten Schritt wurde von der Kreisverwaltung Ahrweiler der denkmalschützenswerte Bereich "Historische Weinbergslagen Ahrweiler-Silberberg", der in dem Flurbereinigungsverfahren Ahrweiler liegt, am 20.07.94 durch eine Rechtsverordnung unter Denkmalschutz gestellt. Das besondere an dieser Verordnung ist, daß der Denkmalschutz erst sukzessive nach Abschluß der Mauersanierungsarbeiten in dem Flurbereinigungsverfahren in Kraft tritt und die Arbeiten der Flurbereinigung daher nicht behindert werden. Die anderen Bereiche sollen Zug um Zug ebenfalls unter Schutz gestellt werden.

3. Weitere Entwicklungen in Mayschoß

Von den ca. 120 ha Rebfläche in Mayschoß unterliegen ca. 45 ha dem Flurbereinigungsverfahren Mönchberg (Abbildung 2), das 1990 eingeleitet wurde. Die Planfeststellung für die gemeinschaftlichen Anlagen in dem Wege- und Gewässerplan mit landespflegerischen Begleitplan erfolgte in zwei Abschnitten und wird dieses Jahr abgeschlossen. Die wesentlichen Planungsgrundsätze sind ähnlich wie in Ahrweiler. An dieser Stelle soll nur auf zwei Besonderheiten hingewiesen werden.



Abb. 15: Altenahr - Burg Are

Auf die flächenhaften Maßnahmen wie die Planierung der Rebflächen oder die generelle flächenhafte Mauersanierung mußte aus finanziellen und tlw. auch bei den Planierungen aus ökologischen Gründen im Rahmen der Planfeststellung verzichtet werden. Damit die Winzer jedoch defekte Weinbergsmauern sanieren können, was aus Bewirtschaftungsgründen wie auch aus ökologischen Gründen wünschenswert ist, wird angestrebt, daß diese Maßnahmen punktuell doch noch im Rahmen der Flurbereinigung gefördert werden können.

Weiterhin werden alle neuen Wirtschaftswege in den Weinbergen talseitig geneigt. Dadurch verändert sich das Abflußverhalten des anfallenden Niederschlagswasser nicht, so daß in dem Verfahren auf wasserwirtschaftliche Maßnahmen und den Bau von Regenrückhaltebecken verzichtet werden konnte.



Abb. 16: Mayschoß - Saffenburg

Eine viel komplexere Problematik ist jedoch bei den Steilstlagen in Mayschoß und Umgebung vorhanden. Es handelt sich hierbei um den Ahrbogen am Ortseingang von Mayschoß (Abbildung 17), einer der schönsten Weinbergslagen von ganz Deutschland, die Weinbergsflächen unterhalb der Saffenburg (Abbildung 16) und um die Lochmühle im Ortsteil Laach sowie das Altenahrer Eck in der Gemarkung Altenahr (Abbildung 15). Für diese Flächen kommen herkömmliche Erschließungsformen aus topographischen Gründen nicht in Frage. Andererseits drohen diese Flächen trotz der sehr guten Qualität brachzufallen, denn die Erzeugungskosten werden im Verhältnis zum Ertrag zu hoch. Ein Brachfallen dieser Flächen ist jedoch unter dem Hintergrund, daß ca. 80% des in Mayschoß erzeugten Weines vor Ort verkauft wird, sehr negativ, denn gerade diese Flächen haben eine sehr hohe Anziehungskraft für Touristen. Nur allein mit einer Bodenordnung ist dieses Problem auch nicht zu lösen. Deshalb wurde für diese Flächen ein Konzept entwickelt, das auf fünf Beinen steht:

- a) Bodenordnung
- b) Förderung der Mauersanierung und Errichtung von Monorackbahnen im Rahmen der Bodenordnung
- c) Gemeinschaftliche Nutzung von Monorackbahnen
- d) Gewinnung neuer Finanzierungsmöglichkeiten für die Errichtung und den Betrieb dieser Bahnen
- e) Gezielte Vermarktung dieser Weine.

Während die beiden ersten Maßnahmen nach dem bisher erläuterten relativ klar sind, sollen die anderen drei Vorstellungen im folgenden etwas verdeutlicht werden.

In Mayschoß wird der Weinbau noch sehr viel von Nebenerwerbswinzern betrieben. Auch nach einer Bodenordnung werden die Besitzstücke in diesen Steilstlagen noch relativ klein sein, so daß sich die Anschaffung einer Monorackbahn für einen Winzer alleine nicht lohnt. Eine Bewirtschaftung mit Kleinraupen scheidet in diesem Gelände aber auch aus. Daher bleibt als Erschließungsmöglichkeit nur die gemeinsame Nutzung einer Monorackbahnanlage. Eine Rechtsgrundlage für einen solchen Zusammenschluß gibt das Gesetz über die Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz) her. Ein Satzungsentwurf für einen solchen Zweckverband wurde bereits vorbereitet.

Die Errichtung einer solchen Monorackbahnanlage könnte ebenfalls im Rahmen des Bodenordnungsverfahrens gefördert werden. Um auch die restliche Summe und die Unterhaltungskosten einer solchen Anlage finanzieren zu können, wurde auch über alternative Finanzierungsmöglichkeiten nachgedacht. Hierfür käme eine Art "Ökosponsoring" in Frage, da der Erhalt des Weinbaus in diesen Flächen auch eine große ökologische Bedeutung hat. In diesen Überlegungen ist vorgesehen, daß einheimische Unternehmen mit einem einmaligen oder regelmäßigen Geldbetrag den Bau und die Unterhaltung dieser Anlage unterstützen. Als Gegenleistung hierzu dürfen sie damit auch Werbung machen. Der Hauptsponsor erhält zusätzlich noch die Möglichkeit, an der Anlage selbst, z.B. an dem sogenannten Bahnhof, einem Schuppen, wo die Traktoren der Monorackbahnen untergestellt werden, optische Werbung anzubringen.

Das fünfte Bein dieses Konzeptes ist die Überlegung, daß seitens der Genossenschaft versucht würde, den Wein aus diesen Lagen als eine Spe-

zialität, z.B. einen Steillagenwein gezielt zu vermarkten und den höheren Ertrag dann über den Traubenauszahlungspreis an die Winzer weiterzugeben.

Ein solches Konzept ist natürlich nicht von heute auf morgen umzusetzen. Hierfür sind noch viele Gespräche zu führen und sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten, denn solche Neuerungen müssen sich bei den Winzern erst durchsetzen. Seitens des Kulturstamtes werden zur Zeit die ersten Dinge derart in die Wege geleitet, daß mit den Eigentümern der Flächen ein vorzogener Planwuschtermin zur Vorbereitung der Einleitung des Bodenordnungsverfahrens durchgeführt wird.

Damit solche Weinbergssteillagen auch in Zukunft noch bewirtschaftet werden, strebt die Landesregierung im Rahmen der Steillagenförderung an, für ausgewählte Steillagen, für die eine Bewirtschaftung im Direkt- oder Seilzug überhaupt nicht in Betracht kommt, zusätzlich zur bisherigen Steillagenförderung von 1.500,- DM/ha eine weitere Förderung einzuführen. Eine diesbezügliche Erweiterung der Förderung ist derzeit bei der EG in Brüssel beantragt.

Eine ähnliche Problematik tritt auch bei den Steillagen in Walporzheim (Abbildung 1), einem Stadtteil von Bad Neuenahr-Ahrweiler, auf. Im Unterschied zu Mayschoß gibt es in diesen Flächen wesentlich weniger Genossenschaftswinzer und viel mehr selbstvermarktende Winzer, so daß hier eine etwas andere Finanzierungs- und Vermarktungsstrategie entwickelt werden müßte.

4. Fazit

Am Anfang wurde die Frage "Wie sieht die Weinbaulandschaft an der Ahr in Zukunft aus?" an zwei extremen Bildern gestellt. Ich hoffe, daß dieser Vortrag verdeutlicht hat, daß es auch Lösungen gibt, die die ökologischen und ökonomischen Belange miteinander zum Wohle aller vereinbaren. Wichtig dabei ist, daß sich aufgrund der vorhandenen Problemstellungen auch neue Lösungen überlegt werden. Wenn dies von allen beherzigt wird, können die Winzer auf der einen Seite und die Naturschützer auf der anderen Seite damit zufrieden sein und die Touristen können sich über ein schönes Landschaftsbild und einen guten Wein freuen.



Abb. 17: Ahrbogen östlich von Mayschoß

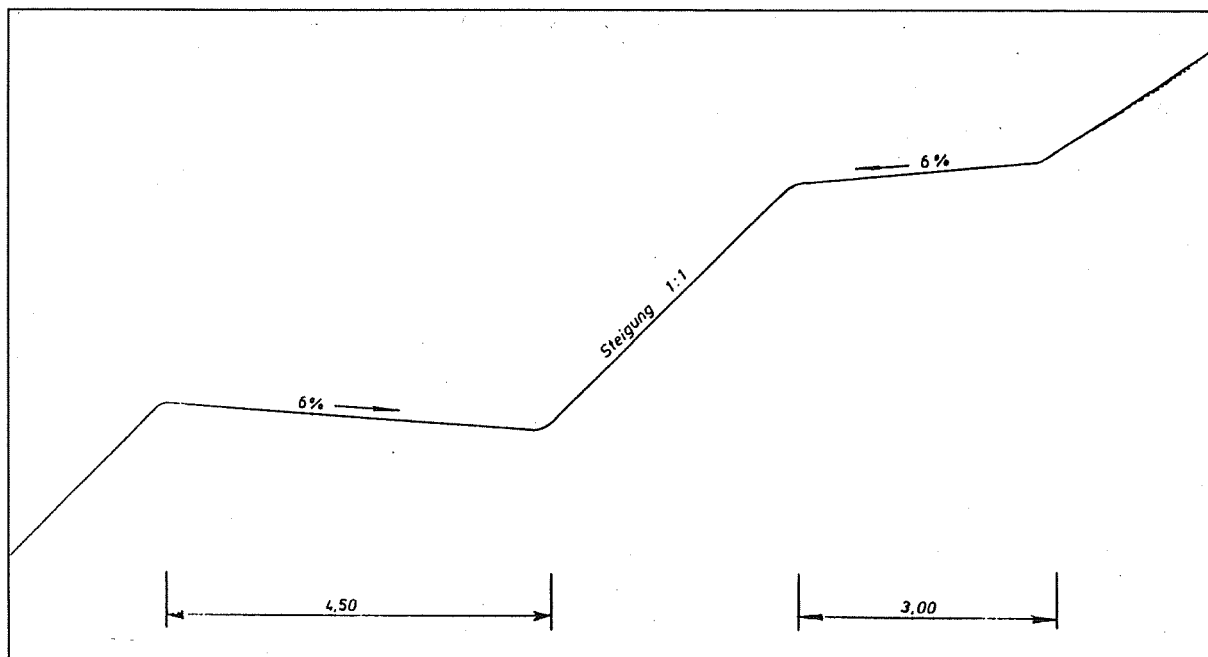


Abb. 18: Horizontale Vernetzung durch Weg mit oberhalb liegender Bewirtschaftungsspur

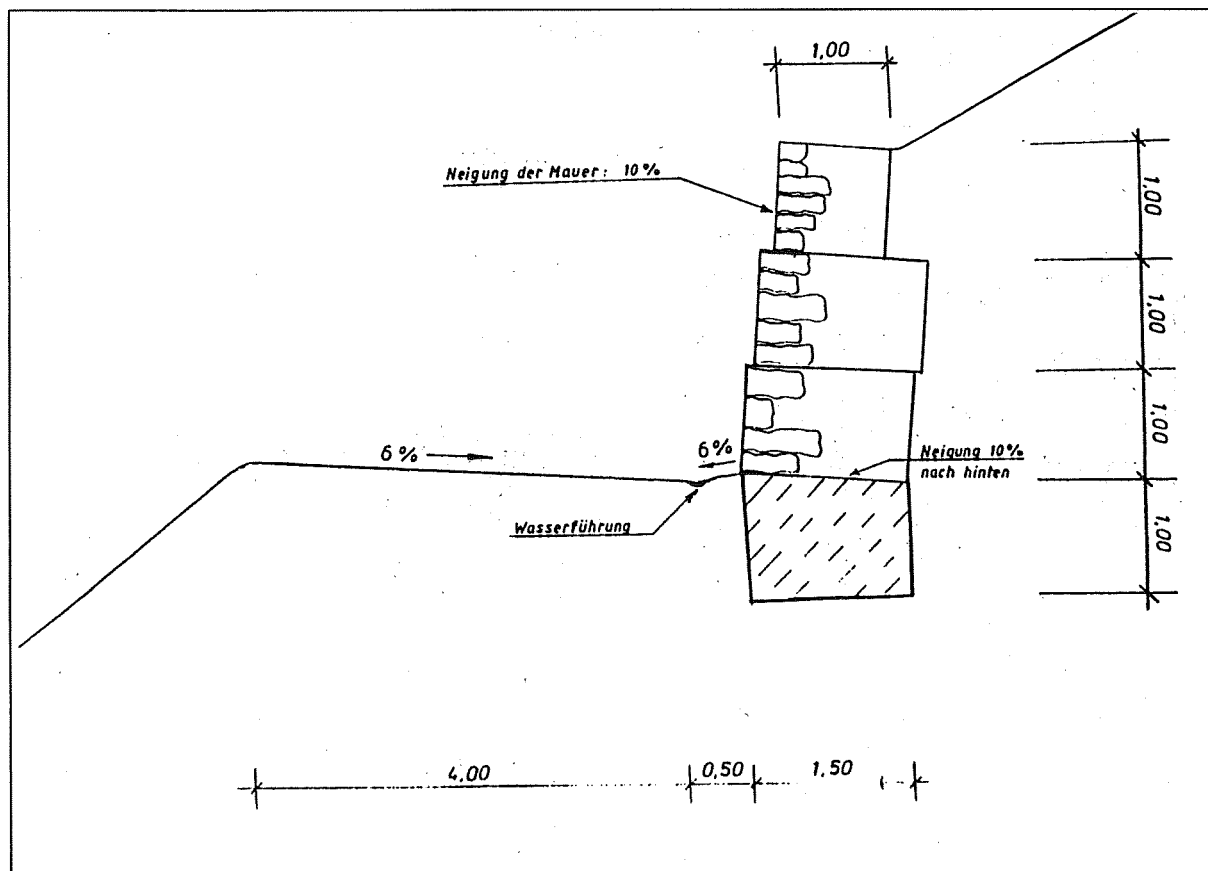


Abb. 19: Weg mit bergseitiger Gabionenmauer

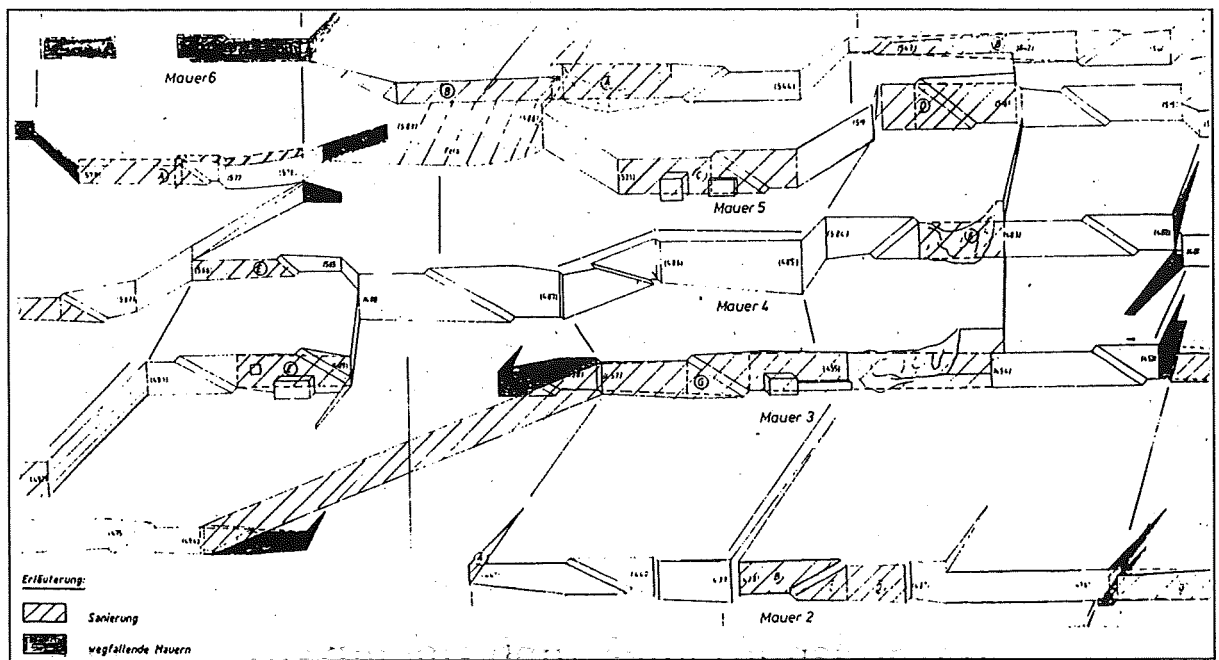


Abb. 20: Flächenhafte Sanierung (Auszug aus dem Sanierungskonzept)

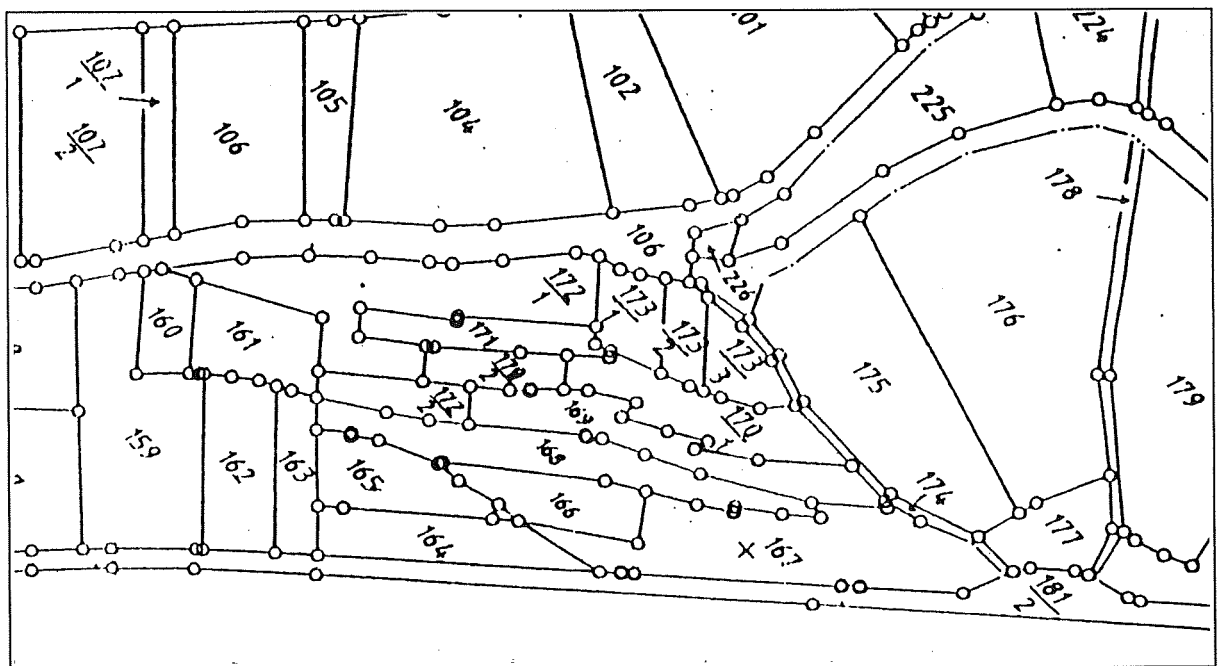


Abb. 21: Querszuteilung (Auszug aus der Zuteilungskarte)

Umsetzung landespflegerischer Ziele mit Hilfe der Landwirtschaft

dargestellt an ausgewählten Bodenordnungsverfahren im Westerwald

Markus Kunz, Hachenburg und Karl-Werner Staubus, Westerburg / Mayen

1. Einleitung

Bodenordnungsverfahren haben die schwierige Aufgabe, die unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Interessen von Grundstückseigentümern, Kommunen, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Verkehr und nicht zuletzt der Landespflege zu berücksichtigen und kompromißartig umzusetzen.

Bodenordnung und Naturschutz gelten vor allem wegen der landespflegerisch bedenklichen Folgen der in den vergangenen Jahrzehnten durchgeführten Flurbereinigungen bis heute als nur schwer vereinbare Gegensätze.

Am Beispiel von 3 Bodenordnungsverfahren im Westerwald sollen nachfolgend Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie Landentwicklung durch Flurneuordnung in Verbindung mit unterschiedlichen Förderprogrammen für den ländlichen Raum, hier insbesondere für die Landwirtschaft, zu einem gelungenen Kompromiß von Landwirtschaft und Landespflege beitragen kann.

2. Geographische Lage der Verfahrensgebiete

Die Verfahren nach §§ 1,4 Flurbereinigungsgesetz umfassen die Gemarkungen Bellingen, Enspel, Rothenhain und Todtenberg im Westerwaldkreis. Das Gebiet liegt naturräumlich im Übergangsbereich zwischen dem Dreifelder Weiherland, dem Oberwesterwälder Kuppenland und der Westerwälder Basalthochfläche in einer Höhenlage von 330m bis 550m über NN.

Charakteristisch für die Landschaft sind weite Grünlandflächen sowie einzelne waldbestockte Basaltkuppen.

3. Verfahrensdaten

Das Bodenordnungsgebiet umfaßt eine Gesamtfläche von 1.009 ha, für die 1986 eine Gruppenflurbereinigung eingeleitet wurde.

Insgesamt sind ca. 1.400 Eigentümer als Teilnehmer ermittelt und legitimiert worden. Die Bodennut-

zung im Gebiet stellte sich nach Abschluß der Wertermittlung im Jahre 1989 wie folgt dar:

- 307 ha Wald, überwiegend in Gemeindeeigentum
- 46 ha Ackerland
- 121 ha ackerfähiges Grünland
- 222 ha Dauergrünland
- 85 ha landwirtschaftlich nicht oder kaum nutzbare Hutungs- und Unlandflächen
- 55 ha Abbauand von Basaltbruchbetrieben in Enspel
- 48 ha Ortslage, verteilt auf 4 Dörfer
- 120 ha Straßen, Bahngelände, Wege
- 5 ha Gewässer.

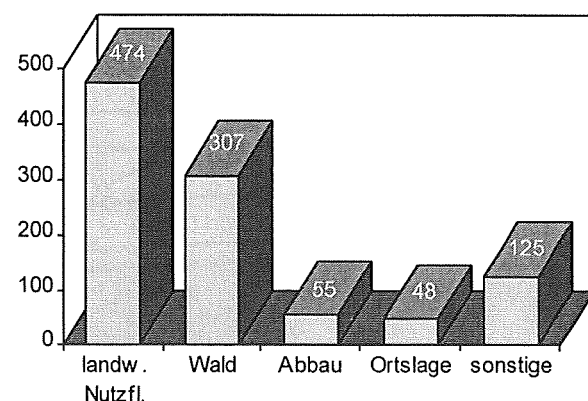


Abb. 1: Verteilung der Flächen im Verfahrensgebiet

Für die weitere Betrachtung interessiert in erster Linie die landwirtschaftliche Fläche von insgesamt 474 ha, wobei nicht unerwähnt bleiben darf, daß im Zuge der Bodenordnung alle Ortslagen reguliert wurden, und hierbei für die zukünftige gemeindliche Entwicklung durch entsprechende Flächenbereitstellung wichtige Impulse gegeben wurden. Ebenso konnten geplante Infrastrukturmaßnahmen wie

der Bau einer Gruppenkläranlage sowie eine planfestgestellte Umgehung östlich Bellingen Eigentumsmäßig umgesetzt werden.

4. Ziele der Landwirtschaft

4.1 Bearbeitung vor der Neuordnung

Zum Zeitpunkt der Planwunschtermine im Jahr 1993 wurden die landwirtschaftlichen Flächen mit insgesamt 474 ha von einem Haupterwerbsbetrieb im Gebiet, zwei Haupterwerbsbetrieben aus Nachbargemarkungen sowie neun Nebenerwerbsbetrieben bewirtschaftet. Die Haupterwerbsbetriebe, die insgesamt ca. 40 % der Gesamtfläche bearbeiteten, waren zwei Milchviehbetriebe und ein Gestüt. Die Nebenerwerbsbetriebe unterteilten sich in fünf Betriebe mit Ammenkuhhaltung sowie vier Betriebe, die ausschließlich Heu vermarkten. Förderprogramme wurden lediglich von einem Nebenerwerbsbetrieb in Anspruch genommen, der Teilnehmer am Qualitätsrindfleischprogramm des Landes Rheinland-Pfalz ist. Nach entsprechender Aufklärung durch das Kulturamt zeigten sich mehrere Betriebsleiter an der Teilnahme an Förderprogrammen interessiert und wünschten eine Aufstockung ihrer Betriebsfläche.

4.2 Flurverfassung

Die rationelle Bearbeitung der Nutzflächen im Verfahrensgebiet nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten war vor der Neuordnung durch die extreme Besitzersplitterung und die mangelhafte Erschließung stark behindert. Die durchschnittliche Besitzstückgröße lag bei 0,17 ha.

Die Landwirte, die überwiegend in den Vorständen der Teilnehmergeinschaften vertreten waren, stellten folgende Hauptforderungen an die Bodenordnung:

- ☐ Ausbau des Wegenetzes, damit ein Befahren der Hauptwege ganzjährig gewährleistet ist;
- ☐ Arrondierung der Eigentums- und Pachtflächen und Beseitigung von Wirtschaftshindernissen durch geeignete Meliorationsmaßnahmen, um eine Kostensenkung der Betriebsmittel herbeizuführen und den vorhandenen Maschinenpark rationell einsetzen zu können;
- ☐ Minimierung des bürokratischen Aufwands durch Bereinigung der öffentlichen Bücher.

5. Naturschutzfachliche Situation und Ziele der Landespflege

Das Offenland der Gemarkung Bellingen wird von einer Vielzahl unterschiedlicher Grünland-Pflanzengesellschaften charakterisiert. Bedeutende Flächenanteile der Gemarkung unterliegen dem Biotopschutz nach § 24 Landespflegegesetz und weisen bestandsgefährdete Biotoptypen wie z.B. Borstgrasrasen, Feucht- und Naßwiesen, Kleinseggen-sümpfe und Magerwiesen auf.

In den genannten Lebensräumen kommen landes- und z.T. sogar bundesweit bestandsgefährdete Tier- und Pflanzenarten vor (vgl. Tabelle).

Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname	Gefährungsgrad Rote Liste Rhld.-Pfalz
Pflanzen		
Fadenbinse	<i>Juncus filiformis</i>	stark gefährdet
Grünliche Waldhyazinthe	<i>Platanthera chlorantha</i>	gefährdet
Breitblättriges Knabenkraut	<i>Dactylorhiza majalis</i>	gefährdet
Geflecktes Knabenkraut	<i>Dactylorhiza maculata</i>	gefährdet
Mannsknabenkraut	<i>Orchis mascula</i>	gefährdet
Waldläusekraut	<i>Pedicularis sylvatica</i>	gefährdet
Arnika	<i>Arnica montana</i>	gefährdet
Tiere		
Bekassine	<i>Gallinago gallinago</i>	stark gefährdet
Wiesenpieper	<i>Anthus pratensis</i>	gefährdet
Raubwürger	<i>Lanius excubitor</i>	vom Aussterben bedroht
Neuntöter	<i>Lanius collurio</i>	gefährdet
Braunkehlchen	<i>Saxicola rubetra</i>	gefährdet
Ringelnatter	<i>Natrix natrix</i>	gefährdet
Großer Perlmutterfalter	<i>Mesoacidalia aglaja</i>	potentiell gefährdet

Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname	Gefährdungsgrad Rote Liste Rhld.-Pfalz
Tiere		
Feuchtwiesenperlmutterfalter	<i>Brenthis ino</i>	gefährdet
Kleiner Ampferfeuerfalter	<i>Lycana hippothoe</i>	gefährdet
Dunkler Moorbläuling	<i>Maculinea nausithous</i>	stark gefährdet
Klee-Widderchen	<i>Zygaena trifolii</i>	gefährdet
Sumpfgrashüpfer	<i>Chorthippus montanus</i>	gefährdet
Sumpfschrecke	<i>Mecostethus grossus</i>	gefährdet
Zwitscherheupferd	<i>Tettigonia cantans</i>	gefährdet

Abb. 2: Liste der auf Grünlandflächen der Gemarkungen Bellingen und Rotenhain vorkommenden bestandsgefährdeten Pflanzen- und Tierarten

Aufgrund der hohen Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz wurde das Offenland der Gemarkung in der Planung Vernetzter Biotopsysteme von Rheinland-Pfalz (MFU/LFUG 1993) als Gebiet von landesweit prioritärer Bedeutung eingestuft. Ziel ist die Erhaltung bzw. Sicherung der Grünlandlebensgemeinschaften durch eine extensive Landbewirtschaftung.

Für einen Großteil der Gemarkung ist die Ausweisung als Naturschutzgebiet "Bellinger Naßwiesen" zur Sicherung der bedeutenden Grünlandökosysteme geplant. Entsprechende Pflegepläne des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht liegen bereits vor.

Zur Prüfung und Sicherung einer umweltverträglichen Durchführung der Bodenordnungsverfahren wurde in den Gemarkungen Bellingen und Rotenhain eine tierökologische Untersuchung durchgeführt (GFL 1991), die gezielt die Eingriffserheblichkeit geplanter Maßnahmen auf die Tierwelt des Gebietes untersuchte und entsprechende Vorschläge zur Vermeidung und zum Ausgleich der Eingriffe formulierte.

In die landespflegerischen Planungen des Kulturamts flossen außerdem die Anregungen der anerkannten Naturschutzverbände ein.

Aus Sicht der Landespflege waren folgende Hauptaufgaben im Zuge der Flurneueordnung zu erfüllen:

- ☐ die bereits existierenden extensiv genutzten, und zum Teil nach Landespflegegesetz geschützten Offenlandbiotope in den Gemarkungen Bellingen und Rotenhain zu erhalten und nicht zu beeinträchtigen
- ☐ die kulturhistorisch und aus Arten- und Biotopschutzgründen wertvollen Huteweiden zu erhalten bzw. zu entwickeln

- ☐ im geplanten Naturschutzgebiet "Bellinger Naßwiesen" Kernbereiche zu erwerben und in öffentliches Eigentum zu überführen
- ☐ die vorhandenen Kleinstrukturen zu erhalten
- ☐ eine Intensivierung der Bewirtschaftung insbesondere in ökologisch empfindlichen Bereichen zu vermeiden.

6. Umsetzung der Ziele im Rahmen der Bodenordnung

Die Analyse der unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Zielvorstellungen von Landwirtschaft und Landespflege an die Bodenordnung führte zu dem Ergebnis, daß außer den Möglichkeiten des Flurbereinigungsgesetzes auch die für die Landwirtschaft geschaffenen Förderprogramme des Landes Rheinland-Pfalz bei der Planung berücksichtigt werden mußten.

Daher wurden bereits vor dem Planwunschtermin intensive Gespräche mit den Betriebsleitern unter Beteiligung der Landwirtschaftsgruppe des Kulturamts geführt, um insbesondere Pachtvorstellungen und die Möglichkeiten des Landtausch- und Pachtförderprogramms des Landes Rheinland-Pfalz zu erörtern.

Gleichzeitig wurden in Zusammenarbeit mit der Unteren Landespflegebehörde und dem im Auftrag des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht für den Vertragsnaturschutz im Westerwaldkreis zuständigen FUL-Berater die für eine Aufnahme in das ehemalige Biotopsicherungsprogramm "Extensivierung von Dauergrünland" - jetzt Grünlandvariante 2 des FUL - geeigneten Flächen kartiert (FUL = Förderprogramm umweltschonende Landbewirtschaftung).

6.1 Ergebnisse der Bodenordnung

Der Besitzübergang erfolgte für die Bodenordnungsverfahren im Herbst 1994. Durch die Bodenordnung konnte die durchschnittliche Besitzstückgröße von 0,17 ha auf 2,31 ha gesteigert werden. Die Eigentumsflächen der Betriebe wurden soweit möglich im Bereich der Hofstellen arrondiert.

Für das Land Rheinland-Pfalz konnten für ca. 100.000 DM Flächen angekauft und in den Kerngebieten des geplanten Naturschutzgebiets "Bellinger Naßwiesen" mit ca. 35 ha ausgewiesen werden. Die Landesforstverwaltung erwirbt die Flächen im Auftrag der Landespflegeverwaltung. Sie sind endgültig für Zwecke der Landespflege gesichert. Um die weitere Bewirtschaftung dieser Flächen zu gewährleisten, wurden diese unmittelbar nach dem Besitzübergang im Winter 1994/95 an interessierte Landwirte verpachtet. Die notwendigen Bewirtschaftungsauflagen wurden vor Ort gemeinsam von der Bezirksregierung Koblenz, der Unteren Landespflegebehörde, dem FUL-Berater, der Forstverwaltung und dem Kulturstamt einvernehmlich festgelegt und von der Forstverwaltung in die Pachtverträge aufgenommen.

Die Pachtverhandlungen mit den interessierten Landwirten wurden in Ortsterminen ebenfalls gemeinsam geführt.

6.2 Einsatz des Land - und Pachttauschförderprogramms

Aufgrund der Eigentumsstruktur war es trotz der Steigerung der Besitzstückgröße um das 13,6 fache nicht möglich, eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausreichende Bewirtschaftungsgröße mit der reinen Bodenordnung umzusetzen. Daher wurden bei der Vorlage der Flurbereinigungspläne alle Beteiligten über die Möglichkeiten des Land - und Pachttauschförderprogramms informiert. In mühevoller Kleinarbeit durch den zuständigen Sachbearbeiter im Kulturstamt konnten insgesamt 21 rationelle Bewirtschaftungseinheiten auf einer Fläche von 232 ha gebildet werden, die zum überwiegenden Teil noch im Haushaltsjahr 1994 gefördert wurden. Die Bewirtschaftungsgröße konnte somit in diesen Bereichen auf durchschnittlich 11 ha gesteigert werden.

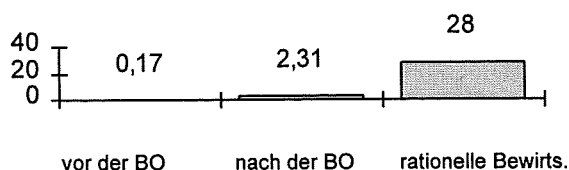


Abb. 3: Steigerung der Besitzgrundstücke

7. Umsetzung des Förderprogramms Umweltschonende Landbewirtschaftung (FUL)

Aufgrund der im Planwunschtermin vorgenommenen Aufklärung und durch Initiativen der sonstigen landwirtschaftlichen Stellen und des FUL-Beraters wurde ein starkes Interesse der Landwirte am FUL-Programm geweckt.

7.1 Grünlandvariante 1

Die Grünlandvariante 1 ist das Nachfolgeprogramm des ehemaligen Mittelgebirgsprogrammes. An ihm nehmen Landwirte mit der gesamten, mindestens 10 Hektar umfassenden Betriebsfläche teil. Im Vertrag sind Extensivierungsauflagen festgelegt wie z.B. die Einschränkung der Düngung, die Einhaltung eines maximalen Tierbesatzes und der Verzicht auf Maisanbau (MFLWF & MFU 1993).

Beide Milchviehbetriebe nutzen insgesamt ca. 120 Hektar Grünlandflächen in den Gemarkungen Bellingen und Rotenhain im Rahmen dieser Programmvariante.

7.2 Grünlandvariante 2

Die Grünlandvariante 2 des FUL-Programmes ist die Fortführung des Biotopsicherungsprogrammes "Extensivierung von Dauergrünland". Sie ist eine der beiden vom Ministerium für Umwelt und Forsten angebotenen Grünlandvarianten im Rahmen des FUL-Programmtails C (MFLWF & MFU 1993).

Ziel dieses Programmes ist die Honorierung von Leistungen der Landwirtschaft für den Kulturlandschafts-, Biotop- und Artenschutz. Die Programminhalte werden auf der Grundlage von wissenschaftlichen Begleituntersuchungen des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland Pfalz konzipiert und weiterentwickelt. Für die fachlich korrekte und effektive Umsetzung und Beratung vor Ort ist in jedem Landkreis ein(e) Berater(in) im Auftrag des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht auf Werkvertragsbasis tätig (SIMON 1995).

In der Grünlandvariante 2 erhalten Landwirte für eine arten- und biotopschutzkonforme Bewirtschaftung (z.B. Verzicht auf Düngung, Einhaltung von bestimmten Bewirtschaftungsterminen und Viehbesatzdichten) ausgewählter Grünlandflächen einen Erschwernisausgleich.

Im Verfahrensgebiet waren in der Vergangenheit wohl bedingt durch mangelnde Information der Landwirte über die Existenz des Programmes kei-

ne Verträge zustandegekommen, obwohl die Nutzung auf Teilflächen bereits den Programminhalten entsprach.

In der Schlußphase der Bodenordnungsverfahren wurden die zukünftigen Bewirtschafter der zuvor vom FUL-Berater als für das Programm geeignet befundenen Flächen gemeinsam vom Verfahrensleiter, dem zuständigen FUL-Berater und dem landwirtschaftlichen Sachbearbeiter des Kulturamtes jeweils einzeln beraten und über die Möglichkeiten und Vertragsinhalte einer Förderung gemäß FUL-Grünlandvariante 2 informiert.

Das seitens der Landwirte bestehende Interesse an diesem Extensivierungsprogramm war erstaunlich groß:

Bislang schlossen insgesamt 2 Haupterwerbsbetriebe und 7 Nebenerwerbsbetriebe Bewirtschaftungsverträge mit der Kreisverwaltung als zuständiger Behörde ab. Dabei wurden in den Gemarkungen Bellingen und Rotenhain/Todtenberg 45 Grünlandschläge mit einer Gesamtgröße von 134,4 Hektar in das Förderprogramm überführt und werden nun naturschutzgemäß bewirtschaftet. Die Verträge haben in der Regel eine Laufzeit von 10 Jahren.

Schwerpunkt der Vertragsflächen ist die Gemarkung Bellingen, in der mit über 106 Hektar Vertragsfläche jetzt beinahe die Hälfte des Offenlandes in der Grünlandvariante 2 des FUL gefördert wird.

Vier Nebenerwerbsbetriebe mit vorwiegender Ausrichtung auf Heuverkauf nehmen fast mit der gesamten im Verfahrensgebiet liegenden Betriebsfläche an dem Programm teil. Die Haupterwerbsbetriebe, die den Großteil ihrer Betriebsfläche mäßig intensiv nach den Vorgaben der Grünlandvariante 1 bewirtschaften, wählten ertragsarme Grünlandflächen für die Teilnahme am Programm aus.

In den Bewirtschaftungsverträgen wurden neben den allgemein üblichen Regelungen nach Absprache des FUL-Beraters mit den Landwirten auch Zusatzvereinbarungen aufgenommen. Diese betreffen vor allem die Belassung von Landschaftselementen (Gehölze, Steinhaufen etc.) auf den Grünlandflächen sowie die Anlage von ungenutzten oder nur in mehrjährigem Abstand zu nutzenden Randsäumen. Durch diese Maßnahmen sollen die Lebensraumbedingungen der im Gebiet vorkommenden bestandsgefährdeten Tierarten des Extensivgrünlandes gesichert und gefördert und die negativen ökologischen Folgen (Verlust an Kleinstrukturen, Säumen, Grenzlinien) der stark erhöhten Schlaggrößen gemindert werden (vgl. GfL 1991, KUNZ 1991, 1994, RÖSER 1988).

8. Zusammenfassende Bewertung aus landespflegerischer Sicht

Aus Sicht der Landespflege führen die eher traditionellen Aufgaben der Bodenordnung wie Zusammenlegung und Durchführung von Erschließungsmaßnahmen zwangsläufig zu Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes durch Verlust an Landschaftselementen, Kleinstrukturen und Nutzungsentflechtung. Teilweise werden solche Schäden wieder ausgeglichen. Das ökologisch hochwertige, arten- und strukturreiche, kleinräumige Nutzungsmosaik geht aber jedenfalls verloren. Für das hier behandelte Verfahrensgebiet sollen auch die im Zusammenhang mit Ausbaumaßnahmen aufgetretenen landespflegerischen Probleme nicht verschwiegen werden.

Andererseits birgt aber die prekäre ökonomische Situation der Landwirtschaft gerade in ertragschwachen Mittelgebirgsregionen die Gefahr, daß ganze Gemarkungsteile aus der Nutzung fallen und der Sukzession überlassen bleiben. Dies ist nicht zuletzt für den Naturschutz eine unerfreuliche Entwicklung, weil sich nämlich die ehemals artenreichen, extensiv genutzten Offenlandlebensräume zu artenärmeren, zunehmend verbuschenden Pflanzenbeständen entwickeln bzw. in Forstflächen umgewandelt werden. Zu berücksichtigen sind auch die möglichen negativen Folgen für die Funktion solcher Landschaften als Wohn-, Erholungs- und Fremdenverkehrsregion.

Nur eine großflächige landwirtschaftliche Extensivnutzung ist geeignet, die genannten landespflegerischen Ziele in dieser grünlandbetonten Kulturlandschaft zu verfolgen. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Sicherstellung ausreichender landwirtschaftlicher Betriebseinkommen. Beim derzeitigen Agrarpreinsniveau ist neben einer angemessenen Bereitstellung von staatlichen Fördermaßnahmen die Ermöglichung einer rationellen Bewirtschaftung der Flächen unerlässlich.

Landespflegerisch bewegen sich Bodenordnungsverfahren in extensivgrünlandreichen, höchst naturschutzwürdigen Flächen demnach auf dem schmalen Grat zwischen übermäßigen ausbau- und zusammenlegungsbedingten Beeinträchtigungen der Natur einerseits und einer für die zukünftige landwirtschaftliche Extensivnutzung unzureichenden Erschließung der Landschaft andererseits. Hier gilt es, einen sinnvollen und möglichst naturschonenden Kompromiß zu finden (vgl. MFWVLW 1995).

In welchem Maße Erschließung und Zusammenlegung für die dauerhafte Aufrechterhaltung der Nutzung erforderlich sind, kann niemand vorhersagen

und ist in hohem Maße von den zukünftigen ökonomischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft abhängig (vgl. Baur 1994)

In den hier vorgestellten Verfahrensgebieten zeigt sich ein hohes Interesse der vorhandenen Landwirte an der Fortführung einer großflächigen und überwiegend extensiven bis mäßig intensiven Nutzung. Der hohe Anteil von Grünlandflächen, die gemäß den Bedingungen des Vertragsnaturschutzes (FUL-Grünlandvariante 2) bewirtschaftet werden, ist landespflegerisch sehr zu begrüßen und läßt auf eine mittelfristige Sicherung der landesweit bedeutenden Arten- und Biotopvorkommen hoffen.

Es hat sich gezeigt, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Kulturstamt und dem FUL-Berater bei den Gesprächen und Verhandlungen mit den Landwirten zu erfolgreichen Ergebnissen für die Umsetzung umweltbezogener Förderprogramme führen kann.

Diese über die vertraglich festgesetzten Aufgaben hinausgehende Beratungs- und Moderationsfunktion des FUL-Beraters soll auch in allen zukünftigen Bodenordnungsverfahren im Bereich des Westerwaldkreises Anwendung finden.

Die beschriebenen Erfolge der Zusammenarbeit von Landeskulturverwaltung, FUL-Berater für Vertragsnaturschutz und Landwirten im hier dargestellten Verfahrensgebiet wurden der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Claudia Martini im Rahmen einer Veranstaltung der "Aktion Grün" am 13. September 1995 als mustergültiges Verfahren vorgestellt.

Ob auch dauerhaft die Erhaltung dieser für den Oberen und Hohen Westerwald charakteristischen Kulturlandschaft gelingt, hängt vor allem auch von einer zukünftig ausreichenden finanziellen Honorierung der Leistungen der Landwirtschaft für den Naturschutz ab.

9. Literatur

BAUR, H.-W. (1994):
Vertragsbodenordnung- Ergänzende Verfahrenswege zur punktuellen Entwicklung ländlicher Räume, Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, Heft 21, S 55 -62.

GESELLSCHAFT FÜR LANDESKULTUR (GFL) (1991):
Flurbereinigungsverfahren Bellingen, Rotenhain, Stockum-Püschchen. Tierökologische Untersuchungen, Unveröff. Gutachten im Auftrag des Kulturamtes Westerbürg, Koblenz.

KUNZ, M. (1991):
Tierökologische Untersuchung im Rahmen der Flurbereinigungsverfahren in den Gemarkungen Stockum-Püschchen, Rotenhain und Bellingen/Westerwaldkreis. Zur Avifauna und Amphibienfauna des Untersuchungsgebietes. Unveröff. Gutachten im Auftrag der GfL GmbH Koblenz.

KUNZ, M. (1994):
Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling (*Maculinea nausithous*). In: FISCHER, K. & KUNZ, M., GNOR: Grünland-Leitarten des Westerwaldes. Unveröff. Gutachten im Auftrag des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz. S. 85-109.

MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT WEINBAU UND FORSTEN/ MINISTERIUM FÜR UMWELT (MFLWF/MFU) (1993):
Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung, Mainz.

MINISTERIUM FÜR UMWELT/LANDESAMT FÜR UMWELTSCHUTZ UND GEWERBEAUF S I C H T (MFU/LFUG) (1993):
Planung Vernetzter Biotopsysteme, Bereich Landkreis Westerwald.

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU (MFWVLW) (1995):
Leitlinien "Ländliche Bodenordnung" in Rheinland-Pfalz.

RÖSER, B. (1988):
Saum- und Kleinbiotope. Ökologische Funktion, wirtschaftliche Bedeutung und Schutzwürdigkeit in Agrarlandschaften, Landsberg a. L..

SIMON, L. (1995):
Die Agrarextensivierungsprogramme der EU in Rheinland-Pfalz. In: BILDUNGSSEMINAR FÜR DIE AGRARVERWALTUNG RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.): Beiträge zur Beratung, Fort- und Weiterbildung. "Naturschutz und Landwirtschaft", Kurzfassung der Referate, Emmelshausen.

Aus AVP wird AEP

Regierungsdirektor Heinz Vogelgesang, Mainz

Die Mitglieder des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) haben sich Ende 1995 darauf verständigt, die agrarstrukturelle Vorplanung (AVP) zu einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) weiterzuentwickeln.

Die aus dieser Weiterentwicklung resultierenden Veränderungen wurden im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" für den Zeitraum 1996 - 1999 in die Grundsätze für die Förderung der AEP aufgenommen.

Ausgangspunkt für diese Änderungen war eine vom BML veranlaßte Untersuchung des Instituts für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik der Universität Bonn, die Vorschläge zur inhaltlichen und konzeptionellen Neugestaltung eines Instrumentes zur Entwicklung ländlicher Räume liefern sollte, und die dann die Grundlage für den Inhalt und die Ziele der AEP war.

Anlaß dieser Untersuchung war das sich vor dem Hintergrund der deutschen Einheit rapide wandelnde strukturelle Gefüge in der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Wandel erfordert eine agrarstrukturelle Untersuchung, die sich wesentlich stärker mit den Zusammenhängen und Abhängigkeiten der landwirtschaftlichen Unternehmen von den übrigen regionalen Entwicklungsfaktoren in den Untersuchungsräumen befaßt.

In diesem Sinne sollen agrarstrukturelle Entwicklungsplanungen geeignete Instrumente zum Aufbau einer leistungsfähigen, vielseitig strukturierten Landwirtschaft und zugleich auch Grundlage für die Koordination von Vorhaben zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume und Dörfer sein.

Konkurrierende Flächenansprüche und andere Konfliktbereiche im ländlichen Raum sind zu ermitteln und Lösungen in Form von gebietsspezifischen Leitbildern und geeigneten Landnutzungskonzeptionen zu erarbeiten.

Im Ergebnis hat die AEP schließlich Handlungskonzepte und umsetzbare Maßnahmen zu liefern.

Der AEP, die nach wie vor Vorplanungen nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" ist, fehlt weiterhin die Eigenschaft

normierter Planungsinstrumente (z.B. Landschaftsplanung), d.h. sie entfaltet keine rechtsverbindliche Wirkung.

Aber nach § 38 FlurbG oder § 187 Abs. 1 Bau-gesetzbuch sind die Ergebnisse der AEP zu berücksichtigen.

Durch den Übergang von der AVP zur AEP wird auch der von der EU ausgehenden Entwicklung hin zu einer sektorübergreifenden Strukturpolitik zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Landwirtschaft Beschäftigten und der übrigen Bevölkerung im ländlichen Raum Rechnung getragen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Anpassung der Verwaltungsvorschrift "Vorplanung für ländliche Bodenordnungsmaßnahmen (AVP)" vom 22. März 1995 notwendig geworden.

Da in Rheinland-Pfalz die nun im Rahmenplan vollzogene Entwicklung bereits weitestgehend inhaltlich in der VV von 1995 berücksichtigt war, sind die Veränderungen überwiegend redaktioneller Art.

Es wird auch in Zukunft nach Anpassung der VV weiterhin eine Differenzierung zwischen großräumigen agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen und projektbezogenen Planungen geben.

Großräumige AEP'en haben einen integrierten Ansatz. Sie sind im Zusammenhang mit der Bildung sachlicher und räumlicher Entwicklungsschwerpunkte von großer Bedeutung. Ihre Aufgabe ist es insbesondere, gebietsspezifische Leitbilder und ein daran ausgerichtetes Maßnahmenkonzept zu entwickeln, das geeignet ist, die Wirtschafts-, Wohn- und Erholungsfunktion der ländlichen Räume sowie deren ökologische Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern.

Daneben dient die projektbezogene AEP wie bisher der Vorbereitung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und soll wie bisher die Notwendigkeit der Verfahren begründen, die geeignete Verfahrensart, die Abgrenzung des Verfahrensgebietes und den zweckmäßigen Zeitpunkt für die Durchführung des Verfahrens vorschlagen, Angaben über die voraussichtlichen Ausführungskosten und deren Finanzierung machen und schließlich die Auswirkungen infragekommender Maßnahmen darstellen.

Auch bei der projektgebundenen AEP werden in Verbindung mit der Umsetzung des Restrukturierungskonzeptes der Landeskulturverwaltung geringfügige Änderungen vorgenommen, die eine einfachere und schnellere Bearbeitung ermöglichen (u.a. soll bei der Frage des Verzichts auf Durchführung einer AEP eine größere Flexibilität erreicht werden).

Einige Anmerkungen zur Produktentwicklung

Obervermessungsrat Hubert Friedrich, Bernkastel-Kues

1. Vorbemerkungen

Es wird niemandem in der Landeskulturverwaltung verborgen geblieben sein, daß im Zusammenhang mit dem laufenden Reformprojekt eine Vielzahl von Begriffen aus dem Bereich der privatwirtschaftlichen Unternehmensführung auf die öffentliche Verwaltung übertragen werden.

Sicherlich ist eine uneingeschränkte Übertragung ohne weitere Differenzierung nicht möglich, weil die private Wirtschaft gewinnorientiert sein muß, während die öffentliche Verwaltung einen legislativen Auftrag zu erfüllen hat.

Dennoch lohnt es sich, über einige Aspekte der Unternehmensführung in der Privatwirtschaft nachzudenken, ohne jedoch die unbestritten gemachten Fehler zu wiederholen. Dies gilt ganz besonders für die Produktentwicklung.

2. Begriffe

2.1 Rahmenbedingungen

Anders als in der privaten Wirtschaft kann eine Verwaltung ihre Produkte und ihre Produktpalette nicht beliebig selbst gestalten - hierfür sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Grundentscheidungen der Politik verantwortlich. So können der Landeskulturverwaltung neue Aufgaben zugewiesen und bisherige Aufgaben entzogen werden, ohne daß hierauf maßgeblich Einfluß genommen werden kann.

Die Faktoren der gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen bleiben zunächst außer Ansatz, nicht weil sie für die Produktentwicklung weniger wichtig wären, sondern weil sie für die aktuelle praktische Arbeit nicht disponibel sind.

2.2 Produkte

Will man konsequente Produktentwicklung betreiben, so muß klar sein, um welche Produkte bzw. Produktpalette es eigentlich geht.

Die Produktpalette der Landeskulturverwaltung umfaßt die Maßnahmen zur Förderung der Landentwicklung. Wichtigstes Produkt - sozusagen der Hauptzweck des Unternehmens - sind die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, also alle Maßnahmen, die die Bedingungen für die Landbewirtschaftung und die Vermarktung der Agrarprodukte verbessern.

3. Produktentwicklung

Die Maßnahmen zur Produktentwicklung sind so vielfältig, daß es sicher nicht gelingen wird, in einer ersten Abhandlung alle Maßnahmen umfassend und abschließend darzustellen.

Viele Einzelfaktoren beeinflussen die Entwicklung der Produkte. Den Maßnahmen zur Verbesserung der Produktion (innere Produktentwicklung) und zur Verbesserung der Marktposition (äußere Produktentwicklung) kommt eine grundlegende Bedeutung zu.

3.1 Innere Produktentwicklung

Die Maßnahmen zur inneren Produktentwicklung sind verwaltungsinterne Maßnahmen, die grundsätzlich der uneingeschränkten Disposition der Verwaltung unterstehen. Sie sind kein Selbstzweck und oder gar Selbstbeschäftigung der Verwaltung, sondern unabdingbare Voraussetzung für eine Produktentwicklung im eigentlichen Sinne.

3.1.1 Innere Organisation

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß eine optimale innere Organisation Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen ist. Hierzu gehören die bekannten Standards wie Abbau von Hierarchieebenen, keine Zersplitterung von Leistungen, Verknüpfungen von Informationen und Spezialisierungen, Kommunikation und Kooperation.

3.1.2 Klare Ziele

Die Unternehmensziele müssen klar definiert und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkennbar und nachvollziehbar sein. Bei dem derzeitigen klaren politischen Auftrag sind sehr günstige Rahmenbedingungen gegeben. Es ist aber zusätzlich erforderlich, daß die Ziele weitervermittelt werden, so daß sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit diesen Zielen (Firmenphilosophie) identifizieren können.

3.1.3 Führung

Eine Reihe von Beispielen aus der Privatwirtschaft zeigen in der jüngeren Vergangenheit mehr als deutlich, daß der Erfolg oder Mißerfolg maßgeblich vom Management (Führungskräften) bestimmt wird. Den Führungskräften auf allen Ebenen kommt eine so wichtige Bedeutung zu, daß man die Eignung und Befähigung nicht der (zufälligen) persönlichen Entwicklung überlassen kann sondern durch eine aktive Personalentwicklung begleiten muß.

3.1.4 Verbesserungsprozeß

Der Erfolg des Unternehmens steht im Vordergrund - eine Maxime die einen ständigen Verbesserungsprozeß erfordert. Hieraus ergibt sich eine laufende Anpassung und permanentes Lernen, zumal die Halbwertszeiten des Wissens immer kürzer werden!

Ein ständiger Verbesserungsprozeß bedeutet aber auch, daß das bestehende Regelwerk nicht als Hemmschuh für die weitere Entwicklung betrachtet wird sondern ausgefüllt und weiterentwickelt wird. So wäre sicherlich eine Weiterentwicklung der Normen ohne gelegentliche Mißachtung der DIN-Vorschriften kaum vorstellbar.

3.1.5 Produktivität

Produktivität und Effizienz müssen meßbar sein oder meßbar gemacht werden. Dabei kann es nicht darum gehen, die alten Leistungsstandards wieder auszukramen, weil deren Nichterfüllung meist nur einen Begründungsnotstand verursacht oder deren

Erfüllung sich bei genauerer Betrachtung als "Nullnummer" erweist.

Wenn die Verwaltung selbst keine Maßstäbe entwickelt, werden andere die Meßgrößen bestimmen oder zur Hektarleistung zurückkehren.

3.2 Äußere Produktentwicklung

Unter den Maßnahmen der äußeren Produktentwicklung werden die Maßnahmen verstanden, die die Marktposition (Angebot und Akzeptanz) verbessern. Diese Faktoren unterliegen naturgemäß nicht der uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Verwaltung.

3.2.1 Gesellschaftliche Aufgeschlossenheit

Verwaltung ist keine Insel, sondern Teil der Gesellschaft. Insofern muß immer der Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Dies gilt ganz besonders für die Landeskulturverwaltung, der ein bedeutender Gestaltungsauftrag zugebilligt wird. Dies gilt aber auch für die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, deren Verknüpfungen mit anderen Bereichen (Regionalentwicklung, Fremdenverkehr, Naturschutz, Sozialwesen u. a.) hergestellt werden müssen.

3.2.2 Entwicklungsprogramme regionalisieren

Neben den übergeordneten (landesweiten) Entwicklungszielen müssen regionalisierte Konzepte erarbeitet werden, in die sich auch die Maßnahmen zur Agrarstrukturverbesserung einfügen. Hierfür ist eine noch stärkere Bündelung der Maßnahmen und Instrumente durch eine Regionalbehörde erforderlich. Vielleicht können Regionalberater die bestehenden Ressortegoismen überwinden.

3.2.3 Ziele festlegen

Außer dem (Haupt-)Ziel der Agrarstrukturverbesserung werden Ziele aus anderen Politikfeldern begleitet und unterstützt. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß nicht für alle Produkte / Projekte die gleichen Ziele bestehen können bzw. umgekehrt: für jedes Einzelprojekt müssen klare Ziele formuliert werden. Dabei sollte nicht eine undifferenzierte Anhäufung aller denkbaren Ziele erfolgen, vielmehr ist eine Beschränkung auf besonders wichtige Kernziele geboten.

3.2.4 Bündelung der Angebote

Die angestrebte nachhaltige Verbesserung der Agrarstruktur kann nur erreicht werden, wenn in noch

stärkerem Umfange die bestehenden Instrumente gebündelt werden. Dies gilt ganz besonders für die einzelbetrieblichen und überbetrieblichen Maßnahmen. Hier ist eine noch stärkere innere Vernetzung zwischen der Einzelbetrieblichen Förderung und den Bodenordnungsverfahren erforderlich.

Eine Bündelung von hoheitlicher Bodenordnung und freiwilliger Vertragsbodenordnung ist sicherlich Standard und soll daher nur der Vollständigkeit wegen erwähnt werden.

3.2.5 Interdisziplinäre Problemlösungen

Gerade die Landeskulturverwaltung verfügt über Fachkräfte in verschiedenen Disziplinen. Hier gilt es verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, die vorhandenen Informationen und Spezialisierungen zu verknüpfen, um interdisziplinäre Lösungen anzubieten. Hierfür bieten die Teamstrukturen die besten Voraussetzungen.

3.2.6 Bodenordnung dynamisieren

Bei der rasanten Entwicklung und dem sich beschleunigenden Strukturwandel müssen wir uns von statischen Instrumenten verabschieden. Es ist eben nicht mehr möglich, auf der Grundlage der bestehenden Rahmenbedingungen ein Bodenordnungsverfahren durchzuführen, dessen Ergebnisse noch in 30 oder gar 50 Jahren Bestand haben werden. Daraus folgt: es kann nicht das Ziel sein, ein allumfassendes Projekt mit Langzeitwirkung zu erstellen. Es muß eine Reduktion auf die Kernfragen für die mittelfristige Entwicklung der nächsten 5 bis 15 Jahre erfolgen - je nachdem, wie zuverlässig eine solche Prognose abgegeben werden kann. Bei geänderten Rahmenbedingungen muß eben zu einem späteren Zeitpunkt erneute Hilfe und Unterstützung einsetzen. Hierfür stehen ausreichende Instrumente zur Verfügung.

3.2.7 Überzeugen statt Überreden

Es müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, die Akzeptanz zu verbessern. Im Hinblick auf die Einleitung von Bodenordnungsverfahren kommt der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung grundlegende Bedeutung zu. Dabei muß es gelingen, auf der Seite der fachlich betroffenen Dienststellen eine Kongruenz der Ziele herzustellen, damit die Konzeption in der Erörterung mit der Kommune und den Bürgerinnen und Bürgern Bestand haben kann. Soweit dabei Maßnahmen mit privatnütziger Zielsetzung vorgeschlagen werden, ist eine betriebswirtschaftliche Rentabilitätsrechnung unverzichtbar.

3.2.6 Entwicklungen beobachten

Die Entwicklungen in anderen Politik- oder Verwaltungsbereichen sollen aufmerksam begleitet werden, damit im Bedarfsfalle die Instrumente als Dienstleistungsangebot eingebracht werden können. Dies setzt immer eine fachlich fundierte Stellungnahme zu Planungen Dritter voraus. Dabei muß jedoch sorgsam bedacht werden, daß die Landeskulturverwaltung die Ziele anderer Politikfelder nicht formulieren und die eingerichteten Abwägungsprozesse (z. B. bei der Integration des Landschaftsplanes in den Flächennutzungsplan) nicht ersetzen kann.

4. Ausblick

Sicherlich können mit einem solchen Stehgreif-Statement keine revolutionären Neuerungen zur Produktentwicklung gemacht werden. Solche Neuerungen sind auch nicht notwendig, weil die gesetzliche Grundlage ausreicht und auch für künftige Entwicklungen ausreichend sein wird. Dennoch bedeutet Stillstand Rückschritt und vor diesem Hintergrund ist eine Weiterentwicklung notwendig. Diese Aufgabe kann aber nicht von wenigen "Vordenkern" (was immer das sein mag) geleistet werden - vielmehr ist hierfür die gesamte Kraft aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig.

Ausweisung von Gewässerrandstreifen entlang von Gewässern dritter Ordnung, die keine selbständigen Grundstücke bilden und somit Bestandteil der Ufergrundstücke sind, am Beispiel des Zusammenlegungsverfahrens Völkenroth*)

Regierungsrätin Karola Schönberg, Simmern

1. Rechtslage bei Anordnung des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens

Im Zeitpunkt der Anordnung des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens Völkenroth standen die Gewässer dritter Ordnung - weiter im Text nur noch Gewässer genannt - nach § 4 Abs. 2 LWG kraft Gesetzes im Eigentum vieler, verschiedener Ufergrundstückseigentümer.

1.1 Das Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (WHG)

i. d. F. vom 14. Dezember 1990 (GVBl. 1991 S. 11) kennt den Begriff "Anliegereigentum" nicht. Lediglich in § 38 LWG ist neben dem Begriff "Eigentümergebrauch" der Begriff "Anliegergebrauch" zu finden. Auch das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) i. d. F. vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529) verwendet diesen Begriff nicht; ebenso wenig die zum Wasserrecht einschlägigen Kommentare. Übereinstimmend mit dem Wortlaut des WHG und des LWG wird auch in der Stellungnahme nicht vom "Anliegereigentum" gesprochen, sondern von den Eigentümern der Ufergrundstücke (vgl. § 4 Abs. 2 LWG); diese sind prinzipiell Anlieger oder anders gesagt, die Anlieger sind hier (kraft Gesetzes) zugleich Gewässereigentümer. Lediglich die Richtlinien für das Verfahren bei Katastervermessungen (RiKaV) sprechen unter der Ziffer 9.1.2 bei Gewässern, die keine selbständigen Grundstücke darstellen, von "Anliegereigentum".

1.2 Die Gewässer waren im Zeitpunkt der Anordnung unselbständige Gewässerflurstücke

und (untrennbarer) Bestandteil der Ufergrundstücke i. S. d. § 5 Abs. 2 LWG.

(Ufergrundstück ist dasjenige nächstgelegene grundbuchmäßige Grundstück, das unmittelbar an das Gewässer heranreicht und an der Uferlinie seine Begrenzung zum Gewässer findet, vgl. Himmel,

Kommentar zum Landeswassergesetz Rhld.-Pfalz und zum Wasserhaushaltsgesetz, Stand 1993, § 4 Rz 6).

1.3 Über die Zuordnung des Gewässereigentums

enthält das WHG keine Aussage. Die Regelung dieser Fragen ist Sache der Landeswassergesetze (vgl. § 4 LWG). Rechte und Pflichten des Gewässereigentümers als solche spricht das WHG ausdrücklich nur in § 24 Abs. 1 (Eigentümergebrauch) und § 29 Abs. 1 (Unterhaltslast) an. Darüber hinaus statuieren das WHG und das ausfüllende Landeswasserrecht eine umfassende wasserwirtschaftsrechtliche Nutzungsordnung, die das Gewässereigentum überlagert (vgl. Fritzsche / Knopp / Mannner, Das Wasserrecht in Bayern, Kommentar, Stand 1995, § 24 Rz 5).

Ohne das ausdrücklich zu sagen, geht das WHG im Hinblick auf die von ihm statuierten öffentlich-rechtlichen Beschränkungen erkennbar davon aus, daß die Gewässer öffentliche Sachen, und zwar solche im Gemeingebrauch sind. Das WHG hat aber die Gewässer als Gegenstand des öffentlichen Sachenrechts nur in einem - wenn auch sehr großen - Teilbereich geregelt und ließ einige grundsätzliche Fragen offen. Dazu gehört vor allem das Verhältnis zwischen öffentlichem und bürgerlichem Recht, das es dem Landesgesetzgeber zu bestimmen überließ. So gehen alle Landeswassergesetze davon aus, daß an den Gewässern, auch wenn sie öffentliche Sachen (im Gemeingebrauch) sind, bürgerlich-rechtliches Eigentum besteht, das allerdings durch die Normen des öffentlichen Rechts stark eingeschränkt und belastet ist; vgl. Sieder / Zeitler / Dahme, Wasserhaushaltsgesetz und Abwasserabgabengesetz, Kommentar, Stand 1994, § 1 a Rz 24).

*) Eine Stellungnahme des Kulturamtes Simmern auf eine Anfrage der Bezirksregierung Koblenz zur Ausweisung von Gewässerrandstreifen entlang Gewässern im "Anliegereigentum" aus flurbereinigungsrechtlicher und wasserrechtlicher Sicht

Die Benutzungsordnung kommt vor allem in den §§ 1 a, 2 und 6 WHG zum Ausdruck. Sie ist gekennzeichnet durch ein repressives Verbot mit Befreiungsvorbehalt (vgl. Fritzsche / Knopp / Manner, a. a. O. § 24 Rz 5). Das bedeutet, daß niemand, auch nicht der Gewässereigentümer, einen Rechtsanspruch darauf hat, ein Gewässer zu benutzen, auszubauen oder in sonst einer Weise auf ein oberirdisches Gewässer (oder das Grundwasser) einzuwirken. Das Wasserrecht schließt Eingriffe in das Grundwasser und die oberirdischen Gewässer prinzipiell vom Inhalt des Grundeigentums aus. Somit unterliegen die Gewässereigentümer vom Grundsatz her den gleichen Rechtsvorschriften wie Dritte. Sie genießen grundsätzlich keinerlei Sonderstellung. Auch sie benötigen - abgesehen vom Eigentümergebrauch - wenn sie Gewässer benutzen, ausbauen oder in sonstiger Weise auf diese einwirken wollen, grundsätzlich eine wasserbehördliche Zulassung. Insofern hat das bürgerlich-rechtliche Gewässereigentum weitgehend nur noch ideellen Charakter (vgl. Himmel, a. a. O. Einl. Rz 13, § 2 Rz 12. §§ 4 - 12 Rz 3).

Eine solche generelle Beschränkung ist von Art. 14 GG her unbedenklich, denn es handelt sich um keine Enteignung, sondern um eine aus der Natur des geregelten Gegenstands (Gewässer) her getroffene Inhaltsbestimmung des Eigentums. Dasselbe gilt für die Inhaltsbestimmung des Grundeigentums gegenüber der Nutzungs- und Ausbauregelung (§ 1 a Nr. 3 WHG), vgl. Sieder / Zeitler / Dahme, a. a. O. Vorb. Rz 9.

1.4 Der Eigentümergebrauch

an oberirdischen Gewässern (§ 24 Abs. 1 WHG in Verbindung mit [i. V. m.] § 38 Abs. 1 LWG) ist Folge des bürgerlich-rechtlichen Eigentums (§ 903 BGB) am Gewässer(grundstück). Insofern sind die Eigentümerbefugnisse (vgl. § 903 BGB) gegenüber den Einschränkungen des § 2 WHG teilweise wiederhergestellt worden. Die hieraus folgende Position ergibt gegenüber dem Eigentum keine besondere Rechtsstellung, sondern ist dem Eigentum als solchem zuzurechnen. Ist bei einem oberirdischen Gewässer - wie hier - der Anlieger zugleich Gewässereigentümer, so hat er dadurch zwar eine in tatsächlicher Hinsicht stärkere Stellung als ein anderer Gewässereigentümer, dessen Rechte an der Uferlinie endigen. Eine bessere Rechtsstellung als der letztere hat er aber nur dann, wenn - ausnahmsweise - auf Grund positiver landesrechtlicher Vorschriften die Anliegerrechte in solchen Fällen über die Eigentümerbefugnisse hinausgehen (vgl. Sieder / Zeitler / Dahme, a. a. O. Vorb. Rz 16).

Dagegen ist der Anliegergebrauch (§ 24 Abs. 2 und 3 WHG i. V. m. § 38 Abs. 2 LWG) nicht Ausfluß des Eigentums am Anlieger- oder Hinterliegergrundstück, sondern ein gemeingebruchsähnlicher Gebrauch.

Nach dem WHG selbst besteht kein Anliegergebrauch; es ermächtigt aber die Länder, den Anliegergebrauch ohne Rücksicht auf die bisherige Rechtslage einzuführen. Durch § 24 Abs. 2 und 3 WHG werden die Landeswassergesetze in der örtlichen und sachlichen Umgrenzung des Anliegergebrauchs gebunden (vgl. Sieder / Zeitler / Dahme, a. a. O. § 24 Rz 15).

Anliegergrundstück ist das an das oberirdische Gewässer unmittelbar angrenzende Grundstück. Das gilt auch dann, wenn sich das Eigentum am Ufer(=Anlieger)grundstück als dessen Bestandteil auf das oberirdische Gewässer erstreckt; denn § 24 Abs. 2 WHG spricht vom Angrenzen an das oberirdische Gewässer (ohne Rücksicht auf dessen Eigentumslage), nicht an das Gewässergrundstück. Hinterliegergrundstück ist das Grundstück im Rechtssinne, das räumlich unmittelbar an das Anliegergrundstück nach rückwärts (vom Gewässer gesehen) angrenzt (vgl. Sieder / Zeitler / Dahme, a. a. O. § 24 Rz 18).

a) § 24 Abs. 1 WHG erfaßt (als Eigentümergebrauch) nur Gewässerbenutzungen an oberirdischen Gewässern i. S. d. § 3 Abs. 1 Nrn. 1 - 4 WHG; § 38 Abs. 1 LWG i. V. m. § 24 WHG schließt den Eigentümergebrauch i. S. d. § 3 Abs. 1 Nr. 4 WHG (Einbringen und Einleiten von Stoffen in oberirdische Gewässer) aus, so daß zu den Benutzungen nur solche i. S. d. § 3 Abs. 1 Nrn. 1 - 3 WHG gehören. Das gilt nicht, sofern Wasser in unverändertem Zustand, z. B. als Dränagewasser, in das Gewässer wiedereingeleitet wird, vgl. § 38 Abs. 1 Satz 2 LWG.

Nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 - 3 WHG werden sonach vom Eigentümergebrauch folgende Benutzungsarten umfaßt:

- Nr. 1: Das Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern
- Nr. 2: Das Aufstauen und Absenken von oberirdischen Gewässern
- Nr. 3: Das Entnehmen fester Stoffe aus oberirdischen Gewässern

Beispiele für einen zulassungsfreien Eigentümer- (und Anlieger)gebrauch:

- Bei Privatpersonen (Privathaushalten): z. B. die eigene Versorgung mit Trink- und Brauchwasser etwa zum Rasensprengen, Gartenbewässern, Versorgungen von Springbrunnen, Zierteichen, Fischteichen, Biotopen, Schwimmbecken und dergl.
- Bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, gärtnerischen Betrieben: z. B. die Entnahme von Wasser für die eigene Tiertränkung, Reinigung, Bewässerung, Beregnung, (vgl. Himmel, a. a. O. § 38 Rz 6).

- b) Nach § 24 Abs. 1 Halbsatz 1 WHG liegt die Begrenzung des Zwecks der Gewässerbenutzung durch den Eigentümer (oder Berechtigten) im "eigenen Bedarf", § 24 Abs. 1 Halbsatz 2 WHG enthält die Begrenzungen der Gewässerbenutzung selbst und zwar im Hinblick auf andere Nutzungsberechtigte und auf den Wasserhaushalt als solchen.

2. Rechtslage nach Bekanntgabe des Planes (und der Ausführungsanordnung)

Das (kraft Gesetzes gegebene) Eigentum an den Gewässern haben die an der beschleunigten Zusammenlegung Völkeroth beteiligten Ufergrundstückseigentümer - die gleichzeitig Anlieger sind - aufgrund der entsprechenden Festsetzungen im Zusammenlegungsplan - und der noch zu ergehenden Ausführungsanordnung - **verloren**, nämlich durch die Ausweisung der unmittelbar an das Gewässer heranreichenden Gewässerrandstreifen als selbständige grundbuchmäßige Grundstücke und der Zuteilung des Eigentums an den (beidseitigen) Gewässerrandstreifen der Verbandsgemeinde.

Denn Ufergrundstücke sind nunmehr die an das Gewässer heranreichenden Gewässerrandstreifen, so daß die Verbandsgemeinde - da das Gewässer eigentumsrechtlich das Schicksal der Ufergrundstücke teilt - aufgrund des § 4 Abs. 2 LWG kraft Gesetzes Eigentümerin des Gewässers geworden ist.

Im Liegenschaftskataster sind jedoch als Eigentümer nach wie vor "die Anlieger" vermerkt; Anlieger ist jetzt - aufgrund der Ausweisung der Gewässerrandstreifen - die Verbandsgemeinde. Dies bedeutet, daß das Eigentum auch nach der Festsetzung im Zusammenlegungsplan den Anliegern zugeordnet ist, aber Anlieger ist nunmehr ein anderer Beteiligter geworden.

Der Verlust des Eigentums am Gewässer bedingt auch den **Verlust des Eigentümergebrauchs** nach § 38 Abs. 1 LWG i. V. m. § 24 WHG (da ja, wie weiter oben gesagt, der Eigentümergebrauch Folge des Eigentums am Gewässer ist).

3. Der Anspruch der Ufergrundstückseigentümer auf eine wertgleiche Abfindung

Die an der beschleunigten Zusammenlegung Völkeroth beteiligten (ehemaligen) Ufergrundstückseigentümer haben einen Anspruch auf wertgleiche Abfindung. Die Wasserflächen wurden ihnen im Zusammenlegungsplan nicht wieder zu Eigentum ausgewiesen.

Es fragt sich, ob der Anspruch auf wertgleiche Abfindung auch bei Verlust des Eigentums am Gewässer und dem dadurch gleichzeitig bedingten Verlust des Eigentümergebrauchs erfüllt ist.

1. Zu dieser Frage sind nur wenige (Einzel-)Entscheidungen zu finden, die das Rechtsproblem entweder nur am Rande berühren oder es mangels Entscheidungserheblichkeit offenlassen. So hat das Bundesverwaltungsgericht in seinem Beschluß vom 02.11.1988 (= RdL 1989, S. 249) die Frage, ob es dem im Flurbereinigungsgesetz eingeräumten, planerischen Gestaltungsermessens entspricht, das Eigentum an Gewässern, die kein selbständiges Grundstück bilden und deren Fischereiberechtigung aufgrund besonderen - ... - Rechtsverhältnisses vergeben ist, ohne Ausgleich einem anderen Teilnehmer zuzuteilen offengelassen, da insoweit keine Entscheidungserheblichkeit bestand.

2. Die **Vorschriften des § 44 FlurbG** regeln den Anspruch des Flurbereinigungsteilnehmers auf eine wertgleiche Abfindung in Land, nicht jedoch eine Abfindungsverpflichtung für die flurbereinigungsbedingte Beeinträchtigung von Rechten. Der Anspruch auf Abfindung für entzogene oder geschmälerete Rechte ist in § 49 Abs. 1 Satz 3 FlurbG geregelt.

Die Voraussetzungen des § 49 Abs. 1 Satz 3 FlurbG liegen - für den Eigentümergebrauch - nicht vor. Denn der Eigentümergebrauch i. S. d. § 38 Abs. 1 LWG i. V. m. § 24 Abs. 1 WHG ist bei den in § 49 Abs. 1 FlurbG **abschließend aufgezählten Rechten**, für deren Aufhebung die Abfindung geleistet werden muß, weder besonders aufgeführt noch charakterisiert es sich als eines der dort genannten dinglichen oder obligatorischen Rechte. Es ist vielmehr, wie bereits

weiter vorne gesagt, eine Folge des Eigentums am Gewässer. Die hieraus folgende Position ergibt gegenüber dem Eigentum keine besondere Rechtsstellung, sondern **ist dem Eigentum als solchem zuzurechnen.**

3. Demnach ist als Anspruchsgrundlage § 44 FlurbG zu prüfen.

- a) Das Flurbereinigungsgericht Koblenz führt in den Entscheidungsgründen seines Urteils vom 06.11.1987 (9 C 117/78) auf der Seite 14 zu der Frage der Nichtwiederausweisung von (dem Einlagebesitz) entzogenen Wasserflächen folgendes aus:

"Ebensowenig kann sich die Klägerin mit Erfolg dagegen wenden, daß dem Einlagebesitz zur Ord.-Nr. 884 (...) Wasserflächen entzogen und nicht wiederzugeteilt worden sind. Es ist zwar zutreffend, daß zu diesem Besitzstand Wasserflächen im Umfang von 0,95 a gehörten, die nicht wieder ausgewiesen worden sind. Dadurch hat die Klägerin aber keine Bewirtschaftungsnachteile hinnehmen müssen. Dies gilt auch für ihre Forderung, den Wasserlauf innerhalb der Landabfindung Flur 5 Nr. 97, der der Gemeinde ... ausgewiesen wurde, in ihr Eigentum zu überführen. Die Klägerin ist nämlich auch ohne diese Eigentumsfläche nach § 24 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529) in Verbindung mit § 38 Abs. 2 des Landeswassergesetzes vom 04. März 1983 (GVBl. S. 31) rechtlich in der Lage, das Weidevieh aus diesen Wasserläufen zu tränken. Denn die Wasserentnahme für diesen Zweck fällt nach den genannten Bestimmungen unter den Gewässeranliegereggebrauch, der den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke zusteht. Tatsächlich wird diese Art der Gewässernutzung aber auch durch den Einsatz von Viehtränken und einem Schlauchanschluß ermöglicht."

(Vgl. hierzu auch Staab, Aus der Rechtsprechung in NLKV Heft 10 - 1988 -, Anmerkung: "Die Klägerin hatte Wasserflächen in das Flurbereinigungsverfahren eingebracht, die der Gemeinde zu Eigentum zugewiesen wurden. Sie verlangte die Ausweisung der Gewässer im Anliegeregut. Das Flurbereinigungsgericht ...").

- b) In seinem Urteil vom 24.08.1982 (= RzF, § 44 II, S. 135; = RdL 1983, S. 17) hat das Flurbereinigungsgericht Koblenz in den Entscheidungsgründen ausgeführt:

"Nach § 44 Abs. 1 Satz 1 FlurbG ist jeder Teilnehmer für seine Grundstücke ... in Land von gleichem Wert abzufinden. Dabei müssen gemäß § 44 Abs. 2 FlurbG alle Umstände berücksichtigt werden, die auf den Ertrag, die Benutzung und die Verwertung der Grundstücke einen wesentlichen Einfluß haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Quellvorkommen in einem Grünlandgrundstück ein werterhöhender Umstand im Sinne dieser Bestimmung ist. Denn durch die Möglichkeit der Wasserentnahme in einem Weidegrundstück bleiben dem Eigentümer oder Bewirtschafter Sach- und Arbeitskosten erspart, die er sonst für die Wasserversorgung seiner Weiden durch den Transport bzw. das Aufstellen und Auffüllen von Wasserfässern aufbringen muß. Die Flurbereinigungsbehörde hat daher diesem wertbestimmenden Umstand in der Regel dadurch Rechnung zu tragen, daß sie dem betroffenen Teilnehmer solche Flächen zuweist, die unmittelbar durch Tränkwasser versorgt werden können, das der Qualität des im Altbesitz vorhandenen Wassers entspricht. Der Anspruch auf eine wertgleiche Landabfindung muß jedoch nicht immer dazu führen, daß ein Quellgrundstück oder etwa eine Parzelle an einem Gewässer, das der Tränkwasserversorgung dienen kann, in alter Lage oder in einer Lage mit entsprechender Wasserversorgung auszuweisen ist. Eine Restitution in diesem Sinne kann nämlich dann nicht in Betracht kommen, wenn sie mit Zusammenlegungsergebnissen verbunden ist, die dem gesetzlichen Zusammenlegungsauftrag zuwiderlaufen. Das bedeutet in diesen Fällen allerdings nicht, daß der werterhöhende Umstand des Einlagebesitzes bei der Gestaltung der Landabfindung überhaupt nicht zu berücksichtigen ist. Der Teilnehmer ist entsprechend dem Gebiet der wertgleichen Landabfindung dann so zu stellen, daß der Verlust der Wasserentnahmemöglichkeit im Altbesitz durch besondere und dauernde Vorteile seiner Landabfindung ausgeglichen wird. Ein solcher besonderer Vorteil kann entweder darin bestehen, daß der Teilnehmer durch die - vorteilhafte - Neugestaltung der Landabfindung Arbeit oder Sachkosten erspart; er kann aber auch darin liegen, daß dem Teilnehmer durch eine Mehrzuweisung zusätzliche Erträge und damit höhere Einnahmen zufließen, durch die der - ebenfalls zusätzliche Mehraufwand für die Tränkwasserversorgung ausgeglichen wird. ...".

4. Schlußfolgerungen:

- a) Für ein Quellgrundstück oder ein Grundstück an einem Gewässer, das der Tränkeversorgung dienen kann, besteht grundsätzlich kein Anspruch des Beteiligten auf Abfindung in alter Lage oder in einer Lage mit entsprechender Wasserversorgung.
- b) Es ist in den Verfahren im Einzelfall zu prüfen, ob das Ufergrundstück eine Weide / Ackerflurstück ist, ob das Gewässer der Tränkeversorgung dienen kann - bei Rinnsalen und bei wenig Wasser führenden Gewässern wird dies wohl kaum der Fall sein - bzw. dient (wenn ja, wird dies in aller Regel von den Beteiligten selbst vorgetragen), ob also ein Eigentümerngebrauch stattfindet oder stattfinden kann.
- c) Die Wasserentnahmemöglichkeit (eine Form des Eigentümerngebrauchs) stellt einen nach § 44 Abs. 2 FlurbG zu berücksichtigenden Umstand dar.
- d) Wenn das Ufergrundstück ein Ackerflurstück ist, ist es denkbar, daß Wasser zur Bewässerung entnommen wird (s. unter I. 4.a.): Hierzu ist jedoch zu sagen, daß nach § 24 Abs. 1 WHG die entscheidenden Grenzen des Eigentümerngebrauchs sich aus den Erfordernissen eines geordneten Wasserhaushaltes ergeben, keine wesentliche Verminderung der Wasserführung zu erwarten sein darf und die Kommunen nach § 37 LWG i. d. R. einen solchen Eigentümerngebrauch verbieten, so daß dann aufgrund des Verlustes des Eigentums am Gewässer nicht gleichzeitig der - dann nicht bestehende - Eigentümerngebrauch entzogen wird.
- e) **Die Ausweisung von Gewässerrandstreifen und deren Zuteilung zu Eigentum der Verbandsgemeinde widerspricht nicht dem Anspruch auf wertgleiche Abfindung nach § 44 Abs. 2 FlurbG, wenn** in den unter b) genannten Fällen eine andere Art der Gewässernutzung möglich ist (Anliegergebrauch: Einsatz von Viehtränken und einem Schlauchanschluß) oder die Abfindung für die entzogene Wasserentnahmemöglichkeit in der Form eines anderen dauernden Vorteiles im Rahmen der Gesamtabfindung ausgeglichen wird.

In anderen Bodenordnungsverfahren wird ebenso im Einzelfall zu prüfen sein, ob durch die Ausweisung von Gewässerrandstreifen der Eigentümerngebrauch entzogen wird und wie der Entzug kompensiert werden kann.

4. Rechtslage bei Anordnung des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens

Ein anderer Sachverhalt ergibt sich dann, wenn Fischereirechte bestehen.

Fischereirecht ist die Befugnis, in einem (Binnen-) Gewässer Fische, Neunaugen, zehnfüßige Krebse und Muscheln zu fangen und sich anzueignen und die Verpflichtung, den Fischbestand zu hegen und zu erhalten, vgl. § 4 des Landesfischereigesetzes (LFischG: "... und ist untrennbar mit dem Eigentum an Gewässergrundstück verbunden." - unselbständige Fischereirechte - Eigentumsfischereirecht -), kann aber selbständig begründet und auf andere Personen ohne das Eigentum übertragen oder verpachtet werden (selbständige Fischereirechte).

Die Ausweisung von Gewässerrandstreifen an Gewässern dritter Ordnung und deren Überführung in das Eigentum der Verbandsgemeinde bei bestehenden Fischereirechten mit der Folge, daß die Verbandsgemeinde kraft Gesetzes auch Eigentümerin des Gewässers wird, würde, da das Fischereirecht nach § 5 LFischG untrennbar mit dem Eigentum am Gewässergrundstück verbunden ist, zu einem Verlust des Fischereirechtes für die Ufergrundstückseigentümer und - wenn kein Wertausgleich erfolgt - zu einer Enteignung führen, vgl. Urteil des LG Bonn vom 5.5.1970 in RzF, § 68 I 1, S. 49.

So ist in einem alten Musterplantext unter § 11, IX (19) bezüglich der unselbständigen Fischereirechte folgende Festsetzung zu finden: ... Soweit durch Änderung der Eigentumsverhältnisse an den Gewässern Entschädigungen der bisherigen Fischereiberechtigten und Ausgleichszahlungen durch die neuen Fischereiberechtigten erforderlich werden, sind diese im Abfindungsnachweis festgesetzt."

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Beschluß vom 22.01.1980 (vgl. RdL 1981, S. 11) entschieden, daß die Flurbereinigungsbehörde nicht befugt ist, Fischereirechte im Verfahrensgebiet außer zum Zwecke wertgleicher Abfindung neu zu regeln. Es führt aus: "Es entspricht ständiger Rechtsprechung des BVerwG, daß § 37 FlurbG keine selbständige Grundlage für die rechtliche Gestaltung der gegebenen Verhältnisse bietet. Die Flurbereinigungsbehörde muß sich vielmehr auf eine konkrete Vorschrift des FlurbG berufen können, die die einzelne Maßnahme zuläßt. Eine Änderung bestehender Fischereirechte und damit eine Regelung nach § 49 Abs. 1 FlurbG kommt deshalb nur in Betracht, wenn der Zweck der Flurberei-

gung dies erfordert. Hieran fehlt es im vorliegenden Fall. Ziel und Aufgabe der Flurbereinigung ergeben sich aus § 1 FlurbG, der den Begriff der "Flurbereinigung" festlegt und damit den Umfang und die Grenzen der flurbereinigungsbehördlichen Tätigkeit umschreibt. Selbst wenn die Fischerei in Binnengewässern zur Landwirtschaft gehören sollte (...), fällt die Bestellung von Fischereirechten ebenso wenig wie etwa die Gestaltung von Jagdpachtbezirken (...) in den Aufgabenbereich der Flurbereinigung, denn es handelt sich dabei nicht um Maßnahmen, die der Förderung der land- oder forstwirtschaftlichen Erzeugung oder der allgemeinen Landeskultur dienen. ...".

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat durch Urteil vom 07.12.1974 entschieden, daß die Flurbereinigungsbehörde nicht befugt ist, strittige Fischereirechte zu regeln (Bay VGH 7.2.74 RdL 1974, 126; s. auch Hinweis bei Hegele in Seehusen / Schwede, Kommentar zum Flurbereinigungsgesetz, 6. Auflage, § 37 Rz 30).

5. Handlungsrahmen für das Kulturamt

Zu unterscheiden von der Frage der wertgleichen Abfindung bei Entzug von Wasserflächen ist die Frage, ob das Kulturamt zur Durchführung dieser Maßnahmen berechtigt war, also ob die Maßnahme im Handlungsrahmen des Kulturamtes lag.

Nach ständiger Rechtsprechung des BVerwG gehört nicht jegliche Maßnahme, die dem Wohl der Allgemeinheit förderlich ist und für deren Durchführung die Flurbereinigung eine "einmalige Gelegenheit bietet" zum Zweck der Flurbereinigung. Die Flurbereinigungsbehörden müssen vielmehr auf die Wahrnehmung der ihnen durch das FlurbG ausdrücklich zugewiesenen Aufgaben beschränkt bleiben (vgl. BVerwG, RzF § 37 I, S. 1). Die Flurbereinigungsbehörde kann nicht jedwede Anordnung oder Maßnahme treffen, die sie im Rahmen ihres weitgespannten Tätigkeitsbereiches für notwendig und zweckmäßig hält. Die Flurbereinigungsbehörde muß sich in jedem Fall auf eine konkrete Vorschrift des FlurbG stützen können, die die einzelne Maßnahme zuläßt (vgl. BVerwG a. a. O., mit Verweis auf Urteil des BVerwG vom 13.11.1958, NJW 1959, S. 643).

Neue Aufgaben des bautechnischen Personals in den Teamstrukturen der Produktionsgruppen bei planungs-extensiven Bodenordnungsverfahren

Bauamtmann Wolfgang Wagner, Simmern

Die Einführung der Leitlinien "Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz" im vergangenen Jahr, die Vorgaben der Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Bodenordnungsverfahren (VV-FördFlurb) vom 25.11.1994 sowie die allgemein angespannte Haushaltslage haben zu grundlegenden Veränderungen bei Art und Umfang von Ausbaumaßnahmen in Flurbereinigungsverfahren geführt.

Insbesondere bei Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren nach § 91 FlurbG, deren zwendungsfähige Ausführungskosten je ha anrechenbarer LN nach Möglichkeit unter 1.200 DM liegen sollen, können neben den aufs Minimum reduzierten vermessungstechnischen Arbeiten sowie den landespflegerisch notwendigen Aufgaben nur noch geringfügige bauliche Maßnahmen durchgeführt werden.

Diese schnellwirksamen, einfachen Verfahren werden im Programm "Ländliche Bodenordnung 1995 - 1999" als vorrangig eingestuft und umfassen zukünftig ca. 2/3 aller neu angeordneten Bodenordnungsverfahren.

Neben den bekannten monetären Zwängen gibt die VV-FördFlurb in den Abschnitten 6.3.2 - 6.3.4 klare Vorgaben, daß der Bau von befestigten Wegen, der Ausbau von Gewässern sowie bodenverbessernden Maßnahmen auf den (unbedingt) notwendigen Umfang beschränkt werden soll.

Aus vorgenannten Gründen versteht es sich von selbst, daß beim bautechnischen Personal der Kulturrämter ein grundlegendes Umdenken im Rahmen der Projektbearbeitung vonnöten ist.

Der Grundsatz für zukünftige Vorerhebungen und Planungen wird lauten:

Wie kann der notwendige agrarstrukturelle und landespflegerische Erfolg eines Verfahrens unter weitgehender Vermeidung von kostenintensiven baulichen Maßnahmen sichergestellt werden.

Für die bautechnischen Mitarbeiter heißt dies konkret:

- ❑ Die Wegeplanung ist so abzustimmen, daß kostenträchtige Befestigungen entbehrlich sind bzw. auf das notwendigste (leichte Befestigung) beschränkt bleiben.
- ❑ Wasserwirtschaftliche Planungen unter Beachtung einer natürlichen Gewässerentwicklung unter Beibehaltung bzw. Verbesserung der Rückhaltefunktion bei gleichzeitig sensiblen Umgang mit Sohl- und Uferbefestigung.
- ❑ Die Möglichkeiten des Rückbaues (VV-FördFlurb Abs. 6.3.5) von versiegelten Wegen und begradigten / befestigten Gewässern sollten als baulich / landespflegerische Kombination unbedingt genutzt werden.

Für das bautechnische Personal hat sich jedoch nicht nur die Aufgabenstruktur, sondern (vorerst bei den 4 "Probeämtern") auch die Organisationsstruktur maßgeblich geändert. Im Zuge der Organisationsreform mit deutlich gestrafften Strukturen fallen alle funktional und fachlich bestimmte Büros und Gruppen weg.

Die Mitarbeiter des ehemaligen "Baubüros" sind nunmehr Teil von "Bodenordnungsteams" innerhalb einer Produktionsgruppe. In diesen Teams bearbeiten Mitarbeiter aller Fachrichtungen gemeinsam das Produkt "Bodenordnung".

Eine weitere wesentliche Änderung im Bereich der Bautechnik bedeutet die Bildung des Verbandes der Teilnehmergemeinschaften. Durch die Übertragung des Ausschreibungs- und Vergabewesens sowie der Bauaufsicht an den VTG beschränken sich zukünftig die Tätigkeiten der bautechnischen Teammitglieder auf die Vorerhebungen sowie die Vor- und Genehmigungsplanung innerhalb der Bodenordnungsverfahren.

Ausblick:

Viele Kollegen/innen des Fachbereiches Bautechnik stehen diesen neuen Entwicklungen zweifelsohne etwas skeptisch gegenüber.

Es ist nun Aufgabe der Produktionsgruppen, aber auch des bautechnischen Personals sich mit den geänderten Organisations- und Aufgaben- / Tätigkeitsstrukturen auseinanderzusetzen und diese als Herausforderung und Chance zu begreifen. Die Mitarbeiter des Fachgebietes Bautechnik in den Produktionsgruppen sollten die Gelegenheit nutzen, mittels geschickter, kostenextensiver Planung einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des "gemeinsamen Projektes" zu leisten.

Über die fachspezifischen Bereiche hinaus können durch Delegation auf die Sachgebietsleiter- Hierarchieebene weitere Tätigkeiten ausgeführt werden.

Beispielhaft sind hier zu nennen:

- ❑ die eigenständige Bearbeitung von Gesamt-Finanzierungsplänen
- ❑ die konzeptionelle Planung bei einfachen Bodenordnungsverfahren
- ❑ die selbständige Bearbeitung von Ausbauwidersprüchen

Durch die Zuweisung dieser fachübergreifenden Tätigkeiten werden eine zufriedenstellende Arbeitsauslastung gewährleistet und freiwerdende Ressourcen optimal im Interesse des Projektteams genutzt.

Das bautechnische Personal sollte die neuen Aufgaben offensiv und engagiert angehen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß die ökologisch und kostenextensiv orientierte Bautechnik weiterhin einen festen Platz in den Projektteams von morgen hat.

AUS DER SPRUCHSTELLE

Ministerialrat Dr. Günter Müßig, Mainz

1. Abweisende Entscheidungen

1.1 Erschließung eines Weinberggrundstückes

Bescheid der Spruchstelle für Flurbereinigung vom 25.03.1996

Aus den Gründen:

Soweit die Widerspruchsführerin zur zusätzlichen Erschließung ihres Flurstücks Flur 28 Nr. 32 den Bau eines 2 m breiten, von dem "Sackweg" Flurstück Flur 28 Nr. 32/1 ausgehenden Wirtschaftsweges mit ihrem Widerspruch begehrt, findet dies in § 44 Abs. 3 Satz 3 FlurbG keine Rechtsgrundlage. Nach dieser Vorschrift sind die der Flurbereinigung unterliegenden Grundstücke durch Wege zugänglich zu machen. Dieser Forderung ist nämlich schon dadurch genügt, daß das Flurstück Flur 28 Nr. 32 an seiner unteren Seite an den Wirtschaftsweg Flurstück Flur 28 Nr. 27 grenzt. Mit dieser Anbindung an das in der Flurbereinigung geschaffene Wegenetz ist die bestimmungsgemäße Nutzung dieses Abfindungsflurstücks als Weinberg gewährleistet. Einen Rechtsanspruch auf eine zweite Zuwegung besteht nicht (vgl. *Seehusen/Schwede*, Flurbereinigungsgesetz, 6. Auflage, § 44 RdNr. 61). Dies gilt grundsätzlich auch für Weinberggrundstücke, bei denen aufgrund ungünstiger Geländeverhältnisse nur mit hohem technischen und finanziellen Aufwand sowohl an der oberen als auch an der unteren Seite ein Wegeanschluß geschaffen werden kann (vgl. Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 04.12.1985 - 9 C 18/85 -). Mit Rücksicht hierauf steht es in dem der Flurbereinigungsbehörde für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes nach § 37 Abs. 1 FlurbG eingeräumten Planungsermessen, im Einzelfall darüber zu befinden, ob zur ordnungsgemäßen Erschließung eines Grundstücks zwei Wegeanschlüsse geboten sind. Vor diesem Hintergrund war es sachgerecht, wenn die Flurbereinigungsbehörde davon abgesehen hat, das Flurstück Flur 28 Nr. 32 entsprechend der Forderung der Widerspruchsführerin auch an seiner oberen Seite durch einen Weg zu erschließen. Zum einen war nämlich auch das Altflurstück Flur 1 Nr. 1977/708 nicht "von oben her" durch einen befahrbaren Weg, sondern lediglich durch einen über frem-

des Grundeigentum führenden "Trampelpfad" zugänglich, und zum anderen wäre die Wegebaumaßnahme aufgrund der ungünstigen Geländeverhältnisse (starke Hangneigung, Fels) mit einem nicht in einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehenden technischen und finanziellen Aufwand verbunden.

1.2 Mehrzuteilung im Flurbereinigungsplan; Änderung im Nachtrag I

Bescheid der Spruchstelle für Flurbereinigung vom 30. / 31. 05. 1996

Aus den Gründen:

Die Forderung, die Verkleinerung des Flurstücks Flur 26 Nr. 55 wieder rückgängig zu machen, findet ebenso wenig in § 54 Abs. 2 FlurbG eine rechtliche Stütze. Nach dieser Vorschrift ist es in das pflichtgemäße Ermessen der Flurbereinigungsbehörde gestellt, wie sie das zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigte Land (Masseland) verwendet und wem sie es zu Eigentum zuteilt. Dabei steht das Masseland nur und erst dann zur endgültigen Disposition, wenn alle Ansprüche auf wertgleiche Landabfindung nach § 44 FlurbG erfüllt sind (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 26.11.1981 - 5 C 7.81-, Rechtsprechung zur Flurbereinigung, § 54 II, S. 53). Vor diesem rechtlichen Hintergrund hat die Flurbereinigungsbehörde das ihr bei der Verwendung und Zuteilung des Masselandes zukommende Ermessen fehlerfrei ausgeübt, indem sie das zunächst den Widerspruchsführern nach § 54 Abs. 2 FlurbG zuteilte Masseland um 144 m² verkleinert und den Teilnehmern H. als Landabfindung ausgewiesen hat. Dabei hat sie zu Recht deren Anspruch auf eine wertgleiche Landabfindung für die von ihnen in das Verfahren eingebrachten Flurstücke Flur 9 Nrn. 979, 980, 981 und 982 den Vorrang eingeräumt gegenüber der Forderung der Widerspruchsführer, ihr Flurstück Flur 26 Nr. 55 so zu gestalten, daß dessen nördliche Grenze wieder geradlinig verläuft und somit nicht mehr den von ihnen bemängelten "Versatz" (Versprung) aufweist. Soweit die Widerspruchsführer ihre Forderung auf Grenzbegradigung mit dem Hinweis auf die in § 37 FlurbG enthaltenen Gestaltungsrichtlinien untermauern, ist ihnen entgegenzuhalten, daß diese

Gesetzesvorschrift dem einzelnen Teilnehmer keinen Rechtsanspruch auf Durchführung der darin aufgezählten Einzelmaßnahmen gibt.

1.3 Minderausweisung in der "Ortslage"

Bescheid der Spruchstelle für Flurbereinigung vom 30. / 31. 05. 1996

Aus den Gründen:

Die Widerspruchsführer haben zwar ein "Weniger" von 1,44 a an Ortslagenflächen erhalten, dabei sind aber folgende Sachverhalte zu berücksichtigen:

- a) Die "Minderausweisung" ist unvermeidbar; das Altflurstück der Widerspruchsführer Flur 15 Nr. 62 hat nicht unmittelbar an der Ortsstraße gelegen, sondern erst in der "zweiten Reihe"; das gleiche gilt für die nach § 48 FlurbG aufgeteilten Flurstücke Flur 15 Nrn. 60 und 61. Das Altflurstück Flur 15 Nr. 300 war nur rund 8 m breit und etwa 100 m entfernt gelegen. Die hierfür ausgewiesene Landabfindung Flurstück Flur 28 Nr. 62 ist in einer Baulücke gelegen und grenzt auf einer Breite von rund 35 m an die Ortsstraße an. Die Widerspruchsführer haben somit für vorher nicht bebaubare Flächen an die Ortsstraße angrenzendes Bauland erhalten. Die Flurbereinigungsbehörde hat in Ausübung ihres Ermessens festgestellt, daß aufgrund von berechtigten Abfindungsansprüchen anderer Verfahrensbeteiligter die Widerspruchsführer kein breiteres Flurstück in der Baulücke an der Ortsstraße erhalten können; diese Entscheidung ist nicht zu beanstanden.
- b) Die "Minderausweisung" in der Ortslage beträgt lediglich 5 % und ist somit geringfügig. Nach § 44 Abs. 3 müssen die Landabfindungen in möglichst großen Grundstücken ausgewiesen werden. Dies ist im vorliegenden Fall erfolgt. Die Widerspruchsführer haben in der Ortslage ihr Hausgrundstück und einen "Bauplatz" erhalten, der in einer Baulücke gelegen und nicht verbreiterungsfähig ist. Die Ausweisung einer zusätzlichen Landabfindung in der Größenordnung von 1,44 a erscheint wenig sinnvoll und nicht geboten.
- c) Die "Minderausweisung" ist darüberhinaus ausgeglichen durch die Abfindungsgestaltung am Wohnhaus der Widerspruchsführer. Sie haben ein 12,54 a großes Besitzstück in das Verfahren eingebracht und dafür das 13,14 a große Flurstück Flur 28 Nr. 72 sowie das unmittelbar angrenzende, 74,96 a große Flurstück Flur 28 Nr. 75 erhalten. Die Widerspruchsführer haben

also für entfernt gelegene Ackerflächen Landabfindung unmittelbar an ihrem Wohnhaus erhalten. Etwa 2,50 a des Flurstücks Flur 28 Nr. 75 waren im Ortstermin des Berichterstatters der Spruchstelle bereits als Garten- und Freizeitgelände genutzt. Für diesen "Planungsgewinn" müssen die Widerspruchsführer die beanstandete "Minderausweisung" von 1,44 a hinnehmen.

1.4 Erneuter Widerspruch nach vorheriger Zurücknahme

Bescheid der Spruchstelle für Flurbereinigung vom 30. / 31. 05. 1996

Aus den Gründen:

Wer einen von ihm gegen einen Verwaltungsakt gerichteten Widerspruch zurücknimmt, ist nämlich rechtlich so gestellt, wie wenn er den Widerspruch nicht erhoben hätte.

Das Widerspruchsrecht ist auch nicht etwa deshalb wiederaufgelebt, weil die Flurbereinigungsbehörde die den Widerspruchsführer zu 1 betreffenden Regelungen des Flurbereinigungsplans durch den hierzu ergangenen Nachtrag I aufgrund der Verhandlung am 16.06.1993 geändert hat, indem sie zu seinen Gunsten zur Abgeltung der ihm durch den Umbau eines Schuppens entstehenden Kosten einen Betrag von 800,— DM festgesetzt hat. Zum einen betrifft diese Änderung nicht die Landabfindung, sondern einen hiervon getrennt zu sehenden und folglich davon völlig unabhängigen Entschädigungsanspruch und zum anderen hat der Widerspruchsführer zu 1 den von der Flurbereinigungsbehörde aufgestellten Nachtrag zum Flurbereinigungsplan, mit dem der Entschädigungsbetrag festgesetzt worden ist, im Vorhinein *unter Verzicht auf Ladung und Vorlage* anerkannt. Damit hat er sich auch in dieser Hinsicht des Rechtes begeben, in bezug auf den Entschädigungsbetrag gegen den Flurbereinigungsplan Widerspruch einzulegen. Außerdem hat er in der Verhandlung am 16.06.1993 - nach Aufklärung über die Sach- und Rechtslage durch die Flurbereinigungsbehörde - unmißverständlich erklärt, daß er auf eine Änderung der westlichen Grenze seines Abfindungsflurstücks Flur 26 Nr. 255/2 verzichtet. Hiermit hat der Widerspruchsführer zu 1 - wie zuvor schon in den Verhandlungen am 07.09.1992 und 26.01.1993 - erneut gegenüber der Flurbereinigungsbehörde bekundet, daß er sich mit dieser Grenze zufriedengibt und insoweit den Flurbereinigungsplan nicht anfechten will.

2. Abhilfeentscheidungen

2.1 Wertermittlung im Gewerbegebiet

- 2.1.1 Im Flurbereinigungsverfahren A wurde das im Flächennutzungsplan ausgewiesene Gewerbegebiet nach dem Wertermittlungsrahmen für landwirtschaftliche Nutzflächen bewertet. Die Landabfindung ist im Flurbereinigungsplan nach Werteinheiten erfolgt.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat die Widersprüche gegen die Feststellung der Ergebnisse der Wertermittlung und gegen den Flurbereinigungsplan als begründet angesehen. Die Wertermittlung hätte nach § 29 FlurbG erfolgen müssen.

- 2.1.2 Im Flurbereinigungsverfahren B wurde das im Flächennutzungsplan ausgewiesene Gewerbegebiet unter Zugrundelegung eines Gutachtens des Gutachterausschusses bewertet. Aufgrund von Einwendungen nach § 32 FlurbG hat die Flurbereinigungsbehörde die Wertzahl im Gewerbegebiet geändert, ohne erneut ein Gutachten einzuholen. Darüberhinaus hatte die Ortsgemeinde mittlerweile einen Bebauungsplan "Gewerbegebiet" beschlossen.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat die Widersprüche gegen die Feststellung der Ergebnisse der Wertermittlung als begründet angesehen, weil der geänderten Wertermittlung kein Gutachten zugrundelag und weil der Stichtag des Gutachtens des Gutachterausschusses vor dem Beschluß der Ortsgemeinde zur Aufstellung des Bebauungsplanes lag.

2.2 Wertermittlung des Holzbestandes

- 2.2.1 Im Flurbereinigungsverfahren C wurde der Holzaufwuchs im Wald durch einen unabhängigen Sachverständigen bewertet. Dabei wurde, wie üblich, ein "Durchschnittsbestand" ermittelt und unter Berücksichtigung der jeweiligen Fläche der Gesamtwert des Holzaufwuchses errechnet.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat den gegen den Holzausgleich erhobenen Widerspruch als begründet angesehen, weil sich bei der Überprüfung herausstellte, daß auf einem Teil des Flurstückes nicht 30-jährige sondern 70-jährige Fichten standen, von denen angenommen worden war, daß sie nicht mehr zum beanstandeten Flurstück gehörten.

- 2.2.2 Im Flurbereinigungsverfahren D wurde der Holzaufwuchs im Wald durch einen unabhängigen

Sachverständigen bewertet. Dabei wurde, wie üblich, ein "Durchschnittsbestand" ermittelt und unter Berücksichtigung der jeweiligen Fläche der Gesamtwert des Holzaufwuchses errechnet.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat den gegen den Holzausgleich erhobenen Widerspruch als begründet angesehen, weil sich bei der Überprüfung herausstellte, daß auf einem Teil des Flurstückes Kahlstellen vorhanden waren, die über die Flächenermittlung keinen Eingang in die Berechnung gefunden hatten.

2.3 Abfindung in Wirtschaftseinheit

- 2.3.1 Im Flurbereinigungsverfahren E wurde eine beteiligte Erbengemeinschaft, d.h. eine Mutter mit ihren beiden Söhnen, die alle drei außerdem noch als Einzeleigentümer beteiligt waren, als "Wirtschaftseinheit" abgefunden. Alle Flächen waren verpachtet. Eine Erklärung vom Planwunschtermin, daß eine Wirtschaftseinheit gegeben sei, lag nicht vor. Die vier Besitzstände waren als Einheit gesehen wertgleich abgefunden. Einzeln betrachtet waren jedoch Mängel feststellbar, z.B. hinsichtlich der Wertklassen, der Nutzungsart, der Hängigkeit und insbesondere bezüglich der Ortsnähe.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat den gegen die Abfindung in Wirtschaftseinheit erhobenen Widerspruch als begründet angesehen. Die hierzu erforderliche Planänderung konnte nicht nur auf die vier im Widerspruch befindlichen Besitzstände beschränkt werden, d.h. es mußten nicht im Widerspruch befindliche Landabfindungen geändert werden.

- 2.3.2 Im Flurbereinigungsverfahren F wurde eine beteiligte Erbengemeinschaft, d.h. Mutter und Sohn, "in faktischer Wirtschaftseinheit" abgefunden, indem der Sohn eine ortsnahe, die Mutter eine ortsferne Landabfindung erhielt. Eine Erklärung vom Planwunschtermin, daß eine Wirtschaftseinheit gegeben sei, lag nicht vor. Als Wirtschaftseinheit wären Mutter und Sohn wertgleich abgefunden gewesen.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat den gegen die Abfindung in Wirtschaftseinheit erhobenen Widerspruch als begründet angesehen. Die hierzu erforderliche Planänderung konnte durch teilweisen Landtausch zwischen Mutter und Sohn erfolgen, allerdings mit Folgekosten, da ein Rechtsanwalt tätig geworden war.

2.4 Schwierige Abfindungsgestaltung bedingt durch den Wege- und Gewässerplan

- 2.4.1 In das Flurbereinigungsverfahren G wurden 3 WG-Besitzstücke (30 a beste Lage, 70 a Frostlage und 210 a gute bis mittlere Lage) eingebracht. Hierfür wurden 3 WG-Besitzstücke (30 a beste Lage, 110 a Frostlage und 130 a gute bis mittlere Lage) als Landabfindung ausgewiesen. Die 130 a gute bis mittlere Lage bestehen zu rd. 75 % aus Altbesitz. Der übrige Abfindungsanspruch in dieser Lage konnte hier nicht abgefunden werden, weil das Abfindungsflurstück von 130 a von Wegen und Landespflegeflächen umgeben ist und der Winzer kein viertes Besitzstück haben wollte. D.h. ein zu enges Wegenetz war Ursache für eine Verkleinerung eines Weinberges von 210 a auf 130 a.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat diesen Widerspruch für begründet angesehen; sie konnte nur mit Mühe durch Landankauf und mit Zustimmung des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft, die den finanziellen Verlust mitgetragen hat, abhelfen.

- 2.4.2 In das Flurbereinigungsverfahren H wurde ein Flurstück eingebracht. Der nördliche Teil des Flurstückes war als Sondergebiet "Bauerwartungsland", der südliche als "Landwirtschaftliche Nutzfläche" bewertet. Durch die Gewanne, in der das eingebrachte Flurstück gelegen war, wurde entsprechend der Planfeststellung ein Entwässerungsgraben gebaut. Im Flurbereinigungsplan wurden für das eingebrachte Flurstück zwei Flurstücke (links und rechts des Entwässerungsgrabens) ausgewiesen.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat diesen Widerspruch als begründet angesehen, konnte aber nur mit Mühe abhelfen. Erschwerend für die Abhilfe war die Lage des planfestgestellten Entwässerungsgrabens sowie die "bedingten" Abfindungsansprüche nur weniger Verfahrensbeteiligten in dieser Gewanne.

2.5 Weinbergsabfindung in unmittelbarer Gartennähe

In das Flurbereinigungsverfahren I wurden zahlreiche bestockte Weinbergsflurstücke, die von Weinberg umgeben waren, eingebracht. Als Landabfindung wurde ein bestockter Weinberg, dessen äußere Rebzeile auf der Grenze zu einem Obst- und Gemüsegarten steht, ausgewiesen.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung hat diesen Widerspruch wegen der eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten (Spritzen, Handarbeit) für begründet angesehen und dem Alteigentümer der Grenzzeile dort eine Landabfindung ausgewiesen.

2.6 Änderungen des Flurbereinigungsplanes durch die Flurbereinigungsbehörde nach Erlaß der vorzeitigen Ausführungsanordnung

- 2.6.1 Im Flurbereinigungsverfahren J wurden Dränungen durchgeführt. Im Nachtrag V zum Flurbereinigungsplan, der nach Erlaß der vorzeitigen Ausführungsanordnung aufgestellt und bekanntgegeben wurde, wurden die gedrännten Flächen aufbonitiert mit der Folge, daß die betroffenen Verfahrensbeteiligten Geldbeträge zu zahlen hatten.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung mußte den vorgelegten Widersprüchen aus formalen Gründen (Verstoß gegen § 64 FlurbG) abhelfen.

- 2.6.2 Im Flurbereinigungsverfahren K wurde von einem Verfahrensbeteiligten nach Vorlage des Flurbereinigungsplanes im alten Bestand ein "Bauplatz" verkauft. Der Verkauf wurde vor Erlaß der vorzeitigen Ausführungsanordnung nicht mehr im Grundbuch gewahrt. Die Flurbereinigungsbehörde hat dann im Nachtrag III zum Flurbereinigungsplan, der nach Erlaß der vorzeitigen Ausführungsanordnung aufgestellt und bekanntgegeben wurde, dem Widerspruchsführer einen "Bauplatz" als eigenes Flurstück ausgewiesen; mit der Lage des Bauplatzes war dieser nicht einverstanden.

Die Spruchstelle für Flurbereinigung mußte dem vorgelegten Widerspruch aus formalen Gründen (Verstoß gegen § 64 FlurbG) abhelfen.

EHRUNGEN

Regierungsdirektor Dieter Becker verstorben

Herr Regierungsdirektor Dieter Becker, langjähriger stellvertretender Leiter des Kulturamtes Prüm, ist am 8. Juli 1996 plötzlich und unerwartet verstorben.

Herr Becker wurde am 2. Januar 1938 in Käshofen bei Zweibrücken geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und der Referendarausbildung kam er in die Landeskulturverwaltung als Kulturamtsanwärter. Als Regierungsassessor war er beim Kulturamt Trier tätig, bis er 1969 an das Kulturamt Prüm versetzt wurde. Dieter Becker hat in kollegialer Zusammenarbeit viele Bodenordnungsverfahren mit hoher fachlicher Kompetenz umsichtig und geschickt im Team mitgestaltet. Dabei hat er auch mit viel Einfühlungsvermögen nachdrücklich dazu beigetragen, daß in dem behördlich geleiteten Verfahren die Menschlichkeit und der Mensch nicht vergessen wurden. Daß er im Rahmen der von ihm geleiteten Widerspruchsverhandlungen vor allem mit den schwierigen und festgefahrenen Fällen zu tun hatte, belastete ihm zwar gelegentlich, denn er war eher ein Mensch des Ausgleichs und der Harmonie. In schwierigen Phasen fand und empfand er in der Familie, vor allem bei seiner Frau und seinen vier Kindern neue Kraft und neuen Mut.

Dieter Becker hat die aus seinem Herzen kommende und aus der Geborgenheit der Familie unterstützte menschliche Wärme auch seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber gezeigt und weitergeben. Dieter Becker hinterläßt nicht nur in seiner Familie, sondern auch in der Landeskulturverwaltung und insbesondere beim Kulturamt Prüm eine große Lücke. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

R. Greib

Leitender Regierungsdirektor Werner Bernhardt verstorben

Herr Leitender Regierungsdirektor a. D. Werner Bernhardt, Amtsleiter des ehemaligen Kulturamtes Birkenfeld, ist im Alter von 85 Jahren verstorben.

Herr Bernhardt leitete von 1954 bis 1955 die Nebenstelle Birkenfeld des Kulturamtes Bad Kreuznach und danach bis zum Eintritt in den Ruhestand das eigenständig gewordene Kulturamt Birkenfeld. Das Kulturamt Birkenfeld leistete unter seiner Leitung Pionierarbeit bei dem Einsatz des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens auf der Grundlage des Flurbereinigungsgesetzes von 1953. Besondere Verdienste hat der Verstorbene bei der Durchführung von Siedlungsverfahren zur Wiedereingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem verlorenen Krieg erworben.

Wir werden Herrn Bernhardt ein ehrendes Andenken bewahren.

P. Frowein

IDEENBÖRSE

Zur neuen Spalte "Ideenbörse"

Eine schnelle, gelungene Umsetzung des Reformkonzeptes für die Landeskulturverwaltung setzt voraus, daß das Reformvorhaben von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung nicht nur "akzeptiert", sondern auch bejaht und konstruktiv begleitet wird. Dies gilt nicht nur für die organisatorischen Veränderungen, sondern auch für die Restrukturierung der Verfahrensabläufe der Ländlichen Bodenordnung. Gerade bei den 93 Vorschlägen zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe müssen alle Mitarbeiter in der Verwaltung "Ideenreichtum" und "Erprobungswillen" einbringen, um eingefahrene Prozeßabläufe gegen einfachere Lösungen einzutauschen. Nicht jede Idee muß immer wieder neu entwickelt werden, da es oft bei den

Kolleginnen / Kollegen im Nachbarkulturamt schon bisweilen Erfahrungen und gelungene Beispiele gibt. So sollte einer von dem anderen lernen. Vielfach wird es auch möglich sein, gute Ideen weiterzuentwickeln und zu einem Gesamtkonzept zu verfeinern. Die Schriftleitung hat daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landeskulturverwaltung in diesem Nachrichtenblatt ab sofort eine neue Rubrik "Ideenbörse" für Berichte und Erfahrungen mit dem Vorhaben "Restrukturierung der Verfahrensabläufe" eingerichtet. Für die rege Mitarbeit bei dem Start dieser Rubrik möchten wir uns bedanken.

Die Schriftleitung

Verzicht auf die Herstellung der Verfahrensgrenze

Weiterer Beitrag zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe

Obervermessungsrat Frank Schmelzer und
Vermessungsamtsrat Holm Freiermuth, Neustadt / Weinstraße

1. Vorwort

Im Kulturamt Neustadt ist in letzter Zeit als zweiter Schwerpunkt neben der Weinbergsflurbereinigung eine Reihe von Verfahren zur Renaturierung von Bachauen sowie zur Mitwirkung an der Schaffung vernetzter Biotopsysteme hinzugekommen.

Um diese schnellwirkenden Bodenordnungsmaßnahmen zusätzlich bearbeiten zu können, müssen alle Einsparmöglichkeiten genutzt werden.

So ist es in dem nachfolgend beschriebenen vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Erlenbach-Kandel in Abstimmung mit dem zuständigen Katasteramt gelungen, auf die aufwendige Herstellung der Verfahrensgebietsgrenze zu verzichten.

2. Verfahrensbeschreibung

Das 1995 eingeleitete Flurbereinigungsverfahren ist eines von vier Modellprojekten "Ökokonto" im Land Rheinland-Pfalz. In diesem Verfahren geht es in erster Linie darum, der Stadt Kandel für ein Gewerbegebiet Ausgleichsflächen in großem Umfang in der angrenzenden Erlenbachniederung bereitzustellen. Dieses Ziel ist verbunden mit der schrittweisen Umsetzung des Gewässerpflege- und Entwicklungsplanes für den Erlenbach.

Als erster Schritt sollen kurzfristig (Besitzübergang November 1997) auf ca. 4,5 km Länge beidseitig des Flutgrabens 25 m breite Gewässerrandstreifen ausgewiesen werden.

Die Größe des Flurbereinigungsgebietes beträgt 120 ha, wobei die Fläche zu 65 % als Grünland und zu 35 % ackerbaulich genutzt wird. Die Bodenpreise bewegen sich zwischen 1,50 und 2,50 DM pro m².

Die Vorteile für die Landwirtschaft liegen in der Nutzungsentflechtung von Acker und Grünland sowie der Verbesserung von Form und Größe der Bewirtschaftungsflächen.

3. Vermessungstechnische Ausgangssituation

Die Gebietsgrenze hat eine Länge von ca. 10 km mit ca. 180 Knickpunkten. Sie verläuft hauptsächlich entlang von öffentlichen Anlagen, davon 60 % entlang von Gewässern. Diese Bereiche der Verfahrensgrenze sind zum Teil verbuscht oder bewaldet.

Wird die Gebietsgrenze von einem Gewässer gebildet, so führt gemäß Nr. 3.7.2 VVZusKatFlurb das Katasteramt die Grenzfeststellung durch. Das zuständige Katasteramt sah sich aus personellen Gründen außerstande, die Arbeiten kurzfristig auszuführen.

Hätte das Kulturamt die 10 km Verfahrensgrenze alleine festzustellen, so wäre der angestrebte Besitzübergang 1997 nicht zu halten. Außerdem ist der unverhältnismäßig hohe Vermessungsaufwand, gemessen am Zweck des Verfahrens und im Hinblick auf die niedrigen Bodenpreise, nicht gerechtfertigt.

4. Verzicht auf Herstellung der Gebietsgrenze

Nach schriftlicher Abstimmung mit dem zuständigen Katasteramt kann im hier vorliegenden Fall aus folgenden Gründen auf die Herstellung der Gebietsgrenze verzichtet werden:

Im Verfahrensgebiet sowie in den angrenzenden Bereichen liegt bereits ein einwandfreies koordiniertes Vermessungs- und Grenzpunktfeld nach Nr. 2.2.3 RiKaV vor oder kann durch Berechnung an Hand der vorhandenen Messungselemente geschaffen werden.

Dieses Punktfeld entstammt aus den früheren Flurbereinigungsverfahren Erlenbach, Steinweiler und Winden. Anlässlich dieser Verfahren wurde damals eine geschlossene Neupolygonierung durchgeführt. Laut Stellungnahme des Katasteramtes entspre-

chen die für das Gebiet bestimmenden Polygonpunkte den Anforderungen der RiPP und der RiKaV. Die bereits vorhandenen und die aus Messungselementen zu berechnenden Koordinaten der Knickpunkte der Gebietsgrenze können somit hier gehalten werden.

Daraus ergibt sich die Einsparung der folgenden Arbeiten:

- ☐ Beschaffung und Aufbereitung von Vermessungsunterlagen zur örtlichen Herstellung der Gebietsgrenze
- ☐ Örtliche Vermessung:
(geschätzter Personalaufwand:
7 - 9 Wochen für 1 gD, 1 mD und 3 Gehilfen)
- ☐ Anfertigen und Ausarbeiten der Vermessungsunterlagen
- ☐ Prüfung der Vermessungsunterlagen zur Abgabe und Übernahme in das Liegenschaftskataster

5. Fazit

Die Herstellung und Feststellung der Flurbereinigungsgrenzen ist in § 56 FlurbG geregelt. Dort heißt es: "Vor der Aufstellung des Flurbereinigungsplanes hat die Flurbereinigungsbehörde **soweit erforderlich** die Einrichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Flurbereinigungsgebietes sicherzustellen."

Das grundsätzliche Erfordernis ergibt sich aus § 1 des Abmarkungsgesetzes von Rheinland-Pfalz, der besagt: "Die Grenzen der Grundstücke sind durch Abmarkung kenntlich zu machen, **wenn hierfür ein Bedürfnis besteht**."

Demzufolge ist zu prüfen, inwieweit ein solches Bedürfnis besteht. Bei Vorliegen eines einwandfreien, koordinierten Vermessungs- und Grenzpunktfeldes besteht danach in der Regel kein Bedürfnis auf Herstellung und Abmarkung der Gebietsgrenze.

Ladung zur Wahl des Vorstandes zeitgleich mit dem Anordnungsbeschuß

Umsetzung von Vorschlag Nr. 4 des Reformprojektes

Regierungsamtmann Bernd Porz und Amtsinspektor Heinz-J. Rüttgers, Simmern

Damit möglichst schnell eine handlungsfähige Vertretung der Teilnehmer als Partner für das Kulturamt zur Verfügung steht, werden bei der Veröffentlichung des Anordnungsbeschlusses gem. § 6 FlurbG gleichzeitig die Beteiligten zur Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft gem. § 21 Abs. 2 FlurbG eingeladen.

Diese Verfahrensmethode hat sich beim Kulturamt Simmern bisher bewährt.

Eine Vereinfachung besteht darin, daß die Bekanntgabe des Beschlusses und die Einladung zur Vorstandswahl zeitgleich in einem Arbeitsgang und in einer Veröffentlichung erfolgt.

Die Einladung zur Vorstandswahl ist jedoch nicht Bestandteil des Beschlusses, da die Einladung selbst kein Verwaltungsakt ist und damit keinen Rechtsbehelf begründet.

Ladung zur Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft gem. § 21 Abs. 2 FlurbG zeitgleich mit der Bekanntgabe der Anordnung gemäß § 6 FlurbG

Umsetzung von Vorschlag 4 des Reformkonzeptes

Regierungsamtmann Jürgen Pfeiffer, Bernkastel-Kues

Im Zusammenlegungsverfahren Strotzbüsch wurde erstmals die Einladung zur Wahl des Vorstandes als Bestandteil des entscheidenden Teils des Einleitungsbeschlusses öffentlich bekanntgemacht.

Dieses Verfahren ist rechtlich jedoch in dieser Form nicht zulässig.

Die Einladung zur Vorstandswahl ist kein Verwaltungsakt der Flurbereinigungsbehörde, gegen den, wie in der Rechtsbehelfsbelehrung angegeben, ein Widerspruchsrecht besteht.

Ich halte daher künftig eine besondere öffentliche Bekanntmachung allein für die Einladung erforderlich, die jedoch zusammen mit dem Einleitungsbeschuß veröffentlicht werden kann.

Der Einspareffekt incl. Überwachung der Bekanntmachung beträgt im Bereich Sachgebietsleiter, entsprechende Organisation der EDV - Vordrucke und Adressdaten vorausgesetzt, ca. 30 Minuten.

An Veröffentlichungskosten kann keine Einsparung erzielt werden.

Im Verfahren Strotzbüsch hat sich gezeigt, daß die etwa 6 Wochen vor dem Wahltermin mit dem Beschuß veröffentlichte Einladung zur Vorstandswahl offensichtlich übersehen oder vergessen wurde, denn zum Termin waren nur 19 Teilnehmer (von voraussichtlich ca. 350) erschienen, wogegen bei der Aufklärungsversammlung immerhin noch ca. 60 voraussichtliche beteiligte Grundstückseigentümer anwesend waren.

Im Interesse der Bürgernähe sollt künftig der Mehraufwand einer besonderen, zeitnahen Einladung zur Vorstandswahl in Kauf genommen werden.

Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin zur Wertermittlung

Umsetzung von Vorschlag 5 zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe

Obervermessungsrat Werner Nick, Bernkastel-Kues

Die Grundsätze und der Ablauf der Wertermittlung im Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG sind im Sonderheft aus der Schriftenreihe des BML zur Wertermittlung in der Flurbereinigung aus dem Jahr 1982 dargelegt. Dieses Sonderheft wurde mit VV vom 25.11.1982, Min.Bl. 1982, S. 532 für die Kulturämter als Empfehlung eingeführt.

Demnach sind zunächst im Termin zur Einleitung der Wertermittlung neben den Formalitäten die

- ☐ Methoden der Wertermittlung zu erörtern
- ☐ der Wertermittlungsrahmen aufzustellen
- ☐ und die Grundzüge für die Zu- und Abschläge festzulegen.

Im Termin zum Abschluß der Wertermittlung sollen insbesondere

- ☐ die Ergebnisse der Wertermittlung erörtert
- ☐ Bodenverbesserungen vorgeschlagen
- ☐ der Kapitalisierungsfaktor festgelegt und
- ☐ der Wertermittlungsrahmen bestätigt

werden.

In der Praxis sieht der Ablauf des Abschlußtermines oft so aus, daß im wesentlichen nur eine Bestätigung der im Einleitungstermin beschlossenen Grundsätze erfolgt. Die Diskussion von Bodenverbesserungsmaßnahmen hat dagegen aufgrund der ökologisch äußerst umstrittenen Dränmaßnahmen an Bedeutung verloren. Dies gilt um so mehr, als in Zukunft überwiegend nur noch Bodenordnungsverfahren nach den §§ 86 oder 91 FlurbG ohne Aufstellung eines Wege- und Gewässerplanes unter Verzicht auf Bodenverbesserungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Auch die Festlegung des Kapitalisierungsfaktors ist nicht notwendigerweise an den Termin zum Abschluß der Wertermittlung gebunden.

Aus diesen Gründen ist es naheliegend, die beiden Termine zur Einleitung und zum Abschluß der Wertermittlung zusammenzufassen, zumal Unterschiede in der potentiellen Ertragsfähigkeit der Böden bei modernen Bewirtschaftungsmethoden nur noch eine untergeordnete Rolle spielen.

Diese Neuregelung wird für Dorfflurbereinigungs- und Zweitbereinigungsverfahren vorgeschlagen. Grundsätzlich gelten die o.g. Überlegungen jedoch auch für sogenannte klassische Verfahren mit komplexen Regelungsinhalt.

Bei der Frage nach dem zweckmäßigen Zeitpunkt des "Wertermittlungstermins" sind m.E. folgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Dorfflurbereinigungen

Die Wertermittlung für Bauflächen und Bauland hat gemäß § 29 FlurbG auf der Grundlage des Verkehrswertes zu erfolgen. Auch für Gartenflächen innerhalb der Ortslage oder für direkt an die Ortslage grenzende landwirtschaftlich genutzte Flächen ist weniger die Ertragsfähigkeit des Bodens, sondern die mögliche Bauerwartung der wertbildende Faktor. Auf der Grundlage der Kaufpreissammlung, der Bodenrichtwerte und der gemeindlichen Planungen (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, Abrundungssatzung) kann daher die Wertermittlung im Kulturamt häuslich erfolgen. Lediglich in Einzelfällen ist eine örtliche Überprüfung erforderlich.

Der "Wertermittlungstermin" findet dann zum Abschluß der Wertermittlung statt, in dem die Grundsätze und die Ergebnisse der Wertermittlung mit dem Teilnehmervorstand und der Gemeinde erörtert werden. Die Beteiligung landwirtschaftlicher Sachverständiger ist in der Regel nicht erforderlich. Soweit die Diskussion zu Änderungen der Wertermittlung führt, ist dies in der Niederschrift festzuhalten und die Wertermittlungsunterlagen werden auf dieser Grundlage ohne neuen Termin überarbeitet. Diese Vorgehensweise hat sich im Dorfflurbereinigungsverfahren Dhron bewährt.

2. Zweitbereinigungen

Zweckmäßiger Zeitpunkt für den "Wertermittlungstermin" ist m.E. der Beginn der Wertermittlung. Auf der Grundlage der vorhandenen Unterlagen (Reichsbodenschätzung, Wertermittlungskarten aus der Erstbereinigung) kann zunächst über den Umfang der örtlich notwendigen Arbeiten beraten werden. Die Grundsätze der Wertermittlung, der Wertermittlungsrahmen sowie der Kapitalisierungsfaktor sind festzulegen. Auf dieser Grundlage muß unter Beteiligung des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft die örtliche Arbeit erfolgen. Ein zweiter Termin zum Abschluß der Wertermittlung ist nur auf Anregung der Vorstandsmitglieder oder des Sachverständigen notwendig, wenn festgestellt wird, daß die zunächst festgelegten Grundsätze nicht zu optimalen Ergebnissen führen.

Ergänzend sei der Hinweis erlaubt, daß sich die beim Kulturamt Bernkastel-Kues praktizierte kombinierte Schätzung mit der Finanzverwaltung nicht nur im Hinblick auf die Reduzierung der Kosten, sondern auch bei der Akzeptanz der Ergebnisse der Wertermittlung uneingeschränkt bewährt hat.

Mit der Zusammenfassung der beiden Termine kann eine durchaus relevante Beschleunigung des Verfahrensablaufes verbunden sein. Erneute Ladungen unter Beibehaltung von Fristen sind nicht erforderlich. Auch ist der reduzierte Aufwand für die sonstigen zu ladenden Stellen (Sachverständige, TG-Vorstand, Landwirtschaftskammer, Finanzamt, Oberfinanzdirektion) nicht zu vernachlässigen, so daß ein allgemeiner Beitrag zur Kostenreduzierung in der öffentlichen Verwaltung geleistet wird.

Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin in einfach gelagerten Fällen

Umsetzung von Vorschlag Nr. 5 des Reformprojektes

Vermessungsrat Manfred Heinzen, Trier

Die Bewertung der Grundstücke bildet eine der Grundlagen für die Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens.

Sie dient insbesondere

- ☐ der Wahrung der wertgleichen Abfindung als oberstem Grundsatz eines Flurbereinigungsverfahrens (§ 44 FlurbG) und
- ☐ der Bemessung der Teilnehmerbeiträge nach § 19 FlurbG.

Das Wertermittlungsverfahren, geregelt in den §§ 27 - 33 FlurbG, sieht die Bewertung der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke und ihrer wesentlichen Bestandteile (§ 28 FlurbG) nach dem Ertragswert vor. Die Wertermittlung von Bauflächen, Bauland und für bauliche Anlagen erfolgt auf der Grundlage des Verkehrswertes (§ 29 FlurbG).

Einhergehend mit der technischen Entwicklung und Mechanisierung in der Landwirtschaft lag der Schwerpunkt der bisherigen Flurbereinigungsverfahren in einer umfassenden Neuordnung des Grund und Bodens mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung. In der überwiegenden Anzahl der Ver-

fahren war der Anteil der Ortslagen- und Bauflächen im Verhältnis zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen gering.

Entsprechend war das Wertermittlungsverfahren für die landwirtschaftlichen Flächen sehr aufwendig und ausführlich.

Den Rahmen des Wertermittlungsverfahrens bildeten zwei Termine, der Einleitungs- und Abschlußtermin der Wertermittlung.

In dem Termin zur Einleitung der Wertermittlung wurden dem TG-Vorstand zunächst die amtlichen und ehrenamtlichen Bodenschätzer vorgestellt und bekanntgemacht. Es wurden die Grundsätze und Richtlinien, nach denen die Wertermittlung durchzuführen war, erörtert und festgelegt. Anhand der in der Örtlichkeit vorgenommenen Bodenproben legte man zusammen mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft die einzelnen Klassen fest und stellte den Schätzungstarif auf. Auf dieser Grundlage nahmen die Bodenschätzer die örtliche Bewertung der Grundstücke vor. Sie dauerte in der Regel ca. 4 - 8 Wochen je nach Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Im Abschlußtermin wurden die ermittelten Bodenklassen erörtert und die vorgenommene Bewertung auf der Grundlage des aufgestellten Bewertungsrahmens erläutert. Schließlich wurde festgestellt, ob der Wertermittlungsrahmen und -tarif den Gegebenheiten entspricht und als geeignete Grundlage für die Durchführung der Flurbereinigung angesehen werden konnte.

Diese Vorgehensweise war notwendig, da ein umfangreicher Austausch von landwirtschaftlichen Grundstücken unter Beachtung des Grundsatzes der wertgleichen Abfindung erfolgte.

Infolge der Verlagerung der Zielsetzungen eines Flurbereinigungsverfahrens hin zur Lösung der vielfältigen Probleme des ländlichen Raumes mittels vereinfachten, schnell wirkenden Verfahren werden auch im Kulturamtsbezirk Trier zunehmend Dorf-flurbereinigungsverfahren nach § 86 FlurbG eingeleitet.

Das Hauptaugenmerk liegt auf der Bodenordnung innerhalb der Ortslage, um die Verwirklichung der strukturellen Entwicklungsziele der Ortsgemeinden durch Rechts- und Eigentumsregelungen zu fördern. Land- und forstwirtschaftliche Flächen werden nur noch aus katastertechnischen Gründen und zur sinnvollen Abrundung des Verfahrensgebietes hinzugezogen. Ausbaumaßnahmen, die einer Planfeststellung oder Plangenehmigung nach § 41 FlurbG bedürfen sind nicht beabsichtigt. Im Vergleich zu den klassischen Verfahren ist der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke deutlich gesunken.

Daher wird beim Kulturamt Trier seit einiger Zeit in diesen vereinfachten Verfahren der Einleitungs- und Abschlußtermin der Wertermittlung zusammengefaßt.

Die Bewertung der Ortslagen- und Bauflächen erfolgt in erster Linie auf der Grundlage der Bodenrichtwertkarte und der Kaufpreissammlung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses. Für die exakte Abgrenzung zu den landwirtschaftlichen Flächen orientiert man sich an den Darstellungen des rechtsverbindlichen oder in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplanes und der vorliegenden Bebauungspläne. Falls erforderlich, wird der Innenbereich (§ 34 BauGB) vom Außenbereich (§ 35 BauGB) durch eine Abrundungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 BauGB abgegrenzt. Im "Termin zum Abschluß der Wertermittlung" werden gemeinsam mit dem TG-Vorstand und der Ortsgemeinde verschiedene Wertzonen erörtert und festgelegt. Dabei hat sich eine Einteilung in 3 max. 4 Wertzonen als ausreichend erwiesen.

Die örtliche Bewertung der weiterhin land- und forstwirtschaftlich genutzten Flurstücke ist auf wenige Tage beschränkt.

Der amtliche Bodenschätzer wird bereits vor diesem Termin beauftragt, auf der Grundlage der Reichsbodenschätzung eine Bewertung der landwirtschaftlich genutzten Flächen vorzunehmen und in die Wertermittlungskarte einzutragen. Unter Hinzuziehung der Bodenrichtwerte für die landwirtschaftlichen Grundstücke, welche ebenfalls bei der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses vorliegen, wird der vom Schätzer vorgeschlagene Wertermittlungsrahmen sowie der Kapitalisierungsfaktor gemeinsam mit dem TG-Vorstand erörtert und beschlossen.

Auf diese Weise wird das Wertermittlungsverfahren schnell und einfach durchgeführt. Umfangreiche Vorbereitungen (z. B. örtliche Probebohrungen zur Festlegung der Schätzungsklassen) können entfallen (vgl. Vorschlag Nr. 16).

Die Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin hat sich bisher bewährt.

Probleme bei der Reduzierung der Beteiligung anderer Stellen am Beispiel des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens Seiwerath

Umsetzung des Vorschlages Nr. 7 des Reformkonzeptes

Obervermessungsrat Horst Adam, Prüm

Im Rundschreiben vom 27. März 1985, Az. 744-50.06, ist in dem beigefügten Verzeichnis der nach den Planfeststellungsrichtlinien vom 11.05.1983 (Min.Bl. S. 384) zu beteiligenden Träger öffentlicher Belange und sonstigen Behörden und Organisationen noch das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht als "Träger öffentlicher Belange (TöB)" aufgeführt. Durch das Rundschreiben vom 24.03.1987 (gleiches Az.) ist das o. a. Verzeichnis so zu berichtigen, daß das Landesamt nicht mehr als TöB zu behandeln ist, sondern zu den anderen zu beteiligenden Stellen gehört.

Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß das Landesamt lediglich hinsichtlich Rohrfernleitungen sowie Gashochdruckleitungen ein TöB ist, nicht jedoch mehr in Fragen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Vielfach erhalten aber diese "anderen zu beteiligenden Stellen" keine Informationen über eingeleitete Flurbereinigungsverfahren. Dies hat zur Folge, wie es im Verfahren Seiwerath der Fall war, daß das Landesamt Planungen vornimmt, ohne davon zu wissen, daß ein Verfahren nach dem FlurbG durchgeführt wird.

Der Ausschluß des Landesamtes als TöB und die daher fehlende Information haben sich somit negativ ausgewirkt. Es wird in diesem Artikel später noch verdeutlicht, welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Die weitere Festsetzung einer Ausschlußfrist für die TöB und anderer zu beteiligenden Stellen soll bewirken, daß das Verfahren, das sich in einer entscheidenden Bündelungsphase befindet, ungestört weiter abgewickelt werden kann, wodurch nachträgliche Änderungen an den gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen vermieden werden.

An einem Beispiel aus der Praxis soll nun einmal aufgezeigt werden, wie sich die Nichtbeteiligung zusammen mit der Ausschlußwirkung auswirken kann.

Der mit den TöB abgestimmte Entwurf des Wege- und Gewässerplanes wurde der Bezirksregierung Trier nach den Richtlinien für die Planfeststellung nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes vom 11.05.1983 am 15.05.1996 übersandt. Dieser Plan wird auch von der Oberen Landespflegebehörde, also

Referat 55 der Bezirksregierung, geprüft; dies zu wissen ist deshalb wichtig, weil das Referat 55 zuständig ist beim Erlassen einer Rechtsverordnung für ein Naturschutzgebiet (NSG).

Etwa Mitte Juli 1996 erhielt das Kulturlandamt Prüm vom Referat 55 einen Bereisungsplan für vorhandene und geplante NSG im Regierungsbezirk Trier; dieser Plan enthält auch das geplante VSG "Heidemoor bei Weißenseifen", welches schwerpunktmäßig im Flurbereinigungsverfahren Seiwerath liegt. Für dieses Gebiet hat das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht in Oppenheim der Bezirksregierung Trier Unterlagen mit dem "Abgrenzungsvorschlag" übersandt.

Dieses Beispiel zeigt, daß die fehlende Information des Landesamtes der Auslöser für diesen "Zwischenfall" war. Da das Landesamt jedoch kein TöB ist, kommt § 86 (2) Nr. 6 FlurbG ebenfalls nicht zum Tragen.

Hier zeigt es sich, wie wichtig es ist, nicht nur den TöB, sondern auch weitere Stellen über ein Flurbereinigungsverfahren zu unterrichten. So sollten die unter Buchstabe D. des o. a. Verzeichnisses aufgeführten "anderen zu beteiligenden Stellen grundsätzlich" einen Flurbereinigungsbeschluß übersandt erhalten, wozu noch ein Kartenausschnitt M. 1 : 25.000 mit der Gebietsgrenze gehört.

Bezüglich des geplanten NSG muß das Landesamt aber gleichrangig mit einem TöB behandelt werden, da die Durchführung der Flurbereinigung unangemessen verzögert würde, wenn die Planungen nicht umsetzbar vorliegen. Es muß daher die Ausschlußwirkung auch auf andere Stellen ausgedehnt werden, auch wenn im Falle des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht dieses nur grundsätzlich nach Aufforderung durch die Unteren und Oberen Landespflegebehörden mit Fällen von besonderer Bedeutung (gepl. NSG!) für Naturschutz und Landschaftspflege befaßt wird und in diesen Fällen ausschließlich beratend tätig wird.

Ohne Einschaltung des Landesamtes als andere zu beteiligende Stelle muß dann die Untere Landespflegebehörde, die zeitlich als erste in ein Flurbereinigungsverfahren eingeschaltet wird, dafür sorgen, daß keine "Informationslücken" entstehen.

Terminbündelung in Abstimmungsverfahren mit Verbänden und Behörden

Umsetzung der Vorschläge Nr. 7 und 8 des Reformprojektes

Vermessungsrat Michael Loser, Prüm

Um neben der geforderten Begrenzung der Ausführungskosten auch die Verfahrenslaufzeiten und -kosten deutlich zu senken, bedarf es teilweise einer Bündelung bzw. Streichung von bisher üblichen Verfahrensschritten, sowohl im Bereich der zu beteiligenden anerkannten Verbände der Landespflege als auch bei den Trägern öffentlicher Belange und den Behörden. Auf einige ergänzende Gesichtspunkte wird eingegangen:

Es sollte ein Verbandsvertreter für alle zu beteiligenden Verbände im Bereich Landespflege durch eine vorher gebildete Geschäftsstelle aller Verbände benannt / bestellt werden.

Denkbar wäre eine geeignete Person (z. B. auf VG-Ebene). Alternativ könnte die Geschäftsstelle auf Anfrage des Kulturamtes jeweils einen zuständigen Vertreter für ein Verfahren benennen.

Vorteile:

- ☐ Vermeidung sich inhaltlich wiederholender Stellungnahmen
- ☐ Verringerung der Verwaltungstätigkeit beim Kulturamt
- ☐ Erwartung einer besseren fachlichen und verfahrensbezogenen Mitarbeit, auch durch Aufbau eines Vertrauensverhältnisses

☐ Durch intensiveren Kontakt kann bessere Mitwirkung und Akzeptanz erreicht werden.

☐ Ermöglichung gemeinsamer Termine mit anderen Stellen wegen geringerer Personenzahl

Zur Minimierung der Formaltermine sollten z. B. auch die VV zur Beteiligung der Forstbehörden sowie die Planfeststellungsrichtlinien überarbeitet werden.

So könnte z. B. die Mitwirkung der Forstbehörden auf 4 feste Termine AVP, Aufklärung nach § 5 FlurbG, Mitwirkung bei WuG-Plan, Planwunsch beschränkt werden.

Vorteile:

Die frühzeitige intensive Einbindung der forstlichen Seite, beginnend bei der AVP, erspart spätere Nachfragen bei geringen Änderungen der Planung durch den TG-Vorstand oder infolge Berücksichtigung anderer Belange. Die verfahrensbezogene Mitarbeit ist gefragt, nicht nur das Zustimmung / Ablehnen von Vorschlägen. Ein ständiger Kontakt nach Bedarf ist dabei nicht ausgeschlossen!

Bündelung aller landespflegerischen Erörterungen in einem grünen Termin - am Beispiel des BZV Bettenfeld

Umsetzung von Vorschlag 8 des Reformvorhabens

Obervermessungsrat Johannes Pick, Bernkastel-Kues

Das BZV Bettenfeld ist ein Verfahren mit Ausbau- und Finanzierungsplan und dient unter anderem auch der Umsetzung des Landschaftsplanes Bettenfeld der Verbandsgemeindeverwaltung Mandscheid.

Zu Erstellung des Landschaftsplanes durch ein Planungsbüro in den Jahren 1989 bis 1991 hat das Kulturamt die Biotoptypenkartierung gefertigt und zur Verfügung gestellt. Diese Grundlagendaten flos-

sen unmittelbar in den Landschaftsplan ein und wurden im Rahmen der Aufstellung des Landschaftsplanes den anerkannten Landespflegeorganisationen und der Unteren und Oberen Landespflegebehörde bekanntgegeben.

In der Aufstellungsphase des Ausbauplanes fand im Zusammenhang mit Flächenankäufen für Zwecke des Naturschutzes und der Landespflege ein Gespräch mit der Oberen Landespflegebehörde statt,

wobei durch das Kulturamt auch über die bis zu diesem Zeitpunkt vorliegende Planung informiert wurde.

Der grüne Termin im BZV Bettenfeld fand, nachdem der Ausbauplan im Benehmen mit dem Vorstand aufgestellt war, an **einem** Tag im Kulturamt statt. Dazu wurden die anerkannten Landespflegeorganisationen und die Untere Landespflegebehörde **zeitgleich** mit einer Ladungsfrist von einem Monat geladen. Mit der Ladung wurde eine detaillierte farbige Maßnahmenkarte und das Verzeichnis der Maßnahmen übersendet. Die Maßnahmenkarte war eine genehmigungsreife Ausfertigung mit Biotoptypenkartierung und allen zu planenden gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen.

Einen Tag vor dem grünen Termin fand die Erörterung mit den betroffenen Trägern öffentlicher Belange statt, so daß diese Ergebnisse unmittelbar in die Erörterungen mit den Landespflegeorganisationen und der Unteren Landespflegebehörde einfließen konnten.

Im grünen Termin selbst wurden alle planungsrelevanten landespflegerischen Aspekte gebündelt erörtert. Abschließend wurde eine Niederschrift über das Erörterungsergebnis gefertigt.

Da die im grünen Termin vorgebrachten Einwendungen problemlos in der Planung berücksichtigt werden konnten, war kein erneuter Abstimmungsbzw. Erörterungstermin notwendig.

Mitentscheidend für diese Vorgehensweise war die Qualität der übersendeten Unterlagen. Nach Auffassung des Kulturamtes ist es wichtig, daß die Träger öffentlicher Belange und die anerkannten Landespflegeorganisationen rechtzeitig **aussagekräftige** Unterlagen erhalten.

Wäre ein Landschaftsplan nicht aufgestellt worden, so wäre die Bekanntgabe der Ergebnisse der landespflegerischen Bestandsaufnahme und Bewertung im grünen Termin selbst erfolgt.

Insgesamt führt die vorgenommene Bündelung nach Auffassung des Kulturamtes zu einer Beschleunigung des landespflegerischen Abstimmungsverfahrens. Dies um so mehr, wenn die Erörterung mit den betroffenen Trägern öffentlicher Belange und auch den anerkannten Landespflegeorganisationen sehr zeitnah erfolgt.

Im vorliegenden Verfahren wird durch die beschriebene Vorgehensweise die erreichte Beschleunigung bei der Aufstellung des Ausbauplanes auf ca. 2 Monate geschätzt.

Kombination von Feldvergleich und Landespflegerischer Bestandsaufnahme Umsetzung von Vorschlag Nr. 14 des Reformkonzeptes

Landespflegerische Angestellte Brigitte Elfert, Bauamtmann Jörg Buff und
Bauamtsrätin Doris Hadlok, Simmern

Generell ist der Vorschlag zu begrüßen, die landespflegerische Bestandsaufnahme auf der Grundlage der vorhandenen Katasternutzungsarten (tatsächliche Nutzungsarten) aufzubauen und die Bestandsaufnahmen der Sachgebietsleiter / innen abzustimmen.

Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf **BZ-Verfahren und vereinfachte Flurbereinigungsverfahren in A / GR**.

Vorweg kann gesagt werden, daß in den jüngeren BZ-Verfahren (Kempfeld, Horbruch, Dickenschied, Gösenroth, Holzbach / Ohlweiler, Asbach / Weiden, Bubach / Riegenroth / Horn) bereits zur Verfahrens-

beschleunigung die Richtlinie zur landespflegerischen Bestandsaufnahme (Schr. des MWVLW vom 6.12.1994) in einer vereinfachten Fassung ohne Bewertung angewendet wurde. Auf eine Bewertung der Landschaftselemente wird aus Effizienzgründen auch zukünftig verzichtet, wenn eine Beeinträchtigung der bestehenden Landschaftselemente nicht zu erwarten ist.

In jedem Verfahren muß vorweg jeweils geklärt werden, ob ein detaillierter Feldvergleich gebraucht wird. Wenn er gebraucht wird, muß er zeitlich, je nach der Vorgehensweise mit der landespflegerischen Bestandsaufnahme abgestimmt werden.

Zwei Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Sachgebietsleiter beim Feldvergleich werden nachfolgend unterschieden:

Vorschlag A:

Die SG-PV oder SG-Landwirtschaft führen eine gezielte Bestandserfassung durch, auf deren Grundlage die SG-L ihre landespflegerische Bestandsaufnahme aufbauen.

Im Einzelnen sieht dieser Vorschlag wie folgt aus:

Detailvorschlag:

- ☐ Die / der SG-PV macht zu Beginn des Verfahrens bzw. der AVP eine gezielte Erfassung, je nach gewünschtem Umfang, und aktualisiert die vorhandenen Katasterunterlagen vor Ort. Das Wegenetz wird dabei von der / dem SG-PV oder von der / dem SG-Landwirtschaft erfaßt.

Die / der SG-L verwendet diese Unterlagen und baut darauf die landespflegerische Bestandsaufnahme auf.

- ☐ Es wird eine gemeinsame "Bestands- und Nutzungskarte" entwickelt. Diese ist aber nur dann sinnvoll, wenn sie im Endeffekt "lesbar" bleibt, d. h. nicht durch zu viele Einzelangaben überfrachtet wird.
- ☐ Die Verwendung von qualitativ hochwertigen Orthophotokarten im Maßstab 1 : 5.000 bzw. 1 : 2.000 mit eingezeichnetem Kataster und Höhenlinien vereinfacht die Nutzungsabgrenzung, die Einmessung von Gehölzbeständen, Masten usw.

Probleme:

- ☐ Die / der SG-PV muß bereits zu Beginn der AVP den Feldvergleich durchführen, um die Kartengrundlage für die landespflegerische Begleitplanung rechtzeitig liefern zu können.
- ☐ Es sind oft keine oder nur sehr alte Katasternutzungskarten erhältlich.
- ☐ Die Abgrenzung zwischen den Nutzungsarten auf dem Urkataster bei Erstflurbereinigungen ist bei der landespflegerischen Bestandsaufnahme schwierig und aufwendig.
- ☐ Aus dem vorhandenen Kartenmaterial (z. B. DGK 5, Orthophoto) ist die tatsächliche aktuelle Nutzung der Grundstücke nicht immer ersichtlich.

- ☐ Bei BZ-Verfahren werden in der Regel keine eigenen Befliegungen mehr durchgeführt.

Vorteile:

- ☐ Für die landespflegerische Bestandsaufnahme können folgende Angaben verwendet werden:
 - Wegebefestigungsarten
 - Nutzungsarten
 - topographische Besonderheiten
 - Naßstellen
 - Bewuchs: Lage von Einzelbäumen
 - Einmessung von Gehölzbeständen aller Art
- ☐ Die / der SG-PV wird von Anfang an (AVP) in das Verfahren integriert und es kann im Team bereits eine Abstimmung der Planung erfolgen.

Vorschlag B:

Die SG-L führen ihre landespflegerische Bestandsaufnahme durch, und die SG-PV oder SG-Landwirtschaft verwenden diese bei der weitergehenden Geländekartierung.

Der Vorschlag B entspricht in einigen Teilen dem Vorschlag A, die geänderten Teile sind jeweils kurz gedruckt.

Detailvorschlag:

- ☐ *Die landespflegerische Bestandsaufnahme erfolgt durch die / den SG-L während der AVP auf Grundlage der vorhandenen Katasterkarten. Die Nutzungsarten und das Wegenetz werden auf einer Bestandskarte festgehalten, die der / dem SG-PV als weitere Grundlage dient. Die / der SG-PV ergänzt diese Bestandskarte während der Wertermittlung um die für sie / ihn notwendigen Geländebesonderheiten.*
- ☐ Es wird eine gemeinsame "Bestands- und Nutzungskarte" entwickelt. Diese ist aber nur dann sinnvoll, wenn sie im Endeffekt "lesbar" bleibt, d. h. nicht durch zu viele Einzelangaben überfrachtet wird.
- ☐ Die Verwendung von qualitativ hochwertigen Orthophotokarten im Maßstab 1 : 5.000 bzw. 1 : 2.000 mit eingezeichnetem Kataster und Höhenlinien vereinfacht die Nutzungsabgrenzung, die Einmessung von Gehölzbeständen, Masten usw.

Probleme:

- ☐ Die / der SG-PV muß bei der Wertermittlung teilnehmen.
- ☐ Es sind oft keine oder nur sehr alte Katasternutzungskarten erhältlich.
- ☐ Die Abgrenzung zwischen den Nutzungsarten auf dem Urkataster bei Erstflurbereinigungen ist bei der landespflegerischen Bestandsaufnahme schwierig und aufwendig.
- ☐ Aus dem vorhandenen Kartenmaterial (z. B. DGK 5, Orthophoto) ist die tatsächliche aktuelle Nutzung der Grundstücke nicht immer ersichtlich.

- ☐ Bei BZ-Verfahren werden in der Regel keine eigenen Befliegungen mehr durchgeführt.

Vorteile:

- ☐ Die / der SG-PV erhält bei der Wertermittlung die eigenen notwendigen standörtlichen und topographischen Geländekenntnisse. Weitere Geländeerhebungen können entfallen.

Für Verfahren nach §§ 1,37 FlurbG, Dorfverfahren oder Projekte nach dem Nahe-Programm muß nach anderen Gesichtspunkten vorgegangen werden.

Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin zur Wertermittlung in einfach gelagerten Fällen, Übernahme der amtlichen Bodenschätzungsergebnisse, Reduzierung der Wertermittlungsklassen

Anwendung der Vorschläge Nrn. 5, 15 und 16 des Reformkonzeptes in der Praxis

Gruppe 4 des Kulturamtes Worms

1. Vorwort

Die Vorschläge Nrn. 5, 15 und 16 des "Konzeptes zur Restrukturierung der Ländlichen Bodenordnung und der Organisation der Kulturämter" haben Auswirkungen auf das Wertermittlungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz.

Sie wurden vom Kulturamt Worms im vereinfachten Flurbereinigungsverfahren "Engelstädter Graben" (§ 86 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG) "erprobt". Im folgenden sollen die Ergebnisse dargestellt werden.

2. Verfahrensbeschreibung

Das Verfahren "Engelstädter Graben" liegt im Gebiet der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim ca. 7 km südlich der Stadt Ingelheim. Es zieht sich entlang des sogenannten "Engelstädter Grabens" beginnend am östlichen Ortsrand von Engelstadt bis zur Selz mit einer Länge von 2,8 km.

Das Flurbereinigungsgebiet, das bereits im Jahre 1960 einer Erstbereinigung unterlag, hat eine Fläche von ca. 125 ha, wovon ca. 80 ha ackerbaulich, ca. 20 ha obstbaulich und ca. 11 ha als Grünland genutzt werden.

3. Verfahrensziele

- ☐ Es sollen Renaturierungsmaßnahmen entsprechend der Planung zum "Engelstädter Graben" ermöglicht werden.
- ☐ Die von der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim erworbenen Flächen sollen in den Renaturierungsbereich transferiert werden.
- ☐ Eine zweckmäßige Anpassungsänderung des bestehenden Wegenetzes soll vorgenommen werden.
- ☐ Agrarstrukturelle Mängel sollen durch Vergrößerung und Formverbesserung der Besitzstücke beseitigt werden.
- ☐ Die Teilnehmer sollen im Jahr 1996 in Besitz und Nutzung der neuen Flurstücke eingewiesen werden.

4. Verfahrensablauf

Das Verfahren wurde mit Beschluß des Kulturamtes Worms vom 11.10.1995 angeordnet. Die Wahl des TG-Vorstandes erfolgte am 05.02.1996.

In der zweiten Sitzung des TG-Vorstandes am 28.03.1996 wurden die Möglichkeiten:

- ☐ "Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin zur Wertermittlung"
- ☐ "Übernahme der amtlichen Bodenschätzungsergebnisse" als Grundlage für die Wertermittlung" sowie
- ☐ "Reduzierung der Wertermittlungsklassen" intensiv erörtert und vom TG-Vorstand befürwortet.

Am 24.04.1996 wurde der Termin zur Einleitung und zum Abschluß der Wertermittlung durchgeführt. Hierbei wurden die Wertermittlungsklassen wie folgt eingeteilt:

Acker Klasse	Bodenzahl	Ackerzahl	Wertzahl
1	über 79	über 79	40
2	69 - 79	69 - 79	38
3	61 - 68	58 - 68	36
4	51 - 60	51 - 59	32
5	unter 51	unter 51	28

Grünland Klasse	Grünland-grundzahl	Grünlandzahl	Wertzahl
1	über 54	über 54	28
2	45 - 54	45 - 54	25
3	37 - 44	37 - 44	22
4	unter 37	unter 37	19

Klasse	Wertzahl
Weingarten	40
Wald (Holzung)	10
Unland	1

Gegen die Übernahme der amtlichen Bodenschätzungsergebnisse bestanden seitens der am Termin teilnehmenden Vertreter der Finanzverwaltung erhebliche Bedenken. Durch stichprobenweise genommene Bodenproben konnten diese jedoch zumindest teilweise ausgeräumt werden.

Da die im Rahmen von REDAS noch zu erstellende Schnittstelle zum Katasteramt nicht zur Verfügung stand, wurden die amtlichen Bodenschätzungsergebnisse im Kulturamt anhand der Flurstücksnachweise über EDV erfaßt (ca. 3 Tage mit 2 Personen bei 358 zu erfassenden Flurstücken). Da der wasserrechtliche Planfeststellungsbeschuß für die Renaturierung des "Engelstädter Grabens"

erst am 15.07.1996 erlassen wurde, erfolgte die Offenlage bzw. Vorlage der Wertermittlungsergebnisse nach § 32 FlurbG am 30.07.1996.

Hierbei wurde nur eine Einwendung gegen die Wertermittlung vorgebracht. Diese war auch nachvollziehbar, da hierbei im Kataster als Nutzungsart Grünland mit Grünlandschätzung nachgewiesen war und die tatsächliche Nutzung seit ca. 20 Jahren Acker ist.

4. Effekt

Die Anwendung der Vorschläge Nrn. 5, 15 und 16 hat sich im vorliegenden Fall bewährt. Die Vorschläge führten:

- ☐ zu einer Reduzierung der notwendigen Termine (Einleitungs- und Abschlußtermin konnten zusammengefaßt werden, da aufgrund der kartenmäßig vorliegenden amtlichen Bodenschätzungsergebnisse die Einstufung in die einzelnen Klassen der Wertermittlung sofort überprüft werden konnte);
- ☐ zu einer Reduzierung des Außendienstaufwandes (eine örtliche Wertermittlung mußte nicht durchgeführt werden) und somit auch
- ☐ zu einer Reduzierung der Ausführungskosten (Ersparnis bei Hilfskräften: 2 Hilfskräfte an 6 Tagen mit 8 Stunden bei 16,— DM / Std. = 1.536,— DM) sowie
- ☐ zu einer Reduzierung der Verfahrenskosten, da der Einsatz von ehrenamtlichen Schätzern nicht notwendig wurde (Ersparnis bei einem ehrenamtlichen Schätzer: ca. 6 Tage mit 8 Stunden bei ca. 20,— DM / Std. = ca. 1.000,— DM)
- ☐ zu einer Reduzierung des Innendienstaufwandes, da die Digitalisierung der Wertermittlungsergebnisse entfällt (ca. 5 Tage bei 20 - 30 ha Digitalisierung / Tag);
- ☐ zu einer erhöhten Akzeptanz bei den betroffenen Teilnehmern des Flurbereinigungsverfahrens, da die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung durch die Nachweisung im Kataster bereits hinlänglich bekannt sind.

5. Fazit

Die Verfahrensoptimierungsschritte zur Wertermittlung (Vorschläge Nrn. 5, 15 und 16) sollten aufgrund der Erfahrungen im Verfahren "Engelstädter Gra-

ben" soweit möglich genutzt werden, da die Einsparungen in den Bereichen Arbeitszeit bzw. Kosten als nachhaltig anzusehen sind.

Insbesondere im Hinblick auf anstehende Ackerlandzweitbereinigungen werden die Zeit- und Kosteneinsparungen erhebliche Auswirkungen auf den Verfahrensablauf haben.

Hochgerechnet auf ein 500 ha großes Ackerzweitbereinigungsverfahren ergeben sich z. B. folgende Einsparungen:

□ Örtliche Arbeiten:

Zeit: ca. 20 Tage örtliche Arbeiten entfallen

AK: ca. 5.000 DM für Hilfskräfte

VK: ca. 3.200 DM für den Schätzer

□ Häusliche Arbeiten:

ca. 20 Tage Digitalisierung entfallen und somit die entsprechenden Verfahrenskosten.

Insbesondere durch die entsprechend Vorschlag Nr. 15 noch einzurichtende Schnittstelle zum Kataster können die Wertermittlungsergebnisse mit minimalem Aufwand erarbeitet werden.

Die Akzeptanz bei den Teilnehmern wird durch die Grundlage "Reichsbodenschätzung" (also eine amtliche Schätzung) im Vergleich zur generellen "Neuschätzung" sicherlich nicht verkleinert sondern eher vergrößert.

Reduzierung der Wertermittlungsklassen

Erfahrungen bei der Ausführung von Vorschlag Nr. 16 des Reformprojektes

Obervermessungsrat Hans Längin, Kaiserslautern

Nachdem der weitergehende Vorschlag 15: "Übernahme der amtlichen Bodenschätzungsergebnisse" wegen mangelnder Aktualität der vorliegenden Ergebnisse meist nicht zur Anwendung kommen kann, wird mit Vorschlag 16 "eine Reduzierung der Wertermittlungsklassen" angestrebt.

Bislang waren gemäß den Wertermittlungsrahmen sieben Bonitätsklassen aus der Ertragsfähigkeit des Bodens aufgestellt worden, die durch Bodenproben in der Örtlichkeit in einem Rasterabstand von ca. 25 m festgelegt werden.

Bei örtlichen Arbeiten kann am Tag eine Fläche von ca. 20 - 30 ha in die sieben Klassen eingeordnet und bewertet werden. Die Einteilung in sieben Klassen in Acker und Grünland - neben den weiteren Wertklassen aus den verschiedenen Nutzungsarten und Bewuchszustandsstufen erfordert bei jeder Flächenberechnung erheblichen Berechnungsaufwand für die Wertermittlung aus den einzelnen Klassenabschnitten. Bei einer Einteilung in nur drei Klassen läge der Hauptanteil der Flächen einzig in der mittleren Klasse, d. h. fast alle Flurstücke wiesen nur eine Klasse auf, und die Wertverhältniszahl für ein Flurstück wäre durch einfache Multiplikation zu erhalten.

Im Hinblick auf diese Arbeitersparnis - der Tauschwert der Flurstücke muß gegeben bleiben und von den Verfahrensbeteiligten akzeptiert werden - wurde in Gesprächen mit Teilnehmergeinschaftsvorständen anlässlich der Aufstellung von Wertermittlungsrahmen versucht, die Anzahl der Klassen zu reduzieren. Dabei war festzustellen, daß vielfach die Meinung herrscht, je enger die Klasseneinteilung ist, desto genauer ist die Wertermittlung - uneingedenk, daß eine ausgleichende Schätzung bei der Festlegung der Bodengüte als auch bei der Festlegung der Klassengrenze vorgenommen wird. Wenn die Wertermittlung für ein Zweitverfahren erstellt wird, sind die vergleichenden Überlegungen zur früheren Klasseneinteilung bei der Wertermittlung noch stärker und eine Abweichen von der bekannten Wertskala mit viel mehr Überzeugungsarbeit verbunden.

Erfahrungsbericht anhand von Beispielen:

Abweichend von der üblichen 7-Klassen-Einteilung wurden im Dorfflurbereinigungsverfahren Oberweiler-Tiefenbach (Ortslage), Gesamtfläche 43 ha, davon 29 ha LN, für die landwirtschaftlich genutzte Fläche ein 4-Klassen-Rahmen erstellt. Die vorgesehenen drei Klassen wurden von dem Schätzer der Finanzverwaltung auf vier Klassen gesplittet,

weil damit den Bewertungsrichtlinien der Finanzverwaltung (die die Wertermittlungsergebnisse für ihre Besteuerungsgrundlage übernimmt) mehr Rechnung getragen wurde.

Im Dorflurbereinigungsverfahren Höheinöd (Ortslage), Gesamtfläche 60 ha, davon 16 ha LN, wurde für die landwirtschaftliche Nutzfläche vom Vorstand der Teilnehmergeinschaft nur eine Klasse festgelegt, weil diese Fläche in unmittelbarer Ortsnähe liegend, einen wesentlich über dem üblichen landwirtschaftlichen Verkehrswert anzusetzenden Wert haben und ein Unterschied im landwirtschaftlichen Ertragswert hinter dem Verkaufswert zurücktritt und als unwesentlich angesehen wird.

Die Tatsache, daß bei einem Zuerwerb oder einer Zupacht eines Grundstückes (übliche Größe vor der Bodenordnung) durch einen Landwirt diese Fläche fast immer mit nur einer Nutzungsart bewirtschaftet wird, zeigt, daß auch von den Landwirten - bei allen, möglicherweise auftretenden Wechseln in der Bodengüte - dem Grundstück eine überwiegende Bonität zugeordnet wird. Auf einer solchen, gewöhnlich von einem Bewirtschafter durchgeführten Bonitätseinschätzung sollte die Einstufung von Flurstücken basieren und damit Grundlage für die Klassenreduzierung sein. Dies ist den TG-Vorständen stärker deutlicher zu machen, um bei großen Flächenverfahren mehr zur Klassenreduzierung zu kommen.

Reduzierung der Wertermittlungsklassen

Umsetzung des Vorschlags Nr. 16 des Reformkonzeptes

Vermessungsamtsrat Oskar Heck, Trier

In dem o. g. Abschlußbericht der Arbeitsgruppe "Analyse und Optimierung der Verfahrensabläufe in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz" hat man vorgeschlagen, das bisherige Wertermittlungsklassensystem, mit in der Regel 7 Klassen, den jeweils örtlichen Gegebenheiten anzupassen, mit der Zielvorstellung, eine Reduzierung der Wertermittlungsklassen zu erreichen. Man beruft sich hier auf die immer geringer werdende Bedeutung der Wertunterschiede in der Ertragsfähigkeit der Böden.

Nach dem Flurbereinigungsgesetz ist die Zusammenlegung der Grundstück (§§ 37, 44) die Grundlage der Neuordnung des Flurbereinigungsgebietes. Das Gesetz schreibt deshalb vor, daß die Teilnehmer für ihre Grundstücke Land von gleichem Wert erhalten sollen. Um diese Forderung zu erfüllen, muß der Wert aller Grundstücke des Flurbereinigungsgebietes ermittelt werden. Es geht dabei jedoch nicht darum, wie z. B. bei der Enteignung den absoluten Wert der Grundstücke zu ermitteln, vielmehr im Wertverhältnis einen Maßstab zugrunde zu legen, nach welchem der Austausch vollzogen werden kann.

Im übrigen ist für die Ermittlung des Wertverhältnisses nach dem Gesetz größter Spielraum gelassen. Es kann vom einfachsten bis zum diffizilen Rahmen reichen. In einfach gelagerten Fällen oder bei Zustimmung der Beteiligten kann die Grund-

stücksgröße als Tauschwert angenommen werden. Das Flurbereinigungsgesetz bestimmt nach § 44 auch, daß die Landabfindung in "möglichst großen Grundstücken" ausgewiesen werden soll. Es trägt somit der Tatsache Rechnung, die durch die Entwicklung der Technik bedingt ist. Eine moderne Bodenordnung muß daher auch den Erfordernissen der Betriebswirtschaft angepaßt sein. Der Bewirtschaftungsaufwand wird nicht nur durch Bodenart und Klima bestimmt sondern auch von:

- ☐ Form der Schläge und Gestaltung der Oberflächen;
- ☐ Länge und Breite der Schläge und die damit verbundene Größe;
- ☐ Entfernung der Einzelgrundstücke untereinander und zur Hofstelle;
- ☐ Erschließung durch Wege;
- ☐ Wasserverhältnisse.

Eine Bewirtschaftung unter bestmöglichen Verhältnissen spart dem Landwirt somit bares Geld. Aber nicht nur Vollerwerbsbetriebe auch Nebenerwerbslandwirte können die Bewirtschaftungsvorteile durch Verminderung von Kosten- und Zeitaufwand über den Maschinenring oder die Nachbarschaftshilfe nutzen.

Durch den immer stärkeren Einsatz von Fremdenergien, sowie durch die technische und wirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft, spielt die unterschiedliche Bodenqualität selbst nicht mehr so die dominante Rolle wie in früheren Jahren. Hauptsächlich in den Mittelgebirgslagen in Rheinland-Pfalz hat sich in den letzten Jahren auch die Betriebsstruktur von Mischbetrieb zum Grünlandbetrieb hin geändert. Die Bodenqualität ist somit für diese Betriebe nicht mehr rein ausschlaggebender Faktor.

Damit ist auch eine so detaillierte Unterteilung der landwirtschaftlichen Nutzflächen in 7 Wertermittlungsklassen nicht mehr den heutigen wirtschaftlichen und realistischen Erfordernissen angepaßt.

Auf der Grundlage der Wertermittlung wird zwar rechnerisch eine wertgleiche Abfindung ermittelt, doch der mathematische Nachweis allein bietet doch nicht immer die Gewähr für eine wertgleiche Abfindung, die auch den Vorstellungen der Teilnehmer entspricht. Vor allem dann nicht, wenn es um besondere betriebswirtschaftliche Belange geht. Großzügige Abfindungen, mit denen zukünftigen Entwicklungen des Betriebes nicht der Weg verbaut wird, dienen auf lange Sicht am meisten. Abfindungen auf der Grundlage der 7 Wertermittlungsklassen lassen diesen erforderlichen Spielraum nur bedingt zu.

Auch wenn sich ein Bauernhof äußerlich nur wenig verändert hat, innen wird er heute wie ein Wirtschaftsunternehmen geführt. Vieles was früher nur grob geschätzt wurde, berechnet der Landwirt jetzt nach wissenschaftlichen Methoden (hierunter fällt z. B. auch die kontinuierliche Bodenuntersuchung der einzelnen landwirtschaftlichen Besitzstücke und der daraus abgeleitete Düngeplan); und modernste Maschinen erleichtern die praktische Art. Nur die Nutzflächen lassen sich nicht ausbilden und rationalisieren. Viele einzelne und kleine Teilstücke bedeuten: weniger Entscheidungsfreiheit in der Bodennutzung, mehr Zeitbedarf, höhere Kosten und größeren Energieverbrauch durch lange Anfahrtswege und aufwendige Bewirtschaftung.

Das noch heute angewandte Klassensystem mit 7 Wertermittlungsklassen ist nach den vorgenannten betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr zweckmäßig, denn es gewährt auch keine gerechtere wertgleiche Abfindung als ein Klassensystem mit höchstens 3 - 4 Klassen.

Als viel wesentlicher wird hierfür unter anderem angesehen, die Teilnehmer sowohl vor Anordnung eines Verfahrens über Möglichkeiten und Zielsetzung aufzuklären als auch während der Durchfüh-

rung immer wieder über den Stand die beabsichtigten Maßnahmen zu informieren. Denn diese Informationen und Gespräche fördern die konstruktive Mitarbeit und den reibungslosen Ablauf des Verfahrens erheblich. Damit werden auch die freiwilligen Vereinbarungen über die Grundstücksabfindungen erleichtert, die ja nach dem Flurbereinigungs-gesetz und auch nach der erstellten Konzeption anzustreben sind.

Man sollte aber auch bei allen bedenken, daß die Landwirtschaft nicht nur produktiv und marktgerecht, sondern auch Bestandteil einer gesünderen und verbesserten Umwelt sein soll. Darauf hinzuwirken ist nicht nur dort notwendig, wo sich der Boden für eine konkurrenzfähige und notgedrungene intensive Landwirtschaft eignet, sondern auch dort, wo Grenzböden und aus ökologischer und landschaftlicher Sicht empfindliches Land aufgewertet und umgestellt werden muß. Es stellt sich allgemein heute die viel umfassende Frage nach der Bewirtschaftung des ländlichen Raumes (und nicht nur der Agrarflächen) und damit die Zukunft der ländlichen Gemeinschaften. Vor allem vor dem Hintergrund der wachsenden Überschüsse auf dem Agrarmarkt als auch teils der zunehmenden Umweltschädigung durch eine intensive Landwirtschaft gilt heute die Förderung flächendeckend umweltpolitischer Bewirtschaftungsmethoden als ein agrarpolitisches Hauptziel, das durch zahlreiche Programme unterstützt wird. Maßnahmen der Flächenstilllegung, -extensivierung und -umwidmung dienen sowohl der Entlastung des Agrarmarktes als auch einer Verminderung der Umweltbelastungen und sind damit auf eine Harmonisierung ökonomischer und ökologischer Erfordernisse ausgerichtet. Zu verweisen ist hier insbesondere auf die Förderung von Maßnahmen zur Einführung und Beibehaltung extensiver Erzeugungspraktiken aus Gründen des Umweltschutzes und der Erhaltung der natürlichen Lebensräume (Förderprogramm Umweltschonende Landwirtschaft - FUL), als auch die Zuwendungen zum Ausgleich von Einkommensverlusten aufgrund der Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen (Erstaufforstungsprogramm), desweiteren auf die 20jährige ökologische Ackerstilllegung usw. Mit diesen Förderprogrammen hat man zum Teil die Voraussetzungen geschaffen, neben der Erfüllung der eigentlichen Aufgabe der Landwirtschaft, nämlich die Erzeugung von Nahrungsmitteln, die wesentliche Leistung für Naturschutz und Landschaftspflege zu erbringen.

Ein noch heute angewandtes Wertermittlungsklassensystem mit 7 Klassen wäre auch aus diesen eben genannten Gesichtspunkten in einem Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungs-gesetz nicht mehr vertretbar.

Kombination von Feldvergleich und landespflegerischer Bestandserfassung unter Einziehung des Landschaftsplanes

Umsetzung von Vorschlag Nr. 14 des Reformkonzeptes

Vermessungsoberamtsrat Günter Schüller und Techn. Angest. Anne-Ruth Windscheif, Prüm

Im Zusammenlegungsverfahren Waldkönigen kann auf die Durchführung einer Wertermittlung nach Abstimmung mit der Finanzverwaltung (Bodenschätzungsabteilung) nicht verzichtet werden, da die Bodenschätzung aus den 60er Jahren stammt und vielfach nicht mehr aktuell ist. Der für die Wertermittlung durchzuführende Feldvergleich kann deshalb auch nicht vom Sachgebietsleiter Landespflege als landespflegerische Bestandserfassung und zugleich Grundlage für die Wertermittlung vorgenommen werden. Daher wurden der Feldvergleich und die landespflegerische Bestandserfassung wie bisher üblich vom Sachgebietsleiter Planung und Vermessung und vom Sachgebietsleiter Landespflege durchgeführt. Die Arbeiten wurden allerdings örtlich gemeinsam erledigt.

Diese Zusammenarbeit ist grundsätzlich erstrebenswert. Die teilweise etwas generalisierten Aussagen des Landschaftsplanes wurden aufgegriffen und in die Örtlichkeit eingeschritten und somit genauer erfaßt. Gemeinsam wurden die Nutzungsartenabgrenzungen flurstücksgenau in die Katasterkarte übertragen. Die Nutzungsartenabgrenzung des Landschaftsplanes konnte dazu nicht allgemein als Grundlage angehalten werden, da sie zu ungenau und in einigen Fällen unrichtig war. Häuslich war zuvor die Katasterkarte nach dem Orthophoto bezüglich vorhandener Raine, veränderter Wege, Gewässer usw. ergänzt worden.

Während des Beganges konnten gemeinsam künftige Nutzungsstrukturen angedacht und Planungsvorstellungen erarbeitet werden. Daß dies gemeinsam geschieht, ist der große Vorteil dieser Verfahrensweise. In Waldkönigen wurden dabei die Bereiche Aufforstung, Meliorationen, Uferrandstreifen, Ökoflächenankauf und landespflegerische Neuanlagen als vernetzende Strukturen auf der Grundlage vorhandener Planungen (AVP, L-Plan) örtlich gemeinsam planerisch verfeinert. Zielvorstellungen über künftige Nutzungen wurden ebenfalls erarbeitet bzw. auf der Grundlage vorhandener Planungen verfeinert.

Eine Zeitverzögerung vor Ort trat gegenüber der früher üblichen getrennten Bestandserfassung nicht ein. In einem Arbeitsgang konnten die Biotoptypen genau auf die Grenzen der alten Flurstücke bezogen aufgenommen werden. Während der Einschreitung der Nutzungsarten durch den Sachgebietsleiter Planung und Vermessung wurde die Bestandserfassung der Biotoptypen durch den Sachgebietsleiter Landespflege durchgeführt.

Die vorhandene Biotoptypenerfassung des Landschaftsplanes war bei der Vorbereitung des Beganges von Vorteil; bei der örtlichen Erfassung selbst mußten allerdings Anpassungen an die tatsächlichen Gegebenheiten wegen der erforderlichen höheren Genauigkeit vorgenommen werden.

Herstellung der Karte zum Plan nach § 41 FlurbG am Beispiel Birresborn

Umsetzung von Vorschlag Nr. 19 des Reformkonzeptes

Obervermessungsrat Edgar Henkes und TA Manfred Schuler, Prüm

Im Flurbereinigungsverfahren Birresborn wurde in Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und der Bezirksregierung die Karte zum Plan nach § 41 FlurbG abweichend von den Regelungen des HPF nicht als "Klebekarte" im Maßstab 1 : 2.000, sondern auf der Grundlage der Luftbildkarte M 1 : 5.000 mit Farbstiften ausgearbeitet.

Über die hierbei gewonnenen Erfahrungen hinsichtlich der Ausarbeitung der Karte, Lesbarkeit, Kontrastumfang, Bildschärfe und Farbqualität unter Berücksichtigung der derzeitigen reprotechnischen Möglichkeiten sowie des Arbeits- und Zeitaufwandes wird wie folgt berichtet:

1. Die Vorgehensweise

Als Kartengrundlage wurde die flächendeckend vorliegende Luftbildkarte M 1 : 5.000 (DGK-5L) des Landesvermessungsamtes verwendet.

Auf dem zusammenmontierten Transparent wurden zunächst die Gemeinde- und Verfahrensgrenzen sowie die vorhandenen und bestehenbleibenden Anlagen, wie Straßen, Gewässer etc., durch Abgrenzungslinien hervorgehoben. Entsprechend dem zeitlichen Fortgang der Planung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen wurde das Transparent zeitnah fortgeführt. Als Arbeits- und Planungskarte wurde eine Lichtpause angefertigt, die für die Abstimmungstermine sowie für die Prüfung nach 2.6.1 PlafeFlurb in einfachster Form farbig ausgearbeitet wurde.

Nach Einarbeitung der Prüfbemerkungen der 2.6.1-Prüfung wurden die Flächen der Straßen und Wege auf dem Transparent rückseitig freigestellt, um eine optimale Flächenfärbung und einen guten Kontrast zu gewährleisten.

Zum Zeitpunkt der vollständigen Ausarbeitung aller Bestandteile und Beihefte des Planes nach § 41 wurde eine neue Lichtpause des aktuell fortgeführten Transparentes der Luftbildkarte angefertigt und anschließend farbig ausgearbeitet. Hierzu wurden ausschließlich Holzfarbstifte (Faber-Castell Polychromos Nrn. 9201/105 - 187) verwendet, wobei wegen der Kontraste und Bildschärfe möglichst leuchtende Farben in Anlehnung an die Legende des HPF gewählt wurden. Auf eine äußerst sorgfältige Ausarbeitung wurde besonders geachtet.

Bei der Darstellung der Wege wurde gegenüber der bisherigen Legende hinsichtlich der Ausbaumaßnahmen und Befestigungsarten eine Differenzierung vorgenommen, was sich auf die Aussagekraft und die Lesbarkeit der Karte sehr positiv ausgewirkt hat. Ergänzende Beschriften konnten somit weitgehendst entfallen.

Bei der Darstellung des Waldes wurde auf eine Flächenfärbung verzichtet, um die gut sichtbare Waldstruktur auf der Karte zu erhalten.

Die Legende des HPF wurde weitestgehend gehalten, wobei sie jedoch am PC auf DIN A 4 umgearbeitet und unmittelbar in die farbig ausgearbeitete Karte 1 : 5.000 einmontiert wurde. Gleichzeitig wurden in der Titelleiste der Legende die entsprechenden Felder für Aufstellungs-, Prüf- und Genehmigungs- / Feststellungsvermerke vorgesehen.

Nach vollständiger Ausarbeitung der Karte im Maßstab 1 : 5.000 wurden für die Prüfung nach 2.6.2 PlafeFlurb zunächst 3 Farbkopien bei dem am Ort ansässigen Copy-Shop angefertigt. Hierzu wurde die Originalkarte zunächst in Einzelteile bis zur Größe DIN A 3 zerschnitten. Die Farbkopien im Maßstab 1 : 1 in DIN A 3-Größe wurden anschließend zusammenmontiert und für die 2.6.2-Prüfung in den Wege- und Gewässerplan als Bestandteil 1 bzw. in die Beihefte 3/5 und 4 aufgenommen.

Die ebenfalls zusammenmontierte Originalkarte 1 : 5.000 verbleibt zunächst beim Kulturamt bis zum Antrag auf Planfeststellung bzw. Genehmigung.

Nach Abschluß der 2.6.2-Prüfung und Einarbeitung evtl. Prüfbemerkungen veranlaßt das Kulturamt in Zusammenarbeit mit der LUREST die farbigeervielfältigung der Karte im Original-Maßstab 1 : 5.000 in der erforderlichen Auflagenhöhe für die Beteiligung der Verbände und für die Ladung zum Termin nach § 41 Abs. 2 FlurbG.

Die original hergestellte Karte M 1 : 5.000 bildet den Bestandteil zum Plan nach § 41.

2. Die Vorteile

Nachfolgende neun Vorteile sind besonders herauszustellen:

1. Der Zeitaufwand für diese Art der Ausarbeitung ist gegenüber der Klebekarte um etwa 50 % geringer.
2. Die Anfertigung zusätzlicher Kartengrundlagen durch die LUREST auf Photokarton entfällt. Die Luftbildkarte liegt flächendeckend vor.
3. Die Karte wird im endgültigen Maßstab 1 : 5.000 gezeichnet. Die Verkleinerung des Kartenoriginals entfällt.
4. Die ersten Planungsschritte und Abstimmungen im Verfahrensgebiet erfolgen in der Regel ohnehin auf der Kartengrundlage 1 : 5.000. Die endgültige Ausarbeitung der Originalkarte im Maßstab 1 : 5.000 ist daher wesentlich einfacher und übersichtlicher. Der bei der Klebekarte erforderliche Maßstabsprung entfällt.
5. Die Ausarbeitung mit Farbstiften ist einfacher und kostengünstiger als mit Klebefolien.
6. Die Originalkarte ist bei den hier üblichen Verfahrensgrößen im Maßstab 1 : 5.000 wesentlich handlicher und übersichtlicher.

7. Die Vervielfältigungen behalten den Maßstab 1: 5.000 der Originalkarte.
8. Die im PC abgespeicherte Legende läßt in Verbindung mit einem Farbdrucker verfahrensspezifische Ergänzungen zu. Die differenzierte Darstellung des Wegenetzes ist aussagekräftiger.
9. Die Farbkopien können unmittelbar vor Ort angefertigt werden bei entsprechender Sachmittelausstattung des Kulturamtes. Die sonst notwendige mehrmalige Einbeziehung der LUREST kann entfallen. (Kosten DIN A 3-Kopie = 3,— DM; bei größeren Auflagen ab 600 = ca. 1,50 DM + MwSt.).

Die farbigen Vervielfältigungen der Karte im Maßstab 1 : 5.000 belegen, daß sich aufgrund der fortgeschrittenen Farb-Kopiertechnik auch bei dieser Art der herkömmlichen Kartenausarbeitung mit Farbstiften mittlerweile hinsichtlich Lesbarkeit, Kontrastumfang, Bildschärfe und Farbqualität sehr gute Ergebnisse erzielen lassen.

Die vorhin beschriebene Verfahrensweise kann in geeigneten Fällen als **vereinfachte Zwischenlösung** bis zur interaktiv-graphischen Herstellung der WuG-Karte (siehe u. a. Projekt Dr. Averdung) am Bildschirm angesehen werden. Nach Auskunft des Ministeriums ist mit der DV-technischen Lösung etwa im Jahre 1998 zu rechnen.

Erörterung des Planentwurfes mit den Beteiligten in Verfahren nach §86 und §91 FlurbG Umsetzung von Vorschlag Nr. 22 des Reformkonzeptes

Vermessungsoberinspektor Michael Kien, Westerbург

Die Vorgehensweise ist meines Erachtens nach nur zu begrüßen:

1. Vorbemerkungen

Die vorgelagerten Planwunsch - Gespräche dienen u.a. zur Darlegung der Vorstellungen von Teilnehmern und Behörde über das künftige Eigentum.

Sie haben (meines Erachtens nach) heutzutage *bei den Bürgern* zudem einen (gewünschten) wichtigen psychologischen Nebeneffekt: Er/Sie kann in diesen ersten Gesprächen zur Überzeugung gelangen, daß die Beteiligten in der Planung durchaus gestaltend mitwirken können - und nicht (wie das Vorurteil der älteren Generation immer wieder zeigt) etwa eine behördliche, bereits "am grünen Tisch" fest vorgegebene Lösung "widerspruchslos zu schlucken ist".

2. Chancen

2.1 Psychologischer Effekt beim Bürger

Dieser o.g. *wichtige Sekundärimpuls* wird durch das Verfahren des "Erörterung des Planentwurfes mit den Beteiligten" noch *unterstrichen* !

Der Bürger/die Bürgerin erfährt dadurch konkret "am eigenen Beispiel", daß die Behörde -zumindestens versucht hat - die geäußerten Vorstellungen, bzw. im Planwunsch-Termin erarbeiteten Lösungen auch faktisch zu realisieren! Dies nimmt - allein schon psychologisch - eine Menge an inneren Vorbehalten, gemäß der landläufigen Sichtweise zu behördlichem Handeln, zurück und erleichtert somit neue Verhandlungen, falls die im o.g. Termin vereinbarten Varianten doch nicht umzusetzen waren.

2.2 Minimierung von Widersprüchen gegen den späteren endgültigen Plan

Für die Behörde bietet dieser Weg die sehr gute Möglichkeit, Widersprüche gegen den späteren eigentlichen Plan bereits im Vorfeld abzufangen und stattdessen unbürokratisch Abhilfe zu schaffen; die daraus resultierende Zeitersparnis liegt auf der Hand.

2.3 Frühzeitig Einarbeitung von kurzfristigen Änderungen

Ebenso lassen sich auf diesem Wege notwendige Aktualisierungen des Planentwurfes noch ohne den formal gebundenen Rahmen einer späteren "Nachtragsvorlage" unproblematisch und zeitlich wesentlich früher/kurzfristig einarbeiten.

3. Mögliche Nachteile

3.1 Erhöhte Zahl an Außendienst-Tagen

Aus eigener Erfahrung kann ich dem entgegenhalten, daß dieser bürgerfreundliche Weg den "Nachteil" einer Erhöhung der Außendienst - Tage in den Verfahren durch gesteigerte Akzeptanz mit Leichtigkeit aufwiegt.

Ebenso ist die bereits vorher erwähnte Zeitersparnis in der Bearbeitung von Widersprüchen gegen den Plan als Plus hervorzuheben.

Praxistip:

Zudem kann - und sollte - eine solche Planentwurfs-erörterung, bzw. Rohplanvorlage nur auf solche Beteiligte beschränkt werden, die größere Besitzstände aufweisen oder aber im Planwunschtermin mit mehreren Varianten verhandelt wurden.

3.2 Überhöhte Zahl an 'PE'- Durchgängen

In jedem Verfahren gibt es Beteiligte, die bis zum letzten Moment versuchen, ihre eigentlich gute oder zufriedenstellende Abfindung noch "zu verbessern". Daß sie dies in der Regel auf emotionalem Wege mit einer vorgeschobenen Unzufriedenheit probieren, liegt auf der Hand.

Eine falsch verstandene "Bürgerfreundlichkeit" könnte den SGL - PV dazu verleiten, um solcher "Beschwerden" willen ständig neue PE anzusetzen, bis alle diese Einwände befriedigt sind; hier ist trotz aller populärer "Bürgerbeteiligung" die nötige be-

hördliche Verhandlungshärte/-linie beizubehalten. Ebenso könnte der Beamte durch ein nicht mehr zweckmäßiges Optimierungsstreben in den Fehler verfallen, den Planentwurf durch immer neue PE - Durchgänge "noch besser" zu gestalten.

Derartiges ist aber mit entsprechender amtsinterner Beratung und der sich entwickelnden Berufserfahrung ohne weiteres in den Griff zu bekommen.

3.3 "Vorlaute" Bürger

Je endgültiger das Ergebnis sich herauskristallisiert, um so mehr steht jede/r Beteiligte in der Gefahr, die künftige Abfindung bereits im Vorfeld "hinauszuposaunen". Zugegebenermaßen kann dies von der Behörde, trotz intensiver "Zurückhaltungsaufforderungen" letztlich nicht völlig verhindert werden. Wobei auch hier die Praxis zeigt, daß zufriedene Bürger weniger vorlaut sind als unzufriedene, die ihrem Frust eher "lauthals Luft machen". Die diskutierte Vorgehensweise hat aber eine Steigerung der Zahl der zufriedenen Bürger zur Folge, was die genannte Gefahr m.E. nach wieder eindämmt.

4. Fazit:

Aus meiner bisherigen Praxis heraus kann ich nur wiederholen, was ich bereits an den Anfang meiner Ausführungen setzte:

Die diskutierte Vorgehensweise der (ein- / mehrmaligen) *Erörterung des Planentwurfes mit den (wesentlichen) Beteiligten* ist nur zu begrüßen!

Regelmäßige Anwendung von Planvereinbarungen gemäß § 99 FlurbG

Beitrag über ein ausgewähltes Beispiel zur Umsetzung von Vorschlag 23

Obervermessungsrat Norbert Schmitt, Simmern

Der Vorschlag 23 hat folgende Fassung:

"Eine weitere Maßnahme zur Erhöhung der Akzeptanz der Planung wird zusätzlich in der regelmäßigen Anwendung von Planvereinbarungen gemäß § 99 FlurbG gesehen. Dies gilt grundsätzlich für alle Verfahrensarten. Die Planvereinbarung dokumentiert, unter welchen Voraussetzungen ein Einvernehmen zwischen Kulturamt und den Grundstücks-

eigentümern zustande kommen kann. Die Planvereinbarung stellt eine wesentliche Planungshilfe dar und trägt wesentlich dazu bei, dem Einvernehmensgrundsatz möglichst nahe zu kommen."

Die konkrete Umsetzung dieses Vorschlages wird nachfolgend am Beispiel eines BZ-Verfahrens im Amtsbezirk des Kulturamtes Simmern dokumentiert:

1. Vorbemerkung (statistische Angaben zum Verfahren):

Größe: 398 ha, davon 236 ha Acker, 99 ha Grünland und 37 ha Wald

Anzahl der Ord.Nrn. alt: 162

Anzahl der Ord.Nrn. neu: 144

2. Voraussetzungen (Bearbeitungsstand), häusliche Vorbereitung des Planvereinbarungstermins, Ladung

Die Ladung zur Rohplanvorlage / zum Planvereinbarungstermin erfolgt umgehend, nachdem folgender Verfahrensstand erreicht ist:

Die Arbeiten zum Zuteilungsentwurf sind erledigt, die Gliederung ist abgeschlossen und die Abrechnung der Geld- und sonstigen Ausgleichs liegt nach dem Muster der Schlüsselzahlen des EB6 vor. Der Zuteilungsentwurf ist kartenmäßig dokumentiert; die Flurstücksnummern sind vorläufig vergeben.

Zur Vorbereitung des Termins werden Verhandlungsniederschriften nach dem beiliegenden Muster (Abb. 1) vorbereitet, in der die für die Abfindung maßgeblichen Zahlen vorweg (häuslich) eingetragen werden (Seite 1 der Verhandlungsniederschrift). Die geplante Abfindung ist möglichst detailliert zu beschreiben, damit die Planvereinbarung für die Teilnehmer eine umfassende Bindungswirkung entfaltet.

Bei der Ladung zum Planvereinbarungstermin können aus Gründen der Zeitersparnis die Teilnehmer unberücksichtigt bleiben, die keine Landabfindung erhalten, die zu 100 % entsprechend ihres Planwunsches abgefunden werden bzw. mit denen bereits vorher eine Einigung erzielt wurde.

Die Ladung selbst erfolgt in den Flurbereinigungsnachbargemeinden ausschließlich durch öffentliche Bekanntmachung unter Angabe von Ordnungsnummern, Zeit und Ort. Eine "Einzelladung" erfolgt nur für die Beteiligten / Bevollmächtigten außerhalb des Amtsblattsbezirkes mit einfachem Brief. Ein Beispiel für die Ladung mit öffentlicher Bekanntmachung ist aus der Abb. 2 ersichtlich.

3. Durchführung des Termins

Der Verhandlungsleiter (in der Regel der Sachgebietsleiter Planung und Vermessung) stellt dem Teilnehmer die geplante Abfindung an Hand der

Zuteilungskarte vor und erläutert ihm das bereits in das Formular eingetragene Zahlenwerk. Soweit der Teilnehmer mit der Abfindung einverstanden ist, wird die Annahme der Abfindung unter Verzicht auf Rechtsbehelfe gemäß Ziffer (1) 1. Absatz auf Seite 2 des Verhandlungsformulars (siehe Abb. 1) zur Niederschrift genommen, die vom Teilnehmer zu genehmigen ist. Die übrigen Passagen werden gestrichen.

Begehrt der Teilnehmer die Änderung der Abfindung, ist der 1. Absatz in Ziffer (1) des Formulars zu streichen und der Änderungswunsch unter Ziffer (2) aufzunehmen. Der Verhandlungsleiter weist ferner darauf hin, daß die Erfüllung der Änderungswünsche keineswegs versprochen werden kann, da hiervon auch die Landabfindung anderer Teilnehmer betroffen ist, die ebenfalls zu der geplanten Abfindung gehört werden. Die Niederschrift ist abschließend zu genehmigen.

4. Erfahrungen aus der praktischen Umsetzung

Zum Planvereinbarungstermin wurden an insgesamt 4 Tagen 69 Ord.Nrn. eingeladen, davon sind 60 Ord.Nrn. (87 % der Eingeladenen) zum Termin erschienen. Der Termin hat somit eine gute Resonanz gefunden. Mit insgesamt 51 Ord.Nrn. wurde Einvernehmen zur Abfindung erzielt, 9 Ord.Nrn. haben Änderungswünsche hinsichtlich der Landabfindung zu Protokoll gegeben.

Im Anhörungstermin zum bekanntgegebenen Zusammenlegungsplan und innerhalb der 14tägigen Widerspruchsfrist wurden insgesamt 18 Widersprüche erhoben, die sich in der Mehrzahl nicht gegen die Landabfindung richteten, sondern sogenannte Ausbauwidersprüche darstellten. Nach der Vorlage des Nachtrages 1 verblieb noch 1 Widerspruch, dem die Flurbereinigungsbehörde nicht abhelfen konnte und der daher der Spruchstelle für Flurbereinigung zur Entscheidung vorzulegen war.

5. Fazit

Das Instrument der Planvereinbarung hat sich in diesem Verfahren bewährt. Der Planvereinbarungstermin wurde von den Beteiligten gut angenommen, die grundsätzlichen Ziele der Planvereinbarung,

☐ bürgerfreundliches und transparentes Verwaltungshandeln (Vereinbarung vor Entscheidung)

☐ Minimierung der Rechtsbehelfsverfahren

wurden erreicht.

Der Zeitaufwand von insgesamt ca. 11 AK-Tagen (3 AK-Tage Ladung und häusliche Vorbereitung und 8 AK-Tage Planvereinbarung vor Ort [Sgl PluV und VS]) ist vertretbar.

Der Planvereinbarungstermin ist in der Verfahrensbearbeitung beim Kulturamt Simmern aus zwei Gründen nicht mehr einsparbar. Zum ersten, weil

er sich bewährt hat und zum zweiten, weil den Beteiligten bereits im Rahmen der Aufklärung zugesagt wird, daß die Abfindung erst dann endgültig festgesetzt wird, wenn der Entwurf mit ihnen erörtert wurde. Diese Zusage verringert bereits im Vorfeld die Vorbehalte vieler Teilnehmer gegen die Bodenordnung und ist später zwingend einzuhalten.

Kulturamt Simmern	Zusammenlegungsverfahren <hr/> - Az.: 01 P.I.A. -
<u>V e r h a n d l u n g</u>	
<u>Gegenwärtig:</u> 1) _____ (als Verhandlungsleiter) 2) _____ 3) _____	<u>Verhandelt:</u>, den _____ Eröffnet: _____ Uhr Geschlossen: _____ Uhr Im Zusammenlegungsverfahrenerscheinen auf Einladung als Eigentümer(in) / Bevollmächtigte(r) Herr / Frau _____ _____ Ord.Nr.: _____
Der Verhandlungsleiter erläuterte der / dem / den Erschienenen die vorgesehene Abfindung an Hand der Zuteilungsentwurfskarte. Die Abfindung sieht insgesamt ____ Abfindungsstücke mit insgesamt ____ Werteinheiten vor. Unter Berücksichtigung des Abfindungsanspruches in Höhe von ____ WE und der nachfolgend aufgeführten sonstigen Ausgleichs ergibt sich eine unvermeidbare Mehr- / Minderabfindung in Höhe von ____ WE, die zum kapitalisierten Schätzungswert in Geld auszugleichen ist.	
<u>An sonstigen Ausgleichen ist vorgesehen:</u>	
Landzuteilung (____ WE) wegen Verzichtes der Ordnungsnummern ____	
Landzuteilung gemäß § 54 Abs. 2 FlurbG: ____ WE ____ DM	
Ausgleich für _____ in _____ : _____ WE _____ : ____ WE ____ DM	
Der / Die Erschienene(n) erklär(t)en: (1)	
Mit der vorgesehenen Abfindung bin ich / sind wir einverstanden. Wenn meine / unsere Abfindung im Zusammenlegungsplan wie vorgesehen festgesetzt wird, verzichte(n) ich / wir im voraus auf Rechtsbehelfe gegen den Zusammenlegungsplan.	
Mit der vorgesehenen Abfindung bin ich / sind wir einverstanden, wenn meine / unsere Abfindung mit den unter (2) aufgeführten Änderungen im Zusammenlegungsplan festgesetzt werden und verzichte(n) im voraus auf Rechtsbehelfe gegen den Zusammenlegungsplan.	
(2) Die Abfindung soll wie folgt geändert / ergänzt werden:	
Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben geschlossen	

Abb. 1: Verhandlungsniederschrift für Planvereinbarungen

Kulturamt Simmern
Schloßplatz 10
55469 Simmern

Zusammenlegungsverfahren

- Az.: 01 H.A.9.3 -

Simmern, 24.05.1995

**Termin zur Offenlage des Zusammenlegungsplanentwurfes
und zum Abschluß von Planvereinbarungen**

Im Zusammenlegungsverfahren hat die Flurbereinigungsbehörde die Zuteilung vorläufig abgeschlossen.

Die vorgesehene Abfindung wird mit den Teilnehmern vor der abschließenden Festsetzung im Zusammenlegungsplan in der Zeit vom 27.06.1995 bis 30.06.1995 erörtert (Rohplanvorlage) und nach Möglichkeit durch Planvereinbarung gemäß § 99 Abs. 1 FlurbG abschließend festgelegt.

Die Teilnehmer werden hiermit zur Rohplanvorlage ins Gemeindehaus nach folgendem Zeitplan eingeladen:

Dienstag, Zeit	27.06.1995 Ord.Nr.	Mittwoch, Zeit	28.06.1995 Ord.Nr.
8.00	40.01-05	8.00	123.01/02
8.30	45.01-02	8.30	125.01
9.00	100.00	9.00	127.06, 151.04
10.00	101.04	10.00	129.06
10.30	103.02	10.30	130.06
11.00	104.06	11.00	131.01
11.30	105.02	11.30	132.10, 133.00
13.00	106.02/04	13.00	134.01, 146.02
13.30	107.02, 108.00	13.30	135.06
14.00	110.01	14.00	137.06
14.30	112.00, 196.06	14.30	138.01
15.00	113.01/02, 202.00	15.00	140.14
15.30	115.01	15.30	141.06
16.00	116.06, 184.02	16.00	143.01
16.30	117.01	16.30	144.01
17.00	119.04	17.00	145.01/04
Donnerstag, Zeit	29.06.1995 Ord.Nr.	Freitag, Zeit	30.06.1995 Ord.Nr.
8.00	147.01/06	8.00	180.02
8.30	148.02, 149.01	8.30	181.00, 139.06
9.00	152.04	9.00	182.06
10.00	153.02	10.00	185.04
10.30	157.06	10.30	189.04
11.00	160.02	11.00	190.02
11.30	161.02	11.30	192.06
13.00	163.02, 164.00	13.00	193.04
13.30	168.01	13.30	193.12
14.00	169.04	14.00	194.01/04
14.30	172.06	14.30	195.01/04
15.00	173.06	15.00	197.06
15.30	174.01	15.30	204.01/02
16.00	176.01	16.00	206.02
16.30	178.01	16.30	207.02
17.00	179.01	17.00	209.14

Erscheinen die Teilnehmer nicht zum Termin, oder ist eine Vereinbarung im Termin nicht zu erzielen, wird die Abfindung von Amts wegen durch die Flurbereinigungsbehörde bestimmt (§ 99 Abs. 3 FlurbG). Es ergeht deshalb die dringende Bitte an die Teilnehmer, den Termin im eigenen Interesse wahrzunehmen.

Der Amtsleiter

Abb. 2: Beispiel einer Ladung mit öffentlicher Bekanntmachung

Regelmäßige Anwendung von Planvereinbarungen gemäß §99 FlurbG

Umsetzung von Vorschlag Nr. 23 des Reformkonzeptes

Vermessungsoberinspektor Michael Kien, Westerbürg

1. Vorbemerkungen zum Zweck von Planvereinbarungen (PV)

Sie dienen

1. lt. Erläuterung im Konzept¹ des Min.:
als "...Maßnahme zur Erhöhung der Akzeptanz der Planung..."
2. lt. Kommentar zum FlurbG²:
 - a. als Möglichkeit, um Widersprüche und Klagen zu vereinfachen oder gar zu ersparen.
 - b. als Ersatz für den Planwuschtermin:
"*...Die Verhandlung mit den Beteiligten macht regelmäßig einen Wunschtermin (§57) entbehrlich ...*"³

Aufgrund dieser positiven Vorgaben und des Abtlg.-Schreibens vom 07.März 1996 lag es nahe, im zu diesem Zeitpunkt diesbezüglich höchst aktuellen BZ-Verfahren Reiferscheid auf solche Planvereinbarungen⁴ hinzuwirken.

Um es vorwegzunehmen: Allein die gemachten Erfahrungen in diesem einen Bodenordnungsverfahren haben mich von meinen sehr positiv vorgestellten Ansichten zum Thema "PV" gründlich 'kuriert', so daß ich bei den nächsten BZV (zunächst) voraussichtlich ohne PV arbeiten werde; nicht zuletzt auch um des Vergleiches willen.

2. Begründung⁵ meines (derzeit) eher negativen Fazites :

2.1 Psychologischer Aspekt

Eine formelle Planvereinbarung soll für beide Seiten eine größere Verlässlichkeit hinsichtlich der getroffenen Ergebnisse mit sich bringen, obwohl der Kommentar zum FlurbG der Behörde dennoch Änderungen zugesteht; eher jedenfalls als dem einzelnen Beteiligten⁶, für den eine solche "PV" insgesamt "bindender" ist.

Dennoch gibt es stets ein schlechtes, um nicht zu sagen "peinliches" Bild ab, wenn man als Behörde den Beteiligten zur Erörterung einer Abwandlung der getroffenen PV vorladen muß, obwohl ihm zu-

vor der fest bindende Charakter der PV vor Augen gestellt wurde.

Solche nachträglichen Änderungen haben sich aber in unserem Verfahrensfalle als nicht verhinderbar gezeigt, so daß die zuvor verhandelten PV letztlich doch nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zum künftigen Plan darstellten, somit also doch nur eine spezielle, wenn auch verbindlichere Form einer Rohplan-Erörterung darstellten.

Allein schon die Berechnungen der exakten Wert-einheiten pro Ordn.Nr., die ein wesentliches Element der PV darstellen, kann sich im Einzelfall, z.B. bei Sonderungen lange hinauszögern; die daran gekoppelten Zahlungsangaben sind somit mit Vorsicht zu behandeln. Der Bürger jedoch verläßt sich im Regelfall auf die in den PV niedergeschriebenen Angaben, trotz Hinweisen auf die Vorläufigkeit der Zahlen in solchen Fällen.

Mit dieser Unsicherheit ist eine formal verbindliche PV jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll, was unter Umständen dann bereits wieder mit dem eigentlichen Planoffenlage - Termin kollidieren kann.

2.2 Ungünstige Bindung der Behörde

Planvereinbarungen schränken in der Praxis daher doch die Möglichkeit der Behörde ein, die Planbearbeitung bis zum Schluß flexibel zu halten - was aber in unserem Verfahren in den Fällen, in denen eine PV sinnvoll wäre, fast stets vonnöten war; die Konsequenz sind Änderungen an den PV. Die Folgen solcher PV - Änderungen für das "Behörden-ansehen" sind im Unterpunkt 1) näher dargelegt.

¹ Konzept zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe der Ländlichen Bodenordnung und der Organisation der Kulturämter (Mainz, Okt.1995), Kapitel 3, S.46

² Seehusen/Schwede, Flurbereinigungsgesetz - Kommentar, 6., durchgesehene Auflage (Münster: Aschendorff, 1992), S.402, Rd 1.

³ a.a.O.

⁴ künftig kurz "PV" genannt.

⁵ Nicht der einzelne Aspekt ist hierbei entscheidend, sondern die Summe der genannten Einzelkritiken.

⁶ a.a.O., S.402 Rd.notiz 3 iVm S.404, Rd.notiz 6.

2.3 Unnötige Widerstände gegen Verbindlichkeit

Hier zitiere ich aus den AVR:

"...Zum Zeitpunkt des Planwuschtermines... sind die Beteiligten oftmals überfordert, auf Antrieb der Neugestaltung ihres Grundeigentums zuzustimmen. ..."⁷.

Dies entspricht auch unseren Erfahrungen:

- Zwar ist die PV später anzusetzen, da sie aber die erste Konfrontation des/r Beteiligten mit der/ einer real möglichen zukünftiger Abfindung darstellt, haben wir stets dort, wo die PV Abweichungen von den im PW-Termin aufgeschriebenen Lösungsvarianten festhalten sollte, eben diese Skepsis regelmäßig erlebt.
- Und da es zum Zeitpunkt der PV zudem um konkrete Geldbeträge ging, war der Widerstand teilweise beachtlich - d.h. die Beteiligten mußten sich erst einmal innerlich mit der neuen Situation befassen; eine rechtlich bindende PV-Unterschrift ist ohne weitere Verhandlungstermine nicht zu erhalten gewesen.
- Schließlich ist auch der, für die bindende Wirkung von PV & die Reduzierung von Widersprüchen nach der Planoffenlage wesentliche Passus der *Verzichtet auf die spätere Einlegung von Rechtsmitteln* ein stetes Hindernis - zumindestens dann, wenn der/den Beteiligten die Tragweite dessen bewußt wird. Folglich zögerten deshalb ebenfalls einige Teilnehmer mit ihrer/n Unterschrift/en unter die PV.

2.4 Unverständnis wegen "Selbstverständlichkeiten"

Wo die PV, selbst bei größeren Besitzständen, nur einer formalen "Zementierung" der PW-Absprachen nach deren Realisierung enthielt, reagierten die meisten geladenen Teilnehmer zumindestens überrascht, teilweise auch befremdet, daß sie "dafür" nochmals geladen wurden - da es "...doch eh" so 'vereinbart' gewesen wäre.

2.5 PV nur bei wesentlichen Besitzständen angebracht

Solche formal und inhaltlich verbindlichen Vereinbarungen sollen die Plangestaltung somit bei den wesentlichen und / oder problematischen Besitzständen sichern helfen; wie aber zuvor mehrfach aufgezeigt, benötigen gerade diese Ordn.Nr. oft den Spielraum von weniger verbindlichen Planwunsch

- Absprachen - und zwar bis möglichst nahe an den Termin für die formale Planvorlage heran.

Zudem lassen sich die Beteiligten von solchen wesentlichen Abfindungen meist nicht zu einer freiwilligen Einverständniserklärung à la PV überreden, wenn sie nicht damit einverstanden sind - zumal sie sich hierbei ja die späteren rechtlichen Wege selbst beschnitten - siehe Unterpunkt 3). Doch genau solche Problemfälle sollen aber - theoretisch - per PV aufgefangen werden...

Andere, unproblematische Abfindungen müssen idR nicht durch formale PV gesichert werden.

2.6 Kein Ersatz für Planwunsch - Termine⁸

Dieser sicherlich wünschenswerte und im FlurbG - Kommentar gar als "zwangsläufig" dargestellte PV-Zweck ist folglich in der Praxis m.E. nicht zu realisieren - es sei denn in ganz einfachen Fällen, z.B. bei einem bebauten Grundstück, das *neu wie alt* ausgewiesen wird - nur, hier braucht es keine PV !

Das wird sogar in den AVR so gesehen⁹:

"Das Ziel, bereits im Planwunschtermin die Abfindungsgestaltung mit den Beteiligten zu vereinbaren, wird oftmals nur schwer realisierbar sein."

2.7 Zeitpunkt

Bodenordnungsverfahren sollen heute viel schneller zur Planvorlage gebracht werden; dies gilt insbesondere für die sogen. "*beschleunigten*" Verfahren nach §91ff FlurbG.

Als Wunschziel gilt, daß auch in größeren Verfahren nach Ende des Planwunsch - Abschnittes kein Jahr mehr vergeht, bis es zur Planvorlage kommen kann. Die Gefahr eines zwischenzeitlichen Umschwenkens des Beteiligten hinsichtlich der im PW-Termin besprochenen Abfindungsideen hat sich dadurch klar verringert.

Diese Problematik wird durch die Praktizierung der unter Vorschlag 22 angesprochenen *Erörterung des Planentwurfes mit den Beteiligten* zudem noch weiter vermindert.

⁷ "Allgemeine Verfahrens-Richtlinien (AVR)" (Mainz: MLWF, 1993), S.22.

⁸ künftig kurz "PW" genannt.

⁹ a.a.O.

Ob es für die dann noch verbleibenden wenigen Monate bis zur Planvorlage vonnöten ist, formelle Planvereinbarungen - mit ihrer zusätzlichen zeitlichen und psychischen Belastung - auszuhandeln, halte ich für zumindestens zweifelhaft; 6,8 oder 12 Wochen vor einer offiziellen Planvorlage braucht es im allgemeinen keine PV mehr!

2.8 PV rechtlich nicht unanfechtbar

Bei einzelnen Planvereinbarungen erlebten wir auch, daß die Beteiligten 1 Tag später doch von ihrer Unterschrift zurücktreten wollten. Im Interesse eines guten Miteinanders / "bürgerfreundlichen Behördenhandelns" wurden diese Fälle von uns noch 'mal überprüft, obwohl diese Möglichkeit in unseren PV eigentlich ausgeschlossen wird.

- Ob die PV jedoch - formal und inhaltlich - einem Rechtsstreit standgehalten hätte, ist nicht erwiesen,

zumal die uns vorliegenden PV-Vordrucke z.B. noch der Bestätigung der Behörde, in persona des Amtsleiters bedurft hätten.

- Schließlich - wenn eine PV zu solchen Rechtsstreitigkeiten führte, hätte sie ihren eigentlichen Zweck, dieselben im Rahmen der Planvorlage zu verhindern, nicht nur verfehlt, sondern sogar noch beschleunigt verursacht, somit ein Widerspruch in sich.

3. Fazit:

Alle diese Einzelpunkte lassen für mich in der Summe nur den Schluß zu, daß die Planvereinbarungen, so wie sie angedacht sind, theoretisch zwar eine gute Alternative versprechen, in der Praxis aber keine zwingende Erleichterung / Beschleunigung zur Folge haben.

Berücksichtigung von Förderprogrammen bei der Gestaltung der Landabfindung

Praktische Umsetzung von Vorschlag Nr. 24 des Reformprojektes

Vermessungsdirektor Karl-Werner Staubus, Mayen

1. Einleitung

Am Beispiel von 3 Bodenordnungsverfahren im Oberwesterwald wird dargestellt, wie die Berücksichtigung und Umsetzung unterschiedlicher Förderprogramme für den ländlichen Raum bei der Gestaltung der Landabfindung den ohnehin schon großen Effekt durch Flurneuordnung für die Landwirtschaft weiter optimieren und verbessern kann. Im Planwunschtermin und bei der Aufstellung des Flurbereinigungsplanes sowie bei dessen Umsetzung wurden insbesondere

- die Grünlandvarianten 1 und 2 des Förderprogrammes umweltschonende Landbewirtschaftung und
- das Land- und Pachttauschförderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz

berücksichtigt.

2. Flurverfassung der Verfahrensgebiete vor der Flurbereinigung

Das Bodenordnungsgebiet, für das Jahr 1986 3 Verfahren nach § 1,4 Flurbereinigungsgesetz zeitgleich eingeleitet wurden, umfaßt eine Gesamtfläche von 1.009 ha. 1.400 Eigentümer wurden als Teilnehmer ermittelt und legitimiert. Die landwirtschaftliche Nutzfläche von insgesamt 474 ha, dies entspricht in etwa der Hälfte des gesamten Verfahrensgebietes, wurde zum Zeitpunkt der Planwunschtermine im Jahre 1993 überwiegend als Grünland bewirtschaftet. Der Ackeranteil betrug lediglich rund 10 % der gesamten LN.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche wurde insgesamt von einem Haupterwerbsbetrieb im Gebiet, 2 Haupterwerbsbetrieben aus Nachbargemarkungen und 9 Nebenerwerbsbetrieben bewirtschaftet. Die Haupterwerbsbetriebe bewirtschaften ca. 40 % der Gesamtfläche und sind Milchviehbetriebe. Die Nebenerwerbsbetriebe betreiben teilweise reine Heuvermarktung bzw. Ammenkuhhaltung.

Förderprogramme wurden vor der Bodenordnung lediglich von einem Nebenerwerbsbetrieb in Anspruch genommen, der Teilnehmer am Qualitätsrindfleischprogramm des Landes Rheinland-Pfalz war. Die Bewirtschafter wurden bereits vor dem Planwunschtermin über die für sie interessanten Förderprogramme durch das Kulturamt informiert und zeigten hohe Bereitschaft, an diesen teilzunehmen.

Insbesondere die Vollerwerbsbetriebe mit Milchviehhaltung waren an einer Teilnahme am Förderprogramm "Umweltschonende Landbewirtschaftung" (Grünlandvariante 1) interessiert. Durch den starken Strukturwandel hatten die Vollerwerbsbetriebe bereits eine Betriebsgröße von ca. 100 ha bis 150 ha erreicht. Die rationelle Bearbeitung der Flächen wurde jedoch durch die extreme Besitzer-splitterung (durchschnittliche Besitzstückgröße von 0,17 ha) und die mangelhafte Erschließung stark behindert.

Aus diesem Grunde war es unbedingt notwendig, die Eigentums- und Pachtflächen der Betriebe zu arrondieren und die Schlaggrößen so auszudehnen, daß die Voraussetzungen für den Übergang zu einer extensiven Grünlandnutzung geschaffen wurden und damit die Teilnahme an der Grünlandvariante 1 möglich war.

3. Praktische Umsetzung der Förderprogramme

Bereits vor dem Planwunschtermin wurden intensive Gespräche mit den Betriebsleitern unter Beteiligung der Landwirtschaftsgruppe des Kulturamtes geführt, um insbesondere die Pachtvorstellungen und die Möglichkeiten des Landtausch- und Pachtförderprogramms des Landes Rheinland-Pfalz vorzustellen und mit den Bewirtschaftern zu erörtern. Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, daß nur durch die traditionelle Bodenordnung die Besitzstücke nicht auf eine Größe von bis zu 10 ha gebracht werden konnte, die notwendig waren, um eine extensive Bewirtschaftung des Dauergrünlands nach den Grünlandvarianten 1 und 2 des Förderprogramms "Umweltschonende Landbewirtschaftung" sinnvoll zu ermöglichen. Aufgrund der Eigentumsstruktur konnte daher auch durch die Flurbereinigung nur eine durchschnittliche Besitzstückgröße von 2,31 ha erreicht werden. Die Steigerung um das 13,6-fache der durchschnittlichen Einwurfsgröße reichte jedoch bei weitem nicht aus, eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausreichende Bewirtschaftungsgröße für die notwendige Extensivierung zu erreichen. Dies ist jedoch not-

wendig, um auch zukünftig in der walddreichen Mittelgebirgslage die Offenhaltung der Grünlandstandorte zu gewährleisten.

Durch den Einsatz des Land- und Pachttauschförderprogramms konnte die durchschnittliche Bewirtschaftungsgröße von 2,31 ha nach der Bodenordnung auf 11 ha gesteigert werden. Zu diesem Zweck wurden bereits im Zuge des Planwunschtermines die Beteiligten darauf hingewiesen, daß die Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert wird. Es wurde eingehend über zukünftige Pächter gesprochen und somit bereits bei der Gestaltung der Landabfindung die zukünftige Bewirtschaftung der Flächen mit berücksichtigt.

Bedingt durch den hohen Pachtanteil der Vollerwerbsbetriebe wäre eine für die Landwirtschaft wirtschaftlich befriedigende Bodenordnung ohne den Einsatz des Land- und Pachttauschförderprogramms nicht möglich gewesen. Die größten Probleme im Zuge der Bearbeitung ergaben sich insbesondere dadurch, daß bei einzelnen Landabfindungen der Grundsatz der wertgleichen Abfindung die Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten behinderte bzw. manchmal sogar unmöglich machte.

4. Schluß

Die in den Leitlinien "Ländliche Bodenordnung" formulierten Ziele sind aufgrund der Eigentumsstruktur in den Realteilungsgebieten nur zu erreichen, wenn die Möglichkeiten des Land- und Pachttauschförderprogramms des Landes Rheinland-Pfalz bereits bei der Gestaltung der Landabfindung berücksichtigt werden. Ohne den Einsatz dieses Förderprogramms sind die Ergebnisse der Bodenordnung in der Regel nicht ausreichend, um die Voraussetzungen für die möglichst extensive Bewirtschaftung der Mittelgebirgslagen zu erreichen. Im vorgestellten Beispiel der drei Verfahren aus dem Oberwesterwald konnte durch den kombinierten Einsatz von Bodenordnung und Pachttausch die **durchschnittliche Besitzstückgröße von 0,17 ha auf 11 ha**, also um den **Vergrößerungsfaktor 63 gesteigert** werden.

Berücksichtigung sämtlicher Förderprogramme bei der Gestaltung der Landabfindung

- Pachtförderprogramme als integraler Bestandteil einer neuzeitlichen Bodenordnung -

Umsetzung von Vorschlag Nr. 24 des Reformkonzeptes

Obervermessungsrat Gerd Kohlhaas, Mayen

Kürrenberg gehört als Stadtteil zur Stadt Mayen im Kreis Mayen Koblenz. Das Stadtgebiet ist im ländlichen Raum gelegen und insgesamt als Raum mit erheblichen Strukturschwächen ausgewiesen. Die Stadt Mayen ist nach dem Landentwicklungsprogramm als Mittelzentrum mit den besonderen Funktionen G (gewerblicher Entwicklungsort) und E (Erholungsgemeinde) ausgewiesen.

Das Verfahrensgebiet wird im Norden und Osten im wesentlichen durch die B 258, im Süden durch die Gemarkungsgrenze nach Reudelsterz und im Westen durch das Karbachtal begrenzt. Die Größe des Zusammenlegungsverfahrens beträgt ca. 507 ha.

1. Zielvorstellungen

1.1 Agrarstrukturelle Zielvorstellungen

Die sogenannte Unterflur der Gemarkung Kürrenberg wurde in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg einem Flurbereinigungsverfahren unterzogen. Dieses Verfahren war ganz auf die damaligen landwirtschaftlichen Vorgaben abgestimmt. Die Furchenlänge wurde mit rd. 150 Meter der tierischen Anspannung angepaßt. Die Zuteilungsgrundstücke dieses ersten Verfahrens wiesen eine durchschnittliche Größe von 0,35 ha auf. Dies läßt deutlich erkennen, welche Vielzahl an landwirtschaftlichen Betrieben die Flur bewirtschafteten.

Die Zahl der im Haupterwerb wirtschaftenden Betriebe ist in Kürrenberg bis zum Jahre 1964 auf 14 und bis heute auf 4 Betriebe geschrumpft. Darüberhinaus wirtschaften noch 4 Betriebe im Nebenerwerb.

Diese 8 ortsansässigen Betriebe, von denen sich zwei zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, bewirtschaften im Verfahrensgebiet rd. 250 ha. Acker auf den Hochflächen sowie rd. 35 ha. Dauergrünland, im wesentlichen in den stark eingeschnittenen Bachtälern. Der Pachtanteil an den ackerbaulich genutzten Flächen be-

trägt 30%. Weitere 15 ha. Ackerfläche sowie rund 10 ha. Grünland werden von vielen unterschiedlichen Betrieben aus den Nachbargemarkungen bearbeitet.

Alle vorgenannten Betriebe mit weit gefächerter Ausrichtung (Bullenmast, Geflügelhof, Milchvieh) stehen im Konkurrenzkampf zu Betrieben in anderen, für die Landwirtschaft günstigeren Gebieten Deutschlands und der Europäischen Union.

Die Verbesserung der Produktionsgrundlagen dieser Betriebe war vorrangige Aufgabe der Bodenordnung in Kürrenberg. Da weder die Topographie noch die Bodenqualität durch ein Bodenordnungsverfahren günstiger gestaltet werden kann, verbleibt lediglich die Möglichkeit, die Produktivität des Landwirtes zu verbessern. Dies kann nur durch die Vergrößerung der Schlaglängen sowie eine deutliche Vergrößerung der Bewirtschaftungsgrundstücke geschehen. Hierdurch entfallen unnötige Wegstrecken sowie unproduktive Wendearbeiten. Aus landwirtschaftlicher Sicht waren daher Bewirtschaftungsgrundstücke anzustreben, die folgende Grundvoraussetzungen aufweisen:

- ☐ Schlaggröße mindestens 5 ha.
- ☐ Schlaglänge mind. 400 Meter, besser 600 Meter
- ☐ Grenzziehung möglichst parallel zur Bewirtschaftungsrichtung.
- ☐ Berücksichtigung der topographischen Gegebenheiten.

1.2 Landespflegerische Ziele des Verfahrens

Die Gemarkung Kürrenberg ist von Natur aus stark gegliedert. Bewaldete Täler durchziehen die Gemarkung. In den landwirtschaftlich genutzten Flächen fehlen gliedernde Elemente fast vollständig. Landespflegerisches Ziel des Verfahrens war es, die Land-

schaft durch Baum- und Heckenpflanzen zu gliedern und so den ökologischen Wert zu steigern. Weiterhin war auch der Freizeitwert für die Bewohner von Kürrenberg, die Bewohner der Stadt Mayen und für die ständig steigende Anzahl an Urlaubsgästen des staatlich anerkannten Erholungs- und Luftkurortes Kürrenberg deutlich zu verbessern.

2. Neugestaltungskonzept

2.1 Landwirtschaftliche Nutzflächen

In der ersten Bodenordnung in Kürrenberg wurde ein dichtes Wegenetz erstellt. Dieses Wegenetz, einst zur Verbesserung der Produktionsbedingungen geschaffen, erschwerte heute die Bewirtschaftung der Flächen. Zum Erreichen der Ziele der Bodenordnung sollten diese Wege in größtmöglichem Umfang entfallen.

Hierbei waren neben den landwirtschaftlichen Vorstellungen und den topographischen Gegebenheiten viele andere Zwangspunkte zu beachten:

- ☐ Wege mit schwerer Wegebefestigung,
- ☐ Wege mit Erschießungsfunktion für angrenzende (Wald-)Flächen,
- ☐ Wanderwegverbindungen,
- ☐ Wege mit unterirdischen Leitungen ohne ausreichende Überdeckung.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben wurde gemeinsam mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft das vorhandene Wegenetz optimiert. Rund 12,5 km vorhandene Wege wurden aufgehoben.

Zur Schaffung günstiger Blockformen war die Ausweisung von rd. 600 Metern neuer Erdwege erforderlich.

2.2 Waldflächen

Die Waldflächen in Kürrenberg waren ebenfalls in die erste Flurbereinigung einbezogen. Die Waldflächen sind ausreichend erschlossen. Ein Neugestaltungsbedarf ergab sich bei den Gesprächen mit den Grundstückseigentümern nur in sehr geringem Umfang. Dies bedeutet, daß die Grundstücks- und Erschließungssituation in den Waldgebieten nahezu unverändert bleiben konnte.

2.3 Wiesenflächen in den Tälern

Die Situation in den Wiesentälern ist dem Wald vergleichbar. Auf Änderungen des Wegenetzes wurde verzichtet.

3. Realisierung der Planungen

3.1 Bodenordnung

Die gesteckten agrarstrukturellen Ziele ließen sich mit einer reinen Zusammenfassung des Eigentums nicht vollständig erreichen. Vielmehr mußten die Abfindungsgrundstücke der Verpächter mit in die Gesamtüberlegungen einbezogen werden.

Bereits im ersten Planwunschtermin wurden neben den Abfindungswünschen auch die Pachtverhältnisse und die Bereitschaft zur längerfristigen Verpachtung erfragt. Die Auswertung der gewonnenen Pachtdate zeigte, daß viele Verpächter ihren Grundbesitz an mehrere Landwirte verpachtet hatten. Die Pächter, hauptsächlich die Inhaber der kleineren Betriebe, forderten, daß die gepachtete Fläche im Rahmen der Bodenordnung möglichst gleich bleiben sollte. Sie befürchteten massive Eingriffe in die Pachtstruktur durch einen bereits heute flächenmäßig dominierenden Betrieb.

3.2 Pachtflächenkonzept

Die Erarbeitung eines ersten Zuteilungskonzeptes zeigte, daß die berechtigten Abfindungswünsche der Nichtlandwirte mit dem Wunsch der Bewirtschafter nach möglichst großen Bewirtschaftungseinheiten bei Beibehaltung der Verpächter und des Pachtflächenanteils kollidierten.

Von der Projektgruppe wurde daher, auf der Basis eines aufgrund des 2. Gespräches mit den Grundstückseigentümern bearbeiteten Zuteilungsentwurfes, ein Konzept zur Neugestaltung der Pachtverhältnisse erarbeitet. Dieses Konzept wurde den Bewirtschaftern vorgestellt und eingehend erörtert. Die Pächter stimmten nach geringfügigen Änderungen dem Vorschlag zu.

Das Konzept eröffnete in großem Umfang die Möglichkeit, das Pachtförderprogramm ergänzend zur Bodenordnung einzusetzen.

Als Serviceleistung des Kulturamtes für die Landwirte wurden unter Einsatz der zur Verfügung stehenden Datenverarbeitung die Pachtverträge für die Landwirte erarbeitet. Darüber hinaus wurde in Einzelgesprächen sowie bei der Bekanntgabe des Zusammenlegungsplanes bei den Verpächtern für

das Modell geworben. Sie mußten überzeugt werden, daß eine optimale Landnutzung durch die Landwirte, über die einmalige Prämie hinaus, langfristig auch in ihrem Interesse ist.

Die Realisierung des Pachtkonzeptes blieb jedoch im wesentlichen den Landwirten überlassen. Für diese war es sicherlich schwierig, sich von langjährigen Verpächtern zu trennen und sich auf neue Partner einzustellen.

4. Ergebnis des Verfahrens

4.1 Bodenordnung und Pachtflächenkonzept

Heute, etwa 7 Monate nach Besitzübergang bleibt festzustellen, daß die Ziele der Bodenordnung in

sehr beeindruckendem Umfang erreicht wurden.

Das Pachtflächenkonzept wurde zu 100% umgesetzt. Die angebotene Förderung einer langfristigen Verpachtung wurde von 28 Verpächtern für eine Fläche von rd. 45 ha angenommen. Dabei wurden 12 Einzelverträge mit einer Fläche von 28 ha abgeschlossen. Weiterhin schlossen sich 21 Verpächter in 4 rationellen Bewirtschaftungseinheiten mit einer Gesamtfläche von rd. 17 ha zusammen.

Damit wurden nahezu alle Möglichkeiten der Verpachtungsförderung ausgeschöpft. Für 60 % der Pachtfläche liegt nunmehr eine langfristige Bindung an den Pächter vor.

Das Ergebnis der Bodenordnung läßt sich zahlenmäßig wie folgt darstellen:

	Eigentum in Verfahren							Pacht		Bewirtschaftung (neu)		
	Betr.-form	Fläche		Flurstücke		Besitzstücke		Fläche		Anzahl der Bew. Stücke	Ø Größe	
				alt	neu	alt	neu					
Betrieb 1	HE	95	ha	260	18	149	9	25	ha	9	13	ha
Betrieb 2	HE	22	ha	64	12	41	9	12	ha	9	4	ha
Betrieb 3	NE	16	ha	57	5	35	3	0	ha	3	5	ha
Betrieb 4	HE	15	ha	72	8	39	2	6	ha	3	7	ha
Betrieb 5	NE	10	ha	29	4	22	3	9	ha	4	5	ha
Betrieb 6	NE	8	ha	21	1	17	1	8	ha	2	8	ha
Betrieb 7	NE	7	ha	20	3	16	3	14	ha	5	4	ha
		173	ha	523	51	319	30	74	ha	35	7	ha

Durchschnittliche Besitzstückgröße

vor der Zusammenlegung: 0,54 ha

nach der Zusammenlegung: 5,77 ha

Durchschnittliche Bewirtschaftungsstückgröße

nach der Zusammenlegung: 7,06 ha

Zusammenlegungsverhältnis (Besitzstücke): 9 : 1

4.2 Landespflege

Zur Realisierung der landespflegerischen Zielvorstellungen wurde im wesentlichen auf linienhafte Strukturen zurückgegriffen. So wurde eine gemischte Obst- und Laubbaumreihe entlang der mitten durch das Verfahren verlaufenden K 23 gepflanzt. Ausgehend von dieser neu entstandenen Allee sind Vernetzungsstrukturen nach links und rechts bis zu den Waldrändern angelegt.

Desweiteren wurden die Quellbereiche der Bäche aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen und für Zwecke der Landespflege bereitgestellt.

Insgesamt wurden über 35 000 m² vorher landwirtschaftlich genutzte Fläche für Zwecke der Landes-

pflege bereitgestellt. Auf ihnen sind bisher 170 Obstbäume, 350 Laubbäume und rd. 3800 Sträucher gepflanzt worden.

4.3 Zeitlicher Ablauf des Verfahrens

Einleitungsbeschluß 25.1.1994

Planwunschtermin Mai 1994

Wertermittlung Sept. 1994

Vorstellung Zuteilungskonzept Sommer 1995

Erstellung Pachtflächenkonzept Sept. 1995

Bekanntgabe
Zusammenlegungsplan **18.1.1996**

Katasterberichtigung **Ende 1996**

Die Bewirtschaftung der neuen Grundstücke erfolgte auf der Basis des den Grundstückseigentümern

vorgestellten Zuteilungsentwurfes und des Pachtflächenkonzeptes bereits im Herbst 1995.

Der Zeitraum von Beginn der Verfahrensbearbeitung bis zur Nutzung der neuen Grundstücke betrug deutlich weniger als 20 Monate.

Bruchteilsbelastungen (§ 68 FlurbG)

Umsetzung von Vorschlag Nr. 26 des Reformkonzeptes

Vermessungsdirektor Rolf Greib, Prüm

In den Flurbereinigungsverfahren Biesdorf und Kruchten (Verfahren nach §§ 1, 37 FlurbG) waren bei der Gestaltung der Abfindungen wie üblich die Grundpfandrechte (Rechte Dritter - § 68 FlurbG -) zunächst noch nicht berücksichtigt worden. Bei der Numerierung der neuen Flurstücke als einem der letzten Schritte vor Beantragung von N O (Wertermittlung neuer Bestand) und K 2 (Übersichtskarte des neuen Bestandes) mußte kurzfristig entschieden werden, ob die Belastungen in Abteilung III des Grundbuches (in den meisten Fällen Hypotheken) einzeln aufzuschlüsseln und deswegen eigene neue Flurstücke zu bilden sind.

Wegen des aus verschiedenen Gründen entstandenen großen Zeitdruckes wurde auf die der gängigen Flurbereinigungspraxis entsprechende Bildung besonderer Flurstücke bei unterschiedlichen Belastungen angesichts des Vorschlages Nr. 26 des Restrukturierungskonzeptes verzichtet.

Bei den Überlegungen zur weiteren Vorgehensweise wurde bald klar, daß diese unter großem Zeitdruck getroffene Entscheidung im Grunde genommen genau dem allgemeinen Beschleunigungs- und Vordringlichkeitsgrundsatz des Flurbereinigungsgesetzes entspricht. Dieser findet sich auch in § 68 FlurbG. Dort ist nämlich in Absatz 2 die Bruchteilsbelastung von Grundstücken im Gegensatz zu der älteren und allgemeinen Bestimmung des § 1114 BGB zugelassen.

Gemäß § 68 Abs. 3 FlurbG ist (erst) auf Antrag ein besonderes Grundstück auszuweisen. Aus dieser Reihenfolge und vor allem aus der Formulierung "auf Antrag" ist abzuleiten, daß die Bruchteilsbelastung der vom Gesetzgeber gewollte Regelfall und die Ausweisung eines besonderen Grundstücks die Ausnahme ist. Neben dem Beschleunigungseffekt soll dadurch erreicht werden, daß die Zahl der neuen Flurstücke möglichst gering gehalten wird.

Die Flurbereinigungspraxis hat dieses Regel-Aus-

nahme-Verhältnis umgekehrt. Allerdings nicht ohne Grund. Denn es muß bedacht werden, daß das Antragsrecht (dessen, der ein rechtliches Interesse an der Ausweisung eines besonderen Grundstücks hat) gemäß § 68 Abs. 3 FlurbG nicht eingeschränkt ist. Das bedeutet, daß derjenige Beteiligte, der das Flurbereinigungsverfahren aufmerksam verfolgt, eine kostenlose Ausweisung eines besonderen Grundstücks erreichen kann, auch wenn dies objektiv gar nicht unbedingt erforderlich wäre.

Ein anderer Beteiligter, der darauf vertraut, daß die Flurbereinigungsbehörde die Erforderlichkeit der Ausweisung eines besonderen Grundstücks schon richtig erkennen und deswegen diese Ausweisung auch vornehmen wird, versäumt es, einen Antrag gemäß § 68 Abs. 3 FlurbG zu stellen; er muß dann nach Abschluß des Flurbereinigungsverfahrens die Ausweisung eines besonderen Grundstücks selbst tragen. Zwar wird man hier den Grundsatz der Mitwirkungspflicht der Beteiligten heranziehen; dennoch sollte das Verwaltungshandeln soweit wie möglich bürgerfreundlich sein. Daher sollte die Bruchteilsbelastung nur auf vom Wert her gesehen gleichmäßigen Grundstücken angewendet werden.

Hausgrundstücke dürfen daher nicht mit Hausanschlußflächen zu einem Flurstück zusammengefaßt und dennoch bruchteilsbelastet werden. Hier wäre sicherlich Verwirrung zu besorgen, und der Auftrag der Bodenordnung gemäß § 37 Abs. 1 FlurbG ("Die rechtlichen Verhältnisse sind zu ordnen") würde ins Gegenteil verkehrt.

Die Beteiligten müssen bei Bruchteilsbelastungen auch besonders auf ihr Antragsrecht hingewiesen werden. Allerdings muß umgekehrt der häufig auftretende Fall, alter nicht mehr valutierender Belastungen in der Flurbereinigungspraxis stärker berücksichtigt werden, indem in der freien Feldflur mehr als bisher von der Bruchteilsbelastung Gebrauch gemacht wird. Wie diese geänderte Flurbereinigungspraxis bei den Beteiligten ankommt, bleibt noch abzuwarten.

Eintragung von Bruchteilsbelastungen

Umsetzung von Vorschlag Nr. 26 des Reformkonzeptes

Vermessungsobersinspektor Rainer Sonne, Bernkastel-Kues

Der Vorschlag Nr. 26 kann dazu beitragen, die Bearbeitungszeit im Flurbereinigungs-/Zusammenlegungsplan weiter zu reduzieren.

Bei der Umsetzung sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Grundbuchordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches zu wahren.

In § 7 der Grundbuchordnung ist eindeutig geregelt, daß ein Grundstücksteil mit einem Recht belastet werden kann, sofern hiervon eine "Verwirrung nicht zu besorgen ist". Hierbei sind die Vorschriften des § 2 Grundbuchordnung anzuwenden.

Aus dem § 2 der Grundbuchordnung geht hervor, daß bei einer "Abschreibung eines Teilgrundstücks" (oder Teilbelastung eines Grundstücks) die Bezeichnung des zu belastenden Flurstücksteils aus dem "amtlichen Verzeichnis" hervorgehen muß.

Dieses amtliche Verzeichnis ist in unseren Registern der Abfindungsnachweis "Belastungen und Beschränkungen" bzw. die Zuteilungskarte mit entsprechendem Hinweis und einer Erläuterung im Textteil des Flurbereinigungsplans.

Später muß die Bezeichnung des Flurstücksteils mit Bruchteilsbelastung aus der textlichen Beschrei-

bung der Belastung im Grundbuch oder aus der Rahmenkarte hervorgehen.

Die zeitliche Ersparnis bei der Vorgehensweise der Eintragung von Bruchteilsbelastungen gegenüber einer Flurstücksteilung ergibt sich aus der Summe folgender wegfallender Arbeiten:

- ☐ Einrechnung der neu zu bildenden Grenze
- ☐ Eintragung der Flurstücksangaben in die Register
- ☐ Eintragung der neuen Grenze in Risse und Karten
- ☐ Absteckung und Aufmessung der neuen Grenze
- ☐ Abmarkung der neuen Grenzpunkte

Je nach Einzelfall kann man je Bruchteilseintragung eine Zeitersparnis von ca. 3,5 Stunden ansetzen.

An Ausführungskosten spart man bei der nicht durchgeführten Abmarkung der Grenze durch Abverdiener und nicht benötigte Grenzsteine ca. 45,00 DM pro Bruchteilseintragung.

Eintragung von neuen Leitungsrechten in Verfahren nach § 86 und § 91 FlurbG nur noch dort, wo dies mit der Bodenordnung zu vereinbaren ist

Umsetzung von Vorschlag Nr. 27 des Reformkonzeptes

Vermessungsamtsrat Norbert Jost, Bernkastel-Kues

1. Einführung

Es ist zu unterscheiden zwischen bestehenden Leitungen und Rechten, die bereits im Grundbuch eingetragen sind, sowie Leitungen, wo die Dienstbarkeit zum ersten mal neu begründet werden soll.

2. Bestehende Rechte

Die Landabfindungen treten hinsichtlich der Rechte an den alten Grundstücken und der diese Grundstücke betreffenden Rechtsverhältnisse, die nicht aufgehoben werden (§ 49 FlurbG), an die Stelle der alten Grundstücke (§68 Abs. 1 Satz 1 FlurbG).

Somit sind bestehende Rechte auf die neuen Grundstücke zu übertragen.

Aus diesem Grunde sind die Leitungen einschließlich der Schutzstreifen sowie die Maststandorte durch eine Wertminderung bei der Wertermittlung zu berücksichtigen. Die Wertminderungen sind bei Einleitung der Wertermittlung festzulegen.

Die Höhe richtet sich nach dem Maß, in dem die ordnungsgemäße Bewirtschaftung beeinträchtigt oder der Verkehrswert des Grundstücks gemindert wird.

Bei Landabfindung in alter Lage entsteht hierdurch kein Nachteil. Bei Landabfindung in einem Bereich ohne Leitungen wird zwar der um das Leitungsrecht geminderte Abfindungsanspruch zugeteilt, jedoch entfällt hier die Nutzungseinschränkung.

Sind die Rechte an den Grundstücken im Altbesitz nur lückenhaft eingetragen, sollten meines Erachtens die Rechte für die gesamte Leitung auf die Abfindungsgrundstücke übertragen werden.

Dies führt bei Nachtragsbearbeitungen zu Vereinfachungen.

3. Neu einzutragende Rechte

Neue Rechte sollten nicht mehr begründet werden. Der Leitungsbetreiber kann, nach der Vorlage des Nachtrages I, sich mit den Eigentümern in Verbindung setzen und nach der Grundbuchberichtigung die Eintragung beim Grundbuchamt beantragen.

Der Ausgleich der Entschädigungszahlungen erfolgt ebenfalls durch den Leitungsbetreiber.

Bei der Bearbeitung von Nachträgen führt dies zu wesentlichen Erleichterungen hinsichtlich der Festsetzung im Nachtragstext sowie der Änderung des Entschädigungsbetrages.

Voraussetzung ist jedoch auch hier die Berücksichtigung der Wertminderung bei der Wertermittlung.

Verzicht auf die Erstellung einer Zuteilungskarte für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren

Umsetzung des Vorschlages Nr. 28 des Reformkonzeptes

Gruppe 4 des Kulturrates Worms

1. Vorwort

Der Vorschlag Nr. 28 des "Konzeptes zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe der Ländlichen Bodenordnung und der Organisation der Kulturräte" gilt für den Fall "daß auf der Grundlage einer Neuvermessung ein einwandfreier Katasternachweis als Ergebnis der Neuordnung vorliegt".

Es wird unter Nr. 28 weiterhin vorgeschlagen, "zur Erläuterung der Landabfindung die Ortslagenregulierungsrisse zu verwenden".

Der "Gesamtvorschlag Nr. 28" soll im folgenden untersucht und gewürdigt werden.

2. Sinn und Zweck der Zuteilungskarte

Die Zuteilungskarte dient im allgemeinen der Umsetzung von Werteinheiten in Fläche.

Sie ist Grundlage für die maschinelle Blockteil- und Zuteilungsberechnung.

3. Zuteilung für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren

Die aus den Feldlagenverfahren bekannte klassische Zuteilungs- und Breitenberechnung findet für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren im allgemeinen nicht statt.

Im Prinzip werden vielmehr bedingte Flurstücke (= Blöcke) gebildet, so daß ein Einrechnen von neuen Grenzen nicht erfolgt. Die bei der Regulierung gebildeten bedingten Blöcke werden als neue Flurstücke zugeteilt. Die Erstellung einer Zuteilungskarte ist deshalb überflüssig.

4. Erläuterung der Landabfindung

Als notwendiges Arbeits- und Kontrollergebnis entsteht in Flurbereinigungsverfahren die sogenannte "Kontrollzeichnung". In ihr sind die Flächenpolygone sowie in Ortslagen vor allem auch die Gebäudepolygone dargestellt.

Weiterhin sind die Gebäude schraffiert und die jeweiligen Hausnummern enthalten.

Für die Erläuterung der Landabfindung wird in Zukunft in unserer Gruppe diese "Kontrollzeichnung" vorgesehen. Sie

- ☐ entsteht automatisch im Prozeßablauf,
- ☐ ist im Gegensatz zu den "Ortslagenregulierungsrisse" in allen Bereichen maßstäblich,
- ☐ enthält nur die für die betroffenen Teilnehmer notwendigen Elemente (also keine Maße bzw. Punktnummern).

Um die Erläuterung der Landabfindung anhand der Kontrollzeichnungen zu vereinfachen, sollten diese für Ortslagen in Dorfflurbereinigungsverfahren im Maßstab 1 : 500 auf transparentem Zeichenträger erstellt werden.

5. Zusammenfassung

Durch den Vorschlag Nr. 28 wird ein in Dorfflurbereinigungsverfahren "unnötiger Nachweis" der Bodenordnungsergebnisse überflüssig.

Dies führt zu einer Ersparnis bei Zeit und Kosten, da zum einen nach der Erstellung der Kontrollzeichnung und deren Berichtigung keine Wartezeiten mehr entstehen und zum anderen die oft sehr zeitaufwendige Ausarbeitung der Zuteilungskarte entfällt.

Da die Zuteilungskarte von der Ausführungsanordnung bis zur Abgabe der Katasterberichtigungsunterlagen die amtliche Karte darstellt, ist die Katasterberichtigung schnellstmöglich durchzuführen.

Verzicht auf die Erstellung von Zuteilungskarten für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren

Umsetzung von Vorschlag Nr. 28 des Reformkonzeptes

Vermessungsamtman Ewald Weck, Bernkastel-Kues

Ein wesentlicher Aspekt zur Verfahrensoptimierung ist die Verkürzung von Abläufen in Bodenordnungsverfahren. Es wurde im Reformprojekt u.a. untersucht, wie bei der Herstellung der einzelnen Nachweise der Bodenordnungsergebnisse Vereinfachungen vorgenommen werden können. Auch im Bereich der technischen Register und insbesondere der Karten liegen Daten oft redundant vor.

Ein Beispiel hierfür ist die Zuteilungskarte, die zum Zeitpunkt ihrer Herstellung bei der LUREST nur Daten enthält, die auch in Form von Dateien (Punktdatei, Grunddatei, Gebäudedatei usw.) vorliegen. Ihre Ausarbeitung ist insbesondere in einer Dorfflurbereinigung mit einigem Zeitaufwand verbunden. Die Zuteilungskarte dient im Verfahren einerseits als Arbeitskarte für die Digitalisierung des neuen Bestandes, für die Erstellung des Blockteilverzeichnisses und für die Zuteilungsberechnung. Andererseits ist sie vom Zeitpunkt der Ausführungsanordnung bis zur Katasterberichtigung amtliche Karte der neuen Flurstücke. Es stellte sich die Frage, ob sie in diesen Funktionen in einem Dorfflurbereinigungsverfahren mit Neuvermessung nicht durch andere Karten ersetzt werden kann.

In einer Ortslage werden im Normalfall bei der örtlichen Regulierung die neuen Grundstücksgrenzen bereits festgelegt. Diese sind identisch mit den Blockgrenzen, so daß Blockteilerrechnung und maschinelle Zuteilungsberechnung entfallen.

Normalerweise wird ein Ortslagenblock nur eine Nutzungsart bzw. Klasse enthalten. Die Wertermittlung Neuer Bestand kann daher ohne Verwendung einer Karte erfolgen. Sollte im Einzelfall doch eine Digitalisierung notwendig sein, so kann diese auf der Grundlage der Kontrollzeichnung durchgeführt werden. Zur Erläuterung der Landabfindung sind die Regulierungsrisse ausreichend, auf deren korrekte und vollständige Führung besonders geachtet werden muß. Als Arbeitskarte wird die Zuteilungskarte somit entbehrlich.

Als amtliche Karte muß die zur Berichtigung des Liegenschaftskatasters herzustellende Rahmenkarte unmittelbar nach dem Flurbereinigungsplan hergestellt werden. Eine wichtige Voraussetzung ist die Vermeidung von umfangreichen Nachträgen, deren Einarbeitung in die Rahmenkarten aufwendig ist. Durch Planvereinbarungen während der Regulierung kann dies erreicht werden.

Die Auswirkung auf die Zeitabläufe kann zum jetzigen Zeitpunkt nur geschätzt werden. Je nach Verfahren (Größe, Dichte der Bebauung etc.) könnte sie 6-8 Wochen betragen und ist in der kritischen Phase Zuteilung damit als erheblich anzusehen.

Als positiver Nebeneffekt dieser Vorgehensweise ist durch die frühzeitige Erstellung der Rahmenkarten auch eine Beschleunigung der Katasterberichtigung zu erwarten.

Verzicht auf die Erstellung einer Zuteilungskarte für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren

Umsetzung des Vorschlags Nr. 28 des Reformkonzeptes

Vermessungsamtmann Bernhard Theis, Trier

1. Einleitung

Die Zuteilungskarte spiegelt das Ergebnis der Neuordnung der Ortslagenregulierung wieder. Sie ist Bestandteil des Flurbereinigungsplanes vom Eintritt des neuen Rechtszustandes bis zur Abgabe an das Katasteramt.

Zur Erstellung der Zuteilungskarte sind umfangreiche Arbeiten notwendig, deren Erledigung einen nicht unerheblichen zeitlichen Aufwand mit sich bringt.

Es stellt sich nun die nicht unberechtigte Frage, ob sich dieser Zeitaufwand (speziell in der Ortslage) noch lohnt, ob es wirtschaftlichere Alternativen zur Zuteilungskarte gibt, oder ob man in der Ortslage sogar ganz darauf verzichten kann?

Der Vorschlag 28 beinhaltet in seiner Begründung als Alternative zur Zuteilungskarte die Ortslagenregulierungsrisse als Grundlage zur Erläuterung der Landabfindung vor Ort mit dem beteiligten Grundstückseigentümer und die Rahmenkarten, die auch zur späteren Berichtigung des Liegenschaftskatasters dienen, zum Zeitpunkt unmittelbar nach der Vorlage des Flurbereinigungs- bzw. Zusammenlegungsplanes.

Zur Forderung eines Verzichts auf die Zuteilungskarte in der Ortslage sind jedoch folgende Überlegungen mit einzubeziehen.

2. Arbeitsaufwand zur Erstellung der Zuteilungskarte

Welche Arbeiten im Vorfeld zur Erstellung der Zuteilungskarte notwendig sind, ist im Kapitel 3 der Richtlinien für das maschinelle Zeichnen der Karten und Vermessungsrisse - RiMaZ - eingehend erläutert.

Kurz zusammengefaßt sind folgende Arbeitsschritte notwendig:

- a) Erstellen der Dateien PUDIS, FLÄDIS, GEDIS, der Einzelpunktdatei sowie die Erfassungsbelege "Anschlußpunkte benachbarter Fluren und Kartengrenzen der Zuteilungskarten".

Bei der Erstellung der Dateien wird eine der Grundlagen des einwandfreien Katasternachweises geschaffen. Mit Hilfe der erfaßten Daten werden in Folge alle Karten- und Rißunterlagen erstellt; ein Mehraufwand speziell für die Erstellung der Zuteilungskarte entsteht nur durch die Aufstellung der Erfassungsbelege "Anschlußpunkte benachbarter Fluren" und "Kartengrenzen der Zuteilungskarte" (für die Ortslage je 1 Blatt) deren Erstellung keinen wesentlichen Arbeitsmehraufwand darstellt.

Als Ergebnis erhalte ich jedoch eine maßstäbliche Karten- und Planungsunterlage, die für die Besitz-einweisung, Änderungen vor der Planvorlage, bei der Aufstellung des Plantextes (z. B. Entschädigungen von Leitungen) eine wichtige Grundlage bildet.

- b) Beantragung der "Kontrollzeichnung Gebäude" zum Aufdecken grober Fehler.

Die Erstellung einer Kontrollzeichnung, ob vor der Zeichnung der Zuteilungskarte oder der Rahmenkarten ist in jedem Falle notwendig. Durch den Wegfall der Zuteilungskarte in der Ortslage bei Dorfflurbereinigungsverfahren ließe sich die Zeichnung der Kontrollkarte auf nur "eine" reduzieren. Die Positionierung der Flurstücks-Nr. könnte bei entsprechender EDV-Ausstattung durch ein Rechenprogramm (z. B. Bestimmung der Position durch Errechnung der Blockmitte und der Eingabe einer entsprechenden Flurstücks-Nr.) realisiert werden.

- c) Prüfung und Ausarbeitung der Zuteilungskarte entsprechend der Zeichenvorschrift (ZV) und der Flurkartenrichtlinie (RiFlur).

Sie bringt einen nicht unerheblichen Zeitaufwand mit sich; sind doch neben einer okularen Prüfung Wertermittlungsklassen und Grenzen zu übertragen, Block- und Blockteilgrenzen, Leitungen und Schutzstreifen, Beschriftungen (Lagezeichnung, Straßennamen) und letztlich auch der Blattvergleich (hier kontrolliert sich auch die Verfahrensgrenzherstellung) einzutragen und durchzuführen. Hinzu kommt die Vergabe und Eintragung (i. d. R. mit Schablonen) der Flurstücksnumerierung und der Ord.Nrn. in "Blei".

Lohnt sich dieser Zeitaufwand zur Erstellung und ständigen Laufenthaltung der Zuteilungskarte in der Ortslage überhaupt?

3. Zusammenfassung

- a) Dorfflurbereinigung in der reinen Ortslage: (siehe Abbildung 1)

In der eng bebauten Ortslage reicht die Ortslagenregulierungsunterlage (Karte, Riß) zur Erklärung des neuen Grenzverlaufes vollständig aus, auch für die Aufstellung des Flächenpolygons und die Vergabe der Flurstücksnumerierung sind diese Unterlagen ausreichend bis zum Erhalt der Rahmenkarten unmittelbar nach der Planvorlage.

- b) Dorfflurbereinigung im Randbereich der Ortslage: (siehe Abbildung 2)

Das Fehlen der Zuteilungskarte würde sich für solche Bereiche stärker bemerkbar machen, da neben der Regulierung des Hausgrundstückes auch ortsnahe Wiesen und Grünflächen mittels Zuteilungs- und Breitenberechnung zugeteilt werden. Eine nicht maßstäbliche Kartenunterlage des neuen Bestandes würde hierzu nicht ausreichen.

Ein genereller Verzicht auf die Zuteilungskarte in den Dorfflurbereinigungsverfahren läßt sich also verneinen.

Nur in eng bebauten Teilbereichen der Ortslage reichen die Regulierungsergebnisse bis zur Vorlage des Flurbereinigungsplanes vollständig aus, sie zeigen dem Grundstückseigentümer viel deutlicher die Veränderungen (Flächenzugewinne und -verluste) gegenüber dem alten Katasternachweis. In den Randbereichen der Ortslage (Wiesen und Gärten),

wo mittels Zuteilungs- und Breitenberechnung Ansprüche (teilweise bis auf einige Quadratmeter genau) einzurechnen sind, ist die Zuteilungskarte jedoch unverzichtbare Planungs- und Rechenunterlage für die Neuzuteilung.

Die Rahmenkarten zum Zeitpunkt unmittelbar nach der Vorlage des Flurbereinigungsplanes wären als Kartenunterlage für den Änderungsdienst (z. B. Widerspruchserledigung) nur beschränkt von Nutzen. Änderungen ließen sich zwar einarbeiten, der Verlauf durch die einzelnen Nachträge wäre jedoch nicht mehr nachvollziehbar. Für die eng bebaute Ortslage hat dies keine Bedeutung, da i. d. R. der Grenzverlauf bereits bei den Regulierungsarbeiten abschließend verhandelt werden kann und Änderungen für diese Bereiche kaum zu erwarten sind.

Abschließend ist zum Vorschlag 28 zu sagen, daß es auf die Struktur der Ortslage abgestellt und von Fall zu Fall anders, dem Kulturstamt, insbesondere aber dem Sachgebietsleiter Planung und Vermessung vorbehalten bleiben muß, ob auf eine Zuteilungskarte in der Ortslage verzichtet werden kann oder nicht.

Es ist zu hoffen, daß durch die Einführung von REDAS und WEDAL (das Kulturstamt Trier ist z. Zt. noch nicht am "Netz") und der Einführung graphischer Arbeitsplätze ein Arbeiten auf einer Kartenunterlage im herkömmlichen Sinne ganz entfällt (Digitale Karte) und nur für ganz spezielle Fälle ein Kartenauszug erstellt wird (z. B. für örtliche Vermessungen).

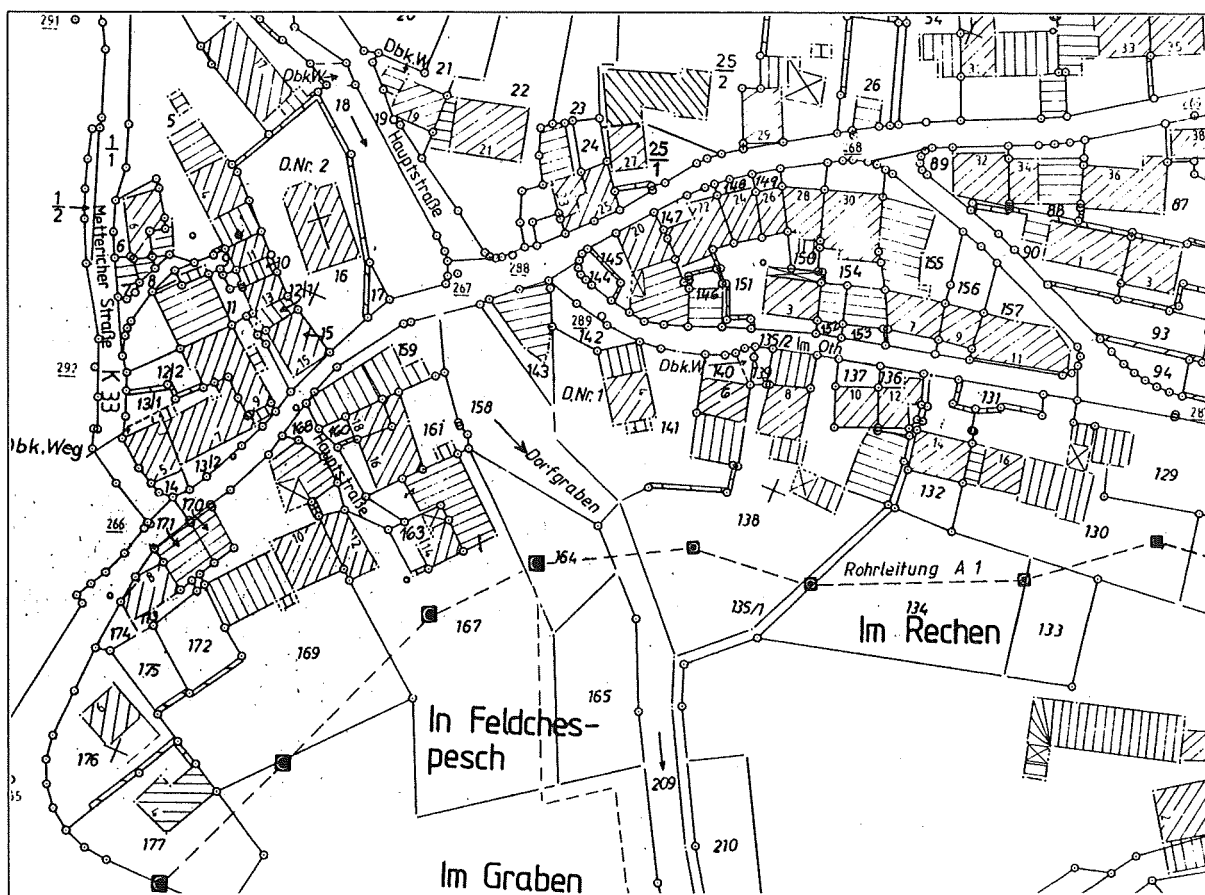


Abb. 1: Beispiel eng bebaute Ortslage (1:1000)

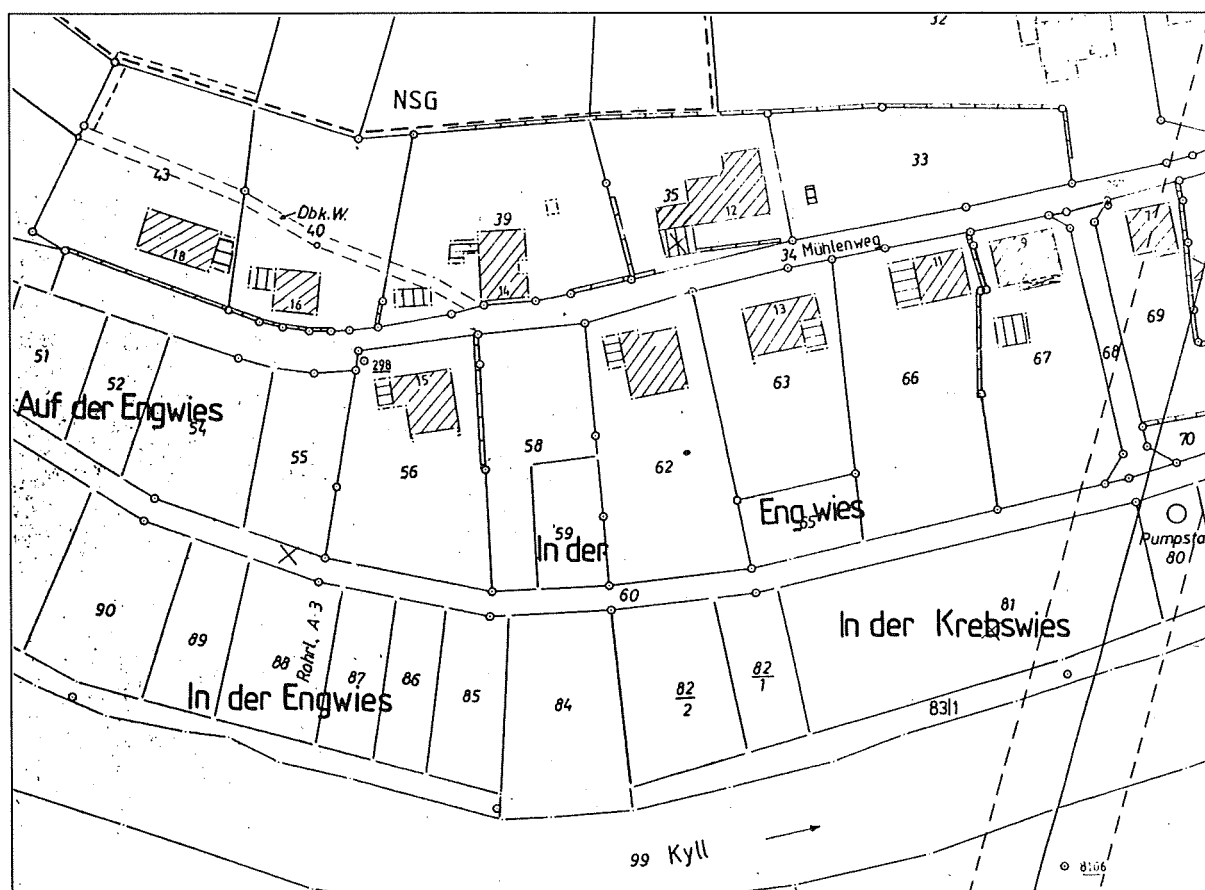


Abb. 2: Beispiel offene Ortslage (1:1000)

Verzicht auf die Erstellung einer Zuteilungskarte für die Ortslage in Dorfflurbereinigungsverfahren

Umsetzung von Vorschlag Nr. 28 des Reformkonzeptes

Vermessungsamtsrat Bruno Plum, Westerbürg

Aufgrund meiner langjährigen praktischen Berufserfahrung und dem häufigen Umgang mit Beteiligten und anderen Dienststellen möchte ich aus den nachfolgend aufgeführten Gründen nicht auf die Herstellung einer Zuteilungskarte in Dorfflurbereinigungsverfahren verzichten.

Nach der erfolgten Herstellung der Verfahrensgrenze gemäß dem Katasternachweis, der eigentlichen Ortsregulierung mit ihren umfangreichen Aufgaben und der abschließenden Polaraufnahme mit Gebäudeeinemessung bedeutet die anschließende Herstellung einer Zuteilungskarte keinen überaus erheblichen Zeitaufwand, da die Aufstellung der Flächen- und Gebäudepolygone ohnehin erforderlich ist. Wenn diese Daten dann noch zusätzlich in eine transparente Plotterzeichnung umgesetzt werden, hat man sofort eine gute Kontrollmöglichkeit für die erfolgte Grenzerstellung durch Überdecken der alten mit der neuen Karte. Ähnliche Kontrollmöglichkeiten ergeben sich sowohl für die richtige Polaraufnahme als auch für das fehlerfreie Aufstellen der Flächen- und Gebäudepolygone, da augenscheinlich grobe Fehler direkt auffallen, und die Kartierung der Gebäude ohnehin kartenmäßig zu überprüfen ist. Vor der weiteren Bearbeitung sollten vorhandene Fehler, die sich trotz sorgfältigster Arbeit immer wieder einschleichen, durch Nachmessung behoben werden.

Natürlich muß sich der Arbeitsaufwand bei der zeichnerischen Ausarbeitung der Karte in einem vernünftigen Rahmen bewegen, wobei man sich stets bewußt sein muß, daß es sich hier nur um eine reine Arbeitskarte handelt, für die kein Schönheitspreis verliehen wird.

Von der transparenten Karte wird eine Lichtpause auf Karton angefertigt, die mit dünnem Kugelschreiber weiter ausgearbeitet werden kann. Hierin sollte auch die Wertermittlung eingetragen werden, damit z.B. bei außerhalb der bebauten Ortslage liegenden Blöcken (z.B. Gartenlage) nach dem Zuteilungsentwurf über die Zuteilungs- und Breitenberechnung die neuen Grundstücksflächen mit den dazugehörigen Koordinaten berechnet werden können. Nur so bleibt der verfahrensmäßige Automationskreislauf gewahrt. Ohne Kartengrundlage

fehlt auch der Nachweis über die Digitalisierung der Blockflächen.

Bei Verhandlungen mit den Beteiligten (z.B. Planwunschtermin) ist wohl fast jeder Planer froh, sofern er auf eine vorhandene genaue Karte zurückgreifen kann, damit er den Beteiligten z.B. eventuelle Differenzen zwischen alter und neuer Fläche besser erläutern kann, jedenfalls eindeutiger als an Hand einer Versteinerungskarte oder eines unmaßstäblichen Risses.

Ebenfalls sollten in der Zuteilungskarte vorhandene Ent- und Versorgungsleitungen sowie andere Dienstbarkeiten wie z.B. Geh- und Fahrrechte -so weit der Rahmen vertretbar erscheint- zur Wahrung im Flurbereinigungsplan nicht fehlen.

Der geplante Zeitpunkt für die Herstellung der zur Berichtigung des Liegenschaftskatasters erforderlichen Rahmenkarten in der Dorfflurbereinigung erscheint mir im direkten Anschluß an den Flurbereinigungs- oder Zusammenlegungsplan als verfrüht, da sich durch Nachträge immer noch Änderungen, die sich auf einer ausgearbeiteten Rahmenkarte nur unter erheblichem zeichnerischen Aufwand einarbeiten lassen.

Als Grundlage für erforderliche Auszüge aus der Karte (Lagepläne) sollte dann auch bis zur Herstellung der endgültigen Rahmenkarten die transparente Zuteilungskarte dienen.

Wenn sich im Zuge der Weiterentwicklung graphischer Arbeitsplätze zeigen sollte, daß man auf die Zuteilungskarte im herkömmlichen Sinne verzichten kann, sollte erneut hierüber nachgedacht werden. Bis zu diesem Zeitpunkt erscheint mir aus den geschilderten Gründen die Beibehaltung der bisherigen Kartengrundlage jedoch als sinnvoller. Zur besseren Übersicht und Planung ist ein Gesamtplot der Ortslagenflur immer empfehlenswert.

Planfeststellung unter Verzicht auf die fachaufsichtliche Prüfung nach 2.6.2 PlafeFlurb am Beispiel der Projekte Zell I und II

Umsetzung von Vorschlag Nr. 36 des Reformkonzeptes

Vermessungsdirektor Klaus Wagner, Simmern

Das Flurbereinigungsverfahren Zell wurde eingeleitet, um die Erschließung der Weinberge zu verbessern und die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln. Gleichzeitig sollte durch landespflegerische Maßnahmen der Eingriff ausgeglichen werden.

Nach dem Grundsatztermin einschließlich "blauer Termin" und "grüner Termin" wurde der Plan aufgestellt. Dieser Plan ging über das Stadium "Konzept" weit hinaus. Er war mit den wichtigsten Betroffenen sowie im Bereich Landespflege auch mit der Oberbehörde weitestgehend abgestimmt.

Dieser Plan einschließlich einer überschlägigen Kostenaufstellung wurde der Bezirksregierung zur fachaufsichtlichen Prüfung vorgelegt.

Die Prüfung erfolgte sowohl örtlich als auch häuslich. Sie erscheint zu einem frühen Zeitpunkt sinnvoll, da dann auch noch grundlegende Dinge zu regeln bzw. zu ändern sind.

Das bedeutet natürlich, daß der zu prüfende Plan weit mehr ist, als nur ein reiner Strichentwurf. Bei der Prüfung nach 2.6.2 PlafeFlurb sind nämlich solche grundlegenden Änderungen, wie sie sich z. B. aus einer nicht richtigen Abwägung weinbaulicher und landespflegerischer Belange ergeben könnten nicht ohne erheblichen Aufwand und Ärger zu bereinigen.

Das gleiche gilt für die Kosten, wenn sich herausstellt, daß Maßnahmen wesentlich reduziert werden müssen, um die Ausführungskosten zu senken.

Bei dem teuren Steillagenverfahren Zell war dies von großem Vorteil, da es ein Ergebnis der fachaufsichtlichen Prüfung war, daß das Verfahren in zwei Abschnitte aufgeteilt wurde, um die Entwicklung der Ausführungskosten besser regulieren zu können.

Mit dem Abschluß der Prüfung nach 2.6.1 PlafeFlurb, die auch Prüfelemente aus 2.6.2 PlafeFlurb

enthielt, wurde die Freigabe zur Abhaltung der Termine nach Nr. 2.6.5 PlafeFlurb sowie nach § 41 Abs. 2 FlurbG erteilt. Die endgültig ausgearbeiteten Unterlagen konnten dadurch sofort zur Einsichtnahme für die Öffentlichkeit ausgelegt werden.

Zu diesem Termin ist allerdings anzumerken, daß er sowohl im Teil I als auch im Teil II von keinem einzigen wahrgenommen wurde und auch keine schriftlichen Äußerungen im Anschluß gemacht wurden.

Für den Termin nach § 41 Abs. 2 FlurbG hat die frühzeitige Prüfung den Vorteil, daß die für diesen Termin herzustellenden Verkleinerungen der WuG-Karte der endgültige Planfeststellung in aller Regel entspricht.

Bei der Vorlage der Unterlagen zur Planfeststellung wurde die Prüfliste gem. Anlage 1 der Hinweise zur Prüfung des Planes nach § 41 FlurbG (HPF) beigefügt. Diese Liste verlangt vor allem eine formelle Prüfung und war als Vorprüfung des Amtes für die Prüfung nach 2.6.2 durch die obere Flurbereinigungsbehörde vorgesehen. Sie war in diesem Fall eine Prüfung der planfeststellungsreifen Unterlagen vor Abgabe an die Planfeststellungsbehörde.

Das beschriebene Verfahren hat dazu geführt, daß zwischen fachaufsichtlicher Prüfung und Planfeststellung ein Zeitraum von nur 5 Monaten lag. In anderen Verfahren war eine solch kurze Zeitspanne nicht zu erreichen, selbst dort nicht, wo nur eine Plangenehmigung notwendig war.

Nur noch eine Prüfung durch die Bezirksregierung zum Plan nach § 41 FlurbG?

Gedankenmodell zur Anwendung des Vorschlages Nr. 36 des Reformkonzeptes

Vermessungsdirektor Gerd Hausmann, Worms

1. Vorwort

"Die Verfahrensdauer der Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG hat sich im Laufe der letzten 30 Jahre erheblich verlängert. Hauptursache sind die durch die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen gestiegene Planungsdauer und -intensität ..." *)

Ein Zeitfaktor ist die Aufstellung und Prüfung des Planes nach § 41 FlurbG seit der Novellierung des FlurbG im Jahre 1976 und die darauf folgende Entwicklung des Prüfungs- und Planfeststellungsverfahrens, wie z. B.

- ☐ Einführung einer zweistufigen fachaufsichtlichen Prüfung 1983
- ☐ Beteiligung der nach § 29 BNatSchG anerkannten rechtsfähigen Vereine 1983
- ☐ Einführung des HPF 1990
- ☐ Formelle Prüfung durch den LtB
- ☐ Einführung der UVP 1990

2. Istzustand

2.1 Zeitbedarf und Ursachen

Eine Analyse der Zeitabläufe von ca. 20 vergleichbaren Weinbergsbodenordnungsverfahren, die vom Verfasser selbst bearbeitet wurden, hatte zum Ergebnis, daß der Prozeßschritt "Plan nach § 41 FlurbG" (Abgabe zur Prüfung bis Planfeststellungsbeschluß) Anfang der 80er Jahre noch durchschnittlich 10 Monate in Anspruch nahm, sich die Zeitspanne aber zwischenzeitlich - von Ausnahmen abgesehen - auf durchschnittlich 15 Monate verlängert hat.

Dabei hat sich der Zeitverbrauch für die Prüfung durch die Bezirksregierung von durchschnittlich 3,9 Monaten (einstufig) auf durchschnittlich 8,6 Monate (zweistufig) **mehr als verdoppelt**.

Der Prüfungsvorgang ist ein sukzessiver Verfahrensprozeß, der neben der eigentlichen Prüfung

auch eine Reihe unproduktiver Prozeßunterbrechungen wie Postwege, Liege- und Wartezeiten usw. beinhaltet.

Die zweifache Prüfung verdoppelt die unproduktiven Zeiten.

Zudem besteht durch den zeitlichen Abstand der Prüfungen die Gefahr, daß bereits abgeschlossene Prüfungsvorgänge wiederholt werden.

2.2 Zweistufige Prüfung

Die Einführung der zweistufigen Prüfung war jedoch nicht Selbstzweck.

Sie basierte auf der Erkenntnis, daß bei der Vorlage eines vollständig ausgearbeiteten Planes zu einer einstufigen, umfassenden materiellen und formellen Prüfung durch die Bezirksregierung der Überarbeitungsaufwand nach der Prüfung in der Regel einen erheblichen und unnötigen Zeitaufwand erforderte.

Änderungen der Planung hatten zur Folge, daß **alle** zum Plan erforderlichen Unterlagen durchberichtigt oder neu erstellt werden mußten.

2.3 Entwicklung der Prüfungsinhalte

Die Entwicklung der Prüfungsinhalte zeigt, daß die bisherige Prüfung nach 2.6.1 PlafeFlurb sich aber nicht nur auf die flurbereinigungstechnische Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit erstreckt, sondern große Teile des Prüfungsinhaltes nach 2.6.2 PlafeFlurb vorwegnimmt.

Ob die land- und forstwirtschaftlichen, wasserwirtschaftlichen und landespflegerischen Belange untereinander und gegeneinander sachgerecht abgewogen sind und der Plan leitlinienkonform entworfen wurde, sind weitestgehend bereits Bestandteil der ersten Prüfung.

Was faktisch für die zweite Prüfung verbleibt, ist - von dem wasserwirtschaftlichen Entwurf abgesehen - überwiegend eine Kontrolle, ob die Unterla-

*) Leitlinien Ländliche Bodenordnung

gen richtlinienkonform erstellt und die Prüfbemerkungen abgearbeitet wurden; ein Prozeßschritt, der gemäß HPF vor der zweiten Prüfung zusätzlich auch durch das Amt vorgenommen wird.

3. Zielvorstellung

Es ist richtig, den Prüfungsvorgang auf einen Durchlauf bei der Bezirksregierung zu reduzieren.

Gegen die Lösung, den Plan **wahlweise** nach 2.6.1 oder 2.6.2 PlafeFlurb prüfen zu lassen, bestehen allerdings Bedenken.

Bei einer alleinigen Durchführung der Prüfung 2.6.2 PlafeFlurb durch die Bezirksregierung tritt diese erstmalig in Funktion, wenn **alle** Unterlagen erstellt sind. Somit würde wieder der Zustand vor Einführung einer zweistufigen Prüfung erreicht.

Unter Zugrundelegung der tatsächlichen Prüfungsinhalte muß im Sinne von Business Reengineering die Frage gestellt werden, ob eine zweimalige Prü-

fung durch die Bezirksregierung überhaupt erforderlich ist.

Form und notwendiger Inhalt aller Unterlagen, die nach der ersten Prüfung zu erstellen sind, sind durch das HPF weitestgehend vorgegeben.

Was verbleibt ist eine Endkontrolle, ob die Prüfbemerkungen erledigt wurden, die Unterlagen in sich schlüssig sind, die Anlagen eindeutig, vollständig beschrieben und dargestellt sind und alle erforderlichen Verhandlungen und Abstimmungen vorliegen, die in eigener Verantwortung des Kulturamtes vorgenommen werden kann.

4. Fazit

Die Verantwortung für das Endprodukt muß in der Arbeitsgruppe verbleiben. Prozeßunterbrechungen infolge Auslagerung der zu prüfenden Unterlagen müssen vermieden und die Kontrollen in den Prozeßablauf zurückgeführt werden.

“Nur noch eine Prüfung durch die obere Flurbereinigungsbehörde zum Plan nach § 41 FlurbG”

Umsetzung der Vorschläge Nr. 36 und Nr. 37 des Reformkonzeptes

Obervermessungsrat Endre Eszterle, Trier

Ziel von Business Reengineering ist es, u. a. die Prozeßschritte auf die gesetzlichen Vorgaben und die Kundenorientierung hin auszurichten. Um Kontrollschritte auf das unbedingt notwendige Minimum reduzieren zu können, muß man sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Dies führt zu einer Betrachtung unter Vorgabe der Sollkonzepte

- ☐ Reduzierung von Kontrollschritten auf das unbedingt notwendige Minimum
- ☐ Rückführung von Kontrollschritten in den Verfahrensablauf, ggf. mit neuen Zuständigkeiten

Der Flurbereinigungsplan bildet die grundlegende Verfahrensurkunde und ist daher der zentrale Verwaltungsakt der Flurbereinigungsbehörde für die ländliche Bodenordnung.

Hier sind die Ergebnisse des Flurbereinigungsplanes zusammenzufassen und zwar alle, auch der Plan nach § 41 FlurbG. Die Genehmigung des Flurbereinigungsplanes durch die obere Flurbereinigungsbehörde (§ 58 [3] FlurbG) dient “der Feststellung, daß der Plan mit den staatswirtschaftlichen Zielen im Einklang steht”.

1. Fortschreibung des Planes nach § 41 FlurbG

Die Regelungen nach § 41 (3) bzw. (4) und § 59 (1) FlurbG sind zwei selbständige Verwaltungsakte, wobei der Erste im Zweiten aufzunehmen ist.

Eine zu frühe Feststellung des Planes nach § 41 FlurbG bedeutet eine ständige Fortschreibung mit entsprechender Aufstellung, Prüfung und Genehmigung; letztere durch die obere Flurbereinigungsbehörde.

Auch stößt die Aufstellung des Planes nach § 41 FlurbG bei den **Verfahrensbeteiligten** auf Unverständnis, da sie nach dem klaren Gesetzeswortlaut ausgeschlossen sind. Dazu stellt er das Gerippe für die nachfolgende Bodenordnung dar und ist sogar die Rechtsgrundlage für einen vorzeitigen Ausbau.

Erst nach der Aufnahme in den Flurbereinigungsplan steht er einer Teilnehmeranfechtung offen.

2. Teilnehmerbeteiligung

Eine Teilnehmeranhörung ist im Flurbereinigungsverfahren gemäß § 57 FlurbG vorgeschrieben.

Mit der Feststellung des Planes nach § 41 FlurbG **nach** diesem Planwuschtermin und **möglichst noch nach der Aufstellung des Zuteilungsentwurfes** könnte eine ausreichende Kundennähe gewährleistet sein.

Ein geringer zeitlicher Abstand zwischen den beiden Verwaltungsakten reduziert die Fortschreibung. Es ist nicht meine Absicht, die Feststellung des Planes nach § 41 FlurbG in Frage zu stellen. Ich gebe jedoch zu bedenken, daß im Flurbereinigungsgesetz häufig die Attribute "vorläufig" und "vorzeitig" verwandt werden, die sicher nicht zu einer Verfahrensverzögerung, sondern mehr zu einer stärkeren Bürgernähe und damit größeren Akzeptanz führen sollen.

3. Konzentrationswirkung des Planes nach § 41 FlurbG (Abwägungsgebot)

Vor der Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes wurde der Wege- und Gewässerplan mit landespflegerischem Begleitplan nur vorläufig festgestellt. Die wichtigste Änderung des § 41 FlurbG galt der umfassenden Konzentrationswirkung, d. h. auch Regelung von öffentlichen Anlagen, die dem Zweck der Flurbereinigung dienen.

Bei der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes sind die von der Planung berührten öffentlichen Interessen und gemeinschaftlichen Belange der Teilnehmer gegeneinander und untereinander abzuwägen. Hier mangelt es sicher an Bürgernähe, wenn der Plan vor einer Teilnehmerbeteiligung festgestellt wird, d. h. z. B. vor dem Planwuschtermin gemäß § 57 FlurbG.

Ungeachtet dieser Überlegungen ist es verfahrenstechnisch unabdingbar notwendig, den Plan nach § 41 FlurbG **rechtzeitig aufzustellen**. Die Frage ist nur wann und in welchem Umfang.

Nach dem Grundsatztermin § 38 FlurbG (Termin oder schriftliches Abfragen) ist das Hauptwirtschaftswegenetz zu entwerfen und die Abstimmung mit den Planungen vorzunehmen. Grüner und Blauer Termin haben zu erfolgen. Hierbei werden die kostenträchtigsten Entscheidungen gefällt.

4. Materielle Prüfung durch obere Flurbereinigungsbehörde

Dieser Entwurf wird der oberen Flurbereinigungsbehörde zur materiellen Prüfung vorgelegt gemäß Ziffer 2.6.1 PlafeFlurb. Diese materielle Prüfung könnte auf das Notwendigste beschränkt werden; Hauptwirtschaftswegenetz und öffentliche Anlagen, soweit sie für das Flurbereinigungsverfahren relevant sind. An Unterlagen wären einzureichen:

☐ Übersichtskarte (Hauptwirtschaftswegenetz, öffentliche Vorhaben etc., Ergebnis Grüner und Blauer Termin)

☐ Maßnahmenverzeichnis

☐ Erläuterungsbericht unter Beachtung des Abwägungsgebotes

☐ Finanzierungsplan

Durch die obere Flurbereinigungsbehörde würde dann eine "vorläufige Genehmigung" (Ziffer 2.6.1 PlafeFlurb) ausgesprochen.

5. Formelle Prüfung sollte im Arbeitsprozeß verbleiben

Der Wege- und Gewässerplan wird nach dem Planwuschtermin bzw. im Zuteilungsentwurf verdichtet. Die formelle Prüfung nach Ziffer 2.6.2 PlafeFlurb sollte dann im Kulturamt vorgenommen werden.

Bei der Rohplanprüfung des Flurbereinigungsplanes könnte sich die obere Flurbereinigungsbehörde von dem eingearbeiteten Plan nach § 41 FlurbG überzeugen und entscheiden, ob eine Planfeststellung nach § 41 (3) FlurbG erforderlich ist oder ob eine Genehmigung zeitgleich mit dem Flurbereinigungsplan ausreicht.

Ein noch weitergehender Vorschlag zur Reduzierung der Fortschreibungen und Verstärkung der Bürgernähe wäre eine vorläufige Besitzeinweisung gemäß § 65 FlurbG ein Jahr vor der Planvorlage gemäß § 59 FlurbG. In diesem Jahr kann man Bedenken und Anregungen der Beteiligten zum Flurbereinigungsplan entgegennehmen.

Es würde sozusagen der Nachtrag NI in den Flurbereinigungsplan eingearbeitet werden können. Die Bürgernähe würde durch die einjährige Bewirtschaftung verstärkt werden und damit eine bessere Akzeptanz der Zusammenlegung.

Der Flurbereinigungsplan als fundamentaler Akt hat endgültigen Charakter und sollte daher nicht zu früh erlassen werden.

Ausarbeitung und Prüfung der Rahmenrisse für Ortslagen in der Arbeitsgruppe im Anschluß an die Aufmessung

Umsetzung des Vorschlages Nr. 38 des Reformkonzeptes

Gruppe 4 des Kulturamtes Worms

1. Vorwort

Der Vorschlag Nr. 38 des "Konzeptes zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe der Ländlichen Bodenordnung und der Organisation der Kulturämter" wurde mit Schreiben des MWVLW vom 07.03.1996 als von den "Probeämtern" unmittelbar umzusetzender Vorschlag eingeführt.

2. Bisherige Vorgehensweise

Im bisherigen "Verfahrensablauf" werden vom Planungs- und Vermessungsbüro Ortslagenregulierungsrisse und / oder Nummernkarten sowie die notwendigen Berechnungsunterlagen an das Kataster- und Datenverarbeitungsbüro abgegeben.

Im Kataster- und Datenverarbeitungsbüro wird dann nach den notwendigen Vorarbeiten die Kontrollzeichnung bei der Luftbild- und Rechenstelle beantragt.

Nach Überprüfung werden anschließend wiederum auf Antrag des Kataster- und Datenverarbeitungsbüros die Rahmenrisse durch die Luftbild- und Rechenstelle erstellt.

Im nächsten Arbeitsschritt erfolgt die Ausarbeitung der Rahmenrisse mit Erstellung einer Beanstandungsliste.

Die Erledigung der festgestellten Anstände findet anschließend entweder im Planungs- und Vermessungsbüro oder mitunter sogar durch das Kataster- und Datenverarbeitungsbüro selbst statt.

3. Problematik der bisherigen Vorgehensweise

Durch die Herstellung der Katasterberichtigungsunterlagen im Kataster- und Datenverarbeitungsbüro wird die Verantwortung für das zu erstellende "Produkt" verlagert. Die bisher mit dem Verfahren beteiligten Personen sind aus dem Prozeß ausgegliedert mit der Konsequenz, daß die abgegebenen Unterlagen (nach dem Motto "die anderen werden schon alles kontrollieren") oft unvollständig und fehlerbehaftet sind.

Entsprechend der Auslastung des Kataster- und Datenverarbeitungsbüros und je nach "Zustand" der vom Planungs- und Vermessungsbüro gelieferten Unterlagen konnten diese mehr oder weniger zügig bearbeitet werden. Dies führt zwangsläufig zu einer mitunter größeren Zeitspanne (mit den entsprechenden "Reibungsverlusten") zwischen örtlicher Abmarkung und Beanstandungsüberprüfung.

4. Neue Vorgehensweise

Durch den für die "Probeämter" bereits eingeführten Vorschlag Nr. 38 "Ausarbeitung und Prüfung der Rahmenrisse für Ortslagen in der Arbeitsgruppe im Anschluß an die Aufmessung" werden entsprechend dem Sollkonzept

- ☐ Kontrollschritte auf das unbedingt notwendige Minimum reduziert und
- ☐ die Kontrollschritte in den Verfahrensablauf mit neuer Zuständigkeit zurückgeführt.

Die gesamte Prozeßverantwortung liegt nun bei dem für das jeweilige Verfahren zuständige Team.

5. Wertung der neuen Vorgehensweise

Durch den Vorschlag Nr. 38 werden, wie bereits erwähnt, Kontrollschritte reduziert. Es wird die Verantwortung des einzelnen Bearbeiters gestärkt, da die "Prüfinstitution - Katasterbüro" entfallen ist.

Es wird sich eine zügigere Abarbeitung der festgestellten Anstände einstellen, da die "Katasterberichtigung" als Arbeitsschritt in den Gesamtprozeß mit eingeplant werden muß.

Weiterhin kann davon ausgegangen werden, daß als Konsequenz der Eigenverantwortung für die Katasterberichtigung eine ständige Überprüfung der eigenen Vorgehens- und Arbeitsweise stattfinden wird.

Andererseits ist im Gegensatz zur bisherigen Arbeitsweise der Verfahrensschritt "Rahmenrisse" bei der Arbeitsplanung in den jeweiligen Teams zukünftig zu berücksichtigen.

Verwendungsprüfung des Kulturamtes unmittelbar nach Herstellung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen und Prüfung von Änderungen durch Einzelverwendungsnachweise

Umsetzung von Vorschlag Nr. 41 des Reformkonzeptes

Bauoberamtsrat Michael Sahler, Bernkastel-Kues

Da die Aufstellung des Schlußverwendungsnachweises und dessen Prüfung durch die Obere Flurbereinigungsbehörde oft erst vorgenommen werden, wenn nach Herstellung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen bereits Jahre zurückliegen, fällt es oft schwer, sich an Einzelheiten der Ausführung und Vertragsabwicklung zu erinnern. Zudem ergeben sich zuweilen gerade dann zeitliche Engpässe, wenn dieses haushaltsrechtliche Erfordernis abzuwickeln ist. Darüber hinaus ist es möglich, daß durch Feststellungen bei der Prüfung möglicherweise durch Rückfragen bzw. Stellungnahmen der Abschluß eines Verfahrens unerwartet verzögert wird.

Es stellt sich daher die Frage, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Verwendungsprüfung, die das Kulturamt selbst durchzuführen hat, insbesondere die baufachliche Verwendungsprüfung, baldmöglichst nach Herstellung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen durchzuführen.

Da die durch die Teilnehmergeinschaft zu erstellenden Anlagen vielfach nicht als in sich abgeschlossene Projekte ausgeführt werden oder auch nicht abgeschlossen werden können, erscheint es jedoch sinnvoll und praktikabel, die Verwendungsprüfung erst nach Vollendung des Hauptprojektes

(Gesamtprojekt) durchzuführen; hiervon ausgenommen sind Restarbeiten und evtl. Nachträge. Die Verwendungsprüfung sollte sich daher möglichst nur auf einen Vorgang beschränken.

Zur Beschleunigung des Prüfungsvorganges bietet sich allerdings an, bei vollständig abgeschlossenen Projekten die baufachliche Verwendungsprüfung nach Fertigstellung und Abrechnung sofort vorzunehmen. Dies wären insbesondere die ausgeschriebenen Bauprojekte mit einer in sich abgeschlossenen Vertragsabwicklung mit Unternehmen (z. B. bei Mauerbau und Wegebefestigung).

Betreffend Einzelverwendungsnachweise sollte bedacht werden, daß alle Verwendungsnachweise gewisse vorgeschriebene Bestandteile vollständig enthalten müssen. Es sollte daher der Zeitpunkt der Verwendungsprüfung möglichst so gelegt werden, daß von einem späteren Einzelverwendungsnachweis nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden muß.

Organisatorische Maßnahmen zur Verringerung der Kosten für Vermessung und Vermarkung

Umsetzung der Vorschläge Nrn. 55 / 56 / 57 des Reformkonzeptes

Vermessungsdirektor Rolf Greib, Prüm

Im klassischen Flurbereinigungsverfahren werden die neuen Grenzen vor der Vorlage des Flurbereinigungsplanes abgesteckt, vermarkt und aufgemessen. Im Zusammenlegungsverfahren wird für die - wenigen - neuen Flurstücksgrenzen, die nicht mit vorhandenen alten Flurstücksgrenzen zusammenfallen, zunächst eine vorläufige Kennzeichnung durch Holzpflocke vorgenommen; Abmarkung, Aufmessung und Grenzankennung bleiben dem weiteren Verfahren vorbehalten (Nrn. 3.3.2, 3.3.3 Musterplantext; Nr. 2.3.4.1 AVR Band I).

In den Flurbereinigungsverfahren Biesdorf und Kruchten (§§ 1, 37 FlurbG) sollen die vorläufige Besitzeinweisung und die Vorlage des Flurbereinigungsplanes noch im Jahr 1996 erfolgen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen personelle Maßnahmen (personelle Verstärkung der Arbeitsgruppe) getroffen und sonstige organisatorische Überlegungen angestellt werden. Die daraus entstehende Kostenfolge muß berücksichtigt werden.

Da im Planwunschtermin im Herbst 1995 noch keine Vereinbarungen über Abmarkungsverzichte (Nr. 55 des Restrukturierungskonzeptes) getroffen worden waren, bietet sich folgende Vorgehensweise an, die als Übergangslösung bis zur Aufhebung des allgemeinen Abmarkungszwanges durch Änderung des Abmarkungsgesetzes eine Verfahrensbeschleunigung und Kostenminderung erwarten läßt: Für die vorläufige Besitzeinweisung müssen u. a. Grenzen der neuen Grundstücke in die Örtlichkeit übertragen sein. Hierzu reicht nach flurbereinigungsgerichtlicher Entscheidung eine Verpfählung bzw. Verpflockung aus. Die Abfindungsflurstücke werden daher vorläufig durch Holzpflocke gekennzeichnet.

In den textlichen Teil des Flurbereinigungsplanes wird ein Vorbehalt aufgenommen ähnlich dem in Zusammenlegungsverfahren üblichen Vorbehalt, wonach die Abmarkung der Grenzen der neuen Flurstücke (Abfindungsflurstücke) durch dauerhafte Grenzmarken (Grenzsteine und sonstige Grenzmarken) und die Anerkennung der Richtigkeit dieser dauerhaften Grenzmarkierung im weiteren Flurbereinigungsverfahren erfolgt.

Anläßlich der Widerspruchsverhandlungen werden mit den Eigentümern, insbesondere mit den nicht selbst wirtschaftenden Eigentümern, Verhandlungen mit dem Ziel des Abmarkungsverzichts (Nr. 55 des Restrukturierungskonzeptes) geführt, sofern Verhandlungen ohnehin erforderlich (Widerspruchsverhandlungen) oder auf einfache Art und Weise möglich sind. Dabei wird denjenigen Grundstückseigentümern, die auf die Abmarkung verzichten, eine Kopie der Übersichtskarte (Ausschnitt) als zusätzliche kostenlose Dienstleistung angeboten.

Nach dem Ergebnis der Widerspruchsverhandlungen und dem Verzicht auf Abmarkung wird vor der Vorlage des Nachtrages I zum Flurbereinigungsplan die Vermarkung der für eine Abmarkung verbleibenden neuen Grenzen (Abfindungsflurstücke) durch dauerhafte Grenzzeichen (Grenzsteine) vorgenommen und wie üblich durch Planaufmessung kontrolliert.

Bei der Aufstellung und Vorlage des Nachtrages I zum Flurbereinigungsplan wird der Vorbehalt in Nr. 3.3.2 des Plantextes gelöscht. Die Information über die Herstellung der dauerhaften Vermarkung sowie die Anerkennung der Richtigkeit dieser dann insgesamt vorgenommenen endgültigen Vermarkung aller neuen Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet und damit die Löschung des betreffenden Vorbehaltes wird denjenigen Grundstückseigentümern durch Einzelladung zugestellt, die ohnehin eine Einzelladung aus anderen Gründen zu erhalten haben. Im übrigen wird auf die Löschung des Vorbehaltes und die entsprechenden Folgen in der öffentlichen Bekanntmachung über die Vorlage des Nachtrages I ausdrücklich hingewiesen.

Technische Bearbeitung des Plantextes mit Nachträgen unter Ausnutzung moderner Programme und Drucktechniken

Umsetzung der Vorschläge 29 und 67 des Reformprojektes

Obervermessungsrat Klaus-Peter Fink, Simmern

1. Bisherige Verfahrensweise

Die herkömmliche Urkunde "Flurbereinigungsplan-text" wurde bei Fortschritt des Verfahrensstandes durch Nachträge fortgeführt. Die Planänderungen wurden mit mehr oder weniger großer Zeitverschiebung ohne direkten Bezug zum Arbeitsabschnitt "Nachtrag" relativ zeitaufwendig von Hand in das Original des Plantextes bzw. dessen Bestandteile mit rotem Farbstift "eingearbeitet". Dabei führte der nicht vorhersehbare Platzbedarf für erforderliche Änderungen und Ergänzungen, insbesondere bei Tabellen, oftmals zur Unübersichtlichkeit und Unlesbarkeit.

2. EDV-Vorgaben

Die bedarfsgerechte Ausstattung der Kulturämter mit moderner Hard- und Software der Informations- und Kommunikationstechnik wird in absehbarer Zeit abgeschlossen sein.

Die Musterplantexte der einschlägigen Verfahrensarten mit ihren vielfältigen Gliederungen und den unterschiedlichsten Tabellenformen werden mit dem in der Landeskulturverwaltung eingeführten leistungsstarken Textverarbeitungsprogramms WinWord 6.0 der Firma Microsoft auf Diskette vorgehalten.

Bereits heute werden Anordnungen, Entscheidungen und Festsetzungen bei den einzelnen Ordnungsnummern nach Aufstellung des EB 6 mit den Abfindungsnachweisen zentral ausgedruckt, so daß

dieser Teil in den Nachtragstexten nicht mehr gesondert dargestellt werden muß. Es verbleiben im wesentlichen Änderungen und Ergänzungen der textlichen Festsetzungen.

3. Neue Verfahrensweise

Mit Hilfe des Fließtextes von WinWord 6.0 werden textliche Änderungen problemlos in den Original-Plantext eingearbeitet. Entfallende Passagen werden mittels des Zeichnungselementes "Linie" als fortfallend markiert. So entsteht mit der Option eines Farbdruckers für jeden farblich festgelegten Nachtrag der komplette Flurbereinigungstext mit allen Änderungen in der jeweils gültigen Nachtragsfassung.

4. Verbesserungsergebnis

- ☐ Der textliche Teil des Flurbereinigungsplanes entsteht sukzessive als übersichtliches Gesamtwerk mit allen Änderungen von Anfang an.
- ☐ Der Verfahrensstand wird zeitgerecht zum jeweiligen Ereignis der Änderungsvorlage in der Planurkunde dokumentiert.
- ☐ Änderungen des Plantextes erfolgen im Kontext der Vorlage. Übertragungsfehler werden minimiert.

Ein entsprechendes "Praxisprodukt" wurde von mir inzwischen bis zum Nachtrag III fertig bearbeitet.

Automationsgestützte Terminplanung

Umsetzung der Vorschläge Nr. 72 und Nr. 73 des Reformkonzeptes

Obervermessungsrat Martin Schumann, Westerbürg

1. Einleitung

Im Rahmen des Projektes WEDAL wurde eine grundlegend neue Ausstattung der Ämter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik eingeleitet, die bis Ende 1997 abgeschlossen sein wird. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen alle Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung einen PC-Ar-

beitsplatz besitzen, die über Vernetzungsstrukturen innerhalb der Ämter miteinander verbunden sind.

Durch diese hardwaremäßigen Voraussetzungen ergeben sich neue Möglichkeiten in der Terminplanung und -abstimmung sowie der persönlichen Arbeitsplanung und -einteilung.

Hierzu werden von den unterschiedlichen Firmen verschiedene Programmlösungen angeboten (z.B. LOTUS-Organizer, Schedule+ von Microsoft). Da das Programm Schedule+ eine Standardsoftware der Office-Gruppe ist, die auf den PC's der Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung installiert ist, und daher auch jedem Mitarbeiter in Zukunft zugänglich sind, beziehen sich die nachfolgenden Aussagen auf dieses Programm, sind im wesentlichen aber auch auf andere Programme übertragbar.

Die Einsatzmöglichkeiten der Programme umfassen schwerpunktmäßig die Bereiche Terminplanung und Aufgabenplanung, die im folgenden erläutert werden.

2. Terminkalender

In der Offline-Einstellung ist das Zeitplanungsprogramm Schedule+ wie ein normaler Terminkalender zu verwenden, der die Vorteile einer automationsgestützten Führung, die im folgenden kurz erläutert werden, bietet.

Wenn ein Termin einmal eingegeben ist, erscheint er automatisch in der Tagesansicht sowie im Zeitplaner. Eine doppelte Eingabe, wie sie bei vielen "manuellen" Zeitplanungssystemen notwendig ist, entfällt hier. Eine weitere Möglichkeit, die diese Programme geben, ist die Eingabe von periodischen Terminen. Termine, die in einem bestimmten Rhythmus sich wiederholen (z.B. wöchentlich oder monatlich), müssen einmal eingegeben werden und werden dann automatisch immer wieder angezeigt. Weiterhin ist es auch möglich, sich einen Mahner für die Termine einzustellen, um z.B. rechtzeitig an eine Terminvorbereitung oder an die Abfahrt erinnert zu werden. Selbstverständlich kann der Terminkalender auch ausgedruckt werden, so daß er bei Außendienstterminen o.ä. in analoger Form verwendet werden kann.

3. Terminplanung und -abstimmung

Der größte Vorteil eines elektronischen Terminplaners liegt jedoch bei der Benutzung innerhalb des Netzwerkes. Hierdurch haben andere Benutzer des Netzwerkes die Möglichkeit, in den Terminkalender Einsicht zu nehmen und ggf. auch Termine einzutragen oder zu verändern.

Einige dieser Möglichkeiten werden im folgenden etwas näher erläutert.

3.1. Einsichtnahme in den Kalender

Über die Zugriffsprivilegien kann der Benutzer steu-

ern, wer in seinen Terminkalender Einsicht nehmen darf, wobei hierbei evtl. noch unterschieden werden kann, ob die Benutzer nur sehen können, ob eine bestimmte Zeit belegt ist oder nicht oder auch sehen können, wo und welche Termine man dann hat. Weiterhin können einzelnen Benutzern auch die Möglichkeiten gegeben werden, Termine einzutragen oder bestehende Termine zu verändern.

Diese Möglichkeiten sind auch im Hinblick auf eine bürgernahe Verwaltung zu begrüßen. Bei einem Anruf (und gleichzeitiger Abwesenheit des gewünschten Mitarbeiters) kann der Mitarbeiter an der Telefonzentrale dann direkt die Auskunft geben, wann der entsprechende Mitarbeiter wieder telefonisch erreichbar ist.

3.2. Organisation von Besprechungen

Die Zeitplanungsprogramme, die in einem Netzwerk eingesetzt werden, bieten die Möglichkeit, zu Besprechungen oder Terminen, an denen auch andere Mitarbeiter teilnehmen sollen, die Einladung mit der elektronischen Post zu versenden. Zur Suche eines geeigneten Termines kann dafür kurzfristig mit dem Programm ein visueller Abgleich der freien Zeitspannen durchgeführt werden. Nach der Bestätigung des Termines oder der Besprechung durch die eingeladenen Mitarbeiter werden die Termine dann auch automatisch in deren Terminkalender gebucht.

3.3. Ressourcenplanung

Die elektronischen Zeitplanungssysteme geben weiterhin die Möglichkeit her, für gewisse, innerhalb eines Kulturamtes benötigte Ressourcen wie z.B. Sitzungssaal, Digitalisiertisch, Elektrooptischer Entfernungsmesser Terminkalender im Netz anzulegen. Über diese Terminkalender kann dann der Einsatz dieser Ressourcen weitgehend gesteuert werden. Der Einsatz eines Koordinators für den Einsatz der Geräte ist dann nur noch für wenige, kritische Einsatzfälle notwendig.

4. Persönliche Arbeitsplanung

Die elektronischen Zeitplanungsprogramme können weiterhin eine große Hilfe im Rahmen der persönlichen Arbeitsplanung sein. Dies erfordert allerdings einen konstanten Einsatz der Aufgabenfunktionen innerhalb des Zeitplaners. Hierzu werden alle anfallenden bzw. anstehenden Aufgaben innerhalb der verschiedensten Aufgabenbereiche notiert. Dies erfordert zuerst eine Strukturierung der einzelnen Aufgabengebiete. Die anfallenden Aufgaben können dann unterschieden werden in einmalige bzw. periodisch wiederkehrende Aufgaben, in Aufgaben,

die an einen bestimmten Termin gebunden sind oder an Aufgaben, die an keinen Termin gebunden sind. Bei termingebundenen Aufgaben kann weiterhin gesteuert werden, daß der Computer den Benutzer im Vorfeld an die Erledigung der Aufgabe erinnert. Der Benutzer hat dann die Möglichkeit, sich alle anfallenden Aufgaben oder die derzeit anfallenden Aufgaben anzeigen zu lassen.

Mit diesen Funktionen steht einem ein sehr gutes Mittel zur persönlichen Arbeitsplanung und Arbeitsüberwachung zur Verfügung. Hiermit kann aber auch die Vorlage von Wiedervorlagen und Erinnerungen sehr gut gesteuert werden.

5. Schluß

Mit dem Einsatz von elektronischen Zeitplanungssystemen im Netzwerk ergeben sich eine Reihe von

Möglichkeiten zur Arbeitserleichterung und Arbeitsvereinfachung, die allerdings nur dann zum Tragen kommen, wenn alle Mitarbeiter den Terminkalender führen und alle anfallenden Termine und Aufgaben auch konsequent eingetragen und aufgearbeitet werden. In diesem Fall wird es die Arbeiten in den Arbeitsgruppen und Teams positiv beeinflussen, denn Terminabsprachen und Arbeitsplanungen gestalten sich wesentlich einfacher und sind dann auch für alle Mitglieder des Teams transparent verfügbar.

In der ersten Probephase haben sich positive Ansätze gezeigt, die allerdings erst dann voll zum Tragen kommen, wenn auch alle Mitarbeiter eines Kulturamtes einen PC-Arbeitsplatz besitzen.

Verstärkte Anwendung der Vertreterbestellung gem. § 119 FlurbG

Umsetzung von Vorschlag Nr. 79 des Reformkonzeptes

Regierungsoberinspektor Hermann Monzel, Bernkastel-Kues

Bei § 119 Abs. 1 sind zunächst die unter Ziffer 1 bis 5 aufgeführten Vertretungsfälle zu unterscheiden bzw. zu beurteilen:

Ziffer 1: Beteiligter, dessen Person unbekannt ist (§ 1913 BGB)

Ziffer 2: abwesende Beteiligte oder verhinderte Beteiligte (§ 1911 BGB), d. h. volljährige Personen, die bekannt, jedoch bei denen weder Tod noch Aufenthalt zu ermitteln sind (Abwesenheitspfleger)

Ziffer 3: im Ausland wohnende Beteiligte, die der Aufforderung nach § 128 FlurbG nicht nachgekommen sind

Ziffer 4: herrenlose Grundstücke (§ 928 BGB)

Ziffer 5: gemeinschaftliche Eigentümer und Miteigentümer, die der Aufforderung zur Bestellung eines gemeinsamen Bevollmächtigten innerhalb gesetzter Frist nicht nachgekommen sind.

Zu Ziffer 1 bis 3:

Es empfiehlt sich in diesen Fällen, den Vorsitzenden des Vorstandes als Vertreter vorzuschlagen

und durch das Amtsgericht zu bestellen. Da der Vorsitzende daraufhin mehrere Ord.Nrn. vertritt, ergibt sich hieraus eine Kostenersparnis bei der Zustellung und Zeitersparnis bei Verhandlungen in Terminen (z. B. Planwunsch, Planvorlage). Bei Ziffer 1.+ 2. beantragt der Vertreter zweckmäßigerweise Geldabfindung anstelle Landabfindung, wodurch folglich für diese Ord.Nrn. keine Beiträge zu den Flurbereinigungskosten anfallen und später eine Bereinigung des Grundbuches erfolgt. Die gewährten Geldabfindungen sind vormundschaftsgerichtlich genehmigen zu lassen und beim Amtsgericht zu hinterlegen.

Zu Ziffer 5:

Da die Auszüge aus dem Flurbereinigungsplan bei gemeinschaftlichem jedem Teilnehmer zugestellt werden müssen (gleiches gilt für die Übersendung von Beitragsbescheiden bei Bruchteilseigentum/ auch Eheleute), ist die Vollmachtsanforderung möglichst frühzeitig durchzuführen, um den Zustellungsaufwand u.a. für die Ladungen zu den Terminen zu verringern, dies insbesondere im Hinblick auf die zwischenzeitlich aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Zustellung durch Umlauf gem. § 113 FlurbG durch die Gemeinden. Auch läßt sich das Risiko unwirksamer Zustellungen beim Vorliegen entspre-

chender Vollmachten verringern.

Bei der Anwendung der Vertreterbestellung ist der Erlaß des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz vom 01.06.1978 Az.: 74.50

00 zu beachten, der die Vergütung und die Erstattung der baren Auslagen regelt. Bei Vertreterbestellung nach Ziffer 5 hat das Kulturamt die Gebühren und Auslagen vom Vertretenen zurückzuverlangen, was bei Ziffer 1 und 2 nicht der Fall ist.

Optimierte Zeitabläufe kostengünstiger Zusammenlegungsverfahren

Umsetzung von Kapitel 6 des Reformprojektes

Obervermessungsrat Peter Wagner, Simmern

Im Bezirk des Kulturamtes Simmern wurden die im "Konzept zur Rekonstruktion der Verfahrensabläufe der ländlichen Bodenordnung und der Organisation der Kulturämter" auf alle bereits eingeleiteten, bzw. neu einzuleitenden Verfahren angewendet. Dies hatte zur Folge, daß nicht nur die neue Verfahrensweise bei neu einzuleitenden Verfahren, sondern auch bei den bereits laufenden Verfahren soweit dies möglich war, eingeführt wurde.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß seit 1992 fast alle Verfahren als beschleunigte Zusammenlegungsverfahren (BZV) gemäß § 91 FlurbG bearbeitet wurden. So liegen heute bereits Erfahrungen vor von Verfahren, die zur Grundbuch- und Katasterberichtigung anstehen.

Bei diesen Verfahren liegen folgende Rahmenbedingungen vor:

1. Diese Verfahren sind mit 160 bis 280 ha Verfahrensfläche und um die 50 Beteiligten relativ klein.
2. Die Ausbaurkosten liegen bei etwa 1.000 bis 1.200 DM / ha.
3. Die Anzahl der Vermessungen wurde so weit wie möglich minimiert.
4. Die Furchenlängen wurden - soweit dies möglich war - verdoppelt, bzw. verdreifacht (bis rund 600 m).
5. Die Verhandlungen während der Planarbeit bis zur Rohplanvorlage wurden mit den Beteiligten sehr intensiv mit dem Ziel der einvernehmlichen Regelung geführt.

Bei dieser Vorgehensweise kann heute festgestellt werden, daß im Rahmen der Aufstellung des Finanzierungsplanes mit Ausbauplan deutliche Vereinfachungen und Zeitgewinne zu verzeichnen waren.

Die Verhandlungen und die technische Bearbeitung dieser Verfahren stellen sich doch als recht aufwendig heraus.

Zum einen mußten mit einigen Beteiligten nicht nur ein- oder zweimal, sondern des öfteren verhandelt werden, da die Änderungswünsche der Beteiligten während der Planaufstellung sehr erheblich waren. Auch die vermessungstechnische Bearbeitung ist bedingt durch die Zusammenfassung mehrerer alter Blöcke zu einen neuen recht aufwendig. Es sind nämlich eine große Zahl von Sonderungen im alten Wegenetz, aber auch für die neuen Flurstücke durchzuführen. Insbesondere für die vorgesehenen Landespflegemaßnahmen ist ein großer Rechenaufwand notwendig.

Die intensiven Verhandlungen führten allerdings zu weniger Widersprüchen gegen den Zusammenlegungsplan und somit zu Zeiteinsparungen im Bereich nach der Planvorlage.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß aus den o. g. Vorgehensweisen im Vorfeld der Planarbeit als auch nach Planvorlage Arbeitszeiten eingespart werden. Die Planarbeit selbst stellt sich aber weiterhin als sehr aufwendig dar.

Um das Zeitziel von 2 Jahren zwischen Einleitung und Besitzübergang zu erreichen, dürfen meines Erachtens die BZV weder in der Fläche weder in der Anzahl der Beteiligten übermäßig groß sein, da sonst der anfallende Arbeitsaufwand von einer Arbeitsgruppe (1 SG PluV und 1 VS) nicht zeitgerecht bewältigt werden kann.

Dies wird sich allerdings erst ändern, wenn das Programm REDAS und der graphische Arbeitsplatz bei den Kulturämtern installiert worden ist. Nach deren Einführung, werden sich Plan- und häusliche Vermessungsarbeiten beschleunigen lassen, wie dies im Konzept zur Rekonstruktion vorgesehen ist.

LITERATURÜBERSICHT

Professor Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

Recht der Landwirtschaft

- Haselhoff, J.: Erledigungserklärungen im Widerspruchsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz, Heft 3, 1996, S. 59
- Hoecht, H.: Abfindungsorientierte Wertermittlung, Heft 5, 1996, S. 113

Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung

- Hiestand, O.: Leitbild für moderne Meliorationen in der Schweiz, Heft 2, 1996, S. 85
- Göttle, A.: Zukunftsweisender Hochwasserschutz in Deutschland, Heft 3, 1996, S. 97
- Kleeberg, H. B.: Extreme Hochwasser - Ursachen und Einflüsse, Heft 3, 1996, S. 103
- Höisl, R.: Gewässerauen - erhalten und entwickeln, Heft 4, 1996, S. 145
- Konold, W.: Gewässerauen - Bedeutung und Funktion, Heft 4, 1996, S. 146
- Jürging, P.: Wasserwirtschaftliche und ökologische Folgen der Nutzung von Gewässerauen, Heft 4, 1996, S. 154
- Linneweber, Ch.: Voraussetzungen für die natürliche Nutzung von Fließgewässern, Heft 4, 1996, S. 159
- Rother, K.-H.: Aktion Blau - Gewässerentwicklung in Rheinland-Pfalz, Heft 4, 1996, S. 165
- Brack, G.: Naheprogramm, Heft 4, 1996, S. 169
- Fischer, A.: Bodenordnung im Dienste von Auenprogrammen und Uferstreifen - Beispiele aus Nordrhein-Westfalen, Heft 4, 1996, S. 172
- Hess, C.-R.: Bodenordnung im Dienste von Auenprogrammen und Uferstreifen - Beispiele aus Rheinland-Pfalz, Heft 4, 1996, S. 178

BDVI-FORUM

- Pfeiffer, U.: Probleme öffentlicher Dienstleister, Heft 3, 1995
- Jäger, U.: Einrichtung und Fortführung der ALK im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Flurbereinigungs- und Katasterverwaltung, Heft 3, 1995

- Mügge, I.: Bodenordnung und Bodenwirtschaft in einer Unternehmensflurbereinigung, Heft 4, 1995
- Maucksch, W.: Einige Gedanken zum flurbereinigungsrechtlichen Beschleunigungsauftrag, Heft 4, 1995
- Stahr, V.: Anmerkungen zum Beitrag "Bodenordnung und Bodenwirtschaft in einer Unternehmensflurbereinigung" von I. Mügge im BDVI-FORUM 4/1995

Wasser & Boden

- Bornstert, A.,
Vollmer, S. und
Ihringer, J.: Die Bedeutung von Flurbereinigungsmaßnahmen für das Abflußverhalten von Starkniederschlägen in Ländlichen Gebieten, Heft 9, 1995, S. 29
- Frowein, P.: Leitlinien zur Unterstützung des Hochwasserschutzes in Bodenordnungsverfahren, Heft 2, 1996, S. 33
- Hager, W. H.: Übergang von Flach- auf Steilstrecken, Heft 9, 1995, S. 20
- Aschenbrenner, F.: Der Einfluß der ungesättigten Zone auf die Dimensionierung von Regenwasserversickerungsbecken, Heft 4, 1996, S. 64
- Bernhardt, K.-G. und
Langnickel, U.: Sekundäre Überlebensräume aus populationsökologischer Sicht, Heft 9, 1995, S. 46
- Kohler, G.: Stand und Entwicklungstendenzen beim Baustoffrecycling - Baustoff im Kreislauf, Heft 3, 1996, S. 46
- Brandt, T. und
Lang, J.: Sicherheitsbetrachtungen für kleinere Hochwasserrückhaltebecken, Heft 12, 1995, S. 18

Asphalt

- Halfmann, U.: Technische Regelwerke
Zusammenstellung der wichtigsten Technischen Regelwerke für die Herstellung und den Einbau von Asphalt beim Bau von Verkehrsflächen, Jahresband, 1995, S. 6

BUCHBESPRECHUNGEN

“menschliches, zwischenmenschliches, allzu menschliches”

Verfasser: Dr. Joachim Thomas
Umfang: 213 Seiten
Erscheinungsjahr: 1996
Herausgeber: Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten / Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen (LÖBF), Postfach 10 10 52, 45610 Recklinghausen

Die anlässlich des Jubiläums “175 Jahre Landeskulturverwaltung Nordrhein-Westfalen” von der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten / Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen (LÖBF) herausgegebene Schrift ist eine Sammlung unterschiedlichster Anekdoten, Verse, Liedertexte sowie Gedichte. Die Betrachtungsweise reicht von der königlich preußischen Generalkommission bis hin zur grünen Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen.

Auf eine sehr humorvolle Art und Weise werden die Landeskulturverwaltung, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, der Landvermesser und Menschen anderer Fachrichtungen dargestellt und auf’s “Korn” genommen.

Gegliedert in die Bereiche “Landeskultur”, “aufgespießt”, “Landmesser”, “Betriebskultur”, “175 Jahre Landeskulturverwaltung Nordrhein-Westfalen”, “verdammte Technik”, “Kontinuität im Wandel - Wandel der Kontinuität”, “zu neuen Ufern” und “?” wird der Mensch und sein Handeln, wie der Titel sehr treffend beschreibt, in den Vordergrund gestellt.

Der zeitliche Bogen spannt sich dabei von Vorgestern über Gestern bis Heute.

Aufgelockert durch zum Schmunzeln anregte Illustrationen und Bilder bietet die Sammlung nicht nur für “Insider” eine mit Sicherheit immer wieder zum Lesen einladende Lektüre. Es ist eine sehr spritzige und unterhaltende Jubiläumsausgabe. Sie beinhaltet selbstkritische und witzige Gedichte, Karikaturzeichnungen und verschiedene Briefwechsel. Es ist vieles nachempfunden, was über 175 Jahre zum Nachdenken Anlaß gab. Man kann Herrn Dr. Thomas zu dieser Schrift nur gratulieren und ihn als “den” Lorient der Landeskulturverwaltung Nordrhein-Westfalens bezeichnen. Aber nicht nur das: Von Bayern bis nach Schleswig-Holstein hat er alle uns bekannten und noch nicht bekannten witzigen und unterhaltsamen Gedichte und Anekdoten zusammengetragen.

Hier einige Beispiele unserer ersten Eindrücke:

menschlich	fanden wir den Iodenmanteltragenden Landmesser der Flurbereinigungsbehörde und den Geometer mit dem vom Volk verliehenen Heiligenschein.
zwischenmenschlich	waren die an die Agrarämter gerichteten Briefe. Sie waren witzig, aber auch für uns nicht immer durchschaubar.
allzu menschlich	ist die Flurbereinigung. Sie besorgt dem Junggesellen die Jungfrau, dem Liebespaar ein Bänkchen und tauscht das Plumpsklosett gegen eine Kläranlage aus.

Grünes Know-How von Profis für Profis

Verfasser: Wolfgang Gaida und Hermann-Josef Belke
Umfang: 1.496 Seiten mit zahlreichen Tabellen und Diagrammen
Preis: 94,— DM
Verlag: HOLSTENPLANT Rellingen, 1994

Bereits in zweiter Auflage ist im Eigenverlag HOLSTENPLANT GmbH, einer der bedeutendsten BdB-Markenbaumschulen Deutschland, das Handbuch "Grünes Know-How von Profis für Profis" erschienen. Auf insgesamt 1.500 Seiten haben die Verfasser umfassende Informationen zur Verwendung von Gehölzen, Stauden, Zwiebeln und Knollen zusammengetragen, in Tabellen aufgelistet und in Diagrammen graphisch dargestellt.

Das Handbuch, das als "Leitfaden für die richtige Pflanzenauswahl bei der Gestaltung von Garten und Landschaft" dienen möchte, ist in drei Teile untergliedert. Im Teil I werden die Laub- und Nadelgehölze behandelt, wobei Obstgehölzen und Rosen ausführliche Einzelkapitel zugestanden werden. Nicht weniger ausführlich sind die Angaben über Stauden, Farne und Gräser (Teil II) sowie Zwiebel- und Knollengewächse (Teil III).

Das Kompliment der Herausgeber an die Autoren, ein umfassendes Nachschlagewerk geschaffen zu haben, erfolgt sicherlich zu recht. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob eine Beschränkung auf weniger Abschnitte und Tabellen die Handhabbarkeit des Buches nicht erleichtern würde. Von nur geringem Informationswert - und damit entbehrlich - erscheint der Abschnitt über die Lebensbereiche der Gehölze, da die aufgeführten Gehölzarten jeweils nur einem einzigen Lebensbereich zugeordnet werden. So wird zum Beispiel *Tilia cordata* ausschließlich dem Lebensraum "artenreiche Wälder und Gehölzgruppen" zugeordnet; der Hinweis, daß diese Gehölzart auch in Auewäldern verbreitet ist, unterbleibt.

Verschiedene Gehölzarten sucht man vergeblich, so *Amelanchier alnifolia*, *Amelanchier sanguinea*, *Contoneaster niger*, *Crataegus nigra*, *Elaeagnus umbellata* oder *Euonymus latifolius*. Auch einige Wildobstarten (z. B. *Malus dolgo*, *Malus baccata* 'tanness', *Malus prunifolia macrocarpa* und *Malus sublobata*) bleiben unerwähnt. Der Benutzer des Handbuches kommt also nicht umhin, im Einzelfall die Spezialliteratur zu Rate zu ziehen, die im Literaturverzeichnis nahezu vollständig angegeben ist.

Dr. Claus-Rainer Hess

Ökologischer Landschaftsbau

Herausgeber: Herbert Rothstein
Umfang: 266 Seiten mit 40 Farbfotos, 121 Schwarzweißfotos und Zeichnungen, 12 Tabellen
Preis: 58,— DM
Verlag: Eugen Ulmer Stuttgart, 1995

Mit dem Ziel, ökologische Orientierungshilfen für Landschaftsbaumaßnahmen zu geben, hat der Leiter der gartenbaulichen und landwirtschaftlichen Berufsschule Düsseldorf, Herbert Rothstein, zusammen mit vier Mitarbeitern die Grundlagen eines ökologisch ausgerichteten Landschaftsbaues zusammengetragen. Entstanden ist ein vielfältiges Lehrbuch, das insbesondere Auszubildenden, aber auch Meistern und Technikern des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues die für ihre Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse vermitteln soll.

Das mit zahlreichen Abbildungen, Kartendarstellungen, Skizzen und Tabellen ausgesprochen vielfältig und abwechslungsreich gestaltete Werk ist in fünf Kapitel untergliedert, die - aufeinander aufbauend - zunächst allgemeine Grundlagen der Ökologie und Vegetationskunde in knapper, aber anschaulicher Weise erläutern. Hieran schließen sich Ausführungen über die natürlichen Pflanzengesellschaften Mitteleuropas sowie die Pflanzenwelt der Kulturlandschaft und der Städte an.

Vorgelegt werden die unterschiedlichen Maßnahmen der Landschaftsgestaltung und -pflege sowie des Arten- und Biotopschutzes. Zahlreiche Bild- und Kartenbeispiele verdeutlichen auch optisch, welche breite Palette an Möglichkeiten zur Landschaftsgestaltung zur Verfügung steht.

Im Hinblick auf die im Landschaftsbau zu beachtenden DIN-Normen und Richtlinien werden Querverweise zu anderen Handbüchern schmerzlich vermißt. Zu nennen ist insbesondere das von Richard Lehr begründete und von Beier, Niesel und Pätzold 1994 in vierter Auflage herausgegebene "Taschenbuch für den Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau". Dieses Standardwerk bleibt sogar im Literaturverzeichnis unerwähnt, ebenso das von Begemann und Schiechl herausgegebene Handbuch zum ökologischen Wasser- und Erdbau, das ebenfalls 1994 erschienen ist. Da die Autoren ausdrücklich darauf hinweisen, mit ihrem Werk Spezialliteratur nicht ersetzen zu wollen, erscheinen Hinweise auf diese Quellen unabdingbar.

Dr. Claus-Rainer Hess

Der Minuten Manager

Der Minuten Manager schult Hochleitungsteams

Verfasser:	Kenneth Blanchard u.a.
Umfang:	Zwei Bücher mit jeweils ca. 110 Seiten
Preis:	jeweils 12,- DM
Erscheinungsjahr:	1996
Verlag:	Rowohlt Taschenbuch Verlag Hamburg

Durch die zum 01. Januar 1996 vorerst probeweise bei vier Kulturämtern eingeführte Straffung der Organisation ist nun das Wort "TEAMWORK" in den Vordergrund getreten bzw. deren Bedeutung für die tägliche Arbeit gestärkt worden. Das Anforderungsprofil an alle Mitarbeiter insbesondere an die Führungskräfte geht jetzt weit über das Sachgeschäft hinaus und fordert verstärkt die Menschenführung.

Der Autor der beiden "Minuten-Manager-Bücher", Dr. Kenneth Blanchard, ist ein international renommierter Unternehmensberater und Professor für Menschenführung an der University of Massachusetts.

In den beiden genannten Büchern werden in Form von je einer Geschichte mit handelnden Personen zum einen der Umgang mit den Mitarbeitern und zum anderen die vier Stufen der Gruppenbildung in lockerer, kurzer und prägnanter Form geschildert. Die sich ergebenden Lösungsmodelle können durch die Geschichtenform "miterlebt" werden und werden nicht in der sonst gewohnten abstrakten langatmigen Form (Theorie) erarbeitet.

Einige Kernaussagen aus beiden Büchern sollten zum Lesen der sehr preiswerten Bücher anreizen:

Laß jeden seine Höchstform erreichen !
Erwisch' ihn, wenn er's gut macht !

Jeder Augenblick, den ich meinen Mitarbeitern widme,
ist gewinnbringend angelegt.

Keiner von uns ist so schlau
wie wir alle zusammen.

Keine Phase der Gruppenentwicklung ist schlecht.
Jede von ihnen bringt uns voran auf dem Weg zur Produktivität.

Aus einer Gruppe wird nie und nimmer
ein bevollmächtigtes, selbständiges Team,
solange der Chef nicht bereit ist,
die Führung zu teilen.

Bevollmächtigung heißt zurücktreten,
damit andere starten können.

Gerald Walther

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 115 bis 116

INFORMATIONEN AUS DER LKV

Gelungener Reformstart bei vier Modellämtern

Regierungsangestellte Mechthild Kern, Mainz

Die nach Vorbildern der Wirtschaft konzipierte Reform der Landeskulturverwaltung ist bei den Modell-Kulturämtern Worms, Bernkastel-Kues, Mayen und Simmern erfolgreich angelaufen.

Wie Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle hierzu mitteilte, zeigen schon die ersten Schritte der Reforminitiative, daß die prozeßorientierte Teamarbeit ein Modell für die Zukunft der öffentlichen Verwaltung sei.

Nicht mehr Arbeitsteilung und Hierarchie bestimmten die innerbetrieblichen Strukturen der Kulturämter, sondern Prozeßorientierung und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit klaren Verantwortungsvorgaben. Dadurch werde ein deutlicher Produktivitätsgewinn für die Ländliche Bodenordnung erzielt, der sich in kürzeren Laufzeiten und mehr Kundenorientierung niederschlage.

Die Mitarbeiter seien in begleitenden Seminaren auf die Reform vorbereitet worden, führte Brüderle aus. Die Auswahl der Modellämter sei einvernehmlich

mit den Personalvertretungen und den Bediensteten erfolgt.

Auch die Reformvorschläge seien in Arbeitsgruppen von Mitarbeitern als Idee eingebracht oder als Vorschlag entwickelt worden. Damit werde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nichts übergestülpt, sondern sie setzten sich in der jetzigen Pilotphase mit den eigenen Vorschlägen auseinander und erprobten ihre Effizienz.

Das Land setzt mit dieser Reform Signale für eine wirkliche Verwaltungsmodernisierung, so Brüderle. Es sei wünschenswert, daß auch andere Verwaltungsbereiche dem Beispiel folgten.

Die Reform der Landeskulturverwaltung ist in der Broschüre "Verwaltungsmodernisierung nach dem Vorbild der Wirtschaft" veröffentlicht, die beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, 55116 Mainz, kostenlos angefordert werden kann.

Gründung eines landesweiten Verbandes der Teilnehmergemeinschaften (VTG)

Regierungsangestellte Mechthild Kern, Mainz

Als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gesamtreform der Ländlichen Bodenordnung bezeichnete Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle die Gründung des landesweiten Verbandes der Teilnehmergemeinschaften.

Brüderle rechnet damit, daß sich rund 300 Teilnehmergemeinschaften örtlicher Bodenordnungsverfahren mit insgesamt rund 160.000 Verfahrensbeteiligten dem Verband anschließen werden. Zudem werden die sieben Wasser- und Bodenverbände in Rheinland-Pfalz, die Bauarbeiten der Verfahren durchführen, in den neuen Verband übergehen.

Als Hauptaufgaben des neuen Verbandes bezeichnete es Brüderle, die bisher rund 400 örtlichen Kassen zu einer zentralen Kassen- und Buchführung zusammenzufassen und die Einrichtung "gemeinschaftlicher Anlagen" wie den Bau von Wegen und Wasserführungen oder Pflanzungen zur Landespflege zu übernehmen.

Die Gründung des Landesverbandes bilde -so Brüderle- den Schlußstein der Gesamtreform der Bodenordnung und der Landeskulturverwaltung.

Eingeleitet worden sei die Reform mit den vom Kabinett im März 1995 verabschiedeten Programmleit-

linien der Ländlichen Bodenordnung. Mit ihnen wurde der Ländlichen Bodenordnung der Auftrag eines umfassenden Flächenmanagements für Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben im ländlichen Raum zugewiesen.

Als zweiter Reformabschnitt werde, so Brüderle, bereits die Leistungsfähigkeit der Landeskulturverwaltung verbessert, um die inzwischen überlangen Verfahrenszeiten zu kürzen und die Kosten der Verfahren zu senken. Die Neuorganisation der Landeskulturverwaltung sieht dazu die Bildung von Produktionsgruppen vor, die vom Anfang bis zum Abschluß die Verantwortung für alle Verfahrensschritte übernehmen.

Als "zwingendes Gebot der Verwaltungsreform" bezeichnete Brüderle die Entstaatlichung von Aufgaben, wie sie jetzt mit dem nächsten Schritt, der Gründung des landesweiten Verbandes der Teilnehmergeinschaften, erfolge.

Die Grundlage dazu sehe bereits das Flurbereinigungsgesetz vor, das die Einrichtung gemeinschaftlicher Anlagen und die Verwaltung des Kassenwe-

sens den einzelnen Teilnehmergeinschaften zuzuordne. Da in den einzelnen Gemeinschaften jedoch weder die personellen noch die organisatorischen Möglichkeiten dazu gegeben waren, wurden diese Aufgaben bislang von den Kulturämtern übernommen. Mit der Verbandsgründung würden die Kulturämter von diesen Aufgaben entlastet werden. Dies trage zu einer personellen Verschlankung der staatlichen Verwaltung bei.

Brüderle widersprach Befürchtungen, die örtlichen Teilnehmergeinschaften könnten an Einfluß auf die Gestaltung der Bodenordnungsverfahren in ihren Gemeinden verlieren. Der neue Verband übernehme zwar Dienstleistungsaufgaben im Bereich des Bau- und Kassenwesens. Die Entscheidungen für alle Fragen der Planung, der Finanzierung und der Durchführung eines Verfahrens verblieben dagegen in der Hand der einzelnen Teilnehmergeinschaften vor Ort. Der Verband werde im übrigen dezentral organisiert werden. So sei vor allem vorgesehen, daß am Sitz jedes Kulturamtes ein Mitarbeiter des Verbandes als Ansprechpartner der Teilnehmergeinschaften tätig sein werde.

Die Förderung von Investitionen zur Rationalisierung des Steillagenweinbaues

Regierungshauptsekretär Bernd Ternes, Mayen

Der Amtsbezirk des Kulturamtes Mayen umfaßt die Weinanbaugebiete Ahr, Mittelrhein, Mittel- und Untermosel, die überwiegend von Steil- und Steilstlagen geprägt sind.

1. Förderzweck

Nach der Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Investitionen zur Rationalisierung des Steillagenweinbaues ist es Zweck der Förderung, Rebflächen in Steillagen, in denen die Flurbereinigung (Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz) nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten durchgeführt werden kann, als Standorte für die Erzeugung eines qualitativ hochwertigen Weines und zur Pflege des Landschaftsbildes zu erhalten.

2. Rückblick

Bis zum Jahre 1950 ging die in Deutschland im Ertrag stehende Rebfläche ständig zurück. Vom Jah-

re 1950 bis 1960 stieg sie von 49.000 ha auf 64.000 ha, bis 1970 auf 73.000 ha und 1990 auf ca. 100.000 ha.

Die Vermehrung der Rebflächen fand jedoch nicht in den traditionellen Steillagen sondern in leicht hängigen und flachen Lagen statt.

Die Winzer lebten nach dem letzten Krieg in der Regel nicht nur vom Weinbau, auch Ackerbau und Viehzucht wurden betrieben, um das Betriebseinkommen aufzubessern.

Um gegenüber den Winzern in der Pfalz und Rheinhessen konkurrenzfähig bleiben zu können, dehnten die Winzer im steillagengeprägten nördlichen Rheinland-Pfalz ihre Rebflächen zur Ebene hin aus, sofern es die Topographie der Flußtäler zuließ.

Die Flurbereinigung half den Winzern in diesen Lagen, große Besitzstücke mit entsprechender Erschließung zu schaffen.

Die Rebfläche war zum damaligen Zeitpunkt der knappste betriebswirtschaftliche Faktor, da die Zahl der Betriebe, die vom Weinbau lebten, relativ groß war. Die Flurbereinigung war auch in der Ebene leichter und billiger durchzuführen.

Die Weinberge wurden von den Winzern so intensiv wie möglich genutzt, indem man oft Massenträger dicht pflanzte, reichlich düngte und die Reben nicht knapp anschnitt. Die Folge waren zualererst hohe Erträge, die der Markt auch gerne und zu entsprechenden Preisen abnahm. Negativer Nebeneffekt war jedoch ein Qualitätsverlust, da die größere Menge nur durch mindere Most- und Extraktgewichte zu erzielen war. Gute Qualitäten wurden hauptsächlich durch die den Ruf des Deutschen Weines begründende Rebsorte Riesling erzielt. Dessen Anteil an der Rebfläche ging aber ständig zurück.

Langfristig war dadurch ein Imageverlust der nördlichen Anbaugebiete zwangsläufig, der aber bis zum Jahr 1983 von den Winzern ignoriert wurde, da auch für "mindere Weine" Preise erzielt werden konnten, die den Fortbestand des Betriebes gewährleisteten. 1983 wurden die bis dahin größten Weinmengen bei gleichzeitig guter Qualität geerntet. Der Preis für den Wein fiel "in den Keller". Seitdem hat sich die Situation auf dem Weinmarkt grundlegend verschlechtert.

Auch die Anbieter von Wein aus Steillagen mußten überwiegend die Preise ihrer Produkte dem Markt angleichen. Sie konnten sich zumeist dem Imageverlust nicht entziehen.

Vorteil für den Verbraucher: Seit diesem Zeitpunkt muß für qualitativ hochwertige deutsche Weine weniger bezahlt werden, wie für entsprechende Produkte aus dem Ausland.

Folge für den Weinerzeuger: Viele Betriebe gaben in der Folgezeit den Weinbau wegen nicht mehr gebogener Wirtschaftlichkeit auf. Rebflächen waren günstiger zu erwerben.

3. Aktuelle Situation

Mittlerweile besteht ein Überangebot an Rebflächen. Die menschliche Arbeitskraft ist zum knappsten betriebswirtschaftlichen Faktor geworden. Heute muß nicht mehr so viel Wein wie nur irgendwie möglich auf einer Fläche erzeugt werden. Es gilt vielmehr, die Weinberge mit arbeitssparenden Methoden sachgemäß zu bewirtschaften, um im Endeffekt auf möglichst große Erlöse für die eingesetzte Zeit zu kommen. Zum Glück sorgen viele Maßnah-

men, die eine Arbeitseinsparung ermöglichen, auch für größere Weinqualitäten (größere Zeilenbreiten, andere Rebenerziehung, geringerer Anschnitt).

4. Steillagenförderung - warum?

Die Erhaltung der Steillagen ist für verschiedene Gruppen der Bevölkerung von großer Bedeutung.

4.1 Weinerzeuger und Weintrinker

Qualitativ beste Lagen für den Weinbau sind Mulden in nach Süden bzw. nach Süd-Südwest geneigten Steillagen.

Hier steht mehr Wasser zur Verfügung, der Wind hat weniger Angriffsmöglichkeiten. Es verdunstet nicht so viel Wasser, Wärme kann sich stauen.

Annähernd gleiche Eigenschaften weisen terrassierte Steillagen auf, wo "die Mulden" durch Trockenmauern voneinander getrennt sind. Deren Gestein wirkt als zusätzlicher Wärmespeicher.

Beste Weine reifen generell auf gesteinsreichen Böden. In solchen Steillagen werden höchste Most- und Extraktgewichte registriert. Diese Lagen haben generell auch die Ausdehnung des Weinbaues über den 50. Breitengrad hinaus ermöglicht. Der Imageverlust des Weinbaues im nördlichen Rheinland-Pfalz kann nur durch die Erhaltung der Steillagen aufgehalten werden. So ist in der jüngeren Wein- fachpresse wieder ein Trend hin zum leichten Moselwein zu erkennen.

Langfristig werden die darauf erzielten Weine auch sicher wieder marktgerechte Preise erzielen können.

Im nördlichen Rheinland-Pfalz wird der Wein in der Regel oft vom Winzer über die Flasche selbst vermarktet.

Weintrinker sind Individualisten. Jedes Weingut sucht bei der Vermarktung seine "Nische". Je nach eigener Neigung und den Wünschen der Kundschaft wird der Wein also sehr unterschiedlich vermarktet.

Die drei Geschmacksrichtungen beim Wein, mild, halbtrocken, trocken werden von fast jedem Weingut angeboten. Spezialisten sind Winzer, die z. B. nur Riesling, nur Wein aus Steillagen, ökologisch erzeugten Wein, Winzersekt anbieten.

Aktuellen Zeitströmungen, wie z. B. der Ausbau im Barrique (im kleinen neuen Faß) oder Verkauf von

Boutique-Weinen (teuer aufgemachte Flaschen mit nicht zwangsläufig besserem Inhalt), werden nicht von allen Weingütern nachvollzogen. Eines ist jedoch für alle diese Individualisten von größter Wichtigkeit. Sie können nur gut sein mit den besten Grundweinen, also z. B. mit Weinen aus einer Steillage.

4.2 Tourist und Weintourist

Der Tourismus konzentriert sich im nördlichen Rheinland-Pfalz im besonderen Maße auf die großen Flußtäler wie Rhein, Mosel und Ahr mit ihren Rebkulturen. Die menschliche Nutzung hat hier eine neue Landschaft, die durch Terrassen geprägten Steilhänge geschaffen. Es ist eine künstliche Landschaft - etwa wie die Lüneburger Heide, die durch den großen Holzverbrauch infolge des Ausbaues der Salinen entstand. Die Landschaft dort wird heute als Zeugnis der Gestaltung einer Landschaft durch den Menschen und wegen ihrer hohen touristischen Anziehungskraft erhalten.

Ähnliches gilt für den Steillagenweinbau mit seinen vielen Terrassen, nur tritt hier noch der touristische Aspekt hinter dem Weinbaulichen Aspekt zurück. Mitteleuropa hat in der Zeit von 800 - 1100 n. Chr. eine ungewöhnlich warme Periode erlebt. In diesem Zeitraum nahm die Bevölkerung erheblich zu. In diese Periode fällt auch die Entwicklung von Bautechniken, denn für die Anlage von Terrassen in Steillagen sind hohe handwerkliche Fertigkeiten erforderlich. In einer Art Binnenkolonisation breitete der Weinbau sich vom Hangfuß in steilste Geländepartien aus. Terrassen wurden angelegt und die heute bei uns so selten gewordene "Kulturlandschaft Terrassenweinbau" geschaffen.

Der Mensch findet mit Reben bepflanzte Hänge einfach schön. Hiervon geht für den Touristen und manchmal auch für den dort schwer arbeitenden Winzer ein Hauch von Romantik aus. Der Weinbau wird als integrierter Teil unserer Landschaft empfunden, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert ihn als solchen.

Für viele In- und Ausländer aus Gegenden ohne Weinanbau ist diese Landschaft besonders attraktiv. Weintouristen assoziieren bereits getrunzene und erlebte Weine mit den Weinbergslagen, aus denen sie stammen. Kann man ähnliches in gleichem Maße von anderen Produkten behaupten?

4.3 Die Bevölkerung in den weinerzeugenden Gebieten

Für die Bevölkerung in den weinerzeugenden Gebieten gibt es oft keine Alternativen zum Weinbau und zum Tourismus.

Größere Industrieansiedlungen blieben den Tälern in der Regel in älterer und jüngerer Zeit fern.

4.4 Die besondere Weinbergsökologie

Die heutigen Weinbergslagen waren ursprünglich weitgehend bewaldet. Auf den Standorten mit meist dünner Krume wuchsen Krüppelwald und verschiedene wärmeliebende und trockenresistente Pflanzen.

Durch Rodung und Weinbauliche Bewirtschaftung haben sich zahlreiche wärmeliebende Pflanzen ausgebreitet, eine entsprechende Fauna hat sich gebildet.

So haben sich hier Arten verbreitet, die entweder mit der Weinrebe eingewandert sind oder sich noch in Inselbiotopen gehalten hatten und sich nunmehr der Weinbaulichen Nutzung folgend weiter ausbreiten konnten.

Als besonders markante Vertreter der Fauna seien hier die Smaragdeidechse, Mauereidechse, Glattnatter, Würfelnatter und Apollofalter genannt.

So ist durch das "Biotop Steillagen-Weinbau" in unserem Bezirk eine bundesweit bedeutende Tier- und Pflanzenwelt erhalten geblieben.

Eine wesentliche Rolle in diesem Biotop spielt die Trockenmauer. Die unbewachsenen Frontflächen können in Sonnenlagen, wie es Weinbaulich genutzte Flächen nun mal sind, extrem hohe Temperaturen erreichen. Das Innere der lose aufgeschichteten Trockenmauern ist schattig und feucht. Bereiche mit unterschiedlicher Wärme und Feuchtigkeit wechseln ab. Die Lücken in den lose aufeinanderliegenden Steinen der Frontseite gehen bis zum dahinterliegenden Erdreich durch. Wechselwarme Tiere, wie z. B. Eidechsen, finden an der Mauerfront bereits im Februar und März gute Möglichkeiten zum Sonnen, bei Bedarf können sie sich ins Erdreich zurückziehen. Wird die Verbindung zwischen Mauer und Erdreich etwa durch Vermörtelung unterbrochen, so ist der Fortbestand vieler Tierarten gefährdet.

5. Warum keine Flurbereinigung?

Steillagen im Sinne der oben bezeichneten Verwaltungsvorschrift sind Flächen, bei denen die Bewirtschaftung durch Stützmauern oder starke Hangneigung erschwert und die Bodenbearbeitung in der Regel nur mit der Hand oder mittels Seilzug möglich ist. Es sind topographisch abgeschlossene Gebiete mit landschaftsprägendem Charakter, deren Geländeneigung 30 v. H. und mehr beträgt.

Diese Gebiete sind teilweise noch nicht flurbereinigt, weil eine Bereinigung unter vertretbaren Kostenaufwendungen nicht möglich war.

6. Was wird gefördert?

6.1 Die Wiederanpflanzung von Reben

Gefördert werden nur europäische Reben, die auf amerikanische Wurzeln aufgepfropft sind. Damit wird der Reblausgefahr vorgebeugt. Die Reblaus - ein amerikanischer Zuwanderer - würde an Wurzeln rein europäischer Reben größten Schäden bis zum totalen Absterben hin anrichten. Amerikanische Wurzeln sind reblausresistent, der Schädling kann so der Gesamtpflanze nichts anhaben. Dies ist übrigens auch die erste erfolgreiche biologische Schädlingsbekämpfung.

6.2 Die Instandsetzung von Weinbergsmauern

Hier werden insbesondere die Instandsetzung von Weinbergstrockenmauern sowie die notwendigen Treppen, Zugänge und Sicherheitselemente gefördert. Eine Vermörtelung ist nur in Ausnahmefällen möglich und nur dann, wenn Durchlässe von der Mauerfront zum dahinterliegenden Erdreich mit installiert werden.

Seit Einführung des Förderprogramms hat sich die Fertigkeit der mit der Bauausführung beauftragten Maurer, Trockenmauern zu sanieren oder eingestürzte Mauern wieder aufzubauen, gut fortentwickelt. Dieses alte Handwerk lebt nun in unserer Region wieder auf.

Preiswerter, wenn auch nicht so attraktiv, ist die Errichtung von Stützbauwerken in Gabionenbauweise möglich.

6.3 Der Bau von berufsgenossenschaftlich zugelassenen Transporteinrichtungen

In der Praxis werden bisher zwei Bahntypen gefördert:

- a) die de Leuwsche Doppelschienenbahn
- b) die Monorackbahn

Zu a)

Die de Leuwsche Bahn wird in zusammenhängenden Flächen ab ca. 25 a gefördert. Es ist eine seilzugbetriebene Bahn, die bis zum Ende des Jahres 1991 nur mit 2 Personen gefahren werden konnte.

Dann nahm sich ein findiger Winzer aus Burgen an der Untermosel das bisherige Konzept der Fa. de Leuw vor. Er installierte statt der üblichen mechanischen Rotzler-Seilwinde eine hydraulische Brevini-Seilwinde. Am Traktor wurde eine codierbare Fernsteuerung installiert.

So kann die Bahn nun mit lediglich einer Person über Fernsteuerung gefahren werden.

Ein Transport von Personen ist jedoch nach wie vor nicht zugelassen, die Zulassung soll aber beantragt werden. Die Bahn ist nur in geradem Zuge, jedoch geländeangepaßt zu verlegen.

Zu b)

Die Monorackbahn wird bei Flächen etwa ab 75 a gefördert. Die Einschienenzahnradbahn wird nach einem japanischen Patent in der Schweiz nachgebaut. Sie wird mit eigenem Traktor und Palettenwagen ausgeliefert. Die Bahn kann im Ein-Mann-Betrieb gefahren werden, mit automatischen Stopps an bestimmten Haltepunkten. Personentransport ist zulässig, und wird in der Praxis bei jeder Gelegenheit ausgeübt. Die Bahn wird im Abstand von 50 cm zum Boden verlegt, es können Kurven und Spiralen miteingebaut werden, so daß eine optimale Anpassung an das Gelände erfolgen kann.

Kosten:

Zu a)

Für den Transportwagen und die Anpassung an den Traktor je nach Typ der Seilwinde bis zu 20.000 DM.

Zu b)

Für den Traktor mit Palettenwagen ca. 40.000 DM. Die Schienen mit Verlegung kosten bei der de Leuwschen Bahn ca. 200 DM. Die Monorackbahn ist im Schnitt etwas teurer.

Ihr wird trotzdem in vielen Fällen der Vorzug gegeben.

Das System läßt sich mit einfachen Mitteln erweitern und erneuern, weil es verschraubt und nicht verschweißt wird, wie die de Leuwsche Bahn. Durch die angestrebte Extensivierung des Weinbaues sollen die Personalkosten herabgesetzt werden; dieses Ziel wird nunmehr mit beiden Bahntypen erreicht.

Weshalb nun hier eine besondere Förderung von stationären Transporteinrichtungen?

Viele Arbeiten, die im Laufe eines Jahres im Weinberg durchgeführt werden, erfordern den An- und Abtransport von verschiedensten Materialien und Geräten. Wenn man am Fuße einer aus vielen Terrassen bestehenden Steillage steht, begreift man, daß die Bewirtschaftung zuallererst ein Transportproblem ist. Höchste Einsätze für den Transport fallen bei der Lese, der mineralischen und organischen Düngung, der Neuanlage von Weinbergen und der Ausbesserung von Weinbergsmauern an.

Weitere Nutzungsmöglichkeiten gibt es für den Transport von verschiedenen Geräten zum Laubschnitt, pneumatischem Rebschnitt, Spritzen mit dem Schlauch und anderem.

Ohne Transporteinrichtung werden die Arbeiten zur Erhaltung eines Weinberges auf ein Minimum beschränkt.

Man verzichtet auf den regelmäßigen Umtrieb, die Ausbesserung von Weinbergsmauern und die organische Düngung.

6.4 Der Neubau befestigter und unbefestigter Weinbergswegen

Diese Art der Förderung wird wegen der bekannten Schwierigkeiten in der Steillage kaum in Anspruch genommen.

7. Höhe der Förderung

Die Wiederanpflanzung von Reben wird mit einem Festbetrag von 14.000 DM pro ha gefördert. Bei den restlichen Maßnahmen wird ein Zuschuß von 80 % der Nettokosten gezahlt. Der Winzer bezahlt 20 % und die Mehrwertsteuer. Eigenleistungen können anerkannt werden, dies bei einem Stundenlohnsatz von 20,80 DM, 80 % davon sind 16,64 DM.

8. Antrags- und Bewilligungsverfahren

Das Kulturamt ist die zuständige Behörde für die Bewilligung und Auszahlung des Zuschusses. Entsprechend werden die Anträge beim Kulturamt gestellt. Zu jedem Antrag wird eine Stellungnahme bei der regional zuständigen Weinbauberatungsstelle eingeholt. Bei den Baumaßnahmen erfolgt die Bewilligung aufgrund eines Kostenvoranschlages, der vom Antragsteller mit dem Antrag einzureichen ist. Die Auszahlung erfolgt bei der Wiederanpflanzung nach der Jungfeldbegehung durch den Kontrolleur der Landwirtschaftskammer.

Von ihm wird die Bepflanzung von Reben mit amerikanischer Unterlage bescheinigt. Bei den Baumaßnahmen wird die Durchführung der Maßnahmen örtlich überprüft.

Nach Prüfung der Kostenbelege kann die Auszahlung erfolgen.

9. Zusammenfassung und Ausblick

Seit Ende 1987 werden nach dieser Verwaltungsvorschrift Maßnahmen gefördert.

Vor allem in dem Bereich der Verbandsgemeinde Untermosel, Kreis Mayen-Koblenz, wurde der Programmteil "Bau von stationären Transporteinrichtungen" stark in Anspruch genommen.

Mittlerweile liegt dort der Förderschwerpunkt auf der Instandsetzung von Weinbergsmauern.

Die Steillagenförderung hat sich in der Praxis der letzten Jahre als gutes Instrument zur Erhaltung der qualitativ hochwertigen Lagen im nördlichen Rheinland-Pfalz erwiesen. Leider läßt der zersplitterte Grundbesitz in vielen dieser Lagen die beste Rationalisierungsmöglichkeit - den Bau von stationären Transporteinrichtungen - nicht zu.

Seit 1994 geht man in einem Bodenordnungsverfahren - im Zusammenlegungsverfahren Rüberg - im Landkreis Cochem-Zell folgenden Wege: Der zerstreut liegende Grundbesitz wird zusammengelegt.

Dadurch werden Richtgrößen erreicht, die eine Förderung des Baus von Transporteinrichtungen zulassen. Mit der Schaffung des Transportmittels ist dann die Erhaltung des Terrassenweinbaus kostengünstiger zu erreichen. Diesem Wege folgt man nun auch in anderen ähnlich konzipierten Verfahren.

Nibelungen Kurrier



Alzeyer Straße 45 · 67549 Worms · Tel.: 0 62 41 / 95 78 0 · Fax: 0 62 41 / 95 78 88

28. September 1996 / Woche 38

Ländliche Bodenordnung soll effizienter werden

Kulturamt Worms praktiziert Verwaltungsform nach dem Vorbild der Wirtschaft

Das in Worms ansässige, zum nachgeordneten Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau gehörende Kulturamt ist zuständig für die ländliche Bodenordnung in Rheinhessen, auf der Grundlage des novellierten Flurbereinigungsgesetzes; ferner betreut es als untere Siedlungsbehörde landwirtschaftliche Baumaßnahmen in seinem Dienstbezirk. Seit Anfang 1996 hat diese Fachbehörde eine völlig neue innere Organisationsstruktur erhalten, die Bestandteil einer tiefgreifenden, vom Ministerrat politisch „abgesegneten“ Reform der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung ist. Dieser Umstand alleine wäre zunächst nicht besonders erwähnenswert in einer Zeit, in der das Reformfieber in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens „grassiert“. Das Ungewöhnliche besteht darin, daß sich eine Verwaltung nach dem Vorbild der Wirtschaft neuorganisiert. Eine Reihe von Gründen (z. B. zunehmende Reglementierungen, ausufernde Beteiligungspflichten, perfektionierte Genauigkeitsanforderungen, extrem arbeitsteilig ausgerichtete Organisationsstrukturen) hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß ländliche Bodenordnungsverfahren immer komplizierter werden, zu lange dauern und damit an Attraktivität für die „Kunden“ (vor allem

Landwirte und Winzer) verloren haben. Für die geplante Reorganisation der Abläufe in Bodenordnungsverfahren gab es keine anwendbaren Reformmodelle im Bereich des öffentlichen Dienstes. In der sogenannten „freien Wirtschaft“ gelten inzwischen als Hauptursache für mangelnde Produktivität und Arbeitsqualität zu stark arbeitsteilig orientierte Produktionsverfahren bzw. Verwaltungsprozesse in vielen Hierarchieebenen. Ähnliche Struktur-mängel haben im Regelfall auch öffentliche Dienststellen aufzuweisen. Die Landeskulturverwaltung hat sich bei ihrer Reform zum Ziele gesetzt, nicht vorhandene Strukturen und bestehende Abläufe zu optimieren, sondern einen völligen Neubeginn in mehreren inhaltlich zusammenhängenden, zeitgleich in Angriff genommenen Teilschritten zu wagen.

Der erste, teilweise realisierte Schritt besteht darin, alle Arbeitsvorgänge bei ländlichen Bodenordnungsverfahren auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und - soweit möglich - drastisch zu reduzieren.

Der zweite Schritt zielt in Richtung „Entstaatlichung der Verwaltung“. Hierzu zählt vor allem die Übertragung bisher vom Kulturamt für die Teilnehmergemeinschaften ländlicher Bodenordnungsverfahren wahrgenomme-

nen Aufgaben (z. B. im Baubereich sowie beim Kassen- und Rechnungswesen) auf einen kürzlich gegründeten, landesweiten Verband nach Maßgabe des novellierten Flurbereinigungsgesetzes.

Der dritte, im Kulturamt Worms mit Jahresbeginn modellhaft bereits umgesetzte Schritt, ist die Weiterentwicklung der Behördenorganisation. Die neue, prozeßorientierte Struktur mit nur noch vier eigenständig arbeitenden Gruppen löst die bisherige arbeitsteilige Gliederung in viele Büros mit einem Gewirr von Koordinierungs-, Leit- und Organisationsfunktionen und damit verbundenen internen Reibungsverlusten ab. Die amtsinterne Geschäftsverteilung wird in Form schriftlicher Kontrakte zwischen Amtsleitung und den jeweiligen Gruppenleitern vereinbart und jährlich fortgeschrieben.

Dieses weit über die Landesgrenzen hinaus beachtete Reformprojekt wurde in kürzester Zeit in weiten Teilen bereits umgesetzt. Damit erhofft sich das Kulturamt Worms, künftigen Anforderungen an eine zeitgemäße öffentliche Verwaltung gewachsen zu sein und die angestrebte Steigerung der Leistungsfähigkeit zu erreichen, um ländliche Bodenordnungsverfahren künftig effizienter und schneller abwickeln zu können.

Kulturämter sollen künftig produktiver arbeiten

Umfangreiches Maßnahmenpaket zur Straffung der Verwaltungsorganisation geschnürt - Schnellere Flurbereinigung das Ziel

VON UNGERER MITARBEITERIN
GISELA HUWIG

NEUSTADT/MAINZ (wig). Prozeßorientiertes Arbeiten in Projektgruppen wird bald für die neun Kulturämter im Land kein bloßes Schlagwort mehr sein; Moderne Organisationsformen halten derzeit auch dort Einzug. Rund 200 Arbeitsplätze sollen auf diese Weise in den kommenden 15 Jahren bei der Flurbereinigungsbehörde eingespart und gleichzeitig die Laufzeit der Bodenordnungsverfahren verringert werden, hieß es auf Anfrage beim Mainzer Landwirtschaftsministerium.

Damit wolle man einmal den Beitrag zum Personalabbau im öffentlichen Dienst leisten, und gleichzeitig die Leistungen für die Landwirte verbessern. „Die Verfahrensabläufe sollen umorganisiert und gestrafft werden“, erklärt der Leiter des Kulturamts Neustadt, Heinrich Schröder. Ausgangspunkt

für das Reformvorhaben sei ein Beschluß des Ministerrates vom Dezember 1995. Ohne teure Berater und Gutachter sei die Behörde tätig geworden, habe verbesserungswürdige Punkte im täglichen Arbeitsablauf ermittelt und ein Konzept zur Optimierung der Verwaltung erstellt, unterstreicht der Kulturamtsleiter.

Neben einem 100-Punkte-Programm, das als Sofortmaßnahmenpaket für die Beschleunigung von Arbeitsabläufen geschnürt wurde, ist seinen Angaben zufolge langfristig eine interne Umorganisation ins Auge gefaßt, die für kurz- und mittelfristige Verbesserungen sorgen soll. Gleichzeitig wird den Mitarbeitern modernstes Werkzeug an die Hand gegeben: In Neustadt werden, wie Schröder berichtet, beispielsweise

derzeit an allen 10 Arbeitsplätzen PCs installiert, über die die Mitarbeiter nicht nur alle Daten aus dem eigenen Haus abrufen können, sondern auch online mit Kataster- und Grundbuchämtern verbunden sind. Im nächsten Jahr sollen laut Schröder und Kern alle rheinland-pfälzischen Kulturämter über moderne Datenverarbeitungssysteme verfügen.

Nicht zuletzt soll auch die Priorisierung von Aufgaben „die Kulturämter entlasten“. Wir haben bisher die Ausschreibung der Baumaßnahmen, die im Zuge der Flurbereinigung notwendig wurden, übernommen und das Kassenwesen organisiert“, erklärt Schröder. Das sei jedoch eigentlich Aufgabe des Bauträgers, im Falle der Bodenordnung also der Teilnehmergemeinschaften. „Die konnten das aber personell und fachlich nicht leisten.“ Ein landesweiter Verband der Teilneh-

mergemeinschaften mit 24 hauptamtlichen Stellen soll dies Aufgaben wahrnehmen. Arbeitsplätze, die in den Kulturämtern eingespart werden können. Den größten Einschnitt im Arbeitsleben der Kulturamtsmitarbeiter wird wohl die interne Umstrukturierung mit sich bringen. „Bisher war die Planung im Zuge der Flurbereinigungsverfahren in mehrere Arbeitsschritte zerlegt“, erörtert Schröder. „Einzelne Abteilungen im Amt waren nur für einen Teilbereich der Flurbereinigung zuständig.“ Demnächst solle eine Projektgruppe ein Verfahren von der agrarstrukturellen Vorplanung bis zur Schlußfeststellung begleiten.

Davon erwarte man sich eine höhere Arbeitsproduktivität, eine Beschleunigung der Verfahren und zugleich vereinfachte das prozeßorientierte Arbeiten die Kommunikation im Amt. Schröder: „Bisher mußte die Abstimmung geschrumpft.“

Die damit einhergehende Personaleinsparung in den nächsten 15 Jahren von derzeit landesweit 800 auf 600 Mitarbeiter ist für Schröder weniger dramatisch: „Das Arbeitsplatzangebot in unserer Behörde ist in den letzten 15 Jahren etwa in der gleichen Größenordnung geschrumpft.“

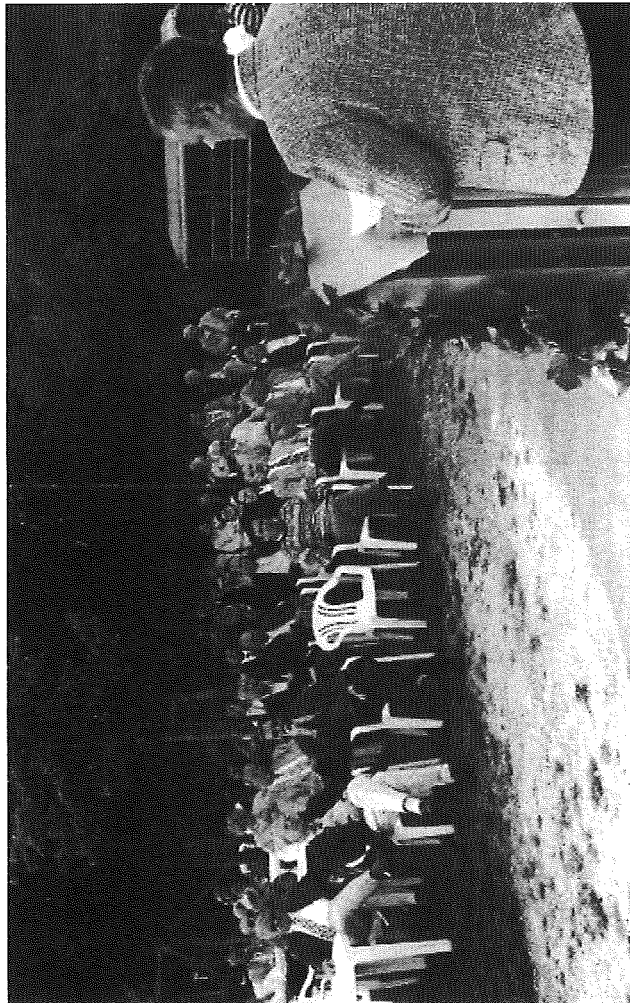
Jahrhundertprojekt sichert Zukunft des Weinbaus

Festakt zum Abschluß der Flurbereinigung: Redner erinnerten an Entwicklung und lobten Engagement

cb. NIERSTEIN - „Ich kann mir nicht vorstellen, daß es Moses beim Anblick des gelobten Landes besser ging.“ Mit einem Blick auf die Rebhänge lobten Dr. Kurt Currie, Leiter der Wiederaufbaukasse in Mainz, und seine Rednerkollegen beim Festakt zum Abschluß der Weinbergflurbereinigung das gelungene Werk. Das hatte immerhin 23 Jahre, viel Arbeit von Winzern und Behörden sowie über 14 Millionen Mark gekostet. Eine Investition in die Zukunft der Weinbaugemeinde, wie die Fachleute betonten.

Die zweite große Neuordnung der Wingerte hatte 1970 mit kontroversen und emotionalen Diskussionen begonnen, denen 1973 der formelle Antrag einiger Winzer folgte. Daß die geplante Maßnahme einen tiefen Einschnitt in vorhandene Strukturen und die wirtschaftliche Lage vieler Betriebe bedeuten würde, stand außer Frage. Ebenso, daß mit dem Geschenk der Natur, das der Weinbau sei, sorgfältig umgegangen werden müsse, wie Peter von Weymarn hervorhob. Der Vorsitzende der Teilnehmergemeinschaft wörtlich: „Was in zwei Jahrtausenden, nämlich seit Beginn des Weinbaus am Rhein, an Strukturen und Landschaftsform ge-

wachsen war, eine historische Landschaft, war zu verändern.“ Eine schwere Aufgabe und große Herausforderung sei das gewesen. Vor Ehrgeiz und Winzern verkündete der Vorstand auf dem Rastplatz an der Rehbacher Steige, daß die Arbeit getan, die heikle und verantwortungsvolle Aufgabe erfüllt sei.



Erinnerungen und lobende Worte: In einer Feierstunde am Kranzberg erinnerten Behördenvertreter, Politiker und Winzer an Diskussionen und Arbeit in den vergangenen 23 Jahren. Bild: Torsten Zimmermann

Das Jahrhundertprojekt konnte durchaus vorgezeigt werden, meinte Dr. Willy Schuy. Chef des Kulturamtes Worms: Hätte der Wein in Nierstein keine Zukunft, käme das dem Ende dieser Kulturlandschaft gleich. Dr. Schuy den Verlauf des in je drei Weshalb die Flurstrukturen ange-

paßt und der Arbeitsaufwand verringert beziehungsweise der Einsatz neuer Techniken ermöglicht werden mußte, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Im Zeitraffer schilderte Dr. Schuy den Verlauf des in je drei heute für touristische Zwecke nut-

zen könnten. Ausdrücklich lobte der Kulturamtsleiter das engagierte Vorstandsteam um Peter von Weymarn und seinen Stellvertreter Hartmut Eitel, die das Projekt von Anfang an begleitet hätten.

Die jahrelange Belastung für die Betriebe habe sich gelohnt, fand auch Richard Ortseifer, Leiter des Referats Ländliche Bodenordnung bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde. In gemeinsamer Anstrengung sei die Grundlage für einen zukunfts-fähigen Weinbau geschaffen worden. Das Niersteiner Beispiel zeige, daß die Bodenordnung nach wie vor effizient sei. Neue Vermarktungschancen sah auch Bürgermeister Wolfgang Engel. Nierstein habe Substanz und sei eine der wenigen Gemeinden weltweit, die ihren Ruf dem Wein verdankten. Auf diesen Lorbeer dürfe man sich nicht ausruhen.

Den Schlußpunkt der Rednerliste setzte Hartmut Eitel, der die Planungen und deren Umsetzung aus der Sicht der Winzerschaft schilderte. Der Berufsstand habe gewußt, was er wolle und dies auch durchgesetzt. Die Parzellen sollten vergrößert und die Arbeit erleichtert werden, den Wassermangel galt es ebenso einzukalkulieren wie zeitweilige Hochwasserfluten. All das sei, so Eitel, nicht ohne die stets gute Zusammenarbeit mit allen Gremien möglich gewesen. Ein Gedenktafel die anlässlich der Feierstunde enthüllt wurde, weist auf die Bedeutung Niersteins als größte Weinbaureibende Gemeinde am Rhein hin und erinnert an die Flurbereinigung.

Hoffnungsvolle Renaissance des Weinbaus in den steilsten Lagen zwischen Koblenz und Zell

Der Faszination unserer Terrassenmosel erliegen

Winzer, Politik und Gastronomie sehen gute Chancen für die Zukunft

KREISGEBIET. BUR. Der Weinbau und die Kulturlandschaft der Terrassenmosel haben auch in Zukunft alle Chancen – wenn sie nur richtig genutzt werden.

Das ist das Fazit einer Fachtagung von Winzern, Kommunalpolitikern, Naturschützern und Gastronomen in Koblenz-Gondorf. Gemeinsam beschworen sie die „Renaissance des Terrassenweinbaus“.

Gastgeber Bürgermeister Franz Dötsch (VG Untermosel) forderte dabei eindringlich die „Hinwendung zum naturnahen Weinbau“. Der seit 1987 von vielen Betrieben ohne gesetzliche Reglementierung angewandte Verzicht auf den Einsatz von Insektiziden in den sensiblen Terrassenlagen sei einer von vielen richtig eingeschlagenen Wegen.

Eine entscheidende Aufbruchstimmung im Terrassenweinbau habe die Förderung des Transportbahnenbaues und der Trockenmauern erzielt. Das Kulturrat und die Weinbauberatung leisteten darüber hinaus ihren Beitrag.

Wasser auf die Mühlen von Weinbauminister Rainer Brüderle, der nicht mit leeren Händen an die Untermosel gekommen war: Mit 5000

statt bisher mit 1500 Mark je Hektar sollen künftig besonders abzugrenzende steilste Lagen gefördert werden. In diesem Jahr sehen 9,5 Millionen Mark zur Verfügung, im kommenden elf Millionen. Insgesamt haben das Land 141 Transportbahnen und Trockenmauern mit fast zehn Millionen Mark gefördert.

Heftig widersprach Brüderle (FDP) seiner Kabinettskollegin Umweltministerin Claudia Martini (SPD), die „in neosozialistischer Manier“ die Förderungswürdigkeit des Weinbaus in Frage gestellt habe.

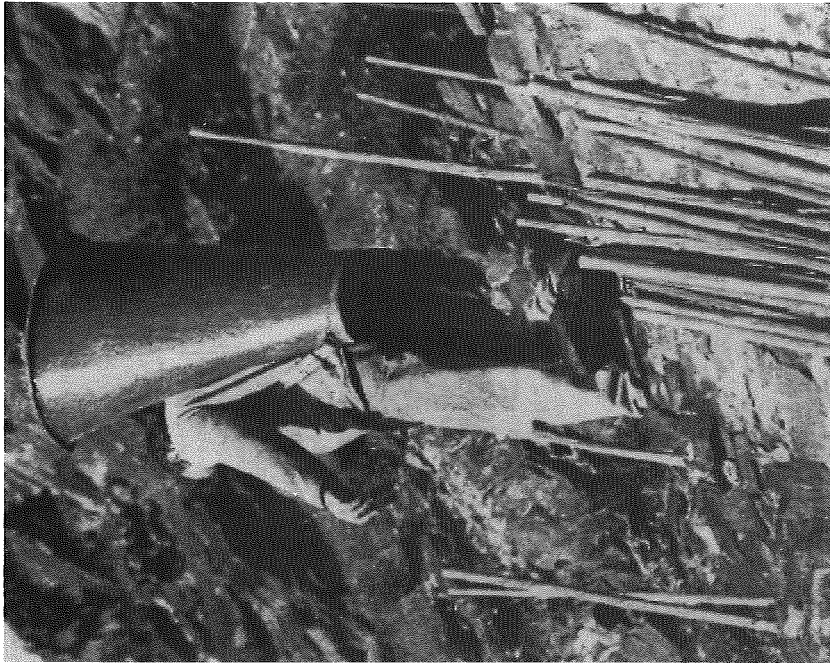
Brüderle rief erneut zu einem besseren Marketing und zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Weinbau und Tourismus auf, um die Mosel nicht „unter Wert zu verkaufen“. Auch dürfe der Naturschutz nicht gegen die Winzer betrieben werden oder deren wirtschaftliche Grundlagen gefährden.

Dem stimmte auch Hermann Schausten (Briedern) als Vertreter des Naturschutzbundes Deutschland bei, der den Terrassenmoselwinzern Lob zollte: „Die hiesigen Winzer haben Maßstäbe gesetzt.“

Der Naturschützer brach eine Lanze für den Hubschraubereinsatz im Pflanzenschutz, der weniger als die Hälfte der Spritzmittel erfordere.

Welche Hoffnungen und Chancen im Terrassenweinbau stecken, machten gleich zwei nach eigenem Bekunden „verrückte“ Quereinsteiger deutlich: Sabine Fries (gelernte Bankkauffrau) vom Weingut Moritz-Floock in Hatzenport und Andreas Barth (der Jura studierte) aus Niederfell legten in bewegenden Worten ein eindrucksvolles Zeugnis ihres festens Willens ab, den Stellargenweinbau zu erhalten und auszubauen: „Einen erwachsenen Winzer wieder zu roden und neu zu bepflanzen verwurzelt einen auf merkwürdige Art mit dem Boden und der Landschaft dieses Tales.“

Einen Weg in die Zukunft wies der neue „Rebell der Terrassenmosel“, Reinhard Löwenstein, Sprecher der „Köche und Winzer der Terrassenmosel“. Schonungslos hielt er den Moselanern den Spiegel vor Augen, kritisierte Kirchturnpolitik, gegenseitige Schuldzuweisungen und Hilferufe an die Obrigkeit. Der Gast müsse „zum Genuß verleitet“ werden, zu gutem Essen und Trinken und zum Erleben der einzigartigen Reize und Besonderheiten der Mosel. Der Faszination der Terrassenmosel müsse man erliegen.



Kein leichter Job: Knochenarbeit erwartet die Winzer in den Steillagen der Terrassenmosel. Die Mühe soll sich lohnen. Foto: Günther Lamek

Ohne Schiene läuft im „Treppchen“ nichts mehr

Mehrere hundert Winzer, Weinbaufunktionäre und Politiker erlebten die Inbetriebnahme der Monorackbahn in Erdens berühmter Steillage

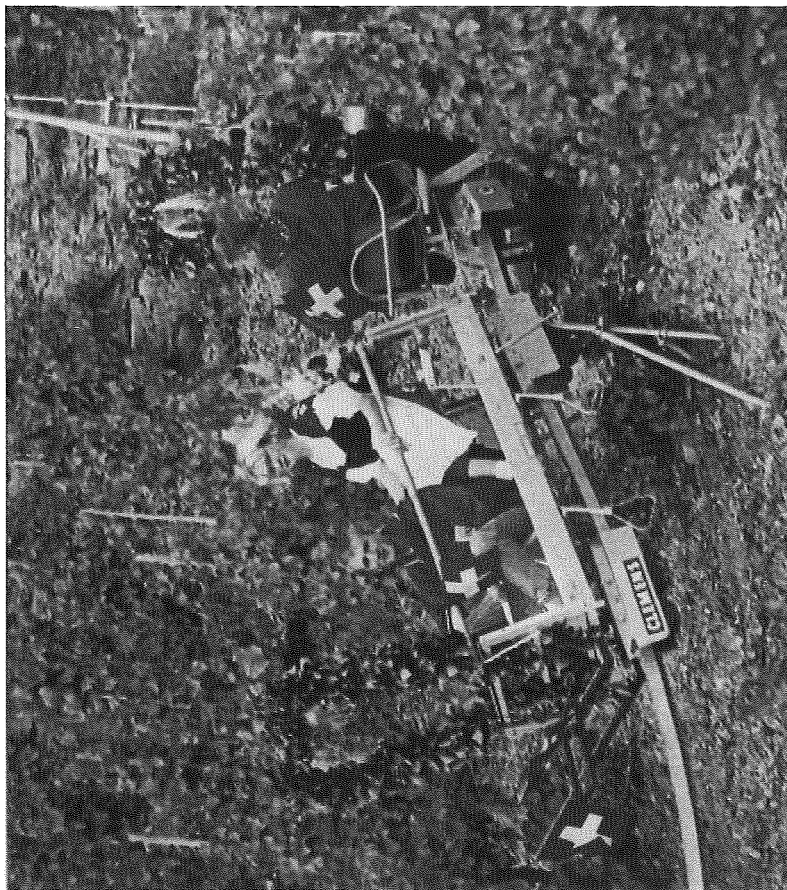
Von unserem Mitarbeiter
CHRISTOF KRIEGER

Erdens. „Da soll einer mal sagen, es wäre kein Interesse mehr am Weinbau!“ Nicht etwa, daß der heimische Winzer dem dieser Satz mit einer Mischung aus Überraschung und Stolz entfuhr, selbst schon an der Zukunft des Moselweinbaues gezweifelt hätte. Aber die Resonanz der offiziellen Übergabe der 110-Monorackbahn Deutschlands mit anschließender Vorführung neuer Steillagen-Mechanisierungssysteme, zu der der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau am Freitag nachmittag nach Erdens eingeladen hatte, mußte selbst die Organisatoren überraschen. Nicht nur aus den unmittelbaren Nachbargemeinden, auch aus dem übrigen Anbaugebiet von Ober- und Unter-mosel ließen sich mehrere hundert Winzerkollegen die Gelegenheit keineswegs entgehen, selbst einen persönlichen Eindruck vom möglichen Steillagen-Weinbau der Zukunft zu gewinnen.

Steillagenweinbau antik und modern

Und für ein solches Unterfangen erwies sich die Wahl von Erdens nicht allein aufgrund der zentralen Lage an der Mittelmosel als überaus geeignet. Ist doch hier die zur Zeit oftmals beschworene 2000-jährige Weinbautradition, die es trotz der aktuellen Misere an der Mosel zu bewahren gilt, anhand der römischen Kelteranlage, in der man sich zur Feierstunde versammelt hatte, quasi mit den Händen greifbar.

Nur wenige Schritte weiter warteten dann in Gestalt neuer Einschienenbahnen die weinbautechnischen Errungenschaften unseres Jahrhunderts auf ihre offizielle Inbetriebnahme. Annähernd 1200 Meter Schienen, die von fünf Tal-



Jungfernfahrt im Erdener Weinberg: Die Monorackbahn stellt für die Steillagen-Winzer eine erhebliche Arbeitserleichterung dar.

Fotos: C. Krieger

stationen über neun Weichen zu sieben Bergstationen führen, erschließen nun 2,3 Hektar der weithin bekannten Weinlage „Erdener Treppchen“, die zuvor zu meist in mühseliger überkommener Arbeitsweise bewirtschaftet wurden. Ein Ereignis, dem nicht nur die betroffenen Winzer der Teilneh-

mergemeinschaft und die Repräsentanten der beteiligten Herstellungs- und Wartungsfirmen (darunter die Wittlicher Firma Clemens), sondern auch zahlreiche Vertreter aus Politik und Weinbau besondere Bedeutung beimessen. Vor dem Hintergrund, daß das Rheinland-pfälzische Weinbauministerium würdigte die Monorackbahn als „bedeutenden Beitrag zur

Erhaltung wertvoller Steillagen an der Mosel“. Günter Eymael unterstrich im weiteren, daß die Errichtung solcher Bahnen in steilen Terrassenlagen, die nicht flurbereinigt werden können, eine wichtige Voraussetzung für die Bewahrung des Weinbaues und somit auch der einzigartigen Kulturlandschaft darstelle: „Ich freue mich, daß ich heute auch hier an der Mittelmosel einen weinbaulich bedeutenden Standort mit dieser Technik einweihen kann!“

Eine Freude, die auch von den übrigen Rednern der Feierstunde in der Erdener Weinlage durchweg geteilt wurde. Während der Präsident des Weinbauverbands Mosel-Saar-Ruwer, Adolf Schmitt, die Verantwortung der jetzigen Generation zur Bewahrung des Steillagen-Weinbaues unterstrich, nutzte unter anderem Erdens Ortsbürgermeister Alois Kaufmann die Gelegenheit, insbesondere den für die Verwirklichung der Einschienenbahn maßgeblichen Politikern Dank zu sagen.

Ohne Bahn auf Dauer kein Weinbau in Erdens

„Ohne diese Bahn wäre das Ende des Weinbaues in Erdens nur eine Frage der Zeit“, unterstrich er in eindringlichen Worten die herausragende Bedeutung dieses Projektes für seine Gemeinde.

Entsprechend festlich waren die beiden in der Schweiz konstruierten Fahrzeuge geschmückt worden, mit deren ersten Fahrten man darauf unter den Klängen eines Bläserensembles aus dem Nachbarort Kinheim erstmals den Bahnbetrieb in der Steillage „Erdener Treppchen“ offiziell aufnahm. Darüber, ob im Zuge dieser technischen Innovation eine Umbenennung der berühmten Weinlage in „Erdener Schiene“ erfolgen wird, schwiegen sich alle Beteiligten jedoch noch aus.

Impressum

- Herausgeber:** Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland - Pfalz, Rainer Brüderle
- Schriftleitung:** Ministerialrat Prof. A. Lorig (verantwortlich) und Oberamtsrat H. Jens, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Ernst - Ludwig - Straße 2, 55116 Mainz
- Gestaltung, Reproduktion und Vertrieb:** Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland - Pfalz, Diether - von - Isenburgstraße 9-11, 55116 Mainz
- Druck und Buchbindearbeiten:** Walter Wirtz, Speyer
- Ständige Mitarbeiter:** Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz)
Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier)
Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rh. - Pf.)
Vermessungsdirektor Greib (Kulturamt Prüm)
Vermessungsdirektor Lichtenthal (Kulturamt Trier)
Obervermessungsrat Pick (Kulturamt Bernkastel - Kues)
Vermessungsdirektor Epping (Kulturamt Westerbürg)
Obervermessungsrat Kohlhaas (Kulturamt Mayen)
Vermessungsdirektor Hausmann (Kulturamt Worms)
Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt)
Obervermessungsrat Semar (Kulturamt Kaiserslautern)
Vermessungsdirektor K. Wagner (Kulturamt Simmern)
Techn. Angestellte Kaufmann (LUREST)
- Erscheint :** halbjährlich
- Abgabe:**
1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung
 2. An Teilnehmergemeinschaften (VTG)
 3. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb
 4. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen Ersatz der Auslagen
- Gekennzeichnete Artikel:** Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar, die nicht unbedingt mit der von Herausgeber und Schriftleitung bzw. den nachgeordneten Dienststellen vertretenen Meinung übereinstimmt
- Abdruck:** Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt